

## **Vorlage für die Sitzung des Senats am 17. September 2013**

### **Controllingbericht Produktgruppenhaushalt Januar bis Juni 2013**

#### **A. Problem**

I. Durch ein unterjähriges Controlling auf der Basis des Produktgruppenhaushaltes sollen finanzielle, personalwirtschaftliche und leistungsbezogene Entwicklungen aufgezeigt und bei Abweichungen die Möglichkeit geschaffen werden, rechtzeitig Gegensteuerungsmaßnahmen zur Einhaltung des Budgetrahmens, der Personalziele und der Leistungsziele Vorschläge einzuleiten.

Gleichzeitig erfüllt der Senat seine Verpflichtung gemäß § 12 Abs. 2 des Haushaltsgesetzes (Land) bzw. § 11 Abs. 2 des Haushaltsgesetzes (Stadtgemeinde), dem Haushalts- und Finanzausschuss auf den Ebenen der Produktbereiche und Produktpläne periodisch Berichte vorzulegen.

Auf der Basis der Ergebnisse des ersten Halbjahres 2013 haben die Fachressorts über die Erreichung der im Produktgruppenhaushalt festgelegten Ziele (Finanz- und Personaldaten sowie Leistungsdaten) berichtet und eine Einschätzung zum voraussichtlichen Jahresergebnis vorgenommen. Die Senatorin für Finanzen analysiert diese Berichte, nimmt eigene Bewertungen vor und führt die Ressortberichte zu einem Controllingbericht zusammen.

II. Das Haushaltsjahr 2013 ist das dritte Jahr, das auch im Controlling nach den Vorgaben der mit dem Bund geschlossenen Verwaltungsvereinbarung zum Gesetz zur Gewährung von Konsolidierungshilfen zu beurteilen und zu steuern ist. Insoweit liegt ein weiterer Schwerpunkt des Controllings auf der Einhaltung der jeweiligen produktplanbezogenen zulässigen Finanzierungssalden (nicht zu verwechseln mit dem strukturellen Finanzierungsdefizit im Sinne der Sanierungsvereinbarung).

III. Der Senat hat in seiner Sitzung am 27. November 2012 für die Errichtung und den Betrieb von zusätzlichen Angeboten für unter dreijährige Kinder zur Sicherung von Rechtsansprüchen beschlossen, die Abdeckung der zur haushaltsrechtlichen Absicherung des investiven Ausbauprogramms erteilten Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 3,9 Mio. € im Zusammenhang mit der Auflösung der bereits bei Allgemeine Finanzen veranschlagten globalen Minderausgabe in 2013 (5,381 Mio. €) erfolgt.

Außerdem hat der Senat in seiner Sitzung anlässlich der Beratung der Vorlage "Wirtschaftliche Sanierung des Klinikverbundes Gesundheit Nord: Zukunftsplan 2017" am 18. Juni 2013 beschlossen, für die Finanzierung der 12 Mio. € für Optimierungsmaßnahmen im Haushalt 2013 unter Nutzung der gemäß § 7 der Haushaltsgesetze vorzuhaltenden

Planungsreserve zunächst eine Umlagefinanzierung auf Basis der Investitionshaushalte aller Ressorts vorzusehen. Sofern sich im Rahmen des Halbjahrescontrollings andere Handlungsspielräume ergeben sollten, ist der Umlagebetrag abzusenken. Der Senat wird hierüber zeitnah im Zusammenhang mit der Beschlussfassung über das Halbjahrescontrolling (Produktgruppenhaushalt) spätestens vor dem 15. Oktober 2013 entscheiden.

Zur Auflösung der global veranschlagten investiven Minderausgaben (5,381 Mio. €) sowie zur Finanzierung der investiven Mittel zum Ausbau der Kindertagesbetreuung (3,9 Mio. €) und zur Eigenkapitalaufstockung beim Klinikverbund (12,0 Mio. €) sind Verfahrensbeschlüsse erforderlich.

**IV.** Im Zusammenhang mit der Entscheidung des Senats vom 16. August 2011 zur Sicherstellung der Beteiligung Bremens am Exzellenzwettbewerb (Zweite Programmphase) sind die erforderlichen Barmittel in den Haushalten 2012/2013 aus dem Gesamthaushalt bereitzustellen. Im Haushaltsjahr 2013 ist auf Antrag des Wissenschaftsressorts ein Betrag in Höhe von 3,2 Mio. € darzustellen. Die kurzfristig erforderliche Bereitstellung von Barmitteln in diesem Jahr zur Abdeckung der Verpflichtungsermächtigung wurde zunächst aus den freien Mitteln bei den zentralen Zinsausgaben vorgenommen. Mit dieser Vorlage ist über die endgültige Deckung zu entscheiden.

Außerdem hat der Senat in seiner Sitzung am 20. August 2013 beschlossen, in diesem Haushaltsjahr zur Schaffung von zusätzlichen Plätzen zur Unterbringung von Flüchtlingen investive Mittel in Höhe von 3,5 Mio. € bereitzustellen. Diese Mittel sollten zunächst aus der Risikovorsorge gedeckt werden. Eine Konkretisierung des Finanzierungsvorschlages sollte im Rahmen der Senatsbefassung über das Ergebnis des Halbjahrescontrollings erfolgen.

## **B. Lösung**

### **I. Einhaltung der Finanz-, Personal- und Leistungsziele**

Die von den Ressorts aufgezeigten Budgetrisiken (Personal- und sonstiger Haushalt) summieren sich zum Controllingzeitpunkt auf rd. 66,6 Mio. €. Allerdings beabsichtigen die Ressorts, ihre Budgetprobleme in einer Größenordnung von bis zu rd. 52,2 Mio. € durch die Heranziehung von Mitteln aus der Grundsicherung und Steuerungsmaßnahmen zu lösen. Eine detaillierte produktplanbezogene Übersicht einschl. der aufgezeigten Deckungsmittel ist in der **Anlage 1** beigefügt.

**Es verbleiben die nachfolgenden, noch nicht einer konkreten Lösung zugeführten (Netto-)Risiken in Höhe von 14,385 Mio. €**

	Minder- einnahme	Mehrausgaben		Insgesamt
		Personal*	konsumtiv	
in Mio. €				
05 Bundesang.		0,450		0,450
07 Inneres	0,169	1,970	1,503	3,642
11 Justiz			2,058	2,058
12 Sport	0,148			0,148
21 Bildung			2,800	2,800
41 Jugend und Soziales			4,006 **	4,006
51 Gesundheit	0,581	0,200		0,781
68 Umwelt, Bau, Verkehr		0,500		0,500
<b>INSGESAMT</b>	<b>0,898</b>	<b>3,120</b>	<b>10,367</b>	<b>14,385</b>

\* Von den Ressort geplante Deckungsmittel außerhalb des Personalbudgets sind abgesetzt!

\*\* Sozialleistungsmehrausgaben iHv. 28,9 Mio. € durch Mehreinnahmen "Grundsicherung im Alter" gedeckt

## Zu den Risiken im Einzelnen:

### 1. Budgeteinhaltung Personal

Unter Berücksichtigung der beabsichtigten Bereitstellung der zentralen Tarifmittel (Aufteilungsvorschlag siehe **Anlage 2**) verbleiben aus heutiger Sicht im Bereich der Personalausgaben Budgetrisiken in den Produktplänen von insgesamt rd. 3,1 Mio. €.

Die voraussichtlichen Mehrausgaben verteilen sich wie folgt:

Produktplan	(Brutto-) Mehrausgaben	Deckung	verbl. Risiko
	in Tsd. €		
05- Bund u. Europa	476	26	450
06 - Datenschutz	158	158	0
07 - Inneres	1.970	0	1.970
24 - Hochschulen u. Forschung	260	260	0
31 - Arbeit	1.860	1860	0
51 - Gesundheit	200	0	200
68 - Bau, Umwelt und Verkehr	500	0	500
71 - Wirtschaft	1.100	1.100	0
81 - Häfen	500	500	0
<b>INSGESAMT</b>	<b>7.024</b>	<b>3.904</b>	<b>3.120</b>

Insgesamt stellen sich die Überschreitungen wie folgt dar:

#### ⇒ **Produktplan 05 – Bundesangelegenheiten**

Es werden – nach personalinterner Deckung in Höhe von rd. 26 Tsd. € - voraussichtliche Mehrausgaben in Höhe von rd. 450 Tsd. € erwartet. Die Beschäftigungszielzahl wird jahresdurchschnittlich um rd. 6,9 VZE überschritten. Eine Deckung für die Mehrausgaben im Personalhaushalt ist nicht vorhanden. Seit geraumer Zeit befindet sich ein Lösungskonzept in der Abstimmung zwischen der Bevollmächtigten der Freien Hansestadt Bremen beim Bund und für Europa und der

Senatorin für Finanzen. Dieser Prozess sollte spätestens zum Controlling des 3. Quartals 2013 abgeschlossen werden. Um jedoch noch eine effektive Gegensteuerung unter zeitlichen Gesichtspunkten zu gewährleisten, sind zum Monatscontrolling Januar bis August 2013 erste Lösungsansätze und Gegensteuerungsmaßnahmen zur Budgetkonsolidierung darzustellen. Erste Überlegungen (u. a. Wiederbesetzungssperre) sind bereits mit der Senatorin für Finanzen erörtert worden.

⇒ **Produktplan 06 – Datenschutz und Informationsfreiheit**

Es werden voraussichtliche Mehrausgaben in Höhe von rd. 158 Tsd. € erwartet. Die Beschäftigungszielzahl wird jahresdurchschnittlich um rd. 2,7 VZE überschritten. Der Ausgleich soll durch Mehreinnahmen, eine Rücklageninanspruchnahme und einen haushaltsmäßigen Ausgleich innerhalb des Senatorinnen Budgets erfolgen.

⇒ **Produktplan 07 – Inneres**

Das voraussichtliche Risiko im Produktplan 07 Inneres beträgt rd. 1,97 Mio. €. In der Produktgruppe 07.01.01 Polizeivollzug ist ein Betrag in Höhe von 2,054 Mio. bei den Personalausgaben gesperrt, da der Polizeivollzug im Haushalt 2012/2013 vom PEP befreit wurde. Die Aufhebung der Sperre erfolgt nach Beschluss des Senats und des Haushalts- und Finanzausschusses entsprechend des Ergebnisses der Überprüfung zusätzlicher Kompensationsmaßnahmen im Personalbereich des Produktplans. Mit der Aufhebung der Sperre würde das Haushaltssoll entsprechend erhöht und das Defizit wäre damit ausgeglichen.

Zwischen den vorzulegenden Einsparmaßnahmen und der Aufhebung der Haushaltssperre besteht ein untrennbarer Zusammenhang. Deshalb muss es bei der vom Haushaltsgesetzgeber festgelegten Sperre verbleiben.

Das Ressort hat bisher keine ausreichenden Finanzierungs- und Ausgleichsmöglichkeiten für das erwartete Defizit angeboten. Um einen Haushaltsverstoß, der aus heutiger Sicht unumgänglich sein wird, zu vermeiden, muss das Ressort weitere Steuerungsmaßnahmen ergreifen. Hinzu kommt der Hinweis des Ressorts auf zusätzliche Risiken durch geplante Neueinstellungen bzw. den Nichtabbau des vorhandenen Überhangs. Der Senator für Inneres und Sport und die Senatorin für Finanzen werden dazu kurzfristig Gespräche führen.

⇒ **Produktplan 24 – Hochschulen und Forschung**

Es werden voraussichtliche Mehrausgaben in Höhe von rd. 260 Tsd. € erwartet. Die Beschäftigungszielzahl wird jahresdurchschnittlich um rd. 3,4 VZE überschritten. Das Ressort bietet einen Ausgleich durch konsumtive Mittel an.

⇒ **Produktplan 31 Arbeit**

Es werden Mehrausgaben in Höhe von rd. 1,86 Mio. € erwartet. Durch die Integration der Bremer und Bremerhavener Arbeit GmbH in das Ressort werden die Ausgaben für Personal bereits im Personalhaushalt gebucht, die hierfür notwendigen Mittel befinden sich demgegenüber noch im Sachhaushalt. Durch die Verlagerung der Mittel im Verlaufe des Jahres wird das aktuell prognostizierte Defizit ausgeglichen.

⇒ **Produktplan 51 Gesundheit**

Es werden voraussichtliche Mehrausgaben in Höhe von rd. 200 Tsd. € erwartet. Die Mehrausgaben sind im Wesentlichen auf die Einrichtung des neuen Ressorts zurückzuführen. . Spätestens zum Controlling des 3. Quartals 2013 soll vom Senator für Gesundheit ein Konzept zur konkreten Finanzierung erarbeitet werden. Um jedoch

noch eine effektive Gegensteuerung unter zeitlichen Gesichtspunkten zu gewährleisten, sind zum Monatscontrolling Januar bis August 2013 erste Lösungsansätze und Gegensteuerungsmaßnahmen zur Budgetkonsolidierung darzustellen.

⇒ **Produktplan 68 Umwelt, Bau und Verkehr**

Es werden voraussichtlich Mehrausgaben in Höhe von rd. 500 Tsd. € erwartet. Die Senatorin für Finanzen geht von einer nur geringen Mehrausgabe aus. Die weitere Entwicklung bleibt zu beobachten. Das Ressort wird aufgefordert, bis spätestens zum Controlling des 3. Quartals 2013 einen konkreten Deckungsvorschlag für die dann prognostizierten Mehrausgaben aufzuzeigen.

⇒ **Produktplan 71 – Wirtschaft**

Es werden voraussichtliche Mehrausgaben in Höhe von rd. 1,1 Mio. € erwartet. Die Beschäftigungszielzahl wird jahresdurchschnittlich um rd. 13 VZE überschritten. Zur Finanzierung stehen Mehreinnahmen zur Verfügung, ein Beschluss des Haushalts- und Finanzausschusses hierzu wird in der 2. Jahreshälfte herbeigeführt.

⇒ **Produktplan 81 – Häfen**

Es werden voraussichtliche Mehrausgaben in Höhe von rd. 0,5 Mio. € erwartet. Die Beschäftigungszielzahl wird jahresdurchschnittlich um rd. 6,0 VZE überschritten. Zur Finanzierung stehen Mehreinnahmen beim Produktplan 71 zur Verfügung, ein Beschluss des Haushalts- und Finanzausschusses hierzu wird in der 2. Jahreshälfte herbeigeführt.

Erfahrungsgemäß wird sich das Ergebnis bei den Nebentiteln (ohne Beihilfe und Nachversicherungen) und bei den refinanzierten Personalausgaben im Verlauf des Jahres noch ändern, so dass sich für die betroffenen Produktpläne die Möglichkeit eines Eigenbeitrages zur Finanzierung des Defizits ergeben kann. Darüber hinaus sind von den betroffenen Ressorts weitere Anstrengungen notwendig, um die Finanzierung der Mehrausgaben zu ermöglichen.

### **Zu weiteren Produktplänen**

⇒ **Produktplan 11 - Justiz**

Im Produktplan 11 (Justiz und Verfassung) muss aufgrund eines Budgetierungsfehlers in der Haushaltsaufstellung eine Erhöhung der Zielzahl um 4,53 VZE und eine korrespondierende Budgeterhöhung von rd. 0,244 Mio. € erfolgen. Weiterhin ist zur Finanzierung der verlängerten Ausbildungszeiten der Rechtsreferendare ein Betrag Höhe von 0,195 Mio. € erforderlich. Die entsprechende Deckung steht bei den globalen Personalausgaben im Produktplan 92 zur Verfügung.

⇒ **Produktplan 21 Bildung**

Im Produktplan 21 Bildung ist nach Auffassung des Senats die Aufhebung der Sperre in Höhe von 864 Tsd. € im Personalbereich (bei den Lehrkräften) möglich. Aufgrund der mit dem Eckwertbeschluss mittlerweile gesicherten Finanzierung und der Einbringung von strukturellen Verbesserungen der Unterrichtsversorgung durch Eigenleistungen der Senatorin für Bildung und Wissenschaft sieht der Senat die Kompensationsmaßnahmen als erfüllt an.

Der Produktplan 21 insgesamt wird ein voraussichtlich ausgeglichenes Ergebnis erreichen.

In der Produktgruppe 21.90.01 Senatorische Angelegenheiten werden zum Jahresende Mehrausgaben in Höhe von rd. 1,4 Mio. € erwartet. Diese resultieren aus einer voraussichtlichen Überschreitung der jahresdurchschnittlichen Beschäftigungszielzahlen in Höhe von rd. 32 VZE. Weitere Gegensteuerungsmaßnahmen sind notwendig. Die Senatorin für Bildung und Wissenschaft wird daher gebeten, für die senatorische Behörde ein Organisations- und Personalkonzept spätestens zum Controlling des 3. Quartals 2013 vorzulegen, das die mittelfristige Einhaltung der Zielzahlen für die senatorische Behörde sicherstellt.

⇒ **Zentral veranschlagte Personalmittel**

Es wird voraussichtlich ein ausgeglichenes Ergebnis erreicht.

## **2. Budgeteinhaltung (sonstiges Budget)**

**In den nachstehenden Ausführungen werden grundsätzlich lediglich die Produktpläne benannt, die im Zuge des Controllings für das Jahresende (verbleibende) Budgetprobleme aufgezeigt haben. Die anderen Produktpläne haben die Budgeteinhaltung bzw. –unterschreitung aufgezeigt oder Lösungen erwarteter Budgetrisiken innerhalb des Produktplans bzw. des Senatorenbudgets (z. T. durch den beabsichtigten Erlass dezentraler Bewirtschaftungsmaßnahmen) angekündigt.**

⇒ **Produktplan 07 Inneres**

Unter Berücksichtigung der erwarteten Mindereinnahmen und konsumtiven Mehrausgaben ergibt sich nach Darstellung des Ressorts das nachfolgende Budgetrisiko (in Mio. €):

Mindereinnahmen	Polizei und Feuerwehr	- 0,169
Mehrausgaben	Polizei	- 1,203
Mehrausgaben	Unterbringung von Fundtieren	- 0,350
Minderausgaben	Sonstiges	+0,050
<b>Budgetrisiko</b>		<b>-1,672</b>

Hinsichtlich der erwarteten Mehrausgaben zur Unterbringung von Fundtieren hat der Senat am 19. Februar 2013 beschlossen, zur Finanzierung des konsumtiven Mehrbedarfs unter Beachtung möglicher sonstiger Bedarfe anderer Ressorts die Risikovorsorge heranzuziehen.

Das Ressort war durch Schreiben der Senatorin für Finanzen von 17. Juli 2013 aufgrund der Ergebnisse des Monatscontrollings April/Mai 2013 aufgefordert worden, zum jetzigen Controlling konkrete Gegensteuerungsmaßnahmen insbesondere zum Ausgleich der im Übrigen erwarteten Risiken aufzuzeigen. Mit Antwortschreiben vom 31. Juli 2013 legte das Ressort dar, dass es mit Ausnahme der bereits verfügbaren Bewirtschaftungsmaßnahmen keine weiteren internen Steuerungsmaßnahmen mehr sieht.

Angesichts der aktuellen Entwicklung und vor dem Hintergrund der dezentralen Ressourcenverantwortung ist das Fachressort gehalten, in Höhe der prognostizierten

Haushaltsüberschreitung von 3,642 Mio. € (einschl. Personal in Höhe von 1,97 Mio. €) Gegensteuerungsmaßnahmen einzuleiten bzw. Lösungsvorschläge zu erarbeiten. Das Innenressort wird gebeten, dem Senat mit dem Monatscontrolling Januar bis August 2013 entsprechende Vorschläge zu unterbreiten und dabei auch die vom Ressort für den Produktplan 12, Sport, erwarteten Überschreitungen von Budget und Finanzierungssaldo einzubeziehen.

Im Übrigen ist darauf hinzuweisen, dass das Ressort dafür Sorge zu tragen hat, dass es bis Oktober/November 2013 (voraussichtliche Senatsberatung des Monatscontrollings Januar bis August 2013) zu keiner Überschreitung innerhalb der Deckungskreise kommt.

⇒ **Produktplan 11 Justiz**

Das Budgetrisiko beträgt nach Berücksichtigung von Mehreinnahmen (0,3 Mio. €) und Personalminderausgaben (0,537 Mio. €) noch 2,058 Mio. €, die im Wesentlichen bei den Auslagen in Rechtssachen und Mehrausgaben im Zusammenhang mit der Vollzugsgemeinschaft mit Niedersachsen entstehen. Mit Schreiben der Senatorin für Finanzen vom 17. Juli 2013 wurde das Ressort aufgrund der Ergebnisse des Monatscontrollings April/Mai 2013 bereits aufgefordert, zum jetzigen Controlling konkrete Maßnahmen aufzuzeigen. Das Ressort sieht die Gegensteuerungsmöglichkeiten im Produktplan Justiz aufgrund der hohen gesetzlichen und vertraglichen Verpflichtungen als begrenzt an und verweist in seiner Antwort in Anbetracht der Mehrausgaben bei den „Auslagen für Rechtssachen“ auf die Notwendigkeit eines Ausgleichs durch Inanspruchnahme der zentralen Risikovorsorge. Die Senatorin für Finanzen weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass hinsichtlich der Aufteilung der Risikovorsorge noch keine Entscheidung durch den Senat erfolgt ist (vgl. Ausführungen zu 3.).

Das Fachressort hat aufgrund der Prognosen für den Bereich der nicht steuerbaren und vom Geschäftsanfall abhängigen Einnahmen und Ausgaben der Gerichte und Staatsanwaltschaften umfassende Bewirtschaftungsmaßnahmen angeordnet.

Im Übrigen verweist es auf weitere noch nicht bezifferte Risiken im Zusammenhang mit der Vollzugsgemeinschaft mit Niedersachsen sowie auf die zum 1. August 2013 in Kraft getretenen Änderungen des 2. Kostenrechtsmodernisierungsgesetzes.

⇒ **Produktplan 12 Sport**

Nach Verrechnung mit Minderausgaben in Höhe von 0,032 Mio. € verbleibt ein Budgetrisiko aus Mindereinnahmen bei der Verpachtung von Werbeflächen in Höhe von 0,148 Mio. €

Hinsichtlich des erwarteten Ergebnisses bei der Bremer Bädergesellschaft (Defizit wird um rd. 0,18 Mio. € ggü. dem bereits geplanten Defizit in Höhe von 0,591 Mio. € steigen) wird auf das Beteiligungscontrolling verwiesen. Das Fachressort hat hierzu in diesem Controllingbericht keine konkreten Finanzierungslösungen aufgezeigt.

Auf die Ausführungen zum Produktplan 07 Inneres wird verwiesen.

⇒ **Produktplan 21 Bildung**

Das Ressort beabsichtigt, erwartete Mindereinnahmen (0,9 Mio. €) und geringfügige konsumtive Mehrausgaben (0,2 Mio. €) innerhalb seines Budgets aufzufangen.

Es bestehen jedoch noch weitere Budgetrisiken in Höhe von 2,8 Mio. € bestehend aus

Mehrausgaben für Zuschüsse an Privatschulen (2,0 Mio. €) sowie für die Betreuung schwerstmehrfach behinderter Schülerinnen und Schüler (0,8 Mio. €). Diese Mehrausgaben können lt. Ressort nicht aufgefangen werden und sollen zum Risikofonds angemeldet werden. Über die Verwendung des Risikofonds wird der Senat jedoch erst noch entscheiden (vgl. Ausführungen zu 3.).

Im Übrigen wird auf Mehrausgaben aufgrund gestiegener Energiekosten und Tarifsteigerungen im Zuwendungsbereich hingewiesen.

Das Ressort wurde aufgrund der Ergebnisse des Monatscontrollings April/Mai 2013 von der Senatorin für Finanzen mit Schreiben vom 17. Juli 2013 gebeten, nach Beginn des neuen Schuljahres auf Basis der dann vorhandenen Daten und Prognosen konkrete Maßnahmen bis Mitte September 2013 darzulegen, wie die bisher aufgezeigten Überschreitungen des Budgets bzw. des zulässigen Finanzierungssaldos abgebaut werden sollen. Dezentrale Bewirtschaftungsmaßnahmen sind inzwischen vom Ressort verfügt worden.

Das Ressort wird gebeten, dem Senat mit dem Monatscontrolling Januar bis August 2013 Vorschläge zur Budgeteinhaltung zu unterbreiten.

⇒ **Produktplan 31 Arbeit**

Hinzuweisen ist auf das aus dem Haushaltsjahr 2012 übertragene erhebliche Restevolumen bei den ESF- und EFRE-finanzierten Maßnahmen in diesem Produktplan in Höhe von rd. 19,0 Mio. €. Zwecks Einhaltung des veranschlagten Finanzierungssaldos werden nach Darstellung des Ressorts wiederum Reste, in geringfügig höherer Größenordnung zum Jahresende erwartet.

Es ist davon auszugehen, dass die eingegangenen Verpflichtungen in späteren Jahren zu entsprechenden Mittelabflüssen führen werden und die Einhaltung des geplanten Finanzierungssaldos in diesen Jahren erschweren. Der Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen sollte daher gebeten werden, über die Höhe des zu erwartenden Mittelabflusses in den Jahren 2014 und 2015 und über mögliche Rückzahlungen eingenommener EU-Mittel im Falle der Nichtinanspruchnahme zu berichten.

⇒ **Produktplan 41 Jugend und Soziales**

Das Ressort geht auf der Basis von erheblichen Mehreinnahmen insbesondere aufgrund der höheren Bundesbeteiligung für die Grundsicherung im Alter (+ 28,9 Mio. €), aber auch von Mehrausgaben bei den Sozialleistungen in gleicher Höhe sowie Mehrausgaben bei der Kindertagesbetreuung (insgesamt +32,9 Mio. €) von einem Budgetrisiko in Höhe von rd. 4,0 Mio. € aus:

Mehreinnahmen	positiver Saldo der Ausgaben Sozialleistungen	Einnahmen/	- 0,1
Kons. Mehrausgaben	KFA Jobcenter		- 0,6
Kons. Mehrausgaben	nicht realisierbare Synergieeffekte		- 1,2
Kons. Mehrausgaben	Kindertagesbetreuung		
	Ausbau Kindertagesbetreuung (Senat 27.11.2012 – 2,1 Mio. € unter Beachtung möglicher sonstiger Bedarfe anderer Ressorts voraussichtlich durch Heranziehung der Risikovorsorge darstellen)		- 2,3
<b>Budgetrisiko</b>			<b>-4,0</b>

Das Fachressort nimmt bei der Betrachtung der Sozialleistungen eine Saldierung der Mehreinnahmen aus der Grundsicherung mit den voraussichtlichen Mehrausgaben vor. An dieser Stelle wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die sich aus der schrittweisen Übernahme der Grundsicherung durch den Bund ergebenden Mehreinnahmen als Risikovorsorge für den Gesamthaushalt vorzuhalten sind und somit keine ressorteigenen Deckungsmittel darstellen.

Das Ressort hat bereits eine ressortinterne Haushaltssperre (Bewirtschaftungsmaßnahmen) verhängt. Hinsichtlich der Steuerung der Sozialleistungsausgaben wird auf den Bericht über die Entwicklung der Sozialleistungen (der zeitgleich dem HaFA vorgelegt wird) verwiesen.

In der Sitzung der Staatsräte-Arbeitsgruppe Sozialleistungen am 18.06.2013 wurden die Einnahme- und Ausgabeentwicklung der Sozialleistungen insgesamt dargestellt, was auch zukünftig fortgeführt werden soll. Insbesondere wurden die Hilfen zur Erziehung und die Problematik der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge betrachtet. Die nächste Sitzung wurde auf den 17.09.2013 terminiert. Dann sollen hierzu Steuerungsmaßnahmen bei den Hilfen zur Erziehung sowie Benchmarking-Ergebnisse dargestellt werden.

Die sich abzeichnenden konsumtiven Mehrausgaben aufgrund der stark steigenden Anzahl an Flüchtlingen wurden vom Fachressort bereits in dieser Ausgaben-Hochschätzung berücksichtigt. Über die Finanzierungsmöglichkeiten der erforderlichen investiven Mehrausgaben wird auf die Ausführungen zu Nr. IV verwiesen.

Im Übrigen wird ein investiver Mehrbedarf in Höhe von 3,9 Mio. € für den Ausbau der Kindertagesbetreuung erwartet. Der Senat hat hierzu in seiner Sitzung am 27. November 2012 beschlossen, dass eine Finanzierung des Barmittelbedarfs im Zusammenhang mit der Realisierung der veranschlagten globalen investiven Minderausgabe dazustellen ist (vgl. hierzu Ausführungen zu III).

⇒ **Produktplan 51 Gesundheit**

Das Ressort erwartet am Jahresende Mindereinnahmen beim LMTVet in Höhe von 0,693 Mio. € resultierend aus einer rückläufigen Entwicklung der Einfuhren an den Grenzkontrollstellen. Nach Ausgleich mit 0,112 Mio. € erwarteten Minderausgaben im konsumtiven Bereich verbleibt ein konsumtives Budgetrisiko in Höhe von 0,581 Mio. €. Es werden aktuell keine Vorschläge zur Lösung der Budgetprobleme gemacht.

⇒ **Produktplan 68 Umwelt, Bau, Verkehr**

Das Ressort erwartet zwar erhebliche Mindereinnahmen bei Werberechten in Höhe von 3,1 Mio. €, könnte dies allerdings nach Auffassung der Senatorin für Finanzen innerhalb des Budgets auffangen. Diesbezüglich sollen Gespräche zwischen dem Ressort und der Senatorin für Finanzen geführt werden.

Im Übrigen werden die Grundstückserlöse aus der Veräußerung des Bahnhofsvorplatzes im Sondervermögen Infrastruktur erwartet. Die den Planansatz für Grundstückserlöse in 2012 und 2013 des Sondervermögens Infrastruktur übersteigenden Erlöse sollen nach Verabredungen zwischen dem Senator für Umwelt, Bau und Verkehr und der Senatorin für Finanzen zugunsten des Gesamthaushalts eingesetzt werden, um die Neuverschuldung zu reduzieren.

⇒ **Produktplan 71 Wirtschaft**

Aufgrund einer Zahlungsunterbrechung der EU wird der PPL bei den EFRE-Einnahmen einen Betrag in Höhe von 15,254 Mio. € voraussichtlich nicht in 2013 erhalten. Die erforderlichen Maßnahmen für die Aufhebung der Zahlungsunterbrechung sind nach Mitteilung des Wirtschaftsressorts bereits eingeleitet worden. Sollte sich die positive Entscheidung der EU-Kommission verspäten, werden die geplanten EU-Einnahmen erst im nächsten Jahr eingehen. Im Hinblick auf den Einnahmeausfall in 2013 nimmt zunächst das Wirtschaftsressort eine Durchsicht „seiner“ Produktpläne (einschließlich der Sondervermögen) hinsichtlich des erforderlichen Liquiditätsausgleichs vor..

Das Ressort wird der Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen sowie dem Haushalts- und Finanzausschuss über den weiteren Fortgang berichten.

### **3. Fazit zu den Budgetrisiken (Personal- und sonstige Budgetrisiken):**

Von den Ressorts werden insgesamt Budgetrisiken in einer Größenordnung von 14,385 Mio. € (davon 3,120 Mio. € Personal) erwartet, für die von den betroffenen Ressorts keine Finanzierungslösungen vorgeschlagen werden. Weitere Risiken, die nach Auffassung der Ressorts noch nicht hinreichend konkretisiert werden können, sind dabei noch nicht berücksichtigt. So wird teilweise in den Ressortberichten allgemein auf ein zu erwartendes Budgetrisiko hingewiesen, ohne dieses hinreichend - ggf. unter Darlegung von Mengengerüsten etc. - zu begründen. Oftmals wird auch darauf hingewiesen, dass es sich um eine erste Einschätzung des Jahresergebnisses handele und die weitere Haushaltsentwicklung abzuwarten sei.

Die Verantwortung für die Entwicklung von Lösungskonzepten liegt im Sinne der dezentralen Ressourcenverantwortung bei den betroffenen Ressorts. Dies gilt verstärkt vor dem Hintergrund des von Bremen einzuhaltenden Konsolidierungspfads und der teilweise festzustellenden strukturellen Finanzierungsprobleme.

Die betroffenen Ressorts werden vor dem Hintergrund der erwarteten Mehrbedarfe gebeten, alle Maßnahmen einschl. der Möglichkeiten zur Erhöhung von Einnahmen sowie dezentraler Bewirtschaftungsmaßnahmen (soweit nicht bereits verfügt) zu ergreifen, um das erwartete Budgetrisiko zu vermeiden bzw. zumindest zu reduzieren.

Die Ressorts werden gebeten, in den Controllingberichten Januar bis August 2013 die erwarteten Einnahmen und Ausgaben des Haushaltsjahres 2013 realistisch einzuschätzen, da der Senat auf Basis dieses Controllings über weitergehende ressortübergreifende Unterstützungsmaßnahmen sowie über die Auflösung des Risikofonds entscheiden wird. Nach ressortinternen Lösungen verbliebene Fehlbedarfe sind mit Hilfe von Mengengerüsten, Fallzahlen o. ä. konkret nachzuweisen. Über hinreichend begründete, unabweisbare und nach Ausschöpfung aller dezentralen Steuerungsmöglichkeiten verbliebene Mehrbedarfe sowie über die Auflösung des Risikofonds sollte der Senat auf der Basis des Monatscontrollings Januar bis August 2013 entscheiden. Dies ist auch in Anbetracht der erwarteten Höhe der Budgetrisiken außerhalb der Personalausgaben, die den veranschlagten Risikofonds mit rd. 2,29 Mio. € nicht gravierend überzeichnen (Risiken in Höhe von 11,265 Mio. € abzgl. Risikofonds 8,975 Mio. €) zu vertreten.

Zur Finanzierung der verbliebenen Personalmehrausgaben (Risiken) sind von den

betroffenen Ressorts spätestens bis zum Controlling des 3. Quartals Lösungskonzepte vorzulegen. Um eine effektive Gegensteuerung unter zeitlichen Gesichtspunkten zu gewährleisten, sind zum Monatscontrolling Januar bis August 2013 erste Lösungsansätze und Gegensteuerungsmaßnahmen zur Budgetkonsolidierung darzustellen.

**Um die mit dieser Vorlage erbetenen Konzepte entwickeln zu können und sie hinreichend im Monatscontrolling Januar bis August 2013 darstellen zu können (einschl. Mengengerüsten etc.), ist es notwendig, den (Ressort-)Abgabetermin für diese Berichte vom 13. September 2013 auf den 27. September 2013 zu verschieben.**

#### **4. Einhaltung der Leistungsziele**

Die von den Ressorts vorgelegten Produktplanberichte nebst Leistungsblatt sind im beigefügten Controllingbericht Produktgruppenhaushalt enthalten. Wie bereits in den letzten Controllingberichten werden die „Leistungsblätter“ (Seite 1a des Produktplanberichts) nur in den Fällen vorgelegt, in denen eine unterjährige Messbarkeit möglich und ein Controlling zweckmäßig ist.

Die aktuell vorliegenden Berichte machen deutlich, dass die geplanten Leistungsdaten sehr unterschiedliche Erfüllungsstände zum Halbjahr aufweisen.

Aufgrund der Vielzahl an Leistungsdaten sowie vor dem Hintergrund der unterschiedlichsten Begründungen für positive oder negative Abweichungen ist es nicht zweckmäßig, diese einzeln zu benennen oder einzelne herauszuheben.

Hinsichtlich der Leistungsdaten und auch zu den Begründungen hierzu und den weiteren Kennzahlen wird daher auf die Produktplan- bzw. Produktbereichsblätter verwiesen.

Zum Jahresabschluss erfolgt eine ausführliche Darstellung der Zielerreichung.

## **5. Abschließender Hinweis:**

Detaillierte Sachverhalte sind den beigefügten Produktplanberichten der Ressorts, denen im Einzelfall eine Kommentierung der Senatorin für Finanzen vorangestellt ist, zu entnehmen. Die Ergebnisse der einzelnen Produktpläne zur Einhaltung der Finanzierungssaldos sind im beigefügten Controllingbericht Produktgruppenhaushalt Januar bis Juni 2013 dargestellt.

Vertiefende Informationen (insbesondere die im Teil II des Controllingberichts enthaltenen Produktbereichsberichte) sind im Mitarbeiterportal (MiP)<sup>1</sup> abrufbar.

## **II. Einhaltung des veranschlagten eckwertrelevanten Finanzierungssaldos**

Neben der Budgetbetrachtung ist im Rahmen dieses Controllings festzustellen, ob der Saldo der veranschlagten eckwertrelevanten Einnahmen und Ausgaben<sup>2</sup> der Produktpläne im Vollzug eingehalten werden kann. Zu diesem Zweck werden die von den Ressorts erwarteten IST-Ergebnisse der eckwertrelevanten Einnahmen und Ausgaben des Jahres saldiert und dieser Obergrenze (veranschlagter eckwertrelevanter Finanzierungssaldo) gegenübergestellt.

Es ist deutlich darauf hinzuweisen, dass es sich um eine Prognose auf das Ergebnis zum Jahresende handelt. Mögliche zentrale Steuerungseffekte sind (noch) nicht berücksichtigt. Aktuell können Abweichungen entstehen durch (noch) nicht gelöste Budgetrisiken sowie erwartete und (noch) nicht ausgeglichene Reste-/Rücklageninanspruchnahmen<sup>3</sup>.

Auf Basis der mit diesem Controllingbericht abgegebenen Schätzungen der Ressorts würde sich im Jahr 2013 im Gesamthaushalt des Landes und der Stadtgemeinde Bremen folgende Abweichung ergeben:

	<b>Anschlag 2013</b>	<b>vorIST 2013</b>	<b>Ab- weichung</b>
	<b>Mio. €</b>		
<b>eckwertrelevante Einnahmen</b>	<b>649,0</b>	<b>735,7</b>	<b>86,7</b>
darunter:			
- konsumtiv	566,1	662,8	96,7
- invest	82,9	72,9	-10,0
<b>eckwertrelevante Ausgaben</b>	<b>4.492,6</b>	<b>4.575,5</b>	<b>82,9</b>
darunter:			
- Personal	1.192,7	1.199,9	7,2
- konsumtiv	2.192,7*	2.297,5	104,7
- investiv	453,7	481,8	28,0
- Zinsen	644,4	596,3	-48,1
- veranschlagter Risikofonds	9,0		-9,0
<b>eckwertrelevanter Finanzierungssaldo</b>	<b>-3.843,6</b>	<b>-3.839,8</b>	<b>3,8</b>

\* abzügl. 1,8 Mio. € als Ausgleich für nicht realisierbare Citytax

Die zu diesem Controlling-Stichtag erwartete rechnerische Verbesserung im Finanzierungssaldo berücksichtigt insbesondere Zinsminderausgaben in Höhe von 48 Mio. €, für die allerdings vom Senat bereits eine anderweitige Verwendung (im Wesentlichen zur

<sup>1</sup> [MiP Infosys](#)

<sup>2</sup> Dabei handelt es sich um die konsumtiven und investiven Einnahmen, die Personal-, konsumtiven, investiven und Zinsausgaben.

<sup>3</sup> Nach den Verwaltungsvorschriften zur Durchführung der Haushalte 2013 sind für Reste-/ Rücklageninanspruchnahmen Anschläge oder Mehreinnahmen an anderer Stelle innerhalb des Produktplans „stillzulegen“.

Erhöhung des Eigenkapitals des Klinikverbunds in Höhe von insgesamt 43,7 Mio. € beschlossen wurde. Z. T. wurden diese Verwendungsbeschlüsse bereits bei der Ergebniseinschätzung zum Jahresende einbezogen. Die vom Senat am 18. Juni 2013 beschlossene Erhöhung des Eigenkapitals des Klinikverbunds in Höhe von 33,7 Mio. € ist allerdings noch nicht enthalten.

Neben solchen aus Sicht der Gesamthaushaltssteuerung vorzunehmenden Bereinigungen beinhalten die Ressort einschätzungen noch die den veranschlagten Risikofonds übersteigenden Budgetrisiken in Höhe von rd. 5,41 Mio. € (= Personal- und sonst. Budgetrisiken iHv. 14,385 Mio. € abzgl. veranschlagter Risikofonds iHv. 8,975 Mio. €). Zu diesen Finanzierungsproblemen müssen noch Lösungen durch die betroffenen Ressorts entwickelt werden. Über die Verwendung der veranschlagten Risikoversorge ist noch vom Senat zu entscheiden.

Im Übrigen ist der vom Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen beabsichtigte Ausgleich der in diesem Jahr voraussichtlich ausfallenden EFRE-Einnahmen in Höhe von 15,3 Mio. € bei den vom Ressort abgegebenen Daten noch nicht berücksichtigt.

Unter Berücksichtigung dieser Bereinigungen ergäbe sich folgende Einschätzung zum Jahresergebnis:

	<u>Mio. €</u>
Voraussichtlicher Saldo Ende des Jahres lt. Controlling 6/2013	3,8
Noch nicht berücksichtigte Kapitalerhöhung Klinikverbund	- 33,7
Abbau der Budgetrisiken der PPL	5,4
Ausgleich EFRE-Einnahmeproblem	15,3
<u>derzeit erwartete Erlöse aus dem Verkauf des Bahnhofsvorplatzes<sup>4</sup></u>	<u>5,2</u>
<b>mögliche Überschreitung (Jahresergebnis)</b>	<b>- 4,0</b>

#### **Fazit:**

Auf Basis der gegenwärtigen Schätzungen der Ressorts und insbesondere unter Berücksichtigung noch ausstehender Finanzierungskonzepte für die von den Ressorts erwarteten Budgetrisiken ist aus Sicht des Gesamthaushalts ein unmittelbarer sofortiger Handlungs-/Steuerungsbedarf zur Einhaltung des veranschlagten eckwertrelevanten Finanzierungssaldos nicht erkennbar. Die aktuellen Beschlüsse des Senats zur Gewährung eines Zuschusses an die JUB sowie die Konkretisierung des ausstehenden Finanzierungsvorschlages zur Schaffung von zusätzlichen Plätzen für die Unterbringung von Flüchtlingen (weitere Ausführungen siehe Nr. IV) führen allerdings noch zu Verschlechterungen.

---

<sup>4</sup> Siehe Ausführungen zu I. Nr. 2, Produktplan 68

**Vor diesem Hintergrund sind in den Ressorts, die aufgrund einer Reste-/Rücklageninanspruchnahme eine erhebliche Überschreitung ihres produktplanbezogenen Finanzierungssaldos erwarten, Ausgleichsmaßnahmen zu entwickeln.**

**Es wird vorgeschlagen, Steuerungsnotwendigkeiten zur Einhaltung des Finanzierungssaldos auf Basis der von den Ressorts aktualisierten Einschätzungen zum August-Controlling zu überprüfen.**

### **III. Auflösung globaler investiver Minderausgaben / Umlagebeschlüsse**

In den Haushalten 2013 wurden globale investive Minderausgaben in einer Gesamthöhe von 5,381 Mio. € veranschlagt, welche im Haushaltsvollzug aufzulösen sind. Die Senatorin für Finanzen schlägt vor, diese Minderausgabe – wie im Vorjahr - durch eine Umlage auf alle Produktpläne zu erwirtschaften.

In seiner Sitzung am 27. November 2012 hat der Senat zur haushaltsrechtlichen Absicherung des investiven Programms „Ausbau der Kindertagesbetreuung“ einer Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 3,9 Mio. € zugestimmt. Die Abfinanzierung der Verpflichtungsermächtigung sollte im Zusammenhang mit der Auflösung der im Produktplan 93 „Zentrale Finanzen“ veranschlagten globalen investiven Minderausgabe i.H.v. rd. 5,4 Mio. € in 2013 dargestellt werden.

Darüber hinaus hat der Senat am 18. Juni 2013 beschlossen, für die Finanzierung der 12,0 Mio. € für Optimierungsmaßnahmen des Klinikverbundes zunächst eine Umlagefinanzierung auf Basis der Investitionshaushalte aller Ressorts vorzusehen. Sofern sich im Rahmen des Halbjahrescontrollings andere Handlungsspielräume ergeben sollten, ist der Umlagebetrag abzusenken.

Insgesamt handelt es sich dementsprechend gegenwärtig um ein **zu finanzierendes Volumen von 21,281 Mio. €**. Dieses kann sich im weiteren Haushaltsvollzug noch erhöhen, sofern für die Planung der Sanierungsmaßnahmen im Klinikum Bremen Ost in diesem Jahr Barmittel erforderlich werden.

Anderweitige Handlungsspielräume sind - auch in Anbetracht der Personal- und konsumtiven Budgetrisiken und der bereits getroffenen Verwendungsbeschlüsse des Senats zu den freien Mitteln bei den Zinsen (4,0 Mio. € Darlehenstilgung Stiftung Wohnliche Stadt, 10,0 Mio. € Kapitalerhöhung Kliniken, 33,7 Mio. € weitere Kapitalerhöhung beim Klinikverbund) - derzeit nicht erkennbar.

Es ist deshalb notwendig, neben der veranschlagten Minderausgabe auch die übrigen Finanzierungsbedarfe auf alle Produktpläne im Wesentlichen im Rahmen der von allen Ressorts vorzuhaltenden Planungsreserve umzulegen. Die Senatorin für Finanzen wird gebeten, dem Senat zu seiner Sitzung am 01. Oktober 2013 einen Vorschlag für die Verteilung der Umlage auf die Ressorts vorzulegen.

Bei der Erarbeitung eines Lösungsvorschlages sind die Gesichtspunkte der Liquiditätssteuerung einzubeziehen. Auch die Reduzierung der Umlage durch nochmalige Bedarfsüberprüfung unter inhaltlichen und zeitlichen Gesichtspunkten und die

Einsparmöglichkeiten in anderen Haushaltsbereichen sind zu prüfen.

#### **IV. Finanzierungsvorschläge Exzellenzinitiative und Flüchtlingsunterbringung**

Die Senatorin für Finanzen schlägt vor, die zunächst eingesetzten Zinsminderausgaben zur Deckung der erforderlichen Nachbewilligung für die Mehraufwendungen der Exzellenzinitiative in Höhe von 3,2 Mio. € im Jahr 2013 endgültig so zu verwenden. Diese Deckungsmittel können - neben den bereits vom Senat beschlossenen Verwendungszwecken – voraussichtlich bei den zentralen Zinsausgaben realisiert werden.

Ein Deckungsvorschlag zur Finanzierung der zusätzlichen investiven Mittel zum kurzfristigen Ausbau der Plätze zur Unterbringung von Flüchtlingen in Höhe von 3,5 Mio. € soll erst im Rahmen der Auflösung der veranschlagten Risikovorsorge auf der Basis des Monatscontrollings Januar bis August 2013 vorgelegt werden.

#### **C. Alternativen**

Keine.

#### **D. Finanzielle und Personalwirtschaftliche Auswirkungen, Gender-Prüfung**

Mit dieser Vorlage sind unmittelbar keine finanziellen, personalwirtschaftlichen oder genderbezogenen Auswirkungen verbunden.

#### **E. Beteiligung und Abstimmung**

Die Produktplan- und Produktbereichsberichte wurden von den Fachressorts erstellt. Die Kommentare der Senatorin für Finanzen und die Vorlage wurden mit den Fachressorts erörtert.

Die Senatskanzlei und der Senator für Justiz und Verfassung haben vor dem Hintergrund bereits geleisteter Ausgaben bzw. bestehender Verpflichtungen Bedenken hinsichtlich der Realisierung der beabsichtigten investiven Umlage (siehe Punkt III der Vorlage) geäußert.

Die Vorlage ist mit der Senatskanzlei abgestimmt.

#### **F. Öffentlichkeitsarbeit und Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz**

Öffentlichkeitsarbeit geeignet. Gegen eine Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz bestehen keine Bedenken.

## **G. Beschluss**

1. Der Senat nimmt entsprechend der Vorlage 1117/18 den Controllingbericht Produktgruppenhaushalt Januar bis Juni 2013 zur Kenntnis und bittet die Senatorin für Finanzen, diesen an den parlamentarischen Haushalts- und Finanzausschuss (Land und Stadtgemeinde) weiterzuleiten.
2. Der Senat geht davon aus, dass Ausgabereste und Rücklagen nur in Anspruch genommen werden, sofern ein Finanzierungssaldenneutraler Ausgleich an anderer Stelle (grundsätzlich innerhalb des Produktplans) gewährleistet werden kann. Er bittet die Ressorts, dies bei ihrer Ausgabeplanung zu beachten.
3. Der Senat bittet die Ressorts, die Budget- bzw. Finanzierungssaldenrisiken erwarten, sämtliche Möglichkeiten zur Reduzierung der von ihnen erwarteten Risiken - auch im Falle von Mehrbedarfen bei gesetzlichen Leistungen - zu nutzen. Der Senat bittet die betroffenen Ressorts, diesen Prozess durch ressortinterne (dezentrale) Bewirtschaftungsmaßnahmen zu flankieren. Hierüber ist im Rahmen des Monatscontrollings Januar bis August 2013 konkret zu berichten.
4. Der Senat bittet die Bevollmächtigte der Freien Hansestadt Bremen beim Bund und für Europa, den Senator für Gesundheit und den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr zum Monatscontrolling Januar bis August 2013 Lösungsansätze zur Budgetkonsolidierung aufzuzeigen.
5. Der Senat bittet die Bevollmächtigte der Freien Hansestadt Bremen beim Bund und für Europa und die Senatorin für Finanzen, den Abstimmungsprozess über das vorliegende Lösungskonzept abzuschließen und spätestens zum Controlling 3. Quartal 2013 das Ergebnis zu präsentieren.
6. Der Senat bittet die Senatorin für Bildung und Wissenschaft ein Organisations- und Personalkonzept für die Senatorische Behörde zu entwickeln, das eine mittelfristige Einhaltung der Zielzahlen ermöglicht und zeitnah im Senat vorzulegen.
7. Der Senat sieht die Bedingungen für die Aufhebung der Sperre bei den Personalausgaben im Produktplan 21 Bildung bei Hst. 3210/422 05-5, Bezüge der planmäßigen Beamten (Lehrkräfte), in Höhe von 864.060 € als erfüllt an und beschließt die Aufhebung der Sperre.“
8. Der Senat bittet den Senator für Gesundheit bis spätestens zum Controlling 3. Quartal 2013 ein Lösungskonzept zur konkreten Finanzierung der Personalmehrausgaben 2013 vorzulegen.
9. Der Senat beschließt, im Produktplan 11 Justiz einen Betrag in Höhe von 243.860,00 € für die Korrektur der Budgetierung und 195.000,00 € für die Justizreferendare unter Heranziehung von Deckungsmitteln des Produktplans 92 Allgemeine Finanzen bereitzustellen.

10. Der Senat nimmt die in der Vorlage vorgeschlagene Aufteilung der zentralen Tarifmittel in Höhe von 7,896 Mio. € auf die Produktpläne zur Kenntnis.
11. Der Senat bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, ihm bis Dezember 2013 über die Höhe des zu erwartenden Mittelabflusses im Produktplan 31 Arbeit in den Jahren 2014 und 2015 und über mögliche Rückzahlungen eingemommener EU-Mittel im Falle der Nichtinanspruchnahme zu berichten.
12. Der Senat bittet den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr, die den Planansatz für Grundstückserlöse in 2012 und 2013 des Sondervermögens Infrastruktur übersteigenden Erlöse aus der Veräußerung des Bahnhofsvorplatzes zeitnah zugunsten des Gesamthaushalts abzuführen. Diese Mittel dürfen ausschließlich zur Liquiditätsteuerung eingesetzt werden.
13. Der Senat bittet die Senatorin für Finanzen, auf der Basis des Controllingberichts Januar bis August 2013 einen Vorschlag zur Aufteilung des veranschlagten Risikofonds vorzunehmen, soweit dies nach Entwicklung ressortinterner Lösungen zur Deckung verbliebener Budgetrisiken für gesetzliche Leistungen und unabweisbar notwendige Bedarfe notwendig wird. Berücksichtigt werden nur Mehrbedarfe, die hinreichend begründet sind. Soweit der Risikofonds zur Lösung der Budgetrisiken nicht ausreichen sollte, wird eine Inanspruchnahme der Planungsreserve bei den Ressorts unumgänglich sein.
14. Der Senat bittet die Senatorin für Finanzen, zur Sitzung am 01. Oktober 2013 nach nochmaliger Überprüfung der Bedarfe durch die betroffenen Ressorts sowie der Einsparmöglichkeiten in anderen Haushaltsbereichen einen konkreten Aufteilungsvorschlag der Umlagebeträge auf die Ressorts zur Auflösung der global veranschlagten investiven Minderausgaben in Höhe von 5,381 Mio. € sowie für den Ausbau der Kindertagesbetreuung vom 27. November 2012 in Höhe von 3,9 Mio. € und zur wirtschaftlichen Sanierung des Klinikverbundes Gesundheit Nord vom 18. Juni 2013 in Höhe von 12,0 Mio. € vorzulegen.
15. Der Senat stimmt der Verwendung von Zinsminderausgaben in Höhe von 3,2 Mio. € zur Abdeckung der Verpflichtungsermächtigung im Haushaltsjahr 2013 im Zusammenhang mit der Exzellenzinitiative zu.
16. Der Senat bittet die Senatorin für Finanzen, mit dem Vorschlag zur Auflösung der veranschlagten Risikovorsorge (vgl. Beschlussvorschlag Nr. 13) auf der Basis des Monatscontrollings Januar bis August 2013 einen Vorschlag zur Finanzierung der investiven Mittel zum Ausbau der Plätze zur Unterbringung von Flüchtlingen vorzulegen.

Produktplan	Budgetrisiken 2013								
	Personalbudget			sonstiges Budget					Gesamt
	Risiko	Deckungs- vorschlag (Ressort)	Summe I (Personal)	Minder- einnahmen	konsumtives Risiko	investives Risiko	Summe II (Sonstiges Budget)	Deckungs- vorschlag (Ressort)	verbleiben- des Risiko
	Mio. €								
05 Bundes- und Europa- angelegenheiten	0,476	-0,026	0,450				0,000		0,450
06 Datenschutz und Informationsfreiheit	0,158	-0,158	0,000				0,000		0,000
07 Inneres	1,970	0,000	1,970	0,169	1,503		1,672		3,642
11 Justiz					2,873		2,873	-0,815	2,058
12 Sport				0,180			0,180	-0,032	0,148
21 Bildung					2,800		2,800		2,800
22 Kultur				0,200			0,200	-0,200	0,000
24 Hochschulen und Forschung	0,260	-0,260	0,000				0,000		0,000
31 Arbeit	1,860	-1,860	0,000				0,000		0,000
41 Jugend und Soziales					32,911	(3,900*)	32,911	-28,905 **	4,006
51 Gesundheit	0,200	0,000	0,200	0,693			0,693	-0,112	0,781
68 Umwelt, Bau, Verkehr	0,500		0,500	3,100			3,100	-3,100	0,500
71 Wirtschaft	1,100	-1,100	0,000	15,099			15,099	-15,099	0,000
81 Häfen	0,500	-0,500	0,000				0,000		0,000
<b>INSGESAMT</b>	<b>7,024</b>	<b>-3,904</b>	<b>3,120</b>	<b>19,441</b>	<b>40,087</b>	<b>0,000</b>	<b>59,528</b>	<b>-48,263</b>	<b>14,385</b>

\* Dieser Betrag ist gem. Beschluss des Senats vom 27.11.2012 im Zusammenhang mit der global veranschlagten inv. Minderausgabe darzustellen, deshalb wird er nicht als Budgetrisiko dargestellt.

\*\* Es handelt sich um Mehreinnahmen vom Bund für die Grundsicherung im Alter

ANLAGE 1 ZUR Senatsvorlage

# ANLAGE 2 zur Senatsvorlage

## ⇒ Dezentralisierung zentraler Tarifmittel

Bei der Feststellung der Budgetrisiken wurde die nachfolgend dargestellte Aufteilung der zentralen Tarifmittel unterstellt. Aus dem Abschluss der Tarifvertrages im TVL und der teilweisen Übertragung auf die Beamten ergeben sich für das Jahr 2013 Mehrausgaben in Höhe von rd. 7,895 Mio. €. Im Produktplan 92 wird eine Tarifvorsorge in Höhe von rd. 7,9 Mio. € vorgehalten. Durch diese Mittel können die Mehrausgaben vollständig finanziert werden. Aufgrund der generellen Ermächtigungen für den Haushalt 2013 sollen die Mittel in die dezentralen Haushalte nachbewilligt werden. Die Aufteilung ist wie folgt vorgesehen:

**Tabelle 1: Aufteilung der Tarifmittel nach Produktplänen**

<b>Produktplan</b>	<b>NB Tarif in €</b>
01 - Bürgerschaft	48.340
02 - Rechnungshof	9.340
03 - Senat und Senatskanzlei	82.490
05 - Bund u. Europa	41.630
06 - Datenschutz	7.880
07 - Inneres	1.952.230
08 - Gleichberechtigung der Frau	13.980
11 - Justiz	682.720
12 - Sport	13.830
21 - Bildung	1.921.340
22 - Kultur	66.700
24 - Hochschulen u. Forschung	18.900
31 - Arbeit	148.040
41 - Jugend und Soziales	814.130
51 - Gesundheit	349.920
68 - Bau, Umwelt und Verkehr	826.390
71 - Wirtschaft	80.480
81 - Häfen	117.380
91 - Finanzen	560.550
92 - Allgemeine Finanzen	131.910
93 - zentrale Finanzen	7.560
<b>Insgesamt</b>	<b>7.895.740</b>



# Controllingbericht

# Produktgruppenhaushalt

Januar - Juni 2013

Die Senatorin für Finanzen



Freie  
Hansestadt  
Bremen

**Controllingbericht  
Produktgruppenhaushalt  
Januar – Juni 2013**

**Impressum**

Die Senatorin für Finanzen  
Rudolf-Hilferding-Platz 1  
28195 Bremen

Telefon: (0421) 361-10191  
Fax: (0421) 361-2965  
Mail: [office@finanzen.bremen.de](mailto:office@finanzen.bremen.de)

Fachliche Information zu dieser Veröffentlichung:

Referat 21, Fred Baarts; Andreas Fehren  
Telefon: (0421) 361-15516; -2656  
Fax: (0421) 496-15516; -2656  
Mail: [fred.baarts@finanzen.bremen.de](mailto:fred.baarts@finanzen.bremen.de)  
[andreas.fehren@finanzen.bremen.de](mailto:andreas.fehren@finanzen.bremen.de)

Referat 32, Torsten Markwort  
Telefon: (0421) 361-16703  
Fax: (0421) 496-16703  
Mail: [torsten.markwort@finanzen.bremen.de](mailto:torsten.markwort@finanzen.bremen.de)

Gesamtherstellung:  
Druckerei der Senatorin für Finanzen  
Rudolf-Hilferding-Platz 1  
28195 Bremen

erschienen im September 2013

# Controllingbericht Teil I

## Inhaltsverzeichnis

### Produktplanberichte der Ressorts

(ggf. einschl. Kommentar der Senatorin für Finanzen)

Produktplan 01	Seite	1
Produktplan 02	Seite	4
Produktplan 03	Seite	8
Produktplan 05	Seite	13
Produktplan 06	Seite	18
Produktplan 07	Seite	22
Produktplan 08	Seite	30
Produktplan 09	Seite	35
Produktplan 11	Seite	39
Produktplan 12	Seite	48
Produktplan 21	Seite	55
Produktplan 22	Seite	59
Produktplan 24	Seite	67
Produktplan 31	Seite	70
Produktplan 41	Seite	74
Produktplan 51	Seite	83
Produktplan 68	Seite	88
Produktplan 71	Seite	93
Produktplan 81	Seite	98
Produktplan 91	Seite	101
Produktplan 92	Seite	105
Produktplan 93	Seite	109
Produktplan 96	Seite	113

### Querschnittsbetrachtungen

Finanzierungssalden	Seite	116
Ausgabereste/Rücklagen/Verlustvorträge	Seite	117
Testate/globale Minderausgaben	Seite	121
investive Minderausgaben	Seite	122



Controlling Produktgruppenhaushalt	<b>01 – 06 / 2013</b>
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 22, 01.08.2013

PRODUKTPLAN 01 Bürgerschaft	Kurzeinschätzung zur Zielerreichung	
	Nicht erreicht	erreicht
Finanzen	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
Personal:	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
Leistungen:	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

#### Kommentar:

#### Finanzdaten

##### **Voraussichtliches Jahresergebnis (Budgeteinhaltung)**

Das Budget wird um rd. 2,334 Mio. € unterschritten.

Dies resultiert zum Einen aus der Nichtinanspruchnahme von übertragenen Resten aus 2012 zum Anderen aus vorsichtigen Einschätzungen der Bürgerschaftsverwaltung bei den Personal- und Sachausgaben.

##### **Einhaltung des Finanzierungssaldos**

Der Finanzierungssaldo wird um rd. 0,174 Mio. € unterschritten.

Dies resultiert aus Personalminderausgaben.

#### Personaldaten

Die Personalausgaben werden voraussichtlich eingehalten.

#### Leistungsdaten

Die Leistungskennzahlen werden eingehalten.

#### **Maßnahmen-/Steuerungsvorschlag:**

Die Bürgerschaftsverwaltung weist daraufhin, dass im laufenden Haushaltsjahr bei zusätzlichen investiven Ausgaben möglicherweise auf Haushaltsreste bzw. die allgemeine Budgetrücklage zurückgegriffen werden muss. Der daraus resultierende zusätzliche Liquiditätsbedarf müsste dann von der Senatorin für Finanzen im Rahmen der Gesamtsteuerung des Haushalts sichergestellt werden.

#### **ANLAGE: Produktplan-Bericht**

<b>Produktplan: Bürgerschaft</b>	<b>01</b>	<b>Controlling 01-06/13 05.08.2013</b>	
<b>Verantwortlich:</b>	<b>Präs. Weber</b>	<b>Version: 86</b>	<b>Seite 1</b>
<b>Einhaltung Finanzdaten:</b>	<b>Einhaltung Personaldaten:</b>	<b>Einhaltung Leistungsziele in den zugehörigen Produktbereichen:</b>	
			

## 1. Ressourceneinsatz

Kamerale Finanzdaten	Januar - Juni 2013				Jahresplanung 2013				
	Ist	Planwert	Ist-Planwert-Abweichung	HH-Soll	vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag	
	Tsd. EUR		%		Tsd. EUR				
konsumtive Einnahmen	71	47	24	51,9	98	93	93	0	93
investive Einnahmen	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
relevante Verrech./Erstatt.	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
<b>Gesamteinnahmen</b>	<b>71</b>	<b>47</b>	<b>24</b>	<b>51,9</b>	<b>98</b>	<b>93</b>	<b>93</b>	<b>0</b>	<b>93</b>
Personalausgaben	5.827	5.754	73	1,3	12.121	12.121	11.802	-319	11.976
konsumtive Ausgaben	4.015	3.918	97	2,5	9.737	9.698	7.835	-1.863	7.835
Zinsausgaben	39	39	-0	-1,1	39	77	77	0	77
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
investive Ausgaben	278	215	63	29,3	582	582	430	-152	430
relevante Verrech./Erstatt.	1	0	1	0,0	0	0	0	0	0
<b>Gesamtausgaben</b>	<b>10.159</b>	<b>9.926</b>	<b>233</b>	<b>2,4</b>	<b>22.478</b>	<b>22.478</b>	<b>20.144</b>	<b>-2.334</b>	<b>20.318</b>
<b>Saldo</b>	<b>-10.088</b>	<b>-9.879</b>	<b>-209</b>	<b>2,1</b>	<b>-22.380</b>	<b>-22.385</b>	<b>-20.051</b>	<b>2.334</b>	<b>-20.225</b>

Verpflichtungs- ermächtigungen	Abdeckung im Jahr					Budgetrück- lagenbestand	Stand des Verlustvotr .
	2013	2014	2015	2016	2017ff		
	Tsd. EUR					Tsd. EUR	
- konsumtiv	0	0	0	0	0	1.681	0
- investiv	0	0	0	0	0		
- Zins-/Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0		

Personaldaten	Juni 2013			kumuliert Januar - Juni 2013			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
	Tsd. EUR								
Kernbereich	229	253	-24	1.380	1.521	-141	2.887	3.154	-267
Personalverstärkung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ausbildung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
<b>Zwischensumme</b>	<b>229</b>	<b>253</b>	<b>-24</b>	<b>1.380</b>	<b>1.521</b>	<b>-141</b>	<b>2.887</b>	<b>3.154</b>	<b>-267</b>
Refinanzierte	4	9	-5	26	54	-28	53	113	-60
Nebentitel	719	698	21	4.421	4.179	242	8.861	8.853	8
<b>Insgesamt</b>	<b>952</b>	<b>960</b>	<b>-8</b>	<b>5.827</b>	<b>5.754</b>	<b>73</b>	<b>11.801</b>	<b>12.120</b>	<b>-319</b>
- dar.: Beihilfe/Nachvers	2	2	0	28	43	-15	48	54	-6
	Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)								
Kernbereich	53,8	57,9	-4,1	53,7	57,9	-4,2	53,7	57,9	-4,2
Personalverstärkung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Ausbildung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
<b>Zusammen</b>	<b>53,8</b>	<b>57,9</b>	<b>-4,1</b>	<b>53,7</b>	<b>57,9</b>	<b>-4,2</b>	<b>53,7</b>	<b>57,9</b>	<b>-4,2</b>
Refinanzierte	1,0	-	-	1,0	-	-	1,0	-	-
Abwesende	4,6	-	-	4,0	-	-	4,3	-	-

Personalstruktur	Jun 2013	2013	2012
	Ist	Planwert	Ist
Bezugsgröße: Kopffzahl der Beschäftigten	%		
Verwaltungspersonalquote	0,0	4,8	0,0
Beschäftigte bis 35 Jahre	5,6	22,5	1,4
Beschäftigte über 55 Jahre	21,1	17,5	25,4
Frauenquote	74,7	50,0	76,1
Teilzeitquote	45,1	35,0	43,7
Schwerbehindertenquote	11,4	6,0	9,9

<b>Produktplan: Bürgerschaft</b>	<b>01</b>	<b>Controlling 01-06/13 05.08.2013</b>	
<b>Verantwortlich:</b>	<b>Präs. Weber</b>	<b>Version: 86</b>	<b>Seite 2</b>
<b>3. Analyse/Bewertung</b>			
Finanzdaten			
Einnahmen Die veranschlagten Einnahmen werden voraussichtlich erbracht.			
Konsumtive Ausgaben Die konsumtiven Ausgaben werden voraussichtlich eingehalten.			
Personalausgaben Die Personalausgaben werden voraussichtlich eingehalten.			
Zinsausgaben Die Zinsausgaben werden voraussichtlich eingehalten.			
Investive Ausgaben Bei den investiven Ausgaben wird voraussichtlich ein Rückgriff auf den Haushaltsrest oder der allgemeinen Budgetrücklage der Bürgerschaftskanzlei erforderlich, um die Kosten der begleitenden Maßnahmen der Sanierung begleichen zu können.			

Controlling Produktgruppenhaushalt	<b>01 – 06 / 2013</b>
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 22, 01.08.2013

PRODUKTPLAN 02 Rechnungshof	Kurzeinschätzung zur Zielerreichung	
	Nicht erreicht	erreicht
Finanzen	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
Personal:	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
Leistungen:	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
<b>Kommentar:</b>		
<p><b><u>Finanzdaten</u></b></p> <p><b>Voraussichtliches Jahresergebnis (Budgeteinhaltung)</b> Das Budget wird um rd. 1,148 Mio. € unterschritten. Dies resultiert im Wesentlichen aus der Nicht-Inanspruchnahme übertragener Reste.</p> <p><b>Einhaltung des Finanzierungssaldo</b> Der Finanzierungssaldo wird lt. Darstellung des Rechnungshofes um rd. 0,3 Mio. € unterschritten. Dies resultiert aus Personalminderausgaben.</p> <p><b><u>Personaldaten</u></b> Die Personalausgaben werden voraussichtlich eingehalten.</p> <p><b><u>Leistungsdaten</u></b> Die Leistungskennzahlen werden eingehalten.</p>		
<b>Maßnahmen-/Steuerungsvorschlag:</b>		
Kein Handlungsbedarf.		

**ANLAGE: Produktplan-Bericht**

<b>Produktplan: Rechnungshof</b>	<b>02</b>	<b>Controlling 01-06/13 05.08.2013</b>	
<b>Verantwortlich:</b>	<b>Präs. Sokol</b>	<b>Version: 86</b>	<b>Seite 1</b>
<b>Einhaltung Finanzdaten:</b>	<b>Einhaltung Personaldaten:</b>	<b>Einhaltung Leistungsziele in den zugehörigen Produktbereichen:</b>	
			

## 1. Ressourceneinsatz

Kamerale Finanzdaten	Januar - Juni 2013				Jahresplanung 2013				
	Ist	Planwert	Ist-Planwert-Abweichung	HH-Soll	vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschatz	
	Tsd. EUR		%		Tsd. EUR				
konsumtive Einnahmen	2	2	0	12,7	3	3	3	0	3
investive Einnahmen	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
relevante Verrech./Erstatt.	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
<b>Gesamteinnahmen</b>	<b>2</b>	<b>2</b>	<b>0</b>	<b>12,7</b>	<b>3</b>	<b>3</b>	<b>3</b>	<b>0</b>	<b>3</b>
Personalausgaben	1.136	1.575	-439	-27,9	3.164	3.164	2.269	-895	2.590
konsumtive Ausgaben	172	169	3	2,0	513	513	337	-176	337
Zinsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
investive Ausgaben	5	0	5	0,0	89	89	12	-77	12
relevante Verrech./Erstatt.	1	1	-0	-32,5	2	2	2	0	2
<b>Gesamtausgaben</b>	<b>1.315</b>	<b>1.745</b>	<b>-430</b>	<b>-24,7</b>	<b>3.768</b>	<b>3.768</b>	<b>2.620</b>	<b>-1.148</b>	<b>2.941</b>
<b>Saldo</b>	<b>-1.313</b>	<b>-1.743</b>	<b>430</b>	<b>-24,7</b>	<b>-3.765</b>	<b>-3.765</b>	<b>-2.617</b>	<b>1.148</b>	<b>-2.938</b>

Verpflichtungsermächtigungen	Abdeckung im Jahr					Budgetrücklagenbestand	Stand des Verlustvotr.
	2013	2014	2015	2016	2017ff		
	Tsd. EUR					Tsd. EUR	
- konsumtiv	0	0	0	0	0	872	0
- investiv	0	0	0	0	0		
- Zins-/Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0		

Personaldaten	Juni 2013			kumuliert Januar - Juni 2013			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
	Tsd. EUR								
Kernbereich	192	207	-15	1.096	1.242	-146	2.232	2.502	-270
Personalverstärkung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ausbildung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
<b>Zwischensumme</b>	<b>192</b>	<b>207</b>	<b>-15</b>	<b>1.096</b>	<b>1.242</b>	<b>-146</b>	<b>2.232</b>	<b>2.502</b>	<b>-270</b>
Refinanzierte	0	46	-46	0	279	-279	0	574	-574
Nebentitel	6	4	2	40	54	-14	71	88	-17
<b>Insgesamt</b>	<b>198</b>	<b>257</b>	<b>-59</b>	<b>1.136</b>	<b>1.575</b>	<b>-439</b>	<b>2.303</b>	<b>3.164</b>	<b>-861</b>
- dar.: Beihilfe/Nachvers	6	4	2	40	54	-14	69	87	-18
	Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)								
Kernbereich	39,3	40,3	-1,0	37,8	40,3	-2,5	38,5	40,3	-1,8
Personalverstärkung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Ausbildung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
<b>Zusammen</b>	<b>39,3</b>	<b>40,3</b>	<b>-1,0</b>	<b>37,8</b>	<b>40,3</b>	<b>-2,5</b>	<b>38,5</b>	<b>40,3</b>	<b>-1,8</b>
Refinanzierte	0,0	-	-	0,0	-	-	0,0	-	-
Abwesende	0,0	-	-	0,8	-	-	0,4	-	-

Personalstruktur	Jun 2013	2013	2012
	Ist	Planwert	Ist
Bezugsgröße: Kopffzahl der Beschäftigten	%		
Verwaltungspersonalquote	0,0	4,8	0,0
Beschäftigte bis 35 Jahre	4,9	22,5	2,5
Beschäftigte über 55 Jahre	31,7	17,5	35,0
Frauenquote	53,7	50,0	52,5
Teilzeitquote	17,1	35,0	15,0
Schwerbehindertenquote	4,9	6,0	5,0



<b>Produktplan: Rechnungshof</b>	<b>02</b>	<b>Controlling 01-06/13 05.08.2013</b>	
<b>Verantwortlich:</b>	<b>Präs. Sokol</b>	<b>Version: 86</b>	<b>Seite 2</b>
<b>3. Analyse/Bewertung</b>			
kamerale Finanzdaten Die Zielerreichung ist nicht gefährdet.			
Personaldaten Die Personalmittel werden voraussichtlich nicht überschritten.			
investive Ausgaben Die investiven Mittel werden eingehalten.			
Abweichung voraussichtliches HH-Soll und voraussichtliches Ist: Die Abweichungen resultieren aus der Nicht-Inanspruchnahme übertragener Reste, um den Finanzierungssaldo nicht zu überschreiten.			

Controlling Produktgruppenhaushalt	<b>01 – 06 / 2013</b>
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 22, 01.08.2013

<b>PRODUKTPLAN 03</b> <b>Senat, Senatskanzlei u. kirchl. Angelegenh.</b>	<b>Kurzeinschätzung zur Zielerreichung</b>		
		<b>Nicht erreicht</b>	<b>erreicht</b>
	<b>Finanzen</b>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
	<b>Personal:</b>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
	<b>Leistungen:</b>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
<b>Kommentar:</b>			
<p><b><u>Finanzdaten</u></b> Das Budget wird eingehalten.</p> <p>Der eckwertrelevante Finanzierungssaldo wird unter Berücksichtigung produktplanübergreifender Verlagerungen voraussichtlich um 440 Tsd. € überschritten bedingt durch eine Nachbewilligung an die Jüdische Gemeinde (120 Tsd. €) sowie Einnahmeverfügungsmitteln. Das Ressort gibt hierzu an, dass im Rahmen der Gesamtsteuerung des Haushalts eine ressortübergreifende Lösung zur Deckung der Mehrausgaben für erforderlich gehalten wird.</p> <p><b><u>Personaldaten</u></b> Aus heutiger Sicht werden die Personaldaten eingehalten. Im Kernbereich werden unter Berücksichtigung der vollständigen Abschöpfung der Restfluktuation, noch zu zahlender Altersteilzeitrückstellungen und einer Nachbewilligung zur Tarifkompensation Minderausgaben von in Höhe von rd. 23 Tsd. € ausgewiesen. Das Ressort weist darauf hin, dass durch Wiederbesetzungen und Arbeitszeitveränderungen die Ausgaben und das Beschäftigungsvolumen im Laufe des Jahres ansteigen können.</p> <p><b><u>Leistungsdaten</u></b> Die Leistungsziele werden im Wesentlichen eingehalten. Abweichungen, wie beispielsweise bei der Anzahl der Bürgeranträge (200%) sind nicht steuerbar.</p>			
<b>Maßnahmen-/Steuerungsvorschlag:</b>			
<p>Um auch im weiteren Verlauf des Jahres die Budgeteinhaltung zu gewährleisten, ist ein restriktives personalwirtschaftliches Handeln erforderlich. Eine Entscheidung, ob und wie im Rahmen der Gesamtsteuerung des Haushalts eine ressortübergreifende Lösung zur Deckung des Liquiditätsmehrbedarfs gefunden werden muss, ist noch nicht entschieden.</p>			

**ANLAGE: Produktplan-Bericht**

<b>Produktplan:</b> <b>Senat, Senatskanzlei, Kirchl.Angelegenh.</b>	<b>03</b>	<b>Controlling 01-06/13</b> <b>05.08.2013</b>
<b>Verantwortlich:</b> <b>Bgm. Böhrnsen</b>	<b>Version: 86</b>	<b>Seite 1</b>
<b>Einhaltung Finanzdaten:</b>	<b>Einhaltung Personaldaten:</b>	<b>Einhaltung Leistungsziele in den zugehörigen Produktbereichen:</b>
		

## 1. Ressourceneinsatz

Kamerale Finanzdaten	Januar - Juni 2013				Jahresplanung 2013				
	Ist	Planwert	Ist-Planwert-Abweichung	HH-Soll	vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag	
	Tsd. EUR			%		Tsd. EUR			
konsumtive Einnahmen	262	80	182	227,3	308	309	309	0	162
investive Einnahmen	8	0	8	0,0	8	8	8	0	0
relevante Verrech./Erstatt.	25	25	0	0,0	25	25	25	0	0
<b>Gesamteinnahmen</b>	<b>295</b>	<b>105</b>	<b>190</b>	<b>180,9</b>	<b>342</b>	<b>342</b>	<b>342</b>	<b>0</b>	<b>162</b>
Personalausgaben	3.798	3.799	-1	-0,0	7.807	7.807	7.825	18	7.752
konsumtive Ausgaben	2.598	2.244	354	15,8	4.756	4.756	4.760	4	4.492
Zinsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
investive Ausgaben	820	1.368	-548	-40,1	3.719	3.719	2.882	-837	2.740
relevante Verrech./Erstatt.	29	7	22	314,0	33	33	33	0	7
<b>Gesamtausgaben</b>	<b>7.245</b>	<b>7.418</b>	<b>-173</b>	<b>-2,3</b>	<b>16.315</b>	<b>16.315</b>	<b>15.500</b>	<b>-815</b>	<b>14.991</b>
<b>Saldo</b>	<b>-6.950</b>	<b>-7.313</b>	<b>363</b>	<b>-5,0</b>	<b>-15.973</b>	<b>-15.973</b>	<b>-15.158</b>	<b>815</b>	<b>-14.829</b>

Verpflichtungsermächtigungen	Abdeckung im Jahr					Budgetrücklagenbestand	Stand des Verlustvortr.
	2013	2014	2015	2016	2017ff		
	Tsd. EUR					Tsd. EUR	
- konsumtiv	0	0	0	0	0	65	0
- investiv	0	0	0	0	0		
- Zins-/Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0		

Personaldaten	Juni 2013			kumuliert Januar - Juni 2013			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
	Tsd. EUR								
Kernbereich	515	495	20	2.953	2.982	-29	6.078	6.096	-18
Personalverstärkung	15	17	-2	90	99	-9	190	205	-15
Ausbildung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
<b>Zwischensumme</b>	<b>530</b>	<b>512</b>	<b>18</b>	<b>3.043</b>	<b>3.081</b>	<b>-38</b>	<b>6.268</b>	<b>6.301</b>	<b>-33</b>
Refinanzierte	13	8	5	73	46	27	158	97	61
Nebentitel	114	96	18	682	672	10	1.399	1.409	-10
<b>Insgesamt</b>	<b>657</b>	<b>616</b>	<b>41</b>	<b>3.798</b>	<b>3.799</b>	<b>-1</b>	<b>7.825</b>	<b>7.807</b>	<b>18</b>
- dar.: Beihilfe/Nachvers	5	5	0	24	54	-30	62	81	-19
	Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)								
Kernbereich	106,9	105,9	1,0	106,3	106,4	-0,1	106,6	105,8	0,8
Personalverstärkung	3,5	3,5	0,0	3,4	3,5	-0,1	3,5	3,5	0,0
Ausbildung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
<b>Zusammen</b>	<b>110,4</b>	<b>109,4</b>	<b>1,0</b>	<b>109,7</b>	<b>109,9</b>	<b>-0,2</b>	<b>110,1</b>	<b>109,3</b>	<b>0,8</b>
Refinanzierte	2,8	-	-	2,6	-	-	2,7	-	-
Abwesende	12,3	-	-	12,4	-	-	12,3	-	-

Personalstruktur	Jun 2013	2013	2012
	Ist	Planwert	Ist
Bezugsgröße: Kopffzahl der Beschäftigten	%		
Verwaltungspersonalquote	0,0	4,8	0,0
Beschäftigte bis 35 Jahre	8,0	22,5	8,1
Beschäftigte über 55 Jahre	30,7	17,5	31,6
Frauenquote	58,4	50,0	58,1
Teilzeitquote	24,8	35,0	21,3
Schwerbehindertenquote	6,7	6,0	8,3

<b>Produktplan: 03</b> <b>Senat, Senatskanzlei, Kirchl. Angelegenh.</b>	<b>Controlling 01-6/2013</b>
Verantwortlich: Bgm Böhrnsen	Seite 1a

## 2. Strategische Leistungsziele/-kennzahlen

### A. (nicht durch Kennzahlen abgebildete) strategische Leistungsziele

#### Politische Bildung

##### Sachstand/Analyse/Bewertung

- Schwerpunktsetzung auf Erinnerungs- u. Gedenkstättenarbeit sowie Europäische Integration.
- Der Auftrag des Senats vom 14.09.2010, die Gedenkstätte Bunker Valentin mit Bundeshilfe aufzubauen, konnte durch einen erfolgreichen Antrag beim Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien umgesetzt werden. In einer fünfjährigen Projektphase von 2011 bis 2015 gewährt der Bund eine Zuwendung von insgesamt 1,9 Mio. Euro. Die konkrete Mittelzuweisung des Bundes ist im dritten Quartal 2013 zu erwarten. Entsprechende Bauanträge sind eingereicht worden und wurden im III. Quartal 2012 bewilligt. Parallel wird mit der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben über Nutzungsvereinbarungen verhandelt, welche den Betrieb der Gedenkstätte dauerhaft sichern.

#### Stadtteilmanagement

##### Sachstand/Analyse/Bewertung

- Für die erste Tranche im Jahr 2013 lagen 27 Anträge auf Mittel aus dem Programm „Impulse für den sozialen Zusammenhalt“ vor. Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) der Bremischen Bürgerschaft hat in der Sitzung am 14. Juni über die Mittelvergaben entschieden. Für die bewilligten Projekte wurden die Zuwendungs- und Zuweisungsbescheide durch die Senatskanzlei erstellt.
- Infolge der neuen Rechtsgrundlage des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter vom 10. Februar 2010 wurde die Richtlinie der Zusammenarbeit des Senators für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa mit den Beiräten und Ortsämtern in Bau-, Umwelt- und Straßenverkehrsangelegenheiten durch das Fachressort und die Senatskanzlei überarbeitet. Die Beirätekonferenz hat sich in mehreren Sitzungen mit diesem Entwurf befasst und hat ihn zur Kenntnis genommen worden. Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr bereitet die weitere Umsetzung vor.
- In einer Arbeitsgruppe bestehend aus Beiratssprecherinnen, Beiratssprechern einer Ortsamtsleitung und der Senatskanzlei wurde begonnen, die Richtlinie über die Verwendung der Mittel für stadtteilbezogene Maßnahmen (sog. Globalmittel) zu überarbeiten.

#### Medienrecht u. Medienpolitik

##### Sachstand/Analyse/Bewertung

Anpassung von Gesetzen und Staatsverträgen im Rundfunkbereich. Für das Radio Bremen Gesetz wurde ein Novellierungsvorschlag erarbeitet, der im Juni 2013 in 1. und 2. Lesung beschlossen wurde.

- Beratung und Beantwortung von Aspekten des und Eingaben zum neuen Rundfunkbeitrag.
- Für die Evaluierung des Beitragsmodells finden Absprachen mit dem Rundfunkreferenten der Länder statt.
- Das Medienreferat hat die Leitung einer Arbeitsgruppe der Rundfunkreferenten übernommen, die sich mit dem Thema regionale Werbung befasst. Die erarbeitete Neuregelung im Rundfunkstaatsvertrag erarbeitet, der noch zwischen den Ländern abgestimmt wird.
- Fortsetzung der gemeinsamen Filmfördereinrichtung „nordmedia“ mit Niedersachsen. Im ersten Halbjahr 2013 fanden zwei Sitzungen des nordmedia-Vergabeausschusses statt, bei der rund. 90 Filmprojekte eine Förderung erhalten haben.

### B. Leistungskennzahlen

Hinweis: Leistungskennzahlen sind im PPL 03 im Hinblick auf die Eigenart der Aufgaben des Ressortbereichs nicht definiert. In den Produktgruppen bilden statistische Kennzahlen zu einzelnen Aufgaben ausgewählte Leistungsmengen ab.

Kennzahlen	Berichtszeitraum				2010
	IST	Planwert	IST-Planwert-Abweichung*		Planwert
			abs.	%	
Beschreibung [Einheit]			0,00		
			0,00		
			0,00		
			0,00		
			0,00		
			0,00		
			0,00		
			0,00		
			0,00		
			0,00		
			0,00		
			0,00		
			0,00		

Analyse/Bewertung der Leistungskennzahlen auf Seite 2

<b>Produktplan: 03</b> <b>Senat, Senatskanzlei, Kirchl.Angelegenh.</b>	<b>Controlling 01-06/13</b> <b>05.08.2013</b>	
<b>Verantwortlich: Bgm. Böhrnsen</b>	<b>Version: 86</b>	<b>Seite 2</b>
<p><b>3. Analyse/Bewertung</b></p> <p>Als Jahresergebnis errechnet sich für den Produktplan 03 eine Unterschreitung i.H. von 815 TEUR. Die veranschlagten Einnahmen sind erreicht (zu den Mehreinnahmen s. 3.1.1).</p> <p>3.1 Kamerale Finanzdaten</p> <p>3.1.1 Konsumtive Einnahmen  Im Berichtszeitraum ergaben sich Mehreinnahmen i.H. von 182 TEUR aus Nutzungsentgelten für die Säle des Rathauses, Erlösen aus Außentrauungen und Mieten für Behördenparkplätze und Sitzungssäle der Ortsämter.  Das vorauss. HH-Soll im Verhältnis zum vorauss. IST wird zum Jahresende ausgeglichen sein.</p> <p>3.1.2 Investive Einnahmen  Bei den 8 TEUR handelt es sich um Zuwendungen des Bundes.  Das vorauss. HH-Soll im Verhältnis zum vorauss. IST wird zum Jahresende ausgeglichen sein.</p> <p>3.1.3 relevante Verrechnungen/Erstattungen  Bei den 25 TEUR handelt es sich um eine Zuweisung vom Senator für Umwelt, Bau und Verkehr für stadtteilbezogene Projekte in der Produktgruppe 03.01.02.</p> <p>3.1.4 Personalausgaben  Zum Jahresende wird für den Kernbereich eine Unterschreitung i.H. von 17 TEUR prognostiziert. Für die Tarifabschlüsse und Besoldungssteigerungen werden Nachbewilligungen in noch nicht bezifferter Höhe erwartet. Es wird mit zusätzlichen Personalkosten durch zwingend erforderliche Stellennachbesetzungen und Arbeitszeitveränderungen gerechnet.  Zum Jahresende wird ein ausgeglichener Personalhaushalt angestrebt.</p> <p>3.1.5 Konsumtive Ausgaben  Im Berichtszeitraum wird der anteilige Planwert um 354 TEUR überschritten.  Es handelt sich hier um Inanspruchnahme von HH-Mitteln für die Gedenkstätte Bunker Valentin sowie von Globalmitteln.  Im vorraussichtlichen IST sind enthalten:  -Nachbewilligung für die Jüdische Gemeinde (120 TEUR)  -Einnahmeverfüugungsmittel (146 TEUR).  Als Folge wird das vorauss. HH-Soll im Verhältnis zum vorauss. IST zum Jahresende vorraussichtlich um 4 TEUR überschritten, soweit keine Minderausgaben entstehen.</p> <p>3.1.6 Investive Ausgaben  Im Berichtszeitraum wird der anteilige Planwert um 548 TEUR unterschritten.  Es handelt sich hier größtenteils um noch nicht abgeflossene Impulsmittel und noch nicht abgeflossene investive Mittel für Ortsämter und das Rathaus.  Im vorraussichtlichen IST sind Reste i.H. von 134 TEUR enthalten, die sich wie folgt zusammensetzen:  -Jüdische Gemeinde (120 TEUR)  -Gedenkstätte "Bunker Valentin" (14 TEUR)  und im laufenden Haushaltsjahr noch in Anspruch genommen werden,  sowie Einnahmeverfüugungsmittel i.H. von 8 TEUR.  Zum Jahresende wird das vorauss. HH-Soll im Verhältnis zum vorauss. IST im Ergebnis um ca. 837 TEUR unterschritten. Dieses basiert auf Nichtinanspruchnahme von Resten.</p> <p>4. Einhaltung des Finanzierungssaldos  Das Finanzierungssaldo wird vorraussichtlich zum Jahrende um 483 TEUR überschritten.  Dieses resultiert zum größten Teil aus der Nachbewilligung an die Jüdische Gemeinde (120 TEUR) sowie Einnahmeverfüugungsmittel.  Eine Deckung im PPL 03 ist nicht möglich, sodass im Rahmen der Gesamtsteuerung des Haushalts eine ressortübergreifende Lösung zur Deckung der Mehrausgaben für erforderlich gehalten wird.  Auf den Nachbewilligungsantrag vom 21.02.2013 wird Bezug genommen.</p>		

Controlling Produktgruppenhaushalt	<b>01 – 06 / 2013</b>
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 22, 01.08.2013

<b>PRODUKTPLAN 05</b> <b>Bund und Europa</b>	<b>Kurzeinschätzung zur Zielerreichung</b>	
	<b>Finanzen</b>	<input checked="" type="checkbox"/> Nicht erreicht <input type="checkbox"/> erreicht
	<b>Personal:</b>	<input checked="" type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
	<b>Leistungen:</b>	<b>n.e.</b> <b>n.e.</b>

**Kommentar:****Finanzdaten**

Das Budget wird gemäß Prognose im Saldo aus Personalmehrausgaben von rd. 0,4 Mio. € und konsumtiven Minderausgaben von rd. 0,3 Mio. € rechnerisch um voraussichtlich rd. 0,1 Mio. € überschritten. Da jedoch eine konkrete Finanzierungslösung für die Personalmehrausgaben aussteht und noch nicht geklärt ist, ob der Budgetausgleich durch die konsumtiven Minderausgaben erfolgen kann, ist derzeit von einer Budgetüberschreitung von rd. 0,45 Mio. € auszugehen.

Der Finanzierungssaldo wird voraussichtlich um rd. 0,4 Mio. € überschritten werden (Personalausgaben). Diese Überschreitung wird als unabweisbar dargestellt, da Möglichkeiten einer Gegensteuerung nicht erkennbar sind.

**Personaldaten**

Zum Jahresende werden bei den Personalausgaben im Kernbereich Mehrausgaben in Höhe von rd. 476 Tsd. € ausgewiesen.

Unter Berücksichtigung der vollständigen Abschöpfung der Restfluktuation, noch zu zahlender Altersteilzeitrückstellungen, den Minderausgaben bei den Nebentiteln (ohne Beihilfe und Nachversicherungen) und einer Nachbewilligung zur Tarifkompensation ist mit einer Budgetüberschreitung in Höhe von rd. 450 Tsd. € zu rechnen.

Die Budgetüberschreitungen resultieren aus einer deutlichen Überschreitung der Zielzahlen in Höhe von voraussichtlich 6,9 VZE.

Zur Begrenzung des Defizits erscheint es aus Sicht des zentralen Controllings notwendig, zukünftige Verringerungen im Beschäftigungsvolumen vollständig abzuschöpfen. Eine Finanzierung des Defizits bietet das Ressort nicht an.

Um eine Lösung für den Produktplan aufzeigen zu können, ist es notwendig die Abstimmung des seit geraumer Zeit vorliegenden Personalkonzeptes abzuschließen.

**Maßnahmen-/Steuerungsvorschlag:**

Die Senatorin für Finanzen wird prüfen, ob die erforderliche Liquidität im Rahmen des Gesamthaushalts im Haushaltsvollzug angesteuert werden kann.

<b>Produktplan:</b> <b>Bundes- und Europaangelegenheiten</b>	<b>05</b>	<b>Controlling 01-06/13</b> <b>05.08.2013</b>
<b>Verantwortlich:</b> Bgm. Böhrnsen	<b>Version: 86</b>	<b>Seite 1</b>
<b>Einhaltung Finanzdaten:</b>	<b>Einhaltung Personaldaten:</b>	<b>Einhaltung Leistungsziele in den zugehörigen Produktbereichen:</b>
		

## 1. Ressourceneinsatz

Kamerale Finanzdaten	Januar - Juni 2013				Jahresplanung 2013				
	Ist	Planwert	Ist-Planwert-Abweichung	HH-Soll	vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschatz	
	Tsd. EUR			%	Tsd. EUR				
konsumtive Einnahmen	150	142	8	5,5	157	390	390	0	390
investive Einnahmen	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
relevante Verrech./Erstatt.	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
<b>Gesamteinnahmen</b>	<b>150</b>	<b>142</b>	<b>8</b>	<b>5,5</b>	<b>157</b>	<b>390</b>	<b>390</b>	<b>0</b>	<b>390</b>
Personalausgaben	1.372	1.193	179	15,0	2.399	2.399	2.817	418	2.459
konsumtive Ausgaben	1.165	1.311	-146	-11,2	2.974	2.999	2.685	-314	2.685
Zinsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
investive Ausgaben	29	45	-16	-35,6	90	90	80	-10	80
relevante Verrech./Erstatt.	1	0	1	0,0	1	1	1	0	1
<b>Gesamtausgaben</b>	<b>2.567</b>	<b>2.549</b>	<b>18</b>	<b>0,7</b>	<b>5.464</b>	<b>5.489</b>	<b>5.583</b>	<b>94</b>	<b>5.225</b>
<b>Saldo</b>	<b>-2.417</b>	<b>-2.407</b>	<b>-10</b>	<b>0,4</b>	<b>-5.307</b>	<b>-5.099</b>	<b>-5.193</b>	<b>-94</b>	<b>-4.836</b>

Verpflichtungsermächtigungen	Abdeckung im Jahr					Budgetrücklagenbestand	Stand des Verlustvorr.
	2013	2014	2015	2016	2017ff		
	Tsd. EUR					Tsd. EUR	
- konsumtiv	0	0	0	0	0	692	0
- investiv	0	0	0	0	0		
- Zins-/Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0		

Personaldaten	Juni 2013			kumuliert Januar - Juni 2013			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
	Tsd. EUR								
Kernbereich	227	173	54	1.284	1.046	238	2.607	2.131	476
Personalverstärkung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ausbildung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
<b>Zwischensumme</b>	<b>227</b>	<b>173</b>	<b>54</b>	<b>1.284</b>	<b>1.046</b>	<b>238</b>	<b>2.607</b>	<b>2.131</b>	<b>476</b>
Refinanzierte	9	9	0	55	56	-1	114	116	-2
Nebentitel	8	9	-1	33	91	-58	97	152	-55
<b>Insgesamt</b>	<b>244</b>	<b>191</b>	<b>53</b>	<b>1.372</b>	<b>1.193</b>	<b>179</b>	<b>2.818</b>	<b>2.399</b>	<b>419</b>
- dar.: Beihilfe/Nachvers	2	1	1	9	33	-24	22	42	-20
	Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)								
Kernbereich	39,4	32,4	7,0	39,0	32,6	6,4	39,2	32,3	6,9
Personalverstärkung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Ausbildung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
<b>Zusammen</b>	<b>39,4</b>	<b>32,4</b>	<b>7,0</b>	<b>39,0</b>	<b>32,6</b>	<b>6,4</b>	<b>39,2</b>	<b>32,3</b>	<b>6,9</b>
Refinanzierte	2,0	-	-	2,0	-	-	2,0	-	-
Abwesende	0,0	-	-	0,7	-	-	0,4	-	-

Personalstruktur	Jun 2013	2013	2012
	Ist	Planwert	Ist
Bezugsgröße: Kopffzahl der Beschäftigten	%		
Verwaltungspersonalquote	4,8	4,8	4,8
Beschäftigte bis 35 Jahre	6,7	22,5	6,8
Beschäftigte über 55 Jahre	17,8	17,5	20,5
Frauenquote	64,4	50,0	65,9
Teilzeitquote	22,2	35,0	18,2
Schwerbehindertenquote	2,4	6,0	2,4

<b>Produktplan: 05</b> <b>Bundesangelegenheiten</b>	<b>Controlling 01-06/2013</b> 31.07.2013
Verantwortlich: Bgm. Böhrnsen	Seite 1a

## 2. Strategische Leistungsziele/-kennzahlen

### A. (nicht durch Kennzahlen abgebildete) strategische Leistungsziele

#### **Mitwirkung Bremens an der bundes- und europapolitischen Willensbildung, Wahrnehmung und Vertretung bremischer Interessen auf Bundes- und Europaebene**

##### **Sachstand/Analyse/Bewertung**

Die Mitwirkung Bremens an dem Gesetzgebungsverfahren des Bundes im Rahmen des Bundesrates ist wahrzunehmen. Dies ist für das Land Bremen als Bestandteil des föderativen Systems von gleichbleibend elementarer Bedeutung. Bremen muss seine Position gegenüber dem Bund und den anderen Ländern wahren, auf Dauer sichern und seine Rolle im föderativen System weiter aktiv wahrnehmen. Die spezifischen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Interessen Bremens und Bremerhavens sind auch in Brüssel zu sichern. Die interregionale Zusammenarbeit in Netzwerken mit anderen Ländern und europäischen Regionen ist interessengeleitet zu intensivieren. Die aktive Mitwirkung in innerstaatlichen und europäischen Gremien ist fortzusetzen.

#### **Bremen als Wirtschafts-, Wissenschaft- und Kulturstandort in Berlin und Brüssel repräsentieren**

##### **Sachstand/Analyse/Bewertung**

Die Darstellung Bremens als ein leistungsfähiger Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort sowie als innovative Kulturmetropole in Berlin muss sichergestellt werden. Gleiches gilt für das Land bzw. die Region Bremen auf europäischer Ebene. Das Profil des Zwei-Städte-Staates als europäisches Kompetenzzentrum, z. B. im Bereich der Raumfahrt und der maritimen Technologien, ist zu stärken.

#### **Stärkung der Europafähigkeit der bremischen Verwaltung, europabezogene Öffentlichkeitsarbeit, europapolitische Bildung in schulischen und außerschulischen Bildungseinrichtungen in Bremen**

##### **Sachstand/Analyse/Bewertung**

Überdies muss durch geeignete Maßnahmen die Europafähigkeit der bremischen Verwaltung weiter gestärkt werden. In Anbetracht knapperer Kofinanzierungsmittel sind die Chancen auf Erwerb europäischer Fördermittel durch stärkere ressortübergreifende Abstimmung und Schwerpunktsetzung zu erhalten. Die Verbreitung und Vertiefung des europäischen Gedankens in der Bevölkerung Bremens muss durch geeignete Maßnahmen der europabezogenen Informations- und Öffentlichkeitsarbeit weiter intensiviert werden.

#### **Bekämpfung der Armut, Schutz der Ressourcen und der Menschenrechte mit Nichtregierungsorganisationen**

##### **Sachstand/Analyse/Bewertung**

Im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit sind Entwicklungspartnerschaften für Klima- und Ressourcenschutz von Wirtschaft, Wissenschaft und Nichtregierungsorganisationen zu stärken. Durch Nutzung spezifischer Bremer Kompetenzen in der Zusammenarbeit mit internationalen Partnern der Entwicklungszusammenarbeit sollen Vorteile für den Standort Bremen erzielt werden.

<b>B. Leistungskennzahlen</b>					
Kennzahlen	Berichtszeitraum				2013
	IST	Planwert	IST-Planwert-Abweichung*		Planwert
			abs.	%	
Interessenwahrnehmung Bundesgesetzgebung	319,00	235,000	84,00	35,74%	470
Info.beschaff.zum polit.Gescheh.in Berlin	194,00	160,000	34,00	21,25%	320
Öffentlichkeitsarbeit	164,00	186,000	-22,00	-11,83%	372
Meinungsbildungsprozesse	161,00	177,500	-16,50	-9,30%	355
Erhalt und Ausbau v. Netzwerken	114,00	158,500	-44,50	-28,08%	317
Repräsentanz Bremen (Berlin)	3,00	8,500	-5,50	-64,71%	17
Zielgruppenorient. Werbung f.HB (Berlin)	4,00	11,000	-7,00	-63,64%	22
Übernachtungen im Gästehaus (Berlin)	430,00	600,000	-170,00	-28,33%	1.200
Interessenvertretung in Brüssel	425,00	300,000	125,00	41,67%	600
Koordinierung EU-Angelegenheiten in HB	10,00	8,000	2,00	25,00%	16
Berat.Förderprog./ EU-Recht, Bürgeranfragen	156,00	165,000	-9,00	-5,45%	330
Mitwirk. Innerstaatl.u.europ.Gremien	6,00	8,000	-2,00	-25,00%	16
Europabezogene Öffentlichkeitsarbeit	69,00	27,500	41,50	150,91%	55
Instit.transnat.u.regionale Zusammenarbeit	58,00	50,000	8,00	16,00%	100
Stärkung Europafähigkeit d:FHB - Verwaltg.	0,00	2,500	-2,50	-100,00%	5
Grundbedürfnisorientierte Projekte (EZ)	18,00	10,000	8,00	80,00%	20
Training Küstenzonenentwicklung (EZ)	2,00	2,000	0,00	0,00%	4
Epol.Bildung u. Netzwerke (EZ)	6,00	6,500	-0,50	-7,69%	13
Publikationen (EZ)	2,00	1,500	0,50	33,33%	3
Fairer Handel (EZ)	3,00	5,000	-2,00	-40,00%	10

<b>Produktplan: 05</b> <b>Bundes- und Europaangelegenheiten</b>	<b>Controlling 01-06/13</b> <b>05.08.2013</b>	
<b>Verantwortlich: Bgm. Böhrnsen</b>	<b>Version: 86</b>	<b>Seite 2</b>
<p><b>3. Analyse/Bewertung</b></p> <p>Kamerale Finanzdaten</p> <p><b>Konsumtive Einnahmen</b>  Das IST der konsumtiven Einnahmen liegt im Juni über dem Planwert. Dies lässt sich im Wesentlichen auf Grund von Erstattungen Dritter für Veranstaltungen aus 2012 erklären. Die Einnahmen werden zum Jahresende voraussichtlich das Soll erreichen.</p> <p><b>Personalausgaben</b>  Das IST der Personalausgaben liegt 179 Tsd. Euro über den Planwert. Die Überschreitung resultiert aus der Überschreitung der Zielzahlen. Das IST im Kernbereich ist aufgrund des vorhandenen Personals höher als das Soll(Zielzahlen), dass derzeit nicht eingehalten werden kann. Nach derzeitigem Stand wird als Jahresergebnis eine Überschreitung in Höhe von 418 Tsd. Euro erwartet. Ein Konzept zur mittel- und langfristigen Lösung befindet sich in der Abstimmung mit der Senatorin für Finanzen.</p> <p><b>Konsumtive Ausgaben</b>  Das IST der konsumtiven Ausgaben im Berichtszeitraum entspricht in etwa der Planung. Als Jahresergebnis wird mit einer Unterschreitung des Haushaltssolls von 314 Tsd. Euro gerechnet.</p> <p><b>Investitionen</b>  Die investiven Ausgaben werden voraussichtlich zum Jahresende bei 80 Tsd. Euro liegen und insoweit das Soll um 10 Tsd. Euro unterschreiten.</p> <p><b>Einhaltung des veranschlagten Finanzsaldo</b>  Der veranschlagte Finanzsaldo von 4.836 Tsd.Euro wird zum Jahresende in etwa um 357 Tsd.Euro überschritten (Personalausgaben). Die zu erwartende Überschreitung ist aus Sicht des Ressorts unabweisbar, da Möglichkeiten der Gegensteuerung nicht erkennbar sind. Hier ist eine Abstimmung mit der Senatorin für Finanzen notwendig.</p>		

Controlling Produktgruppenhaushalt	<b>01 – 06 / 2013</b>
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 21, 01.08.2013

<b>PRODUKTPLAN 06</b> <b>Datenschutz und Informationsfreiheit</b>	<b>Kurzeinschätzung zur Zielerreichung</b>	
	Nicht erreicht	erreicht
<b>Finanzen</b>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
<b>Personal:</b>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
<b>Leistungen:</b>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

**Kommentar:****Finanzdaten**

Die sich derzeitig i. H. v. 0,145 Mio. € abzeichnende Budgetüberschreitung und die Überschreitung des zulässigen produktplanbezogenen Finanzierungssaldo um rd. 0,180 Mio. € sind auf eine Überschreitung der veranschlagten Personalausgaben zurückzuführen.

Die Budgetüberschreitung und die Überschreitung des produktplanbezogenen Finanzierungssaldos sollen lt. Ressort durch Mehreinnahmen, eine Rücklageninanspruchnahme und einen haushaltsmäßigen Ausgleich im Rahmen des Senatorinnenbudgets kompensiert werden.

**Personaldaten**

Zum Jahresende wird bei den Personalausgaben inklusive noch zu zahlender Altersteilzeitrückstellungen und einer Nachbewilligung zur Tarifkompensation eine Überschreitung in Höhe von rd. 158 Tsd. € erwartet.

Die Budgetüberschreitungen resultieren aus einer jahresdurchschnittlichen Überschreitung der Zielzahlen in Höhe von voraussichtlich 2,7 VZE.

Der Ausgleich der prognostizierten Mehrausgaben soll durch Mehreinnahmen, einer Rücklagenentnahme und einem Ausgleich innerhalb des Senatorinnenbudgets erfolgen.

**Leistungsdaten**

Eine stärkere Annäherung an die Planwert wird im weiteren Verlauf des Jahres lt. Ressortaussage noch erwartet.

**Maßnahmen-/Steuerungsvorschlag:**

Vor dem Hintergrund des beabsichtigten Ausgleichs innerhalb des Senatorinnenbudget besteht kein Handlungsbedarf. Ein restriktives personalwirtschaftliches Handeln ist erforderlich.

**ANLAGE: Produktplan-Bericht**

<b>Produktplan:</b> <b>Datenschutz und Informationsfreiheit</b>	<b>06</b>	<b>Controlling 01-06/13</b> <b>05.08.2013</b>
<b>Verantwortlich:</b> Dr. Sommer		<b>Version: 86</b> <span style="float: right;"><b>Seite 1</b></span>
<b>Einhaltung Finanzdaten:</b>	<b>Einhaltung Personaldaten:</b>	<b>Einhaltung Leistungsziele in den zugehörigen Produktbereichen:</b>
		

**1. Ressourceneinsatz**

Kamerale Finanzdaten	Januar - Juni 2013				Jahresplanung 2013				
	Ist	Planwert	Ist-Planwert-Abweichung	HH-Soll	vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag	
	Tsd. EUR		%		Tsd. EUR				
konsumtive Einnahmen	1	0	1	0,0	0	0	1	1	0
investive Einnahmen	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
relevante Verrech./Erstatt.	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
<b>Gesamteinnahmen</b>	<b>1</b>	<b>0</b>	<b>1</b>	<b>0,0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>1</b>	<b>1</b>	<b>0</b>
Personalausgaben	397	311	86	27,5	634	634	780	146	634
konsumtive Ausgaben	54	64	-10	-15,9	125	125	125	0	129
Zinsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
investive Ausgaben	0	7	-7	-100,0	48	48	48	0	13
relevante Verrech./Erstatt.	4	1	3	343,3	5	5	5	0	1
<b>Gesamtausgaben</b>	<b>455</b>	<b>383</b>	<b>72</b>	<b>18,8</b>	<b>811</b>	<b>812</b>	<b>958</b>	<b>146</b>	<b>777</b>
<b>Saldo</b>	<b>-454</b>	<b>-383</b>	<b>-71</b>	<b>18,6</b>	<b>-811</b>	<b>-812</b>	<b>-957</b>	<b>-145</b>	<b>-777</b>

Verpflichtungsermächtigungen	Abdeckung im Jahr					Budgetrücklagenbestand	Stand des Verlustvorr.
	2013	2014	2015	2016	2017ff		
	Tsd. EUR					Tsd. EUR	
- konsumtiv	0	0	0	0	0	30	0
- investiv	0	0	0	0	0		
- Zins-/Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0		

Personaldaten	Juni 2013			kumuliert Januar - Juni 2013			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
	Tsd. EUR								
Kernbereich	61	50	11	383	302	81	764	616	148
Personalverstärkung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ausbildung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
<b>Zwischensumme</b>	<b>61</b>	<b>50</b>	<b>11</b>	<b>383</b>	<b>302</b>	<b>81</b>	<b>764</b>	<b>616</b>	<b>148</b>
Refinanzierte	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Nebentitel	4	0	4	14	9	5	16	17	-1
<b>Insgesamt</b>	<b>65</b>	<b>50</b>	<b>15</b>	<b>397</b>	<b>311</b>	<b>86</b>	<b>780</b>	<b>633</b>	<b>147</b>
- dar.: Beihilfe/Nachvers	4	0	4	13	9	4	16	17	-1
	Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)								
Kernbereich	12,6	10,4	2,2	13,5	10,5	3,0	13,1	10,4	2,7
Personalverstärkung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Ausbildung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
<b>Zusammen</b>	<b>12,6</b>	<b>10,4</b>	<b>2,2</b>	<b>13,5</b>	<b>10,5</b>	<b>3,0</b>	<b>13,1</b>	<b>10,4</b>	<b>2,7</b>
Refinanzierte	0,0	-	-	0,0	-	-	0,0	-	-
Abwesende	1,0	-	-	0,2	-	-	0,6	-	-

Personalstruktur	Jun 2013	2013	2012
	Ist	Planwert	Ist
Bezugsgröße: Kopffzahl der Beschäftigten	%		
Verwaltungspersonalquote	0,0	4,8	0,0
Beschäftigte bis 35 Jahre	6,7	22,5	6,7
Beschäftigte über 55 Jahre	6,7	17,5	6,7
Frauenquote	66,7	50,0	66,7
Teilzeitquote	26,7	35,0	26,7
Schwerbehindertenquote	0,0	6,0	0,0

Produktplan: 06	Controlling 01-06/13
Datenschutz und Informationsfreiheit	19.07.2013
Verantwortlich: Frau Dr. Sommer	Seite 1a

## 2. Strategische Leistungsziele/-kennzahlen

### A. (nicht durch Kennzahlen abgebildete) strategische Leistungsziele

Sachstand/Analyse/Bewertung

Sachstand/Analyse/Bewertung

Sachstand/Analyse/Bewertung

### B. Leistungskennzahlen

Kennzahlen	Berichtszeitraum				2013
	IST	Planwert	IST-Planwert-Abweichung*		Planwert
			abs.	%	
Anlassbezog. Beratung und Kontrolltätigk.	64,99	65,00	-0,01		65,00
Anlassunabhängige Kontrolltätigkeiten	2,27	10,00	-7,73		10,00
Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit	5,91	10,00	-4,09		10,00
Andere Datenschutz- und IFG-Tätigkeiten	26,83	15,00	11,83		15,00

Analyse/Bewertung der Leistungskennzahlen auf Seite 2

<b>Produktplan: 06</b> <b>Datenschutz und Informationsfreiheit</b>	<b>Controlling 01-06/13</b> <b>05.08.2013</b>	
<b>Verantwortlich: Dr. Sommer</b>	<b>Version: 86</b>	<b>Seite 2</b>
<p><b>3. Analyse/Bewertung</b></p> <p><b>Personalausgaben:</b>  Die sich derzeit bis zum Jahresende ergebende Überschreitung in Höhe von ca. 145 Tsd. Euro soll durch Mehreinnahmen im Produktplan 06, die Inanspruchnahme von Rücklagemitteln und einen haushaltsmäßigen Ausgleich im Rahmen des Senatorinnenbudgets "Finanzen" erfolgen. Die im Haushalt veranschlagte Beschäftigtenzielzahl wird nicht zu erreichen sein.</p> <p><b>Konsumtive Ausgaben:</b>  Bei den konsumtiven Ausgaben ist der Planwert für den Monat Juni 2013 eingehalten worden. Es darf davon ausgegangen werden, dass die veranschlagten Gesamtausgaben 2013 nicht überschritten werden.</p> <p><b>Investive Ausgaben:</b>  Auch bei den investiven Ausgaben ist der Planwert für Juni 2013 eingehalten worden; auch in diesem Ausgabebereich ist eine Überschreitung des Haushalts-Solls nicht zu erwarten.</p> <p><b>Budgeteinhaltung:</b>  Ingesamt gesehen wird das Budget bei Nutzung vorhandener Kompensationsmöglichkeiten eingehalten werden können.</p> <p><b>Einhaltung des produktplanbezogenen Finanzierungssaldos:</b>  Der produktplanbezogene Finanzierungssaldo wird nach dem derzeitigen Stand um ca. 180 Tsd. Euro überschritten werden. Die Überschreitung soll durch Mehreinnahmen im Produktplan 06, die Inanspruchnahme von Rücklagemitteln und einen haushaltsmäßigen Ausgleich im Rahmen des Senatorinnenbudgets "Finanzen" erfolgen.</p> <p><b>Leistungsziele:</b>  Die Abweichung von den Planwerten bei den Leistungszielen ist insbesondere darauf zurückzuführen, dass anlassunabhängige Tätigkeiten aufgrund der geringen Mitarbeiterzahl im Berichtszeitraum nur sehr begrenzt wahrgenommen werden konnten.  Eine weitergehende Annäherung an die Planwerte wird für den weiteren Verlauf des Jahres, insbesondere durch die Intensivierung der Kontrolltätigkeit, angestrebt.</p>		

Controlling Produktgruppenhaushalt	<b>01 – 06 / 2013</b>
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 21, 01.08.2013

PRODUKTPLAN 07 Inneres	Kurzeinschätzung zur Zielerreichung	
		Nicht erreicht
Finanzen	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Personal:	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Leistungen:	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
<b>Kommentar:</b>		
<b><u>Finanzdaten</u></b>		
<b>Budgeteinhaltung:</b>		
<p>Das Ressort erwartet aktuell zum Jahresende Mindereinnahmen in Höhe von 0,169 Mio. €. Ursächlich dafür sind nicht zu erbringende Einnahmen bei der Polizei und in der PGR Gefahrenabwehr, Brand- und Katastrophenschutz.</p> <p>Das Ressort prognostiziert zum Jahresende konsumtive Mehrausgaben insgesamt rd. 1,55 Mio. €. Diese resultieren einerseits auf dem Produktbereich „Polizei“ (rd. 1,20 Mio. €) und setzen sich wie folgt zusammen: Mehrbedarfe im Bereich Telefonüberwachung im Rahmen der Kooperation mit Niedersachsen (0,35 Mio. €), Ausgaben für Fremdvergaben im Bereich Ermittlungskosten (0,24 Mio. €), eine gesetzlich vorgeschriebene Sonderwartung der Funkmasten (0,13 Mio. €) sowie erhöhte Stromausgaben (0,13 Mio. €). Darüber hinaus ergeben sich Mehrkosten durch die Fortführung der aus dem Vorjahr bestehenden Ermittlungsgruppen (0,30 Mio. €) sowie allgemeine Kostensteigerungen (0,05 Mio. €). Zudem sind rd. 0,35 Mio. € konsumtive Mehrausgaben auf den Bereich Öffentliche Ordnung für die Unterbringung von Fundtieren zurückzuführen.</p> <p>Im Bereich der Personalausgaben werden Mehrausgaben in Höhe von rd. 3,71 Mio. € erwartet. Aufgrund noch erwarteter Verlagerungen vom PPL 92 (u. a. für Tarifanpassungen) verbleibt ein Defizit im Personalbereich zum Jahresende von rd. 1,97 Mio. € (vgl. hierzu Ausführungen unter Personaldaten).</p>		
<b><u>Zusammenfassung (Budgetrisiko):</u></b>		
Unter Berücksichtigung der o. g. Mindereinnahmen und Mehrausgaben ergibt sich nach Darstellung des Ressorts das nachfolgende Budgetrisiko (in Mio. €):		
Mindereinnahmen	Polizei und Feuerwehr	- 0,169
Mehrausgaben	Polizei	- 1,203
	Unterbringung von Fundtieren	- 0,350
Mehrausgaben	Personal	- 1,970
Minderausgaben	Sonstiges	+0,050
<b>Budgetrisiko</b>		<b>-3,642</b>

Controlling Produktgruppenhaushalt	<b>01 – 06 / 2013</b>
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 21, 01.08.2013

Das Ressort hat, wie im Vorjahr, zur Reduzierung des Ausgaberrisikos weitreichende Bewirtschaftungsmaßnahmen erlassen.

Bei den geplanten Mehrausgaben für die Unterbringung von Fundtieren verweist das Ressort auf die Inanspruchnahme der Risikovorsorge. Hinsichtlich Mehrausgaben im Bereich der Polizei sieht das Innenressort derzeit keinerlei Möglichkeiten das bestehende Risiko auszugleichen. Nach Aussage des Ressorts ist auch kein Ausgleich durch Heranziehung investiver Mittel möglich, da es sich bei den veranschlagten investiven Ausgaben größtenteils um Mittel für die reine Ersatzbeschaffung von Fahrzeugen und Technik handelt, deren Mittel bereits durch Auftragsvergabe bedingt durch lange Lieferfristen gebunden sind. Somit kann das voraussichtliche Budgetrisiko innerhalb des Produktplans nicht ausgeglichen werden.

#### **Finanzierungsaldo:**

Unter Berücksichtigung von produktplanübergreifenden Verlagerungen (im Saldo rd. 4,2 Mio. €) ergibt sich bei Gegenüberstellung des bereinigten veranschlagten Finanzierungssaldos und den Einschätzungen des Ressorts zum voraussichtlichen Jahresergebnis eine Überschreitung in Höhe von rd. 3,64 Mio. €. Die Ursache dafür sind erwartete, vom Ressort nicht gedeckte Mehrausgaben im Personalbereich (rd. 1,97 Mio. €) sowie im konsumtiven Bereich von rd. 1,55 Mio. €. Im Übrigen geht das Ressort davon aus, dass konsumtive Ausgaberreste von rd. 0,12 Mio. € verausgabt werden, die nicht innerhalb des Budget angesteuert werden können.

#### **Personaldaten**

Bei den Personalausgaben (ohne Nebentitel) werden voraussichtliche Mehrausgaben in Höhe von rd. 6,161 Mio. € ausgewiesen.

Für das voraussichtliche Jahresendergebnis sind noch folgende Änderungen im Ist sowie im Soll zu berücksichtigen:

voraussichtliche Entwicklung PPL 07

in Tsd. €	Grund
6.161	Mehrausgaben ohne Nebentitel
235	ATZ Rückstellungen
758	Azubiübernahme Polizei
-842	Restfluktuation
-322	Nachbewilligung PVM
-71	Ausgleich Azubi durch PPL 92
-280	Minderausg. Nebentitel
-1.717	Einnahmen Refi
-1.952	Nachbewilligung Tarifkompensation
1.970	verbleibendes Risiko

Das voraussichtliche Risiko im Produktplan 07 beträgt also rd. 1,97 Mio. €.

In der Produktgruppe 07.01.01 ist ein Betrag in Höhe von 2,054 Mio. gesperrt. Mit der Aufhebung der Sperre würde das Haushaltssoll entsprechend erhöht und das Defizit wäre damit ausgeglichen.

Der Polizeivollzug wurde im Haushalt 2012/2013 vom PEP befreit. Im Gegenzug werden

Controlling Produktgruppenhaushalt	<b>01 – 06 / 2013</b>
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 21, 01.08.2013

Kompensationsmaßnahmen in der Produktgruppe erwartet. Diese wurden bisher nicht im nennenswerten Umfang erbracht. Aus Sicht des zentralen Controllings ist eine Aufhebung der Sperre z. Zt. nicht möglich.

Es ist weiterhin mit Mehrausgaben von voraussichtlich rd. 1,97 Mio. € zu rechnen.

Das Ressort gibt an, dass durch den noch nicht abgeschlossenen Organisationsprozess im Stadtamt, nicht abbaubare Überhänge in der senatorischen Behörde sowie durch beabsichtigte Einstellungen bei der Feuerwehr weitere Risiken in der Einhaltung des Budgets entstehen werden.

#### **Leistungsdaten**

Die Leistungsdaten werden im Wesentlichen eingehalten bzw. überschritten. Nur bei der Kennzahl „Reduzierung der Verkehrsunfälle um 2%“ konnte der Planwert nicht erreicht werden. Zudem wurde der Planwert bei „Wartezeiten Terminkunden im Bürgerservice“ knapp unterschritten.

#### **Maßnahmen-/Steuerungsvorschlag:**

Es ist eine restriktive Personalwirtschaft erforderlich, das bedeutet bei Abgängen auf eine Wiederbesetzung der Stellen ganz oder zumindest größtenteils zu verzichten.

Angesichts der aktuellen Entwicklung ist es dringend erforderlich, in Höhe der vom Ressort prognostizierten Haushaltsüberschreitung von 3,642 Mio. € Gegensteuerungsmaßnahmen einzuleiten bzw. Lösungsvorschläge zu erarbeiten. Das Innenressort ist deshalb aufzufordern, dem Senat zu seiner Sitzung am 1. Oktober 2013 entsprechende Vorschläge zu unterbreiten und dabei auch die vom Ressort für den Produktplan 12, Sport, erwarteten Überschreitung von Budget und Finanzierungssaldo einzubeziehen.

### **ANLAGE: Produktplan-Bericht**

<b>Produktplan:</b> <b>Inneres</b>	<b>07</b>	<b>Controlling 01-06/13</b> <b>05.08.2013</b>	
<b>Verantwortlich:</b>	<b>Senator Mäurer</b>	<b>Version: 86</b>	<b>Seite 1</b>
<b>Einhaltung Finanzdaten:</b>	<b>Einhaltung Personaldaten:</b>	<b>Einhaltung Leistungsziele in den zugehörigen Produktbereichen:</b>	
			

## 1. Ressourceneinsatz

Kamerale Finanzdaten	Januar - Juni 2013				Jahresplanung 2013				
	Ist	Planwert	Ist-Planwert-Abweichung	HH-Soll	vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag	
	Tsd. EUR			%		Tsd. EUR			
konsumtive Einnahmen	17.575	14.606	2.969	20,3	31.533	35.958	35.739	-219	31.358
investive Einnahmen	44	0	44	0,0	1	0	50	50	0
relevante Verrech./Erstatt.	1.141	335	806	240,6	2.911	2.911	2.911	0	2.905
<b>Gesamteinnahmen</b>	<b>18.760</b>	<b>14.941</b>	<b>3.819</b>	<b>25,6</b>	<b>34.445</b>	<b>38.869</b>	<b>38.700</b>	<b>-169</b>	<b>34.262</b>
Personalausgaben	78.661	76.633	2.028	2,7	156.235	158.062	161.774	3.712	157.708
konsumtive Ausgaben	37.252	33.865	3.387	10,0	69.775	72.129	73.682	1.553	67.267
Zinsausgaben	16	48	-32	-67,6	89	127	85	-42	128
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
investive Ausgaben	2.543	1.779	764	42,9	6.110	7.402	7.394	-8	5.589
relevante Verrech./Erstatt.	66	43	23	53,8	54	64	64	0	43
<b>Gesamtausgaben</b>	<b>118.537</b>	<b>112.368</b>	<b>6.169</b>	<b>5,5</b>	<b>232.264</b>	<b>237.784</b>	<b>242.999</b>	<b>5.215</b>	<b>230.735</b>
<b>Saldo</b>	<b>-99.777</b>	<b>-97.427</b>	<b>-2.350</b>	<b>2,4</b>	<b>-197.819</b>	<b>-198.915</b>	<b>-204.299</b>	<b>-5.384</b>	<b>-196.473</b>

Verpflichtungsermächtigungen	Abdeckung im Jahr					Budgetrücklagenbestand	Stand des Verlustvorr.
	2013	2014	2015	2016	2017ff		
	Tsd. EUR					Tsd. EUR	
- konsumtiv	0	38	38	38	226	0	12.301
- investiv	0	1.771	1.869	1.713	1.238		
- Zins-/Tilgungsausgaben	0	97	72	56	150		

Personaldaten	Juni 2013			kumuliert Januar - Juni 2013			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
	Tsd. EUR								
Kernbereich	11.934	11.734	200	72.070	70.466	1.604	148.402	144.351	4.051
Personalverstärkung	22	0	22	170	0	170	322	0	322
Ausbildung	258	281	-23	1.561	1.683	-122	3.139	3.068	71
<b>Zwischensumme</b>	<b>12.214</b>	<b>12.015</b>	<b>199</b>	<b>73.801</b>	<b>72.149</b>	<b>1.652</b>	<b>151.863</b>	<b>147.419</b>	<b>4.444</b>
Refinanzierte	275	130	145	1.508	780	728	3.359	1.642	1.717
Nebentitel	800	640	160	3.353	3.704	-351	6.392	7.174	-782
<b>Insgesamt</b>	<b>13.289</b>	<b>12.785</b>	<b>504</b>	<b>78.662</b>	<b>76.633</b>	<b>2.029</b>	<b>161.614</b>	<b>156.235</b>	<b>5.379</b>
- dar.: Beihilfe/Nachvers	105	102	3	680	1.165	-485	1.288	1.790	-502
	Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)								
Kernbereich	3.431,6	3.444,3	-12,7	3.449,5	3.445,7	3,8	3.440,5	3.443,6	-3,1
Personalverstärkung	7,0	0,0	7,0	8,3	0,0	8,3	7,7	0,0	7,7
Ausbildung	237,0	253,0	-16,0	238,5	253,0	-14,5	237,8	242,0	-4,2
<b>Zusammen</b>	<b>3.675,6</b>	<b>3.697,3</b>	<b>-21,7</b>	<b>3.696,3</b>	<b>3.698,7</b>	<b>-2,4</b>	<b>3.686,0</b>	<b>3.685,6</b>	<b>0,4</b>
Refinanzierte	81,3	-	-	74,2	-	-	77,8	-	-
Abwesende	91,1	-	-	88,1	-	-	89,6	-	-

Personalstruktur	Jun 2013	2013	2012
	Ist	Planwert	Ist
Bezugsgröße: Kopffzahl der Beschäftigten	%		
Verwaltungspersonalquote	0,0	4,8	0,0
Beschäftigte bis 35 Jahre	25,9	22,5	26,1
Beschäftigte über 55 Jahre	16,8	17,5	15,7
Frauenquote	28,3	50,0	28,3
Teilzeitquote	10,9	35,0	10,5
Schwerbehindertenquote	4,1	6,0	4,3

<b>Produktplan: 07</b>	<b>Controlling 06/2013</b>
<b>Inneres</b>	30.07.2013
Verantwortlich: <b>Senator Mäurer</b>	Seite 1a

## 2. Strategische Leistungsziele/-kennzahlen

### A. (nicht durch Kennzahlen abgebildete) strategische Leistungsziele

**Die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit geht einher mit einer Grundversorgung bei den Polizeien in Bremen und Bremerhaven, bei der Feuerwehr und beim Verfassungsschutz wie auch bei den Ordnungsbehörden. Dabei stehen im Vordergrund die**

- am Sicherheitsbedürfnis der Menschen und der objektiven Sicherheitslage orientierte polizeiliche Präsenz in den Stadtteilen, um Kriminalität zu bekämpfen und Gefahren abzuwehren
- Intensivierung der polizeilichen und der gesamtgesellschaftlichen Prävention, um Kriminalität in der Gesellschaft nicht erst entstehen zu lassen.
- Bekämpfung von Jugendgewalt und –kriminalität durch konsequente Umsetzung des Konzepts zur Verhinderung bzw. Unterbrechung von kriminellen Karrieren („Stopp der Jugendgewalt“).
- Weiterentwicklung von Strategien zur delikts- und täterorientierten Kriminalitätsbekämpfung
- Ständige bedarfs- und anforderungsorientierte Organisations- und Personalentwicklung bei der Polizei, insbesondere kontinuierliche Ausbildung und Einstellungen.

Die Verlängerung der Lebensarbeitszeit hat nunmehr Auswirkungen auf die Einstellungszahlen. Bereits im Jahre 2012 wurde die Einstellungszahl abgesenkt; in den nächsten Jahren wird dies - nach jetzigem Stand – fortgesetzt.

#### Studiengang Polizeivollzugsdienst\*

Zurzeit an der HfÖV:	
Jahrgang 2010/2013	90 Beamte/-innen
Jahrgang 2011/2014	101 Beamte/-innen
Jahrgang 2012/2015	35 Beamte/-innen
Jahrgang 2013/2016	43 Beamte/-innen
<b>Gesamt</b>	<b>269 Beamte/-innen</b>

\* ohne Beamtinnen/Beamte der OPB

- Verstärkung der Zusammenarbeit der Polizei Bremen im Verbund der Norddeutschen Küstenländer im Bereich der Informationstechnik und der Aus- und Fortbildung.

Die Nord-IMK hat auf ihrer Sitzung am 10. September 2009 einer Zentralisierung der Telekommunikationsüberwachung (TKÜ) im Bereich der Polizei im Verbund der norddeutschen Küstenländer zugestimmt. Ab dem Jahr 2016 soll das gemeinsame TKÜ-Zentrum der norddeutschen Küstenländer (2. Phase der Zentralisierung) mit den redundanten Standorten in Hamburg und Hannover in Betrieb gehen.

Innerhalb der Aus- und Fortbildung führt der Nordverbund (Hamburg, Bremen, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern) gemeinsam das erste Studienjahr des Masterstudienganges für das zweite Einstiegsamt der Laufbahngruppe 2 durch.

Wie im Treffen der Leiter und Leiterinnen der norddeutschen Aus- und Fortbildungseinrichtungen beschlossen, teilen die Länder freie Kapazitäten untereinander auf. Das Fortbildungsangebot der Polizei Bremen steht der Polizeidirektion Oldenburg offen (für Restplätze). Die regelmäßigen jährlichen Leitertreffen der Aus- und Fortbildungseinrichtungen im Nordverbund werden weitergeführt und haben sich etabliert. Erstmals wird ein Seminar zum Thema Organisierte Kriminalität im Nordverbund durchgeführt.

- Professionelle Bewältigung von Sonderlagen (Veranstaltungen, Demonstrationen, Schadensereignissen, Bedrohungslagen)
- Zielgruppen- und brennpunktorientierte polizeilichen Verkehrssicherheitsarbeit

## B. Leistungskennzahlen

Kennzahlen	Berichtszeitraum				2013
	IST	Planwert	IST-Planwert-Abweichung*		Planwert
			abs.	%	
Erreichen einer Aufklärungsquote von 49,5 %	50,3%	49,5%	0,8*		49,5%
Erreichung des 8-Minuten-Standards bei der Polizei	84,9%	80%	4,9*		80%
Reduzierung der Verkehrsunfälle um 2 %	0%	2%	-2*		2%
Einhaltung der 10-Minuten-Fahrzeit im Lösch- und Hilfeleistungsdienst	96%	95%	0,90	0,95	95%
Wartezeit Terminkunden im Bürgerservice	74%	80%	-6,50	-8,13	83%
Erfolgreich erledigte Rechtsbehelfe im Ordnungsbereich	98%	90%	8,33	9,26	90%

Analyse/Bewertung der Leistungskennzahlen auf Seite 2

\* Prozentpunkte

<b>Produktplan: Inneres</b>	<b>07</b>	<b>Controlling 01-06/13 05.08.2013</b>	
<b>Verantwortlich:</b>	<b>Senator Mäurer</b>	<b>Version: 86</b>	<b>Seite 2</b>
<b>3. Analyse/Bewertung</b>			
3.1 Kamerale Finanzdaten			
Einnahmen			
<p>Das momentan prognostizierte Ressortergebnis beträgt rechnerisch 219 Tsd. Euro an konsumtiven Mindereinnahmen zum Jahresende. Diese resultieren in erster Linie aus voraussichtlich nicht zu erbringenden Einnahmen in der Polizei (PGr. 07.01.01) sowie der PGr. Gefahrenabwehr, Brand- und Katastrophenschutz (07.02.01).</p> <p>Im Bereich der investiven Einnahmen werden 50 Tsd. Euro erwartet, die nicht veranschlagt sind.</p>			
Ausgaben			
<p>Auf der konsumtiven Ausgabenseite wird zum jetzigen Zeitpunkt von Mehrausgaben in Höhe von rd. 1.550 Tsd. Euro ausgegangen. Hierzu tragen insbesondere nachfolgende Umstände bei:</p> <p>Die Polizei (Produktgruppe 07.01.01) erwartet bei den konsumtiven Ausgaben ein Defizit von ca. 1.200 Tsd. Euro, die aus erhöhten Aufwendungen für die Ermittlungsarbeit sowie Kostensteigerungen bei den Führungs- und Einsatzmitteln resultieren. Dieses strukturelle Defizit wird auf Ebene voraussichtlich nicht ausgeglichen werden können.</p> <p>In der Produktgruppe 07.03.05 (Öffentliche Ordnung) wird ein Defizit in Höhe von 350 Tsd. Euro erwartet. Dieses resultiert aus den Kosten für die Unterbringung von Fundtieren. Das Ressort hat frühzeitig auf das Finanzierungsrisiko hingewiesen und eine Inanspruchnahme der Risikovorsorge angemeldet.</p>			
3.1.1 Erlöse aus Vermögensveräußerungen			
<p>Die angezeigten investiven Einnahmen stammen aus dem Verkauf von beweglichen Sachen der Polizei Bremen. Diese Einnahmen sind nur sehr schwer steuerbar.</p>			
3.1.2 Weitere Anmerkungen			
<p>Das Ressort hat Bewirtschaftungsmaßnahmen mit dem Ziel erlassen, eine Minimierung des Ausgaberrisikos zu erreichen.</p> <p>In der Darstellung sind aus dem Vorjahr Haushaltsreste in Höhe von 969 Tsd. Euro für das Projekt OSCI-XMeld enthalten. Diese Mittel werden durch die Senatorin für Finanzen bewirtschaftet. Sofern diese Mittel abfließen sollen, ist die Liquidität an anderer Stelle sicherzustellen.</p>			
Meldung zu investiven Minderausgaben			
Das Ressort meldet Fehlanzeige			
Finanzierungssaldo			
<p>Der Finanzierungssaldo wird auf Basis der vorliegenden Zahlen unter Berücksichtigung produktplanübergreifender Verlagerungen um 3.640 Tsd. Euro überschritten. Die Überschreitung erklärt sich durch die zu erwartenden Mehrausgaben im konsumtiven Bereich sowie im Personalbereich. Die unter 3.2 dargestellte Nachbewilligung in Höhe von 1.952 Tsd. Euro ist dabei bereits berücksichtigt.</p>			
3.2 Personaldaten			
<p>In der Jahresplanung 2013 ist ein Defizit in Höhe von 3.712 Tsd. Euro ausgewiesen. Dies berücksichtigt bereits den in den betroffenen Produktgruppen refinanzierten Anteil in Höhe von insgesamt 1.717 Tsd. Euro, da bis Jahresende ein Ausgleich durch entsprechende Einnahmen erwartet wird. Die beim Statistischen Landesamt zur Verfügung stehenden Personalverstärkungsmittel für befristet eingestellte Zensus-Kräfte sollen im Rahmen einer Nachbewilligung ausgeglichen werden, das voraussichtliche HH-Soll wurde entsprechend um 322 Tsd. Euro erhöht. Weiterhin sind die Ausbildungskosten sollerrhöhend eingeflossen, da ein Ausgleich durch Umbuchungen aus dem Produktplan 92 erfolgen soll. Die verfügbaren Nebentitel in Höhe von 280 Tsd. Euro sind ebenfalls inkludiert.</p> <p>Als Budgetrisiken wurden in den Produktgruppen jeweils die noch anzuweisenden Altersteilzeitrückstellungen in Höhe von insgesamt ca. 235 Tsd. Euro einkalkuliert. Ist-erhöhend wirken sich darüber hinaus die geplanten Einstellungen aus der Ausbildung bei der Polizei Bremen (ca. 90 zum 01.10.2013) in Höhe von ca. 758 Tsd. Euro aus. Minderausgaben in Höhe von insgesamt 842 Tsd. Euro auf Grundlage der Fluktuationsprognose wurden entsprechend reduzierend berücksichtigt.</p>			

Produktplan: Inneres	07	Controlling 01-06/13 05.08.2013	
Verantwortlich:	Senator Mäurer	Version: 86	Seite 3
<p>Die von der Senatorin für Finanzen noch zu veranlassende Nachbewilligung von Personalmitteln aufgrund der Tarif- und Besoldungserhöhung in Höhe von 1.952 Tsd. Euro werden das prognostizierte Defizit des PPL 07 auf 1.760 Tsd. Euro verringern. Zu berücksichtigen ist jedoch, dass in der Produktgruppe 07.01.01 (Polizeivollzug) ein Betrag in Höhe von 2.054 Tsd. Euro im Soll gesperrt wurde, da die PEP-Quote von 1,2% durch strukturell wirkende Entlastungen an anderer Stelle ausgeglichen werden soll. Eine vollständige Erwirtschaftung dieses Betrages würde zu einer Kompensierung des Negativergebnisses führen.</p>			
<p>Die Zielzahlen im Kernbereich werden nach der Prognose eingehalten, es wird jedoch bei der Polizei Bremen durch die Einstellungen aus der Ausbildung und den Rückgang der Abgänge durch die Verlängerung der Lebensarbeitszeit zu Überhängen kommen. Ein weiteres Risiko stellen der noch nicht abgeschlossene Organisationsprozess im Stadtamt Bremen, die durch Fluktuation nicht reduzierbaren Überhänge in der senatorischen Behörde sowie die beabsichtigten Einstellungen bei der Feuerwehr Bremen zur Erreichung der Zielzahl und Sicherstellung des Schutzzieles dar.</p>			
<p>3.3 Sondervermögen Immobilien und Technik</p>			
<p>Im Berichtszeitraum sind für Beschaffungsvorgänge der Vorjahre 716.218 Euro an Zins- und Tilgungsleistungen an die beiden SVIT (Stadt und Land) gezahlt worden. Neubeschaffungen sind nicht mehr vorgesehen.</p>			
<p>3.4 Leistungsdaten (zu Seite 1a "Strategische Leistungsdaten")</p>			
<p>3.4.1 Erreichen einer Aufklärungsquote von 49,5% (Polizei) Die Aufklärungsquote hat sich im Berichtszeitraum planmäßig entwickelt.</p>			
<p>3.4.2 Erreichung des 8-Minuten-Standards bei der Polizei Der Planwert konnte um 4,92% übertroffen werden.</p>			
<p>3.4.3 Reduzierung der Verkehrsunfälle um 2% Der Planwert konnte nicht erreicht werden. Die Gründe sind vielfältig und insbesondere im ersten Quartal von äußeren Gegebenheiten (winterliche Witterung) beeinflusst.</p>			
<p>3.4.4 Einhaltung der 10-Minuten-Fahrzeit im Lösch- und Hilfeleistungsdienst Der Ist-Wert entspricht dem Planwert.</p>			
<p>3.4.5 Wartezeit Terminkunden im Bürgerservice Der Planwert wurde knapp unterschritten.</p>			
<p>3.4.6 Erfolgreich erledigte Rechtsbehelfe im Ordnungsbereich Der Planwert konnte um 8,33% übertroffen werden.</p>			
<p>3.4.7 Serviceorientierter Umbau des Stadtamtes aus Projektmitteln UVI Es sind Maßnahmen zur Verbesserung der Kundensteuerung sowie zur Verbesserung des Terminmanagements eingeleitet. Die Einführung des Terminmanagementsystems steht bevor. Das Projekt entwickelt sich planmäßig.</p>			
<p>3.4.8 Einführung eines Vorgangsbearbeitungssystems bei den Polizeien des Landes Bremen Der Vertrag zum Beitritt zur Verwaltungsvereinbarung zwischen Schleswig-Holstein und dem Bund zur Einbindung in das dort betriebene Vorgangsbearbeitungssystem ist unterzeichnet, der Vertrag mit Dataport hat Unterschriftsreife erlangt und wird ebenfalls kurzfristig gezeichnet. Der Zeitplan für das Projekt wird bis jetzt eingehalten. Es sind bislang keine kritischen Punkte erkennbar, die das Ziel der Einführung zum Jahresende 2013 gefährden könnten.</p>			
<p>3.4.9. Neubaukonzeption Ersatzgebäude der FF Lehesterdeich Für den Bau eines Ersatzgebäudes wurde eine Standortanalyse in Frage kommender Grundstücke durchgeführt. Im Ergebnis eignet sich ein Grundstück zur Bebauung mit einem Gerätehaus. Die Finanzierung ist vorbehaltlich der Beschlussfassung der Haushalte 2014/2015 gesichert. Der Haushalts- und Finanzausschuss hat eine Verpflichtungsermächtigung erteilt, so dass nunmehr in die konkrete Planung eingetreten werden kann.</p>			
<p>3.4.10 Neuer Standort Polizeirevier Horn Der neue Standort an der Lilienthaler Heerstraße wird im September 2013 bezogen.</p>			

Controlling Produktgruppenhaushalt	<b>01 – 06 / 2013</b>
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 22, 01.08.2013

PRODUKTPLAN 08 Gleichberechtigung der Frau	Kurzeinschätzung zur Zielerreichung	
	Nicht erreicht	erreicht
Finanzen	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
Personal:	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
Leistungen:	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
<b>Kommentar:</b>		
<p><b><u>Finanzdaten</u></b></p> <p>Das Ressort erwartet zum Jahresende eine <b>Budgetunterschreitung</b> von rund 0,2 Mio. €.</p> <p>Der produktplanbezogene <b>Finanzierungssaldo</b> wird unter Berücksichtigung der produktplanübergreifenden Verlagerungen (0,010 Mio. €) um voraussichtlich 0,005 Mio. € überschritten.</p> <p><b><u>Personaldaten</u></b></p> <p>Unter Berücksichtigung einer Nachbewilligung zur Tarifkompensation werden die Personalausgaben eingehalten.</p> <p><b><u>Leistungsdaten</u></b></p> <p>Die Leistungsdaten wurden im Wesentlichen eingehalten. Nennenswerte positive Abweichungen von den Planwerten wurden bei den Veröffentlichungen, Veranstaltungen und Fortbildungen erreicht. Lediglich die Anzahl der Beratungen und Vorträge liegt, u. a. infolge eines erhöhten Veranstaltungsaufwands, unterhalb der Planwerte.</p>		
<b>Maßnahmen-/Steuerungsvorschlag:</b>		
Kein Handlungsbedarf.		

**ANLAGE: Produktplan-Bericht**

<b>Produktplan:</b> <b>Gleichberechtigung der Frau</b>	<b>08</b>	<b>Controlling 01-06/13</b> <b>05.08.2013</b>	
<b>Verantwortlich:</b> <b>Hauffe</b>		<b>Version: 86</b>	<b>Seite 1</b>
<b>Einhaltung Finanzdaten:</b>	<b>Einhaltung Personaldaten:</b>	<b>Einhaltung Leistungsziele in den zugehörigen Produktbereichen:</b>	
			

## 1. Ressourceneinsatz

Kamerale Finanzdaten	Januar - Juni 2013				Jahresplanung 2013				
	Ist	Planwert	Ist-Planwert-Abweichung	HH-Soll	vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag	
	Tsd. EUR		%		Tsd. EUR				
konsumtive Einnahmen	68	64	4	6,4	74	73	69	-4	69
investive Einnahmen	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
relevante Verrech./Erstatt.	164	164	0	0,0	164	164	164	0	164
<b>Gesamteinnahmen</b>	<b>232</b>	<b>228</b>	<b>4</b>	<b>1,8</b>	<b>238</b>	<b>237</b>	<b>233</b>	<b>-4</b>	<b>233</b>
Personalausgaben	329	346	-17	-5,1	701	704	702	-2	698
konsumtive Ausgaben	138	120	18	15,2	395	393	210	-183	210
Zinsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
investive Ausgaben	1	2	-1	-38,0	15	15	4	-11	4
relevante Verrech./Erstatt.	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
<b>Gesamtausgaben</b>	<b>468</b>	<b>468</b>	<b>0</b>	<b>0,0</b>	<b>1.111</b>	<b>1.112</b>	<b>916</b>	<b>-196</b>	<b>912</b>
<b>Saldo</b>	<b>-236</b>	<b>-240</b>	<b>4</b>	<b>-1,7</b>	<b>-873</b>	<b>-875</b>	<b>-683</b>	<b>192</b>	<b>-679</b>

Verpflichtungsermächtigungen	Abdeckung im Jahr					Budgetrücklagenbestand	Stand des Verlustvorr.
	2013	2014	2015	2016	2017ff		
	Tsd. EUR					Tsd. EUR	
- konsumtiv	0	0	0	0	0	198	0
- investiv	0	0	0	0	0		
- Zins-/Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0		

Personaldaten	Juni 2013			kumuliert Januar - Juni 2013			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
	Tsd. EUR								
Kernbereich	59	56	3	327	337	-10	698	686	12
Personalverstärkung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ausbildung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
<b>Zwischensumme</b>	<b>59</b>	<b>56</b>	<b>3</b>	<b>327</b>	<b>337</b>	<b>-10</b>	<b>698</b>	<b>686</b>	<b>12</b>
Refinanzierte	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Nebentitel	0	1	-1	2	9	-7	4	16	-12
<b>Insgesamt</b>	<b>59</b>	<b>57</b>	<b>2</b>	<b>329</b>	<b>346</b>	<b>-17</b>	<b>702</b>	<b>702</b>	<b>0</b>
- dar.: Beihilfe/Nachvers	0	1	-1	1	7	-6	2	13	-11
	Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)								
Kernbereich	11,1	10,1	1,0	10,4	10,2	0,2	10,7	10,1	0,6
Personalverstärkung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Ausbildung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
<b>Zusammen</b>	<b>11,1</b>	<b>10,1</b>	<b>1,0</b>	<b>10,4</b>	<b>10,2</b>	<b>0,2</b>	<b>10,7</b>	<b>10,1</b>	<b>0,6</b>
Refinanzierte	0,0	-	-	0,0	-	-	0,0	-	-
Abwesende	0,0	-	-	0,0	-	-	0,0	-	-

Personalstruktur	Jun 2013	2013	2012
	Ist	Planwert	Ist
Bezugsgröße: Kopffzahl der Beschäftigten	%		
Verwaltungspersonalquote	0,0	4,8	0,0
Beschäftigte bis 35 Jahre	14,3	22,5	28,6
Beschäftigte über 55 Jahre	35,7	17,5	35,7
Frauenquote	100,0	50,0	100,0
Teilzeitquote	71,4	35,0	71,4
Schwerbehindertenquote	0,0	6,0	0,0

<b>Produktplan:</b> Gleichberechtigung der Frau <b>08</b>	<b>Controlling 01-06/2013</b>
Verantwortlich: Hauffe	Seite 1a

## 2. Strategische Leistungsziele/-kennzahlen

### A. (nicht durch Kennzahlen abgebildete) strategische Leistungsziele

#### 1. Anregung und Vorschläge zu Entwürfen sowie Prüfung von Gesetzen, Verordnungen und Maßnahmen des Senats sowie des Bundes, an denen der Senat mitwirkt, soweit diese Auswirkungen auf die Gleichberechtigung der Frau haben

##### Sachstand/Analyse/Bewertung

Absicherung von Frauenbelangen durch die Begleitung der Landes- und Kommunalpolitik und des Bundesratsverfahrens z.B. durch das Verfassen von Stellungnahmen und Positionspapieren zu aktuellen Themen.

#### 2. Zusammenarbeit mit gesellschaftlich relevanten Frauenorganisationen, Frauenbewegungen, Gewerkschaften und sonstigen Organisationen und Verbänden, die mit Frauenfragen und Frauenproblemen befasst sind.

##### Sachstand/Analyse/Bewertung

Zusammenarbeit u. a. mit: Nationales Netzwerk Frauen und Gesundheit, Forum Frauengesundheit, Initiative Grundeinkommen, Bremer Frauenmuseum e.V., Innere Mission, Paritätisches Bildungswerk, Agentur für Arbeit Bremen, Female Professionals, Arbeitnehmerkammer Bremen, belladonna, Expertinnen-Beratungsnetz Bremen e. V., Frauenbetriebe quirl e. V., Frauen in Arbeit und Wirtschaft e.V., Impulsgeber Zukunft, DGB u.v.m.

#### 3. Erfahrungsaustausch und Zusammenarbeit mit entsprechenden Stellen des Bundes und der Länder.

##### Sachstand/Analyse/Bewertung

U. a. Mitwirkung an der Gleichstellungs- und Frauenministerkonferenz, Zusammenarbeit und Erfahrungsaustausch mit dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Zusammenarbeit mit den für Frauenpolitik zuständigen Landesministerien in Arbeitsgruppen.

#### 4. Eigenständige Öffentlichkeitsarbeit, die die Gleichberechtigung der Frau fördert.

##### Sachstand/Analyse/Bewertung

Neben der Erstellung von Broschüren zu frauenrelevanten Themen in Bremen werden Pressemitteilungen und Flyer zu relevanten Veranstaltungen erstellt und veröffentlicht.

#### 5. Unterstützung benachteiligter Frauen bei der Durchsetzung ihrer Interessen

##### Sachstand/Analyse/Bewertung

In allen relevanten Fachbereichen haben im Berichtszeitraum Beratungen statt gefunden, um Frauen bei der Durchsetzung ihrer Rechte und Interessen zu unterstützen.

#### 6. Bereitstellung von Expertinnenwissen im Rahmen der Implementierung von Gender Mainstream

##### Sachstand/Analyse/Bewertung

Erfolgt u. a. in der ressortübergreifenden AG der Gender Beauftragten, die den Implementierungsprozess befördert sowie durch die Beratung von Institutionen.

### B. Leistungskennzahlen

Kennzahlen	Berichtszeitraum				2012
	IST	Planwert	IST-Planwert-Abweichung*		Planwert
			abs.	%	
Beratungen [ST]	388,00	543,00	-155,00	-28,5	1.029,00
Vorträge [St]	20,00	27,00	-7,00	-25,9	50,00
Veröffentlichungen [ST]	17,00	3,00	14,00	466,7	6,00
Veranstaltungen [ST]	40,00	10,00	30,00	300,0	15,00
Arbeitskreismitglieder [PRS]	40,00	40,00	0,00	0,0	40,00
Fortbildungen [ST]	5,00	2,00	3,00	150,0	5,00
Arbeitskreise, leitend [ST]	7,00	7,00	0,00	0,0	7,00

#### Analyse/Bewertung der Leistungskennzahlen

Die Anzahl der angefragt Beratungen sind im Berichtszeitraum hinter den Erwartungen zurückgeblieben. Die Vorträge liegen leicht hinter den Planungen zurück, dies begründet sich u. a. durch den hohen Aufwand für die durchgeführten Veranstaltungen. Themen waren hier: Balanceakt Elternzeit, Frauenrechte und Frauenarmut. häusliche Beziehungsgewalt, Genitalverstümmelung, natürliche Geburt und Mädchen im öffentlichen Raum im Rahmen eines Fanprojektes.

Die Veranstaltungen haben die Erwartungen deutlich überschritten. Für das Schwerpunktprojektes „Junge Frauen“ gab es Veranstaltungen mit dem Thema „Gesicht zeigen“ zur Problematik des GenderPayGap. In der Reihe „Geschlechterdings“ fanden 5 Veranstaltungen zu unterschiedlichen Themen wie z.B. „Von rosaroten Prinzessinnen und Superhelden“, oder „Top Girls – einfach nur mehrfach belastet oder endlich unabhängig?“ statt. Es wurden die Eröffnung der Frauenfußballausstellung, der FrauenBerufsTag und der Fachtag Alleinerziehende durchgeführt. Weitere Veranstaltungen und Aktionen gab es zum Girlsday, zum „Schaffermahl“ und im Rahmen des internationalen Frauentages.

Veranstaltet wurden ebenfalls Fortbildungen z. B. zu den Themen „Frauenförderung, Vereinbarkeit und Gender Mainstream“ „Mädchenarbeit im Lande Bremen“, „Geschlechtersensible Pädagogik“ und „Wenn der Ehemann oder Partner gewalttätig ist. Zugewandert?“.

<b>Produktplan:</b>	<b>08</b>	<b>Controlling 01-06/13</b>	
<b>Gleichberechtigung der Frau</b>		<b>05.08.2013</b>	
<b>Verantwortlich:</b>	<b>Hauffe</b>	<b>Version: 86</b>	<b>Seite 2</b>
<b>3. Analyse/Bewertung</b>			
Finanzdaten:			
Konsumtive Einnahmen			
Die konsumtiven Einnahmen übersteigen den Planwert im Berichtszeitraum um 4 Tsd. Euro. Dies resultiert überwiegend aus Zuwendungen und Beteiligungen des Magistrats der Seestadt Bremerhaven für Projekte und Veranstaltungen der ZGF in Bremerhaven.			
Konsumtive Ausgaben			
Im Berichtszeitraum ergibt sich eine Überschreitung des Planwertes der konsumtiven Ausgaben um 18 Tsd. Euro. Dies ist primär durch Mehrkosten aufgrund von erhöhter Aktivität im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit entstanden.			
Jahresergebnis			
Die Budgets werden eingehalten.			
Finanzierungssaldo			
Der produktplanbezogene Finanzierungssaldo hat sich um 10 Tsd. Euro verbessert.			
Personaldaten:			
Es wird davon ausgegangen, dass die Belastungen aufgrund der Tariferhöhungen im Umfang von rd. 14 Tsd. Euro zentral kompensiert werden.			

Controlling Produktgruppenhaushalt	<b>01 – 06 / 2013</b>
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 22, 01.08.2013

PRODUKTPLAN 09 Staatsgerichtshof	Kurzeinschätzung zur Zielerreichung	
	Nicht erreicht	erreicht
Finanzen	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Personal:	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
Leistungen:	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
<b>Kommentar:</b>		
<b><u>Finanzdaten</u></b>		
<p>Das Ressort erwartet zum Jahresende eine <b>Budgetunterschreitung</b> in Höhe von 0,007 Mio. €</p> <p>Der produktplanbezogene <b>Finanzierungssaldo</b> wird voraussichtlich um 0,001 Mio. € überschritten.</p>		
<b>Maßnahmen-/Steuerungsvorschlag:</b>		
Kein Handlungsbedarf.		

#### ANLAGE: Produktplan-Bericht

<b>Produktplan:</b> <b>Staatsgerichtshof</b>	<b>09</b>	<b>Controlling 01-06/13</b> <b>05.08.2013</b>	
<b>Verantwortlich:</b> Frau Meyer		<b>Version: 86</b>	<b>Seite 1</b>
<b>Einhaltung Finanzdaten:</b>	<b>Einhaltung Personaldaten:</b>	<b>Einhaltung Leistungsziele in den zugehörigen Produktbereichen:</b>	
			

## 1. Ressourceneinsatz

Kamerale Finanzdaten	Januar - Juni 2013				Jahresplanung 2013				
	Ist	Planwert	Ist-Planwert-Abweichung	HH-Soll	vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag	
	Tsd. EUR			%		Tsd. EUR			
konsumtive Einnahmen	0	0	0	0,0	0	0	0	0	
investive Einnahmen	0	0	0	0,0	0	0	0	0	
relevante Verrech./Erstatt.	0	0	0	0,0	0	0	0	0	
<b>Gesamteinnahmen</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0,0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	
Personalausgaben	22	22	0	0,1	39	39	38	-1	39
konsumtive Ausgaben	2	3	-1	-29,2	13	13	7	-6	5
Zinsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
investive Ausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
relevante Verrech./Erstatt.	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
<b>Gesamtausgaben</b>	<b>24</b>	<b>25</b>	<b>-1</b>	<b>-3,4</b>	<b>52</b>	<b>52</b>	<b>45</b>	<b>-7</b>	<b>44</b>
<b>Saldo</b>	<b>-24</b>	<b>-25</b>	<b>1</b>	<b>-3,4</b>	<b>-52</b>	<b>-52</b>	<b>-45</b>	<b>7</b>	<b>-44</b>

Verpflichtungsermächtigungen	Abdeckung im Jahr					Budgetrücklagenbestand	Stand des Verlustvotr.
	2013	2014	2015	2016	2017ff		
	Tsd. EUR					Tsd. EUR	
- konsumtiv	0	0	0	0	0	9	0
- investiv	0	0	0	0	0		
- Zins-/Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0		

Personaldaten	Juni 2013			kumuliert Januar - Juni 2013			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
	Tsd. EUR								
Kernbereich	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Personalverstärkung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ausbildung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
<b>Zwischensumme</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
Refinanzierte	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Nebentitel	3	3	0	22	22	0	38	39	-1
<b>Insgesamt</b>	<b>3</b>	<b>3</b>	<b>0</b>	<b>22</b>	<b>22</b>	<b>0</b>	<b>38</b>	<b>39</b>	<b>-1</b>
- dar.: Beihilfe/Nachvers	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)								
Kernbereich	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Personalverstärkung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Ausbildung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
<b>Zusammen</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>
Refinanzierte	0,0	-	-	0,0	-	-	0,0	-	-
Abwesende	0,0	-	-	0,0	-	-	0,0	-	-

Personalstruktur	Jun 2013	2013	2012
	Ist	Planwert	Ist
Bezugsgröße: Kopffzahl der Beschäftigten	%		
Verwaltungspersonalquote	-	-	-
Beschäftigte bis 35 Jahre	-	-	-
Beschäftigte über 55 Jahre	-	-	-
Frauenquote	-	-	-
Teilzeitquote	-	-	-
Schwerbehindertenquote	-	-	-



<b>Produktplan:</b> <b>Staatsgerichtshof</b>	<b>09</b>	<b>Controlling 01-06/13</b> <b>05.08.2013</b>	
<b>Verantwortlich:</b>	<b>Frau Meyer</b>	<b>Version: 86</b>	<b>Seite 2</b>
<b>3. Analyse/Bewertung</b>			
Finanzdaten			
Zurzeit wird der Planwert noch leicht unterschritten, jedoch sind die Ausgaben für die Bücherei und die Reisekosten stark gestiegen. Wahrscheinlich werden noch zusätzlich 2 TEuro an konsumtiven Mitteln benötigt.			
Voraussichtlich werden die Mittel nicht ausreichen.			
Das Ziel wird nicht erreicht			
Personaldaten			
Das Ziel wird erreicht			
Das Konsolidierungssaldo wird voraussichtlich um 2 TEuro überschreiten.			

Controlling Produktgruppenhaushalt	<b>01 – 06 / 2013</b>
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 22, 01.08.2013

<b>PRODUKTPLAN 11</b> <b>Justiz</b>	<b>Kurzeinschätzung zur Zielerreichung</b>		
		<b>Nicht erreicht</b>	<b>erreicht</b>
	<b>Finanzen</b>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	<b>Personal:</b>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	<b>Leistungen:</b>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

**Kommentar:****Finanzdaten**

Das **Budget** wurde im Betrachtungszeitraum um rd. 0,8 Mio. Euro überschritten. Das Ressort erwartet zum Jahresende eine **Budgetüberschreitung** von rd. 1,1 Mio. Euro, resultierend aus

- Mehreinnahmen in Höhe von rd. 0,3 Mio. Euro
- Personalminderausgaben in Höhe von 1,3 Mio. Euro sowie
- Mehrausgaben in Höhe von rd. 2,9 Mio. Euro.

Der zulässige **Finanzierungssaldo** wird unter Berücksichtigung der Reste (0,243 Mio. Euro) sowie der produktplanübergreifenden Verlagerungen (0,400 Mio. Euro) um 1,1 Mio. Euro überschritten.

Das Fachressort macht auf ein nicht bezifferbares Risiko, dass sich aus dem 2. Kostenrechtsmodernisierungsgesetz, welches zum 01.08.2013 in Kraft treten wird, aufmerksam. Die aus dem Gesetz möglichen Mehreinnahmen/Mehrausgaben sowie die möglichen Auswirkungen für 2013 können zur Zeit noch nicht prognostiziert werden. Sofern ein Risiko im Bereich der Auslagen in Rechtssachen nicht ressortintern (insbesondere über Mehreinnahmen) ausgeglichen werden kann, soll der Ausgleich lt. Fachressort aus der zentralen Risikoversorge erfolgen.

Darüber hinaus werden Mehrausgaben aus der Verwaltungsvereinbarung zur Fortsetzung der Vollzugsgemeinschaft mit Niedersachsen in Höhe von 0,829 Mio. Euro geschätzt, die derzeit lt. Fachressort innerhalb des Produktplans Justiz abgedeckt werden können.

**Personaldaten**

Bei den Personalausgaben werden Mehrausgaben (ohne Nebentitel) in Höhe von rd. 451 Tsd. € ausgewiesen.

Für das voraussichtliche Jahresendergebnis sind noch folgende Änderungen zu berücksichtigen:

**voraussichtliche Entwicklung PPL 11**

Betrag in Tsd. €	Grund
<b>451</b>	<b>Mehrausgaben (ohne Nebentitel)</b>
-250	Nachbewilligung Budgetfehler 2013
-682	Nachbewilligung Tarifkompensation
606	ATZ Rückstellungen
112	Azubiübernahme
-155	Sollerhöhung Refi
-619	Minderausgaben Nebentitel
<b>-537</b>	<b>verbleibende Minderausgaben</b>

Controlling Produktgruppenhaushalt	<b>01 – 06 / 2013</b>
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 22, 01.08.2013

Zum Jahresende werden voraussichtlich Minderausgaben in Höhe von rd. 537 Tsd. € verbleiben.

Zurzeit besteht im Produktplan nach einer Korrektur der Sollwerte noch ein jahresdurchschnittlicher Überhang bei der Beschäftigungszielzahl von rd. 14 VZE. Das Ressort wird sich bemühen, den Überhang durch eine restriktive Personalbewirtschaftung abzubauen.

#### **Leistungsdaten**

Die Leistungen entwickelten sich weitgehend plangemäß.

Im Betrachtungszeitraum wurden beim Sozialgericht, Verwaltungsgericht und beim Arbeitsgericht Bremen- Bremerhaven die geplanten Erledigungszahlen übertroffen, trotz Unterschreitung des geplanten richterlichen Personaleinsatzes.

#### **Maßnahmen-/Steuerungsvorschlag:**

Das Fachressort hat aufgrund der Prognosen für den Bereich der nicht steuerbaren und vom Geschäftsanfall abhängigen Einnahmen und Ausgaben der Gerichte und Staatsanwaltschaften umfassende Bewirtschaftungsmaßnahmen angeordnet. Es ist zu entscheiden, ob aufgrund der durch gesetzliche Leistungen verursachten Mehrausgaben eine Deckung über die Risikovorsorge senatsseitig vorgeschlagen wird, insbesondere da bereits im Rahmen der Haushalts-Beratungen 2012/2013 auf dieses Risiko hingewiesen wurde.

### **ANLAGE: Produktplan-Bericht**

<b>Produktplan:</b> <b>Justiz</b>	<b>11</b>	<b>Controlling 01-06/13</b> <b>05.08.2013</b>	
<b>Verantwortlich:</b>	<b>Senator Günthner</b>	<b>Version: 86</b>	<b>Seite 1</b>
<b>Einhaltung Finanzdaten:</b>	<b>Einhaltung Personaldaten:</b>	<b>Einhaltung Leistungsziele in den zugehörigen Produktbereichen:</b>	
			

## 1. Ressourceneinsatz

Kamerale Finanzdaten	Januar - Juni 2013				Jahresplanung 2013				
	Ist	Planwert	Ist-Planwert-Abweichung	HH-Soll	vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag	
	Tsd. EUR			%		Tsd. EUR			
konsumtive Einnahmen	18.554	18.559	-5	-0,0	36.712	37.396	37.674	278	36.841
investive Einnahmen	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
relevante Verrech./Erstatt.	151	0	151	0,0	151	151	151	0	0
<b>Gesamteinnahmen</b>	<b>18.704</b>	<b>18.559</b>	<b>145</b>	<b>0,8</b>	<b>36.862</b>	<b>37.547</b>	<b>37.825</b>	<b>278</b>	<b>36.841</b>
Personalausgaben	31.687	32.336	-649	-2,0	65.452	66.004	64.679	-1.325	65.319
konsumtive Ausgaben	22.150	20.834	1.316	6,3	42.393	42.401	45.274	2.873	42.134
Zinsausgaben	0	0	0	0,0	0	5	5	0	5
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
investive Ausgaben	5.552	5.316	236	4,4	7.317	7.318	7.184	-134	7.317
relevante Verrech./Erstatt.	1.145	1.136	9	0,8	1.155	1.157	1.157	0	1.135
<b>Gesamtausgaben</b>	<b>60.534</b>	<b>59.622</b>	<b>912</b>	<b>1,5</b>	<b>116.317</b>	<b>116.885</b>	<b>118.299</b>	<b>1.414</b>	<b>115.909</b>
<b>Saldo</b>	<b>-41.830</b>	<b>-41.063</b>	<b>-767</b>	<b>1,9</b>	<b>-79.455</b>	<b>-79.338</b>	<b>-80.474</b>	<b>-1.136</b>	<b>-79.068</b>

Verpflichtungs- ermächtigungen	Abdeckung im Jahr					Budgetrück- lagenbestand	Stand des Verlustvotr .
	2013	2014	2015	2016	2017ff		
	Tsd. EUR					Tsd. EUR	
- konsumtiv	0	31	27	27	125	0	7.512
- investiv	0	5.047	5.069	4.565	4.489		
- Zins-/Tilgungsausgaben	0	4	3	3	4		

Personaldaten	Juni 2013			kumuliert Januar - Juni 2013			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
	Tsd. EUR								
Kernbereich	4.689	4.660	29	28.187	27.982	205	57.869	57.490	379
Personalverstärkung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ausbildung	171	174	-3	1.038	1.046	-8	1.990	2.073	-83
<b>Zwischensumme</b>	<b>4.860</b>	<b>4.834</b>	<b>26</b>	<b>29.225</b>	<b>29.028</b>	<b>197</b>	<b>59.859</b>	<b>59.563</b>	<b>296</b>
Refinanzierte	31	16	15	166	96	70	352	197	155
Nebentitel	249	243	6	2.296	3.212	-916	4.499	5.693	-1.194
<b>Insgesamt</b>	<b>5.140</b>	<b>5.093</b>	<b>47</b>	<b>31.687</b>	<b>32.336</b>	<b>-649</b>	<b>64.710</b>	<b>65.453</b>	<b>-743</b>
- dar.: Beihilfe/Nachvers	199	188	11	1.123	1.645	-522	2.068	2.643	-575
	Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)								
Kernbereich	1.249,8	1.236,5	13,3	1.259,7	1.237,9	21,8	1.254,7	1.236,2	18,5
Personalverstärkung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Ausbildung	136,0	138,0	-2,0	148,3	138,0	10,3	142,2	140,5	1,7
<b>Zusammen</b>	<b>1.385,8</b>	<b>1.374,5</b>	<b>11,3</b>	<b>1.408,0</b>	<b>1.375,9</b>	<b>32,1</b>	<b>1.396,9</b>	<b>1.376,7</b>	<b>20,2</b>
Refinanzierte	7,1	-	-	6,5	-	-	6,8	-	-
Abwesende	70,7	-	-	65,7	-	-	68,2	-	-

Personalstruktur	Jun 2013	2013	2012
	Ist	Planwert	Ist
Bezugsgröße: Kopffzahl der Beschäftigten	%		
Verwaltungspersonalquote	0,0	4,8	0,0
Beschäftigte bis 35 Jahre	17,3	22,5	17,5
Beschäftigte über 55 Jahre	19,5	17,5	19,3
Frauenquote	56,1	50,0	56,0
Teilzeitquote	24,9	35,0	25,6
Schwerbehindertenquote	5,2	6,0	5,5

<b>Produktplan:</b> 11 <b>Justiz</b>	<b>Controlling 01-06/2013</b>
Verantwortlich: <b>Senator Günthner</b>	Seite 1a

## 2. Strategische Leistungsziele/-kennzahlen

### A. (nicht durch Kennzahlen abgebildete) strategische Leistungsziele

#### Sanierung der Justizvollzugsanstalt

##### Sachstand/Analyse/Bewertung

Die Baumaßnahmen an den Standorten Bremen und Bremerhaven sind in dem Berichtszeitraum entsprechend den laufend abgestimmten Baufortschrittsterminen fortgesetzt worden.

##### Maßnahmen am Standort Bremen

Das *Zentralgebäude* ist im ersten Halbjahr 2013 von den unterschiedlichen Bereichen sukzessive bezogen worden. Zuletzt erfolgte der Umzug der Untersuchungshäftlinge aus Haus 3 in das sog. 100er Hafthaus.

Mängel werden derzeit erfasst und im laufenden Betrieb beseitigt.

Die Sanierung der verbliebenen denkmalgeschützten *Bestandsmauer* ist auch in 2013 durch das Förderwerk im Rahmen einer Qualifizierungsmaßnahme weiter fortgesetzt worden. Lockere und beschädigte Ziegel werden entfernt und mit recycelten Ziegeln aus dem Abbruch alter Mauerteile wieder ergänzt. Ebenso werden die Mauerfugen komplett erneuert und der Mauerfirst mit einer Metallabdeckung gegen eindringende Feuchtigkeit geschützt.

Im März ist die neue *Zentralküche*, die auf der Fläche der geschlossenen Wäscherei im Werkhof entstanden ist, und modernsten baulichen und hygienischen Anforderungen (HACCP) entspricht, in den Echtbetrieb gehen.

Nach der Inbetriebnahme des Zentralgebäudes und des 100er Hafthauses erfolgt im nächsten Schritt die Sanierung des ersten Bestandsgebäudes, nämlich des für den Jugendvollzug genutzten Hauses 4. Dieses wird komplett freigezogen und neben den Sanierungsmaßnahmen an „Dach und Fach“ im Hinblick auf die Anforderungen des am 01. Januar 2008 in Kraft getretenen bremischen Jugendstrafvollzugsgesetzes an die Bedingungen des Wohngruppenvollzugs angepasst. In Umsetzung dieser Anforderung werden 6 Wohngruppen mit insgesamt 75 Haftplätzen geschaffen. Die Ausführungsplanung ist erstellt und abgestimmt. Die Ausschreibungen für die ersten Gewerke sind veröffentlicht und submittiert, vorbereitende Arbeiten haben begonnen. Umplanungen im Sanierungskonzept werden gegenwärtig geprüft.

##### Maßnahmen am Standort Bremerhaven

Der 2. Bauabschnitt (Neubau der Kraftfahrzeugschleusen 2 und 3, Neubau und Sanierung der Hafthäuser, Überarbeitung der Außenanlagen und des Sportbereichs) befindet sich zurzeit in der Ausführungsplanung. Die ersten Ausschreibungen sind in der Vorbereitung, erste vorbereitende Arbeiten werden durchgeführt. Der Baubeginn wird im Herbst 2013 erfolgen.

#### Projekt „Knastgewächse“

##### Sachstand/Analyse/Bewertung

Mit dem Projekt 'Knastgewächse' (Laufzeit 01.03.2012 - 31.10.2014) werden 20 Beschäftigungsplätze für ehemalige Strafgefangene und Straffällige auf dem Gelände der ehemaligen Justizvollzugsanstalt Blockland angeboten. Das jahrelang ungenutzte Gelände sowie die dortige leerstehende und verfallende Gärtnerei wurden unter Anleitung von den Teilnehmern wieder hergerichtet und einer landwirtschaftlichen und gärtnerischen Nutzung zugeführt. Neben der Herrichtung weiterer Räumlichkeiten (Sozialräume) haben die Teilnehmer die Infrastruktur (Zuwegung, Wasser u.a.) für diese Bereiche des Geländes teilweise wieder instandgesetzt. Mittlerweile werden in den Gewächshäusern und auf dem Freigelände unterschiedliche Gemüsesorten angebaut. Die Teilnehmer werden über das Arbeitstraining hinaus sozialpädagogisch betreut und durchlaufen eine Berufswegeberatung. Eine Qualifizierung erfolgt in den Berufsfeldern Gärtnern (Gemüseanbau) und Landwirtschaftshelfer.

Zugleich wird auf dem Gelände ein enger Kontakt zum und Austausch mit unterschiedlichen Akteuren im Stadtteil gepflegt (Kleingärtnerverein, Kultur vor Ort u.a.).

#### Projekt „Forderungsmanagement in der Justiz“

##### Sachstand/Analyse/Bewertung

Derzeit werden die unbefristet niedergeschlagenen Forderungen der Jahrgänge 2009 und 2010 aktiv bearbeitet. Vom Jahrgang 2009 werden aktuell ca. 240 Ratenzahlungsvereinbarungen überwacht und angemahnt. Darüber hinaus laufen in einigen Fällen weitere Vollstreckungsmaßnahmen bei der LHK.

Die bisherigen Einnahmen von 2009 betragen ca. 56.000 EUR, von 2010 - ca. 18.000 EUR.

Im August ist die Übernahme des Jahrgangs 2011 geplant. Aufgrund der kurzen Bearbeitungsdauer (bis zum Projektende am 31.12.2013) wird mit wesentlich weniger Einnahmen gerechnet, weil u.a. kaum Ratenzahlungen vereinbart werden können und keine Vollstreckungsmaßnahmen durchgeführt werden können.

Im Zusammenhang mit dem zweiten Projektziel - die Überprüfung, ob durch eine Aufgabenübertragung bei der Vollstreckung von den Vollziehungsbeamten des FA Bremen-Mitte auf die Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts Bremen eine Effektivitätssteigerung vorstellbar ist, werden Gespräche mit SF geführt.

Seit Anfang Juli befasst sich eine externe Beratungsfirma, die den Auftrag erhalten hat, ein Gutachten zur Optimierung des Beitreibungsprozesses zu erstellen, mit der Prozessanalyse und hat bereits mehrere Interviews mit Beschäftigten der am Prozess beteiligten Dienststellen geführt. Das Gutachten soll voraussichtlich Anfang Oktober fertig gestellt werden.

## **Projekt „Optimierung der Strukturen und Informationswege in den Werkbetrieben der JVA Bremen“**

### **Sachstand/Analyse/Bewertung**

Die Anstaltsleitung der JVA Bremen hat Ende 2012 ein anstaltsinternes Projekt zur „Optimierung der Strukturen und Informationswege in den Werkbetrieben der JVA Bremen“ beauftragt. Das Projektteam wird durch Mitarbeiterinnen der senatorischen Behörde verstärkt. Aufbau- und Ablauforganisation der Betriebe und der entsprechenden Verwaltungsbereiche werden innerhalb des Projekts analysiert. Effektivitätshemmnisse sollen identifiziert und Lösungswege sowie ein nutzerfreundliches Controllingssystem entwickelt werden, welches dazu beiträgt, die Arbeit der Werkbetriebe besser beurteilen zu können und die Wirtschaftlichkeit der Betriebe zu optimieren.

Zunächst wurde eine Bestandaufnahme durchgeführt. Die Betriebe, die Akteure und deren Aufgaben wurden dokumentiert. Zudem wurde eine Übersicht zur aktuellen Aufbauorganisation erstellt. Die wesentlichen Arbeitsabläufe in den Werkbetrieben wurden abgebildet. Erste Ansatzpunkte für Optimierungen wurden gesammelt.

Auf Grundlage dieser Situationsanalyse werden im Folgenden Maßnahmen und Umsetzungsvorschläge im Sinne des Projektzieles entwickelt.

## **Umsetzung der Fortbildungsoffensive**

### **Sachstand/Analyse/Bewertung**

Die Verbesserung der Fortbildung in den Gerichten und Staatsanwaltschaften ist ein Arbeitsschwerpunkt des Justizressorts. Die begonnenen Maßnahmen in den Bereichen

Fortbildungsoffensive für die Service-Kräfte,  
Fortbildungskonzept für die Richterinnen und Richter auf Probe in der bremischen Justiz und  
Fortbildungskooperation mit Niedersachsen

wurden auch im ersten Halbjahr 2013 fortgesetzt (Schulungen der Führungskräfte: siehe „Systematische Führungskräfteentwicklung“).

Die notwendige gerichtsbareitsübergreifende Koordinierung der Maßnahmen wird weiterhin durch eine Arbeitsgruppe aus Vertretern der Gerichtsbareiten, der Staatsanwaltschaften und der Behörde des Senators für Justiz und Verfassung geleistet. Am 04.07.2012 wurde dem Rechtsausschuss der Bremischen Bürgerschaft über die aktuellen Aktivitäten und Entwicklungen im Bereich der Führungskräfteentwicklung und der Fortbildungsoffensive im Justizressort berichtet.

Die im Rahmen der Fortbildungskooperation mit Niedersachsen getroffenen Absprachen sollen in einer Verwaltungsvereinbarung festgeschrieben werden. Diese Vereinbarung steht kurz vor dem Abschluss.

Seit dem 14.01.2013 läuft der zweijährige Kurs zur (Nach-)Schulung zum/zur Justizfachangestellten, den alle Teilnehmerinnen sehr engagiert besuchen.

Um der zunehmenden Bedeutung von Sicherheitsbelangen in den Gerichten und Staatsanwaltschaften Rechnung zu tragen, wurden die im November 2012 begonnenen dienstübergreifenden Schulungen zum „Umgang mit gewaltbereitem Publikum“ im ersten Halbjahr 2013 fortgesetzt .

Zur Umsetzung des am 25.07.2012 in Kraft getretenen Gesetzes zur Förderung der Mediation und anderer Verfahren der außergerichtlichen Konfliktbeilegung wurden im ersten Halbjahr 2013 19 Richter/innen in zwei Modulen zu Güterichterinnen und Güterichtern ausgebildet.

Auf den Service-Seiten des Senators für Justiz und Verfassung unter [www.justiz.bremen.de](http://www.justiz.bremen.de) wird über das aktuelle Fortbildungsangebot informiert.

## Systematische Führungskräfteentwicklung und Stärkung der Managementkompetenz bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften

### Sachstand/Analyse/Bewertung

Zur systematischen und vorausschauenden Führungskräfteentwicklung wurde ein Konzept für den Bereich der Dienststellen- und Geschäftsleiter/innen erstellt. Basis-Schulungen konnten Anfang 2011 abgeschlossen werden, eine Aufbau-Schulung für Dienststellenleiter/innen fand im Mai 2013 statt. Für die Geschäftsleiter/innen befindet sich eine Aufbau-Schulung im Jahre 2014 in Planung.

Das Qualifizierungsprogramm für zukünftige Führungskräfte der Laufbahngruppe zwei, erstes Einstiegsamt (ehemals gehobener Dienst) einschließlich der Hospitationen in unterschiedlichen Bereichen, darunter auch in anderen Dienststellen, wurde erneut ausgeschrieben und wird im Herbst 2013 beginnen. Derzeit läuft das Auswahlverfahren für die Besetzung der Teilnehmerplätze.

Eine vermehrte Delegation von Führungs- und Personalverantwortung in Gerichten und Staatsanwaltschaften wird angestrebt, mit der insbesondere stellvertretende Behördenleiter, Vizepräsidenten, aufsichtführende Richter und Abteilungsleiter angesprochen werden sollen. Erste Maßnahmen zur erweiterten Delegation von Verantwortlichkeiten auf aufsichtführende Richter sind bereits beim Amtsgericht Bremen umgesetzt worden, diese haben sich gut bewährt.

## Betriebliches Gesundheitsmanagement

### Sachstand/Analyse/Bewertung

In allen Dienststellen sind die notwendigen Strukturen und Verantwortlichkeiten in Form von Dienststellenspezifischen Arbeitsgruppen unter Beteiligung der Fachdienste für Arbeitsschutz eingerichtet. Auch tagt bis heute eine ressortweite Steuerungsgruppe mit dem Ziel, alle Dienststellen bei der Umsetzung der DV und der nachhaltigen Integration von BGM zu unterstützen, dienststellenübergreifende Maßnahmen zu koordinieren und das Gesundheitsmanagement qualitätsgesichert weiterzuentwickeln.

Führungskräfte sind im BGM besonders gefordert, wenn es darum geht, Motivation, Betriebsklima und Anwesenheitsquote zu verbessern. Sie sollen z.B. Kränkungen vermeiden, Stress reduzieren und Ressourcen aufbauen – angesichts der wachsenden Belastungsdichte keine leichte Aufgabe. Um die Führungskräfte bei diesen Anforderungen zu unterstützen und damit zu ihrer Entlastung und zur Gesundheitsförderung beizutragen, sollen u.a. Seminare „Gesunde Führung“ durchgeführt werden. In 2013 haben bereits alle Behördenleitungen an einem solchen mehrtägigen Seminar teilgenommen. Weitere Fortbildungen für die mittleren Führungsebenen in der Justiz sind geplant.

## B. Leistungskennzahlen

Kennzahlen	Berichtszeitraum				2013
	IST	Planwert	IST-Planwert-Abweichung*		Planwert
			abs.	%	
<b>Landgericht Bremen:</b>					
Zivil- u. K.f.H.sachen (Erledig.) [ST]	1.447,000	1.580,000	-133,000	-8,4%	3.160,000
Richter in Zivil- u. K.f.H.sachen [VK]	22,550	20,500	2,050	10,0%	20,500
Strafsachen (Erledigungen) [ST]	172,000	215,000	-43,000	-20,0%	430,000
Richter in Strafsachen [VK]	21,233	25,500	-4,267	-16,7%	25,500
<b>Amtsgerichte:</b>					
Zivil- u. Familiensachen (Erledig.) [ST]	9.164,000	9.275,000	-111,000	-1,2%	18.550,000
Richter in Zivil- u. Familiensachen [VK]	31,117	31,900	-0,783	-2,5%	31,900
Straf- u. Bußgeldverf. (Erledig.) [ST]	7.158,000	7.545,000	-387,000	-5,1%	15.090,000
Richter in Straf- u. Bußgeldverf. [VK]	26,342	27,400	-1,058	-3,9%	27,400
<b>Staatsanwaltschaft Bremen:</b>					
Ermittlungsverf. - Js - (Erledig.) [ST]	28.791,000	28.000,000	791,000	2,8%	56.000,000
Staats-/ Amtsanwält/innen [VK]	56,557	58,000	-1,443	-2,5%	58,000
<b>Justizvollzugsanstalt Bremen:</b>					
Belegungs-/Auslastungsgrad [%]	83,09	84,67	-1,58	-	84,67

Analyse/Bewertung der Leistungskennzahlen auf Seite 2

<b>Produktplan:</b> <b>Justiz</b>	<b>11</b>	<b>Controlling 01-06/13</b> <b>05.08.2013</b>									
<b>Verantwortlich:</b>	<b>Senator Günthner</b>	<b>Version: 86</b>	<b>Seite 2</b>								
<p><b>3. Analyse/Bewertung</b></p> <p>3.1 Kamerale Finanzdaten</p> <p>3.1.1 Erlöse aus Vermögensveräußerungen ---</p> <p>3.1.2 Weitere Anmerkungen Die Einhaltung des Budgets ist nach den Ergebnissen des Berichtszeitraums gefährdet. Im Saldo von</p> <table border="0" data-bbox="39 414 845 526"> <tr> <td>- Mehreinnahmen:</td> <td>278 Tsd. EUR,</td> </tr> <tr> <td>- Personalminderausgaben:</td> <td>1.325 Tsd. EUR,</td> </tr> <tr> <td>- konsumtiven Mehrausgaben:</td> <td>2.873 Tsd. EUR,</td> </tr> <tr> <td>- investiven Minderausgaben:</td> <td>134 Tsd. EUR</td> </tr> </table> <p>errechnet sich eine Budgetüberschreitung von 1.136 Tsd. EUR.</p> <p>Von den Personalminderausgaben entfallen 575 Tsd. EUR auf Beihilfen und Nachversicherungen.</p> <p><b>Einhaltung des geplanten eckwertrelevanten Finanzierungssaldos:</b> Der eckwertrelevante Finanzierungssaldo wird nicht eingehalten. Der Soll-/Ist-Vergleich (ohne Verrechnungen/Erstattungen) ergibt in der Jahresprognose ebenfalls eine Überschreitung von 1.136 Tsd. EUR. Das der Berechnung zugrundeliegende voraussichtliche Haushalts-Soll basiert auf den HH-Anschlägen sowie auf</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Ausgaberesten aus dem Vorjahr von 243 Tsd. EUR,</li> <li>- produktplanübergreifenden Verlagerungen von 5 Tsd. EUR, saldiert, einschließlich Verlagerungen zum Titel 980 41,</li> <li>- nicht veranschlagten Einnahmeverfügungsmitteln von 344 Tsd. EUR und</li> <li>- zweckgebundenen Drittmitteln von 272 Tsd. EUR, davon veranschlagt 30 Tsd. EUR.</li> </ul> <p>Die Einnahmeverfügungsmittel korrespondieren mit Mehreinnahmen des Produktplans. Nach den für den Haushaltsvollzug aufgestellten Grundsätzen können sie - ebenso wie die zweckgebundenen Drittmittel - für Mehrausgaben verwendet werden. Für die Resteinanspruchnahme bedarf es nach den haushaltsvollzuglichen Grundsätzen eines Ausgleichs durch veranschlagte anderweitige Minderausgaben oder Mehreinnahmen. Der um die Restmittel bereinigte Finanzierungssaldo wird demgemäß um 1.379 Tsd. EUR überschritten (1.136 + 243 Tsd. EUR).</p> <p>Mit Rücksicht auf die gefährdete Einhaltung von Budget und Finanzierungssaldo hat der Senator für Justiz und Verfassung, nachdem sich die Prognosen für den Bereich der nichtsteuerbaren Verfahrenseinnahmen und -ausgaben der Gerichte und Staatsanwaltschaften verfestigt haben, umfassende Bewirtschaftungsmaßnahmen für den Produktplan Justiz angeordnet. Mit Rücksicht auf den hohen Anteil an gesetzlich und vertraglich verpflichteten Ausgaben wird ein Ausgleich der zu erwartenden Überschreitungen innerhalb des Produktplans Justiz voraussichtlich jedoch nicht gelingen, so dass ein Ausgleich über den Risikofonds erforderlich wird. Auf Risiken im Bereich der Auslagen in Rechtssachen - zu den Risiken siehe die Ausführungen zu den konsumtiven Ausgaben - hatte das Justizressort bereits im Rahmen der Haushaltsaufstellung hingewiesen. Sie sollten über den Risikofonds ausgeglichen werden, sofern ein ressortinterner Ausgleich, hier insbesondere über Mehreinnahmen nicht möglich ist.</p> <p>Die Finanzierung der aus der neuen Verwaltungsvereinbarung zur Fortsetzung der Vollzugsgemeinschaft mit Niedersachsen resultierenden Kosten ist gemäß Senatsbeschluss vom 27.11.2012 (Vorlage 647/18) durch geeignete Steuerungsmaßnahmen prioritär innerhalb des Produktplans 11 Justiz darzustellen. Sollte dies nicht möglich sein, ist vom Senat in Kenntnis der Controllingberichte 01-06/2013 über eine Finanzierung zu entscheiden.</p> <p>Für Erstattungen im Rahmen der Vollzugsgemeinschaft werden Mehrausgaben von 829 Tsd. EUR kalkuliert (vgl. die Ausführungen zu den konsumtiven Ausgaben), die - jedenfalls nach gegenwärtigem Stand - innerhalb des Produktplans Justiz abgedeckt werden können. Mit Blick auf die gegebenen Unsicherheiten, insbesondere im Bereich der nichtsteuerbaren Verfahrenseinnahmen, verbleiben aber Risiken.</p> <p>Zusätzliche, noch nicht zu beziffernde Risiken ergeben sich aus dem 2. Kostenrechtsmodernisierungsgesetz (2. KostRMoG) vom 23. Juli 2013, welches zum 1. August 2013 in Kraft treten wird. Das Ressort rechnet insoweit mit erheblichen Mehrausgaben, da sich im Zuge der Kostenrechtsänderungen die Honorare und Entschädigungen im Justizkostenrecht, z.B. für Sachverständige, Dolmetscher und Übersetzer, sowie auch die Rechtsanwaltsvergütungen, die im Rahmen der Prozesskostenhilfe den Justizhaushalt belasten, erhöhen. Im Gegenzug ist mit höheren Einnahmen aus der Anhebung von Gerichtsgebühren zu rechnen. Ein für den Haushalt neutrales Ergebnis oder gar Haushaltsverbesserungen sind nach den einschlägigen Berechnungen jedoch nur zu erwarten, wenn die Kostenrechtsänderungen im Bereich der Gerichtsgebühren tatsächlich die gewünschten Effekte erzielen und ein bestimmter Anteil der Auslagen in Rechtssachen auch von den Parteien wiedereingezogen werden kann. Beides ist auf Basis der hier verfügbaren Daten/Systeme nicht zu beurteilen. Die Realisierung bundesdurchschnittlicher Rücklaufquoten wird in Bremen mit einer vergleichsweise hohen Zahl von Hartz IV-Empfängern jedenfalls als risikobehaftet angesehen werden müssen. Die Kostenrechtsänderungen gelten für die ab 01.08.2013</p>				- Mehreinnahmen:	278 Tsd. EUR,	- Personalminderausgaben:	1.325 Tsd. EUR,	- konsumtiven Mehrausgaben:	2.873 Tsd. EUR,	- investiven Minderausgaben:	134 Tsd. EUR
- Mehreinnahmen:	278 Tsd. EUR,										
- Personalminderausgaben:	1.325 Tsd. EUR,										
- konsumtiven Mehrausgaben:	2.873 Tsd. EUR,										
- investiven Minderausgaben:	134 Tsd. EUR										

<b>Produktplan:</b> <b>Justiz</b>	<b>11</b>	<b>Controlling 01-06/13</b> <b>05.08.2013</b>	
<b>Verantwortlich:</b>	<b>Senator Günthner</b>	<b>Version: 86</b>	<b>Seite 3</b>
<p>neu anhängig werdenden Verfahren bzw. Beauftragungen. Sie haben keine Rückwirkung. Soweit für einen längeren Übergangszeitraum sowohl Kostenabrechnungen nach altem und neuem Recht anfallen, werden sich die Wirkungen des 2. KostRMOG erst sukzessive entfalten. Die Auswirkungen auf den Haushalt sind im zeitlichen Verlauf d.h., mit Blick auf den Haushaltsvollzug 2013 ebenfalls nicht einschätzbar.</p> <p><b>Einnahmen:</b> Die Einnahmen im Produktplan Justiz resultieren in der Hauptsache aus den Einnahmen der Gerichte und Staatsanwaltschaften aus Gerichtsgebühren und Geldstrafen. Die Einnahmen werden durch die Geschäftsentwicklung bestimmt und sind insoweit nicht steuerbar. Für den Bereich des Justizvollzugs sind die von den Arbeitsbetrieben der Justizvollzugsanstalt erwirtschafteten Einnahmen prägend.</p> <p>Das konsumtive Einnahme-Ist entspricht zum Ende des ersten Halbjahres nahezu exakt dem Planwert (Ist-Planwert-Abweichung: -5 Tsd. EUR bzw. 0,0 %) In den Jahresprognosen wird von Einnahmen in Höhe von rd. 37,7 Mio. EUR bzw. Mehreinnahmen von 278 Tsd. EUR ausgegangen. Die etwas bessere Jahresprognose berücksichtigt deutliche Einnahmeverbesserungen im Produktbereich der Staatsanwaltschaft im Monat Juli.</p> <p>Die Veränderungen im Vergleich zum Vorjahr - in 2012 waren Mehreinnahmen in Höhe von rd. 1,6 Mio. EUR erzielt worden - sind auf Anschlagsanhebungen (rd. 0,6 Mio. EUR) sowie auf Einnahmerückgänge (rd. 0,7 Mio. EUR) zurückzuführen.</p> <p>Von Einnahmerückgängen betroffen ist in der Hauptsache der Produktbereich der Ordentlichen Gerichtsbarkeit. Dort konnten im Vorjahr außerordentliche hohe Einnahmen in einzelnen, besonders gebührenträchtigen Verfahren erzielt werden. An solchen außerordentlichen Einnahmen fehlt es im laufenden Jahr.</p> <p><b>Konsumtive Ausgaben:</b> Die Ist-Planwert-Abweichungen des Berichtszeitraums betragen 1.316 Tsd. EUR bzw. 6,3 %. Die Jahresplanung geht von konsumtiven Ausgaben in Höhe von 45.274 Tsd. EUR und Mehrausgaben von 2.873 Tsd. EUR aus.</p> <p>Die Mehrausgaben resultieren im Wesentlichen aus:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Ausgabenüberschreitungen bei den Auslagen in Rechtssachen von rd. 1,8 Mio. EUR,</li> <li>- Mehrausgaben für die Vollzugsgemeinschaft mit Niedersachsen von rd. 0,8 Mio. EUR,</li> <li>- sonstigen Mehrausgaben von rd. 0,2 Mio. EUR, hier u.a. für die gesundheitliche Versorgung der Gefangenen und Energiekosten.</li> </ul> <p>Auf die Auslagen in Rechtssachen entfallen rd. 27,7 Mio. Euro bzw. 61 % der im Jahresergebnis ausgewiesenen Ist-Ausgaben. Bereits in 2012 waren bei den Auslagen in Rechtssachen Ausgabenüberschreitungen von rd. 1,4 Mio. EUR zu verzeichnen. Diese Entwicklung setzt sich in 2013 fort, wobei nach den Ergebnissen des Berichtszeitraums weitere Ausgabenzuwächse von rd. 0,2 Mio. EUR kalkuliert werden. In Verbindung mit den Anschlagsabsenkungen des Jahres 2013 von rd. 0,48 Mio. EUR errechnen sich Anschlagsüberschreitungen von rd. 2,0 Mio. EUR bzw. - unter Berücksichtigung der aus dem Vorjahr übertragenen Haushaltsreste von 221 Tsd. EUR - Überschreitungen der Sollvorgaben von rd. 1,8 Mio. EUR. Die Überschreitungen betreffen wie im Vorjahr vor allem die nach der Insolvenzrechtlichen Vergütungsordnung (InsVV) an Treuhänder zu leistenden Zahlungen in Verbraucherinsolvenzverfahren sowie die nach dem Vormünder- und Betreuervergütungsgesetz zu zahlenden Betreuervergütungen, die aufgrund fehlender Leistungsfähigkeit der Betreuten aus der Staatskasse zu tragen sind. Im Berichtszeitraum angestiegen sind außerdem die Ausgaben für Sachverständigenentschädigungen, im Produktbereich der Fachgerichtsbarkeit zum Teil auch die Ausgaben für Prozesskostenhilfe.</p> <p>Die Mehrausgaben, die sich aus der neuen Verwaltungsvereinbarung zur Fortsetzung der Vollzugsgemeinschaft mit Niedersachsen ergeben, belaufen sich nach dem derzeitigen Stand auf 829 Tsd. EUR. Insgesamt werden in 2013 für Kostenerstattungen an Niedersachsen im Rahmen der Vollzugsgemeinschaft Ausgaben in Höhe von rd. 1,95 Mio. EUR aufzuwenden sein. Dabei bleiben die Ausgaben hinter früheren Kalkulationen zurück, da zurzeit noch eine größere Zahl von niedersächsischen Gefangenen in der JVA Bremen untergebracht ist und daher den an Niedersachsen zu leistenden Kostenerstattungen eigene Erstattungsansprüche gegenzurechnen sind.</p> <p>Darüber hinaus muss - wie im Vorjahr - mit Mehrausgaben bei der gesundheitlichen Versorgung der Gefangenen gerechnet werden, die durch stationäre Krankenhausbehandlungen verursacht werden. Weitere Ausgabenüberschreitungen sind vor allem bei den Stromkosten zu verzeichnen und stehen im Übrigen im Zusammenhang mit den Anschlagsabsenkungen des lfd. Jahres.</p> <p><b>Investive Ausgaben:</b> Der Haushalts- und Finanzausschuss hat mit Beschluss vom 24. April 2009 darum gebeten, im Rahmen des Controllings zum Produktgruppenhaushalt regelmäßig über den Liquiditätsabfluss im Zusammenhang mit der Sanierung der Justizvollzugsanstalt zu berichten:</p>			

<b>Produktplan:</b> 11 <b>Justiz</b>	<b>Controlling 01-06/13</b> <b>05.08.2013</b>	
<b>Verantwortlich:</b> Senator Günthner	<b>Version: 86</b>	<b>Seite 4</b>
<p>Die veranschlagten Sanierungsmittel in Höhe von 5,02 Mio. EUR sind entsprechend den Planungen in 2013 an das Sondervermögen Immobilien und Technik abgeflossen.</p> <p>Bei den übrigen Investitionen wird von Minderausgaben in Höhe von 134 Tsd. EUR ausgegangen. Die Minderausgaben sind auf die Bewirtschaftungsmaßnahmen zurückzuführen. Zum Jahresende können u.U. weitere freie Restbeträge verbleiben.</p> <p><b>3.2 Personaldaten</b>  Die Überschreitung konnte gegenüber dem Vormonat um 4,3 VZÄ auf 8,8 VZÄ reduziert werden. Die Korrektur der Sollwerte um + 4,5 VZÄ steht noch aus. Das Ressort wird die restriktive Personalbewirtschaftung im Rahmen der beschlossenen Bewirtschaftungsmaßnahmen fortsetzen, um die noch bestehende Überschreitung bis zum Ende des Jahres abzubauen.</p> <p>Die im weiteren Jahresverlauf zu erwartenden Einnahmeverfügungs- und Drittmittel wurden sollerrhöhend im vorauss. Haushalts-Soll berücksichtigt. Das voraussichtliche Personalausgaben-Ist wurde in den Bereichen der Refinanzierten und der Nebentitel sowie im Kernbereich nach den Erkenntnissen der Produktgruppen angepasst mit einer Absenkung von per Saldo 31 Tsd. EUR.</p> <p><b>3.3 Leistungskennzahlen</b>  Erledigungsleistung und Ressourceneinsatz entsprechen weitgehend den Vorgaben. Ist-Planwert-Abweichungen des Berichtszeitraums bewegen sich überwiegend im tolerablen Rahmen.</p> <p>Bei den Amtsgerichten korrespondieren geringere Erledigungszahlen in den meisten Bereichen mit entsprechend geringeren Eingangszahlen. Beim Personaleinsatz wurde entsprechend nachgesteuert.</p> <p>Bei den Zivilkammern des Landgerichts bleiben die Erledigungszahlen (- 8,4 %) trotz eines erhöhten Personaleinsatzes (2,05 VK bzw. 10,0 %) im Berichtszeitraum hinter den Planungen zurück. Die Gründe werden nach dem Bericht des Landgerichts in dem unerwartet hohen Eingang von Berufungen und dem weiterhin hohen Bestand an Altverfahren gesehen.</p> <p>Bei den Strafkammern des Landgerichts sind weniger Verfahren - hauptsächlich Berufungsverfahren - erledigt worden als geplant (- 20,0 %), da auch der Personaleinsatz im Berichtszeitraum reduziert war (- 4,27 VK bzw. - 16,7 %).</p> <p>Aus dem Belegungs-/Auslastungsgrad der Justizvollzugsanstalt errechnet sich eine Durchschnittsbelegung von 602 Insassen pro Tag. Die Belegung bleibt im Bereich des geschlossenen Vollzuges hinter den Planungen zurück (24 Insassen weniger), während die Planungen in den Bereichen des offenen Vollzuges (+ 11 Insassen) und der Untersuchungshaft (+ 2 Insassen) überschritten werden.</p>		

Controlling Produktgruppenhaushalt	<b>01 – 06 / 2013</b>
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 21, 01.08.2013

PRODUKTPLAN 12 Sport	Kurzeinschätzung zur Zielerreichung	
	Nicht erreicht	erreicht
Finanzen	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Personal:	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
Leistungen:	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
<b>Kommentar:</b>		
<p><b><u>Finanzdaten</u></b></p> <p><b>Budgeteinhaltung</b> Das Ressort prognostiziert nach rechnerischem Ausgleich durch Minderausgaben eine Budgetüberschreitung in Höhe von rd. 0,150 Mio. €. Diese resultiert aus nicht ausgleichbaren konsumtiven Mindereinnahmen.</p> <p>In der Jahresplanung ist die Unterdeckung der Bremer Bädergesellschaft (geplant Wirtschaftsplan -591 T€; derzeit prognostiziert -771 T€) nicht enthalten. Diesbezüglich wird auf das Beteiligungscontrolling verwiesen. Seitens des Senators für Inneres und Sport werden keine konkreten Finanzierungslösungen aufgezeigt.</p> <p><b>Einhaltung des Finanzierungssaldos</b> Der produktplanbezogene zulässige Finanzierungssaldo wird zum Jahresende unter Berücksichtigung produktplanübergreifender Verlagerungen um 0,658 Mio. € überschritten. Diese Überschreitung ist auf eine geplante Reste/Rücklagen-Inanspruchnahme von rd. 0,510 Mio. € sowie auf voraussichtlich nicht ausgleichbare Mindereinnahmen von rd. 0,150 Mio. € zurückzuführen.</p> <p>Vom Ressort wird derzeit keine Möglichkeit gesehen das Defizit innerhalb des Produktplans auszugleichen.</p> <p><b><u>Personaldaten</u></b> Die Personalausgaben werden eingehalten.</p> <p><b><u>Leistungsdaten</u></b> Die Leistungskennzahlen werden im Wesentlichen eingehalten. Nur bei der Besucherzahl Bremer Bäder konnte der Planwert nicht erreicht werden. Lt. Ressort ist dies u. a. durch Kälte bedingte verspätete Öffnung der Freibäder zurückzuführen.</p>		
<b>Maßnahmen-/Steuerungsvorschlag:</b>		
Das Ressort sollte aufgefordert werden, Lösungsmöglichkeiten für das gesamte Senatorenbudgets zu erarbeiten. Auf die Ausführungen zum Produktplan 07, Inneres, wird verwiesen.		

**ANLAGE: Produktplan-Bericht**

<b>Produktplan: Sport</b>	<b>12</b>	<b>Controlling 01-06/13 05.08.2013</b>	
<b>Verantwortlich:</b>	<b>Senator Mäurer</b>	<b>Version: 86</b>	<b>Seite 1</b>
<b>Einhaltung Finanzdaten:</b>	<b>Einhaltung Personaldaten:</b>	<b>Einhaltung Leistungsziele in den zugehörigen Produktbereichen:</b>	
			

## 1. Ressourceneinsatz

Kamerale Finanzdaten	Januar - Juni 2013				Jahresplanung 2013				
	Ist	Planwert	Ist-Planwert-Abweichung	HH-Soll	vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag	
	Tsd. EUR			%		Tsd. EUR			
konsumtive Einnahmen	100	202	-102	-50,3	410	409	229	-180	406
investive Einnahmen	9	0	9	0,0	9	9	9	0	0
relevante Verrech./Erstatt.	3	0	3	0,0	3	3	3	0	0
<b>Gesamteinnahmen</b>	<b>112</b>	<b>202</b>	<b>-90</b>	<b>-44,3</b>	<b>422</b>	<b>421</b>	<b>241</b>	<b>-180</b>	<b>406</b>
Personalausgaben	507	527	-20	-3,8	1.095	1.095	1.063	-32	1.077
konsumtive Ausgaben	5.926	5.352	574	10,7	10.717	10.716	10.716	0	10.703
Zinsausgaben	0	16	-16	-100,0	32	32	32	0	32
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
investive Ausgaben	696	1.281	-585	-45,6	2.177	3.073	3.073	0	2.561
relevante Verrech./Erstatt.	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
<b>Gesamtausgaben</b>	<b>7.130</b>	<b>7.176</b>	<b>-46</b>	<b>-0,6</b>	<b>14.021</b>	<b>14.916</b>	<b>14.884</b>	<b>-32</b>	<b>14.373</b>
<b>Saldo</b>	<b>-7.018</b>	<b>-6.974</b>	<b>-44</b>	<b>0,6</b>	<b>-13.599</b>	<b>-14.495</b>	<b>-14.643</b>	<b>-148</b>	<b>-13.967</b>

Verpflichtungs- ermächtigungen	Abdeckung im Jahr					Budgetrück- lagenbestand	Stand des Verlustvorr.
	2013	2014	2015	2016	2017ff		
	Tsd. EUR					Tsd. EUR	
- konsumtiv	0	393	393	393	7.952	0	898
- investiv	0	79	82	83	390		
- Zins-/Tilgungsausgaben	0	29	26	24	64		

Personaldaten	Juni 2013			kumuliert Januar - Juni 2013			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
	Tsd. EUR								
Kernbereich	87	85	2	504	513	-9	1.052	1.072	-20
Personalverstärkung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ausbildung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
<b>Zwischensumme</b>	<b>87</b>	<b>85</b>	<b>2</b>	<b>504</b>	<b>513</b>	<b>-9</b>	<b>1.052</b>	<b>1.072</b>	<b>-20</b>
Refinanzierte	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Nebentitel	1	1	0	3	14	-11	11	23	-12
<b>Insgesamt</b>	<b>88</b>	<b>86</b>	<b>2</b>	<b>507</b>	<b>527</b>	<b>-20</b>	<b>1.063</b>	<b>1.095</b>	<b>-32</b>
- dar.: Beihilfe/Nachvers	1	1	0	3	13	-10	10	21	-11
	Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)								
Kernbereich	21,0	22,6	-1,6	21,0	22,8	-1,8	21,0	22,6	-1,6
Personalverstärkung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Ausbildung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
<b>Zusammen</b>	<b>21,0</b>	<b>22,6</b>	<b>-1,6</b>	<b>21,0</b>	<b>22,8</b>	<b>-1,8</b>	<b>21,0</b>	<b>22,6</b>	<b>-1,6</b>
Refinanzierte	0,0	-	-	0,0	-	-	0,0	-	-
Abwesende	0,0	-	-	0,0	-	-	0,0	-	-

Personalstruktur	Jun 2013	2013	2012
	Ist	Planwert	Ist
Bezugsgröße: Kopffzahl der Beschäftigten	%		
Verwaltungspersonalquote	0,0	4,8	0,0
Beschäftigte bis 35 Jahre	9,1	22,5	8,7
Beschäftigte über 55 Jahre	45,5	17,5	47,8
Frauenquote	36,4	50,0	34,8
Teilzeitquote	13,6	35,0	13,0
Schwerbehindertenquote	22,7	6,0	21,7

<b>Produktplan:</b> 12	<b>Controlling 01-06/2013</b>
<b>Sport</b>	29.07.2013
Verantwortlich: <b>Senator Mäurer</b>	Seite 1a

## 2. Strategische Leistungsziele/-kennzahlen

### A. (nicht durch Kennzahlen abgebildete) strategische Leistungsziele

#### Sachstand/Analyse/Bewertung

Sport ist ein wichtiger Bestandteil unserer Gesellschaft in der Stadt Bremen. Der Sport in Bremen fördert als ein wichtiges Element im Leben insbesondere das gesellschaftliche Engagement und das demokratische Verhalten der Bürgerinnen und Bürger, deren Gesundheit und Bildung, die soziale Integration besonders von Kindern und Jugendlichen und nicht zuletzt auch das Ansehen von Bremen.

Eine wichtige Aufgabe der Stadt im Sportbereich ist die Sportförderung. Dazu gehört die Unterstützung des Breitensports in der gesamten Stadt ebenso wie die Sicherstellung eines bedarfsgerechten Sportstättenangebots im Interesse der bremischen Bevölkerung. Hauptzielsetzung der städtischen Sportförderung ist es, allen Bremerinnen und Bremern die Ausübung vielfältiger Sportarten auf Dauer zu ermöglichen und für die sportlichen Bedürfnisse der Bevölkerung, der Vereine und Verbände Sorge zu tragen.

Zentrales Steuerungsinstrument der allgemeinen Sportförderung bildet die Vergabe von Zuschüssen an die Bremer Sportvereine. Im Bereich der Sportinfrastruktur gibt es weiterhin große Herausforderungen. Ein Schwerpunkt ist die energetische und nachhaltige Sanierung und Modernisierung öffentlicher Sportstätten.

Die Sportverwaltung hat zum Ziel, den Sport in Bremen unter Berücksichtigung und Ausschöpfung möglicher Effizienzoptimierung sowie die Nachhaltigkeit durch Investitionszuwendungen für Sanierungen und Attraktivitätssteigerungen über Zuwendungen zur Erfüllung des gemeinnützigen - in der Landesverfassung geregelten - Auftrages zu stärken und auszubauen.

#### Ergebnisse und Wirkungen

Rund 25 % aller Bremer Bürgerinnen und Bürger gehören in 330 Sportvereinen dem organisierten Sport an. Damit ihnen dafür entsprechende Anlagen zur Verfügung stehen, investiert die Stadt Bremen intensiv in die Modernisierung und Instandhaltung bestehende Sportanlagen.

Die Wirkungen kommunaler Sportförderung sind eng verbunden mit der Frage, mit welchen Zielen kommunale Sportförderung vorgenommen wird. Der Sport in Bremen hat die Zielstellung, die Aktivitäten der Sporttreibenden der Stadtgemeinde zu unterstützen. Dieses erfolgt insbesondere auch mit den themenbezogenen Zielkategorien wie z. B. Stärkung präventiver Jugendarbeit- und der Gesundheitsförderung. Die Unterstützung der Sportvereine hinsichtlich der eigenverantwortlichen Wahrnehmung ihrer Aufgaben ist dabei ebenfalls eines der Kernziele der Sportförderung. Wir unterstützen die Vereine, die einen Beitrag zur modernen und energetischen Sportstättenentwicklung und -anlagenstruktur leisten.

Zurzeit übernehmen 13 Vereine in Eigenregie die Pflege und Unterhaltung der Sportanlagen. Bremen verfügt derzeit über insgesamt 42 Kunstrasenfelder. Davon sind 23 kommunal, 11 verpachtet, 3 vereinseigen sowie 5 Freizeit-/Minispielfelder sind an Schulen errichtet.

Das soziale Kapital, das der Sport in seinen Übungsleitern, Trainer, Helfern, Betreuern und Mitarbeitern hat, ist unersetzbar. Die Ausgaben je Übungs- und Organisationsleiter belaufen sich in dem Berichtszeitraum auf 880 Tsd. Euro und bleiben somit auf dem Niveau der Vorjahre.

#### Erreichen des Kostendeckungsgrades:

Der Kostendeckungsgrad wird zum Abschlussbericht 2013 dargestellt und entsprechend kommentiert.

Die Sicherung des Schwimmangebotes wurde durch eine kontinuierliche Sanierung und Instandhaltung der Bäderbetriebe ermöglicht.

**B. Leistungskennzahlen**

Kennzahlen	Berichtszeitraum			
	IST	Planwert	IST-Planwert-Abweichung*	
			abs.	%
Beschreibung [Einheit]				
Geförderte Übungs- u. Organisationsleiter (Pers.)	2.500	1.250	1.250,00	100,0
Ausgaben je Übungs- u. Organisationsleiter (EUR)	352	220	132,00	60,0
Besucherzahl Bremer Bäder (Pers)	785.000	902.500	-117.500,00	-13,02%
lfd. Zuschuss je Besucher der Bremer Bäder (EUR)	2,33	0,84	1,49	177,38

\* bei Einheit "%" in Prozentpunkten

Analyse/Bewertung der Leistungskennzahlen auf Seite 2

**Ergebnisse und Wirkungen:**

Die Kosten des organisierten Sports sowohl für die Unterhaltung der laufenden Kosten als auch für die Sanierung werden für die Sporttreibenden der Stadtgemeinde mit einem Betrag in Höhe von insgesamt 7,56 Euro/je Einwohner gefördert.

<b>Produktplan: Sport</b>	<b>12</b>	<b>Controlling 01-06/13 05.08.2013</b>	
<b>Verantwortlich:</b>	<b>Senator Mäurer</b>	<b>Version: 86</b>	<b>Seite 2</b>
<b>3. Analyse/Bewertung</b>			
3.1 Kamerale Finanzdaten			
3.1.1 Einnahmen			
Konsumtive Einnahmen			
<p>Im Berichtszeitraum 01 - 06/13 sind insgesamt 100Tsd. Euro vereinnahmt worden. Davon wurden 4 Tsd. Euro als Einnahmeverfügungsmittel verbucht.</p> <p>Die Einnahmen werden im Wesentlichen aus der Benutzung der Sportanlagen sowie aus der Verpachtung von Werbeflächen erzielt. Trotz der 5 %igen Anhebung der Nutzungsentgelte zum 01.01.2013 konnten bislang lediglich 17 % der veranschlagten Einnahmen aus Nutzungsentgelten für Sportanlagen erzielt werden. Die Einnahmen aus der Verpachtung von Werbeflächen bleiben das dritte Jahr in Folge gänzlich aus. Zum Jahresende werden Mindereinnahmen i.H.v. 180 Tsd. Euro erwartet. Ein Ausgleich der Mindereinnahmen kann voraussichtlich nur teilweise durch Minderausgaben erreicht werden.</p>			
Investive Einnahmen			
<p>Investiv wurden 9 Tsd. Euro vereinnahmt. Dabei handelt es sich um Mittel im Rahmen des Projektes "Platz Da!" für die Restarbeiten am Sportpark Horn-Lehe.</p>			
Relevante Verrechnungen / Erstattungen			
<p>3 Tsd. Euro wurden als Verrechnungen vereinnahmt. Die Mittel werden im Rahmen des Projektes "Platz Da!" für die Restarbeiten am Sportpark Horn-Lehe eingesetzt.</p>			
3.1.2 Ausgaben			
Konsumtive Ausgaben			
<p>Die Überschreitung des periodischen Planwertes liegt bei 10,7 %. Die Überschreitung begründet sich wie folgt:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Auszahlung der ersten beiden Zuschussraten für die Übungs- und Organisationsleiter i.H.v. 880 Tsd. Euro.</li> <li>- Auszahlung weiterer Mittelabrufe für die Sportförderung.</li> <li>- Auszahlung der ersten beiden Rate für die Sportplatzpflege i.H.V 300 Tsd. Euro.</li> <li>- Auszahlung der ersten beiden Raten für die Pflege der Badeseen i.H.v. 55 Tsd. Euro.</li> <li>- Zahlungen der Echtmiete sowie der Echtpacht für die Perioden 01 bis 06/2013.</li> </ul> <p>Die Überschreitung des periodischen Planwertes wird sich unterjährig ausgleichen.</p>			
Investive Ausgaben			
<p>Die verausgabten Mittel i.H.v. 696 Tsd. Euro liegen derzeit deutlich unter dem erwartenden Planwert. Die Ausgaben für die Sanierung und Baumaßnahmen werden überwiegend in der zweiten Jahreshälfte fließen. Es sind Sanierungsprojekte in voller Höhe des Anschlages geplant.</p>			
3.1.3 Erlöse aus Vermögensveräußerungen			
-Keine-			
3.1.4 Personalausgaben			
Die Personalausgaben verlaufen derzeit plangerecht.			
3.2 Finanzierungssaldo			
<p>Es ist ein Finanzierungssaldo i.H.v. 13.967 Tsd. Euro veranschlagt. Durch Produktplanverlagerungen i.H.v. 18 Tsd. Euro erhöht sich der zulässige Finanzierungssaldo auf 13.985 Tsd. Euro. Die Überschreitung i.H.v. 658 Tsd. Euro resultiert aus der Inanspruchnahme von Resten i.H.v. 500 Tsd. Euro (PGR 12.01.02) sowie der erwarteten Mindereinnahmen i.H.v. 158 Tsd. Euro.</p>			
3.3 Verlustvortrag			
<p>Zum jetzigen Zeitpunkt sehen wir keine Möglichkeit, den Verlustvortrag i.H.v. 898 Tsd. Euro auszugleichen.</p>			

<b>Produktplan: Sport</b>	<b>12</b>	<b>Controlling 01-06/13 05.08.2013</b>	
<b>Verantwortlich:</b>	<b>Senator Mäurer</b>	<b>Version: 86</b>	<b>Seite 3</b>
<p>3.4 Weitere Anmerkungen</p> <p>Zu PGR 12.01.01 (Allgemeine Sportangelegenheiten)</p> <p>Die Fachdeputation für Inneres und Sport hat am 3. April 2013 über die erste Vergaberunde der Sportförderanträge entschieden. In dem Berichtszeitraum sind 21,2 % der Sportfördermittel ausgezahlt worden. Die restlichen Mittel fließen im Laufe der ersten Jahreshälfte sowie nach der zweiten Vergaberunde.</p> <p>Zu PGR 12.01.02 (Bremer Bäder)</p> <p>Der in der AR-Sitzung am 30.11.2012 beschlossene Wirtschaftsplan weist ein Defizit i.H.v. -591 Tsd. Euro aus. Der MR für das erste Halbjahr 2013 weist in der Prognose für das Gesamtjahr nun ein Defizit i.H.v. -771 Tsd. Euro aus. Die Gesellschaft nennt als Ursachen die zu Jahresbeginn vorgenommenen Änderungen im Tarifsysteem, die sich in einem Besucher- und Umsatzrückgang, insbesondere im ersten Halbjahr, widerspiegeln. Auch wird ein grundsätzlicher Besucherrückgang seit dem letzten Jahr aufgrund geringerer Wasserflächen (Aufgabe von Kursbädern) und dem Sanierungsstau in einigen Bädern beobachtet. Aufgrund der Kälte in den Monaten April und Mai öffneten die Freibäder erst im Juni. Das hat zwar zu Einsparungen bei den Personalkosten, aber auch zu Umsatzeinbußen geführt.</p> <p>3.5 Leistungsdaten</p> <p>PGR 12.01.01 (Allgemeine Sportangelegenheiten)</p> <p>Konsumtive und investive Ausgaben je Einwohner (ohne Bäder):</p> <p>Die konsumtiven Ausgaben je Einwohner liegen bei 6,88 und sind mit 2,84 Euro unter dem Jahresplanwert. Die investiven Ausgaben je Einwohner liegen zurzeit bei 0,68 Euro und sind somit mit 2,31 Euro deutlich unter dem Jahresplanwert. Die Ursache hierfür liegt darin, dass die Mittel konsumtiv sowie investiv überwiegend in der zweiten Jahreshälfte fließen werden.</p> <p>Ausgaben für Übungs- und Organisationsleiter:</p> <p>In dem Berichtszeitraum 01 - 06/2013 sind 880 Tsd. Euro als Zuschuss für die Übungs- und Organisationsleiter geflossen. Damit wurden insgesamt 2.500 Übungs- und Organisationsleiter mit je 352 Euro gefördert.</p> <p>Anzahl der Kunstrasenplätze:</p> <p>Die Jahresplanzahl der Kunstrasenplätze beträgt 23. Diese wurde bereits 2013 mit 1 Kunstrasenplatz übertroffen. Es ist beabsichtigt einen Kunstrasenplatz in Obervieland, als Kompensation für die Aufgabe eines Rasenplatzes an der Hans-Hackmann-Straße, zu bauen. Die Fertigstellung ist jedoch vom Verkauf des Grundstückes abhängig. Zukünftig soll der Fokus verstärkt auf die Sanierung von gedeckten Sportanlagen gelegt werden.</p> <p>Pflege und Unterhaltung durch die Vereine:</p> <p>Zurzeit übernehmen 13 Vereine in Eigenregie die Pflege und Unterhaltung der Sportanlagen.</p> <p>PGR 12.01.02 (Bremer Bäder)</p> <p>Lfd. Zuschuss an die Bremer Bäder GmbH:</p> <p>Der lfd. Zuschuss an die Bädergesellschaft erfolgt auf Abruf. Die Planabweichung liegt darin begründet, dass bei der Festlegung der Planwerte die Eckwertanhebung noch nicht bekannt war und daher nicht berücksichtigt werden konnte.</p> <p>Besucherzahl:</p> <p>Im Berichtszeitraum wurden 785.000 Besucher/-innen in den Bremer Bädern (ohne Paradise) gezählt.</p> <p>Lfd. Zuschuss je Besucher:</p> <p>Der lfd. Zuschuss je Besucher beträgt für den Berichtszeitraum 2,33 Euro.</p> <p>Kostendeckungsgrad:</p> <p>Der Kostendeckungsgrad wird zum Abschlussbericht 2013 dargestellt und entsprechend kommentiert.</p> <p>Bäderkosten gesamt:</p>			

<b>Produktplan:</b> <b>Sport</b>	<b>12</b>	<b>Controlling 01-06/13</b> <b>05.08.2013</b>	
<b>Verantwortlich:</b>	<b>Senator Mäurer</b>	<b>Version: 86</b>	<b>Seite 4</b>
Die Bäderkosten gesamt betragen für den Berichtszeitraum 6.283.000 Euro.			

Controlling Produktgruppenhaushalt	<b>01 – 06 / 2013</b>
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 21, 01.08.2013

<b>PRODUKTPLAN 21</b> <b>Bildung</b>	<b>Kurzeinschätzung zur Zielerreichung</b>	
	<b>Nicht erreicht</b>	<b>erreicht</b>
<b>Finanzen</b>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
<b>Personal:</b>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
<b>Leistungen:</b>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

**Kommentar:****Finanzdaten**

Das Budget wird rechnerisch um 1,5 Mio. € überschritten, dies setzt sich aus Mehrausgaben Personal (1,92 Mio. €), konsumtive Mehrausgaben (0,2 Mio. €), Mindereinnahmen (0,9 Mio. €) und investive Minderausgaben (1,5 Mio. €) zusammen. Die Personalmehrausgaben werden noch nachbewilligt (s. Kommentar Personal), die konsumtive Mehrausgaben und Mindereinnahmen werden lt. Ressort im Bildungsbudget aufgefangen.

Tatsächlich beträgt das nicht ausgewiesene Budgetrisiko aber 2,8 Mio. €, die sich aus Mehrausgaben aus Zuschüssen für Privatschulen (2,0 Mio. €) sowie 0,8 Mio. € für die Betreuung schwerstmehrfach behinderter Schülerinnen und Schüler ergeben. Diese Mehrausgaben können laut Ressort nicht im Budget aufgefangen werden und wurden zum Risikofonds angemeldet.

Finanzierungssaldo: Auch hier ergibt sich eine Überschreitung um 3,75 Mio. €, die sich aus Inanspruchnahme von Resten ergibt, die nicht finanziert sind. Laut Ressort handelt es sich hierbei um die sogenannten „Schulbudgets“, die den Schulen zur Verfügung stehen. Erfahrungsgemäß werden aber zum Jahresende wiederum Reste in etwa gleicher Höhe entstehen.

**Personaldaten**

Im Produktplan 21 -Bildung- werden zurzeit Mehrausgaben in Höhe von rd. 1,92 Mio. € erwartet. In diesem Betrag sind u. a. die Restfluktuation, die geplanten Lehrerneueinstellungen und noch zu zahlende Altersteilzeitrückstellungen berücksichtigt. Ferner wurde die Umsetzung der Vorgaben aus der Senatsvorlage vom 30.04.2013 in die Berechnungen mit einbezogen.

Für eine Kompensation der Mehrausgaben durch den TVL Tarifabschluss und der Anpassung der Beamtenversorgung werden 1,92 Mio. € nachbewilligt. Für den Produktplan wird zum Jahresende ein voraussichtlich ausgeglichenes Ergebnis vorweisen.

In der Produktgruppe 21.90.01 -Senatorische Angelegenheiten- werden zum Jahresende Mehrausgaben in Höhe von rd. 1,4 Mio. € erwartet. Diese resultieren aus einer voraussichtlichen Überschreitung der jahresdurchschnittlichen Beschäftigungszielzahlen in Höhe von rd. 32 VZE.

Durch den produktplaninternen Ausgleich besteht die Gefahr, dass Mittel die für die Unterrichtsversorgung vorgesehen sind zur Deckung in der senatorischen Verwaltung herangezogen werden.

Controlling Produktgruppenhaushalt	<b>01 – 06 / 2013</b>
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 21, 01.08.2013

Für den Produktplan insgesamt besteht zurzeit kein Risiko bei den Personalausgaben.

### **Leistungsdaten**

Zum Halbjahrescontrolling wird vom Ressort kein gesonderter Produktplanbericht vorgelegt, da die vollständig aktualisierten Daten wie in den Vorjahren erst nach Beginn des Schuljahres vorliegen.

Bezüglich der Sachausgaben pro Schüler ist darauf hinzuweisen, dass zwischen Bremen und Bremerhaven kein Vergleich möglich ist, da die darin enthaltenen Energiekosten in Bremerhaven über Seestadt Immobilien abgewickelt und hier nicht erfasst werden.

Im Produktbereich 21.05, Schülerbezogene Förderungen, zeigen sich sehr unterschiedliche Daten. Die Assistenzstunden liegen um 10 % bzw. 18 % (im Bereich W+E) über den Planwerten, hier werden laut Ressortangaben voraussichtlich Neueinstellungen zum Schuljahresbeginn 2013/2014 notwendig sein. Genaue Angaben sollen zum September-Controlling vorgelegt werden.

Die Abweichungen im Bereich Bildung und Teilhabe beruhen hauptsächlich darauf, dass Halbjahres-Ist-Werte den Jahresplanungen gegenüber gestellt wurden. Auch hier wird das September-Controlling abzuwarten sein.

### **Maßnahmen-/Steuerungsvorschlag:**

Die prognostizierten Mehrausgaben für Zuschüsse an Privatschulen und Ausgaben für die Betreuung schwerstmehrfach behinderter Schülerinnen und Schüler sind zum September-Controlling mit Mengengerüsten nachzuweisen. Über die Inanspruchnahme des Risikofonds entscheidet der Senat.

<b>Produktplan: Bildung</b>	<b>21</b>	<b>Controlling 01-06/13 05.08.2013</b>	
<b>Verantwortlich:</b>	<b>Sen. Quante-Brandt</b>	<b>Version: 86</b>	<b>Seite 1</b>
<b>Einhaltung Finanzdaten:</b>	<b>Einhaltung Personaldaten:</b>	<b>Einhaltung Leistungsziele in den zugehörigen Produktbereichen:</b>	
			

## 1. Ressourceneinsatz

Kamerale Finanzdaten	Januar - Juni 2013				Jahresplanung 2013				
	Ist	Planwert	Ist-Planwert-Abweichung	HH-Soll	vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag	
	Tsd. EUR		%		Tsd. EUR				
konsumtive Einnahmen	8.189	8.435	-246	-2,9	16.848	17.413	16.492	-921	16.293
investive Einnahmen	3	0	3	0,0	0	3	3	0	0
relevante Verrech./Erstatt.	4.284	4.284	-0	-0,0	4.284	8.567	8.567	0	8.567
<b>Gesamteinnahmen</b>	<b>12.476</b>	<b>12.719</b>	<b>-243</b>	<b>-1,9</b>	<b>21.131</b>	<b>25.983</b>	<b>25.062</b>	<b>-921</b>	<b>24.859</b>
Personalausgaben	138.545	145.134	-6.589	-4,5	292.184	291.841	293.762	1.921	291.945
konsumtive Ausgaben	128.171	126.556	1.615	1,3	251.566	258.118	258.312	194	253.315
Zinsausgaben	109	110	-1	-0,5	949	949	949	0	949
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
investive Ausgaben	4.292	5.335	-1.043	-19,6	29.421	26.626	25.136	-1.490	28.001
relevante Verrech./Erstatt.	6	8	-2	-21,1	15	15	15	0	15
<b>Gesamtausgaben</b>	<b>271.124</b>	<b>277.143</b>	<b>-6.019</b>	<b>-2,2</b>	<b>574.133</b>	<b>577.549</b>	<b>578.174</b>	<b>625</b>	<b>574.225</b>
<b>Saldo</b>	<b>-258.648</b>	<b>-264.424</b>	<b>5.776</b>	<b>-2,2</b>	<b>-553.002</b>	<b>-551.566</b>	<b>-553.112</b>	<b>-1.546</b>	<b>-549.365</b>

Verpflichtungsermächtigungen	Abdeckung im Jahr					Budgetrücklagenbestand	Stand des Verlustvorr.
	2013	2014	2015	2016	2017ff		
	Tsd. EUR					Tsd. EUR	
- konsumtiv	0	0	0	0	0	20	0
- investiv	3.582	4.545	4.852	4.288	14.839		
- Zins-/Tilgungsausgaben	929	837	742	645	1.965		

Personaldaten	Juni 2013			kumuliert Januar - Juni 2013			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
	Tsd. EUR								
Kernbereich	21.379	22.156	-777	127.592	133.065	-5.473	257.933	269.126	-11.193
Personalverstärkung	139	390	-251	3.397	2.341	1.056	6.649	4.722	1.927
Ausbildung	634	564	70	3.304	3.382	-78	6.847	6.764	83
<b>Zwischensumme</b>	<b>22.152</b>	<b>23.110</b>	<b>-958</b>	<b>134.293</b>	<b>138.788</b>	<b>-4.495</b>	<b>271.429</b>	<b>280.612</b>	<b>-9.183</b>
Refinanzierte	83	91	-8	475	547	-72	1.036	1.145	-109
Nebentitel	741	902	-161	3.777	5.799	-2.022	8.904	10.427	-1.523
<b>Insgesamt</b>	<b>22.976</b>	<b>24.103</b>	<b>-1.127</b>	<b>138.545</b>	<b>145.134</b>	<b>-6.589</b>	<b>281.369</b>	<b>292.184</b>	<b>-10.815</b>
- dar.: Beihilfe/Nachvers	725	802	-77	3.571	5.253	-1.682	8.108	9.330	-1.222
	Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)								
Kernbereich	4.847,9	4.910,6	-62,7	4.872,1	4.912,2	-40,1	4.860,0	4.910,2	-50,2
Personalverstärkung	136,3	122,5	13,8	142,7	128,7	14,0	139,5	109,2	30,3
Ausbildung	458,0	450,0	8,0	436,5	450,0	-13,5	447,3	450,0	-2,7
<b>Zusammen</b>	<b>5.442,2</b>	<b>5.483,1</b>	<b>-40,9</b>	<b>5.451,3</b>	<b>5.490,9</b>	<b>-39,6</b>	<b>5.446,8</b>	<b>5.469,4</b>	<b>-22,6</b>
Refinanzierte	20,8	-	-	19,8	-	-	20,3	-	-
Abwesende	295,0	-	-	285,8	-	-	290,4	-	-

Personalstruktur	Jun 2013	2013	2012
	Ist	Planwert	Ist
Bezugsgröße: Kopffzahl der Beschäftigten	%		
Verwaltungspersonalquote	0,0	4,8	0,0
Beschäftigte bis 35 Jahre	15,1	22,5	14,7
Beschäftigte über 55 Jahre	33,7	17,5	34,8
Frauenquote	68,0	50,0	67,7
Teilzeitquote	45,3	35,0	45,6
Schwerbehindertenquote	3,1	6,0	3,2

<b>Produktplan: Bildung</b>	<b>21</b>	<b>Controlling 01-06/13 05.08.2013</b>	
<b>Verantwortlich:</b>	<b>Sen. Quante-Brandt</b>	<b>Version: 86</b>	<b>Seite 2</b>
<b>3. Analyse/Bewertung</b>			
3.1 Kamerale Finanzdaten			
<p>Insgesamt wurde die Prognose über das vorauss. IST und Soll auf der Grundlage des jetzigen Kenntnisstandes (Juni) entwickelt.</p> <p>Bei der Berechnung des vorauss. IST und des vorauss. Soll wurden berücksichtigt:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Verlagerung zwischen Personalbudget und dem Sachhaushalt (Geld statt Stellen), wie auch Verlagerungen zur Absicherung des Unterrichtsbetriebs</li> <li>- Mehreinnahmen zur Abwicklung von Drittmittelprojekten</li> <li>- Restebildungen im Rahmen der konsumtiven und investiven Mittel der Schulbudgets und durch Drittmittelprojekte</li> <li>- Nachbewilligung wegen der Tariferhöhung</li> </ul> <p>Bei den konsumtiven Ausgaben besteht eine Reihe von Risiken:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Finanzierung der Folgen der Tariferhöhung bei den Zuwendungen, in denen Personal über Sachmittel finanziert wird.</li> <li>- für die Tariferhöhungen für das Personal im konsumtiven Haushalten (Ganztagsschule, Verlässliche Grundschule, Schulassistent/Betreuung behinderter Schüler/innen etc.)</li> <li>- Mehrbedarfe bei den Energiekosten der Schulen</li> <li>- Mindereinnahmen</li> <li>- Mehrkosten bei der Betreuung von schwerstmehrfachbehinderten Schüler/innen (rd. 0,8 Mio. Euro)</li> <li>- Bei den Zuschüssen nach Privatschulgesetz für Schulen in Freier Trägerschaft werden Mehrausgaben von 2 Mio. Euro prognostiziert.</li> </ul> <p>Die Mehrbedarfe für die Betreuung der Schwerstmehrfachbehinderten Schülerinnen und Schüler und auch für die Zuschüsse an Privatschulen waren bereits in 2012 im Risikofonds angemeldet. Diese Mehrausgaben wurden nur im voraussichtlichen Ist berücksichtigt. Die dargestellten Risiken/Mehrbedarfe werden für den nächsten Controllingtermin mit Mengengerüsten unterlegt.</p> <p>Außerdem sind im Ist schon die Ausgaben für Entwässerungsgebühr von 0,627 Mio. Euro berücksichtigt, im Soll aber nicht.</p> <p>Im vorauss. Soll sind auch die Reste/Rücklagen (3,7 Mio. Euro investiv und konsumtiv) insbesondere die der Schulbudgets enthalten, die nicht zur Deckung allgemeiner Haushaltsprobleme herangezogen werden sollen. Außerdem müssen rd. 1 Mio. Euro vorgehalten werden, um die Mindereinnahmen zu decken. Die Mehrbedarfe (Differenz zwischen vorauss. Soll und IST) werden durch diese Reste rein rechnerisch verringert - so bildet sich das oben dargestellte Defizit von rd. 2,8 Mio. Euro nicht ab.</p> <p>Vorauss.HH-Soll    Vorauss.HH-Ist  Gesamtausgaben 577.549 578.174  Entwässerungsgebühr 627  Zusch. Privatschulen 2.000  Betreuung SMS 800  Tarifumsetzung 1.921  582.897 578.174 4.723  Reste 3.700  Mindereinn. 1.000</p>			
3.2 Personaldaten			
<p>Das jetzige Controlling berücksichtigt im vorauss. Soll wie im vorauss. Ist die Verlagerungen zu den sonstigen konsumtiven Ausgaben für die Fortsetzung des Programms "Geld statt Stellen", wie auch die Abwicklung von Drittmittelprojekten.</p> <p>Die Koalitionsbeschlüsse zur Sicherstellung des Unterrichtsbetriebs sind inzwischen durch Beschlüsse der Haushalts- und Finanzausschüsse haushaltsmäßig abgesichert worden. Durch die Maßnahmen zur finanziellen Absicherung der Unterrichtsversorgung (Senatsbeschlüsse) ist das Personalbudget auskömmlich.</p> <p>Die Nachbewilligung zur Finanzierung der Tariferhöhung (1,92 Mio. Euro) ist bisher nicht umgesetzt, daher sind die Mittel nur im IST und nicht im voraussichtlichen Soll abgebildet.</p>			

Controlling Produktgruppenhaushalt	<b>01 – 06 / 2013</b>
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 21, 01.08.2013

PRODUKTPLAN 22 Kultur	Kurzeinschätzung zur Zielerreichung	
	Nicht erreicht	erreicht
Finanzen	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Personal:	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Leistungen:	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

**Kommentar:****Finanzdaten**

Das Ressort stellt im aktuellen Controllingbericht eine Budgetüberschreitung in Höhe von 1,1 Mio. € mit der Prognose dar, dass diese zum Jahresende innerhalb des Produktplans ausgeglichen sein wird.

a) Erwartete Mindereinnahmen (rd. 0,200 Mio. €) aus „Rückzahlungen von Zuwendungsempfänger“ sollen nach Planung des Ressorts am Jahresende durch entsprechende Minderausgaben innerhalb des Produktplans kompensiert werden. Eine Konkretisierung wird das Ressort mit dem Bericht für das III. Quartal vornehmen.

b) Dadurch, dass die für die Sanierung des Deutschen Schifffahrtsmuseums gesperrten Mittel auch voraussichtlich in 2013 nicht abfließen werden, werden Mindereinnahmen (Anteil Bremerhaven) in Höhe von 0,733 Mio. € entstehen, denen am Jahresende entsprechende Minderausgaben gegenüberstehen.

Der Finanzierungssaldo wird zum Jahresende unter Berücksichtigung von produktplanübergreifenden Verlagerungen um rd. 1,600 Mio. € unterschritten. Diese Unterschreitung resultiert aus den nicht planmäßig abfließenden Mitteln für die Sanierung des Deutschen Schifffahrtsmuseums.

**Personaldaten**

Bei den Personalausgaben im Kernbereich und bei der Ausbildung werden unter Berücksichtigung der vollständigen Abschöpfung der Fluktuation, der noch zu zahlenden Altersteilzeitrückstellungen und einer noch zu erfolgenden Nachbewilligung zur Kompensation der Mehrausgaben durch den TVL Tarifabschluss und der Anpassung der Beamtenversorgung Mehrausgaben in Höhe von rd. 54 Tsd. € erwartet.

Die Mehrausgaben beim refinanzierten Personal sollten sich im Laufe des Jahres durch Einnahmeverfügungsmittel ausgleichen.

Als Grund für die Mehrausgaben im Kernbereich und bei der Ausbildung ist die Überschreitung der Zielzahlen um 2 VZE zu nennen.

**Leistungsdaten**

Im Produktbereich der kommunalen Kulturarbeit konnte der Planwert bei den Besuchen von Kultur- und Veranstaltungszentren nicht erreicht werden.

Im Bereich Theater und Musik hat sich der Planwert der Theater- und Orchesterbesuche positiv entwickelt bzw. überschritten.

Das Focke-Museum und das Übersee-Museum konnten ihre Besucherzahlen nicht erreichen. Lt. Ressortangaben ist aber davon auszugehen, dass durch neue bzw.

Controlling Produktgruppenhaushalt	<b>01 – 06 / 2013</b>
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 21, 01.08.2013

veränderte Sonder- und Dauerausstellungen die Besucherzahlen im 2. Halbjahr steigen werden.

Im Bereich kulturelle Bildung konnten bei der Stadtbibliothek der Planwert der Besuche nicht erreicht werden. Nach Angaben des Kulturressort ist allerdings ein deutlicher Anstieg bei der Anzahl der virtuellen Homepagebesuche zu verzeichnen.

#### **Maßnahmen-/Steuerungsvorschlag:**

Der Senator für Kultur sollte aufgefordert werden, zum Bericht für das III. Quartal 2013 darzustellen, wie am Jahresende die fehlenden Einnahmen (0,200 Mio. €) im Rahmen des Budgets gedeckt werden sollen. Zudem sollte das Ressort gebeten werden, durch eine restriktive Personalpolitik und durch einen produktplaninternen Ausgleich für ein ausgeglichenes Ergebnis bei den Personalausgaben zu sorgen.

#### **ANLAGE: Produktplan-Bericht**

<b>Produktplan: Kultur</b>	<b>22</b>	<b>Controlling 01-06/13 05.08.2013</b>	
<b>Verantwortlich:</b>	<b>Senator Böhrnsen</b>	<b>Version: 86</b>	<b>Seite 1</b>
<b>Einhaltung Finanzdaten:</b>	<b>Einhaltung Personaldaten:</b>	<b>Einhaltung Leistungsziele in den zugehörigen Produktbereichen:</b>	
			

## 1. Ressourceneinsatz

Kamerale Finanzdaten	Januar - Juni 2013				Jahresplanung 2013				
	Ist	Planwert	Ist-Planwert-Abweichung	HH-Soll	vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag	
	Tsd. EUR			%		Tsd. EUR			
konsumtive Einnahmen	474	110	364	331,0	855	1.100	718	-382	870
investive Einnahmen	25	0	25	0,0	758	758	25	-733	733
relevante Verrech./Erstatt.	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
<b>Gesamteinnahmen</b>	<b>499</b>	<b>110</b>	<b>389</b>	<b>353,7</b>	<b>1.613</b>	<b>1.858</b>	<b>743</b>	<b>-1.115</b>	<b>1.603</b>
Personalausgaben	2.154	2.029	125	6,2	4.141	4.293	4.526	233	4.291
konsumtive Ausgaben	39.902	38.303	1.599	4,2	72.331	72.410	72.259	-151	70.843
Zinsausgaben	0	0	0	0,0	30	30	30	0	30
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
investive Ausgaben	1.994	2.049	-55	-2,7	4.644	4.644	4.584	-60	9.179
relevante Verrech./Erstatt.	0	1	-1	-55,0	1	1	1	0	1
<b>Gesamtausgaben</b>	<b>44.050</b>	<b>42.382</b>	<b>1.668</b>	<b>3,9</b>	<b>81.147</b>	<b>81.378</b>	<b>81.400</b>	<b>22</b>	<b>84.344</b>
<b>Saldo</b>	<b>-43.551</b>	<b>-42.272</b>	<b>-1.279</b>	<b>3,0</b>	<b>-79.535</b>	<b>-79.520</b>	<b>-80.657</b>	<b>-1.137</b>	<b>-82.741</b>

Verpflichtungs- ermächtigungen	Abdeckung im Jahr					Budgetrück- lagenbestand	Stand des Verlustvorr.
	2013	2014	2015	2016	2017ff		
	Tsd. EUR					Tsd. EUR	
- konsumtiv	0	26.406	26.311	26.311	14.907	0	0
- investiv	0	2.289	2.338	1.147	732		
- Zins-/Tilgungsausgaben	0	26	22	18	29		

Personaldaten	Juni 2013			kumuliert Januar - Juni 2013			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
	Tsd. EUR								
Kernbereich	314	320	-6	1.966	1.932	34	4.002	3.965	37
Personalverstärkung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ausbildung	1	0	1	6	0	6	12	0	12
<b>Zwischensumme</b>	<b>315</b>	<b>320</b>	<b>-5</b>	<b>1.972</b>	<b>1.932</b>	<b>40</b>	<b>4.014</b>	<b>3.965</b>	<b>49</b>
Refinanzierte	21	7	14	132	43	89	264	87	177
Nebentitel	13	6	7	50	54	-4	78	89	-11
<b>Insgesamt</b>	<b>349</b>	<b>333</b>	<b>16</b>	<b>2.154</b>	<b>2.029</b>	<b>125</b>	<b>4.356</b>	<b>4.141</b>	<b>215</b>
- dar.: Beihilfe/Nachvers	4	6	-2	33	53	-20	60	86	-26
	Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)								
Kernbereich	67,0	67,4	-0,4	69,5	67,7	1,8	68,3	67,3	1,0
Personalverstärkung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Ausbildung	1,0	0,0	1,0	1,0	0,0	1,0	1,0	0,0	1,0
<b>Zusammen</b>	<b>68,0</b>	<b>67,4</b>	<b>0,6</b>	<b>70,5</b>	<b>67,7</b>	<b>2,8</b>	<b>69,3</b>	<b>67,3</b>	<b>2,0</b>
Refinanzierte	3,9	-	-	3,9	-	-	3,9	-	-
Abwesende	3,0	-	-	2,5	-	-	2,8	-	-

Personalstruktur	Jun 2013	2013	2012
	Ist	Planwert	Ist
Bezugsgröße: Kopffzahl der Beschäftigten	%		
Verwaltungspersonalquote	0,0	4,8	0,0
Beschäftigte bis 35 Jahre	8,3	22,5	7,2
Beschäftigte über 55 Jahre	39,3	17,5	36,1
Frauenquote	56,0	50,0	55,4
Teilzeitquote	26,2	35,0	25,3
Schwerbehindertenquote	5,8	6,0	5,8

<b>Produktplan:</b> 22 <b>Kultur</b>	<b>Controlling 01-06/2013</b> 01.08.2013
Verantwortlich: <b>Senator Böhrnsen</b>	Seite 1a

## 2. Strategische Leistungsziele/-kennzahlen

### A. (nicht durch Kennzahlen abgebildete) strategische Leistungsziele

#### **Bremen als Kulturstadt**

##### **Sachstand/Analyse/Bewertung**

Es ist das Ziel des Ressorts, Bremen nach innen wie nach außen als Kulturstadt zu profilieren. Zu diesem Zweck soll ein für eine Großstadt wie Bremen angemessenes Kulturangebot bereitgestellt und dieses möglichst vielen Menschen, unabhängig von ihrer sozialen Lage, zugänglich gemacht werden. Mit dieser Strategie wird ein attraktives Kulturangebot gewährleistet, das von den Bürger und Bürgerinnen genutzt beziehungsweise als wesentliches Merkmal einer Stadtgesellschaft begriffen wird und das zudem Bremen als touristische Destination stärkt. Zu nennen sind in diesem Kontext die sehr gut nachgefragten Aktivitäten der Orchester, der Kunsthalle, der Kunstsammlungen Böttcherstraße oder des Focke-Museums. Die guten Rezensionen der Produktionen am Theater Bremen schlagen sich derzeit noch nicht in den Besucherzahlen wieder.

Um sowohl Aktivitäten mit überregionaler Strahlkraft als auch impulsgebende Projekte für die Menschen vor Ort zu ermöglichen, ist es erforderlich, die Arbeitsfähigkeit der Kultureinrichtungen verlässlich zu sichern.

Zu nennen sind in diesem Kontext sowohl vertragliche Vereinbarungen (z.B. Theater Bremen, Deutsche Kammerphilharmonie), die den Akteuren Planungssicherheit geben, als auch die Herrichtung einer entsprechenden Infrastruktur (derzeit laufende Baumaßnahme am Bürgerhaus Vegesack, die Sanierung des Deutschen Schiffahrtsmuseums ist in Vorbereitung). Es bleibt vordringliche Aufgabe, ein positives Klima für Kultur, auch im Sinne des Standorts, zu schaffen.

#### **Kooperationen und Netzwerke**

##### **Sachstand/Analyse/Bewertung**

Neben der Gewährung von Verlässlichkeit ist es ein Kernanliegen des Ressorts, Freiräume für künstlerische Innovationen zu ermöglichen. Die **Projektförderung** hat hierfür eine besondere Bedeutung. Gemäß der von der Kulturdeputation getroffenen Festlegung wurden in zwei Tranchen besonders künstlerische Produktivität, Netzwerkarbeit und Stadtkultur gefördert. Die Bildung eines entsprechenden Unterausschusses der Deputation unter Beordnung externer Beraterinnen und Berater aus der Kreativwirtschaft, der Hochschule für Künste und vom Kulturrat hat sich bewährt. Von den Projektmitteln profitiert besonders die Freie Szene, deren Netzwerkbildung vom Ressort zudem mit der Förderung des Vereins „Musikszene Bremen“ oder der Spedition 21 unterstützt wird.

Als erfolgreich haben sich die **Spartengespräche** und die Kulturrunden herausgestellt, in denen gemeinsam mit Kulturakteuren sowohl über kulturpolitische Alltagsfragen als auch über langfristige Perspektiven erörtert werden. Ziel ist es, eine breite kulturpolitische Grundlage für Richtungsentscheidungen zu erarbeiten. Die dort entwickelten Arbeitsansätze werden konstant auf ihre Umsetzbarkeit überprüft.

Darüber hinaus bleibt es ein Kernanliegen des Ressorts, möglichst vielen Menschen unabhängig von ihrer finanziellen Situation den **Zugang zu Kunst und Kultur** zu ermöglichen. Wichtiges Instrument ist in diesem Zusammenhang ist das 2011 entwickelte Kulturticket. Weitere beispielhaft zu nennende Aktivitäten, um Zugangsbarrieren abzubauen, sind die ab Herbst 2012 erprobten Sonntagsöffnungen der Stadtbibliothek oder die Kooperation von Volkshochschule und Martinsclub im Sinne der Inklusion.

Impulse für die weitere Pflege des Plattdeutschen werden vom neuen, beim Bürgerschaftspräsidenten angesiedelten Beirat erwartet.

#### **Kulturelle Bildung**

##### **Sachstand/Analyse/Bewertung**

Die kulturpädagogische Arbeit der großen Klangkörper, der Museen, Theater und der Träger kultureller Bildung sowie der Einrichtungen der Stadtkultur ist in der Summe vorbildlich. Besonders zu nennen sind die Aktivitäten von Kultur vor Ort oder Quartier, die oft in Kooperation mit zentralen Kulturträgern Projekte realisieren und so Hemmschwellen abbauen. In diesen Zusammenhang fügt sich auch das neu gegründete Stadtteilorchester Oslebshausen ein.

Als herausragendes Projekt ist auf die kontinuierliche Arbeit des „Zukunftslabors“ der Deutschen Kammerphilharmonie an der Gesamtschule Ost hinzuweisen, die erneut bundesweit ausgezeichnet wurde.

Ein Ausbau der Aktivitäten auf dem Gebiet der kulturellen Bildung ist 2013 an der Schule am Leibnizplatz zu erwarten, wenn die Bremer Shakespeare Company nach der mittlerweile erfolgten Sanierung ihre Arbeit am Standort wieder aufnimmt. Hier ist unter dem Titel „Theater-Schule-Campus“ eine intensive Zusammenarbeit zwischen Schule und Theater geplant.

**B. Leistungskennzahlen**

Kennzahlen	Berichtszeitraum				2013
	Ist	Planwert	Ist-Planwert- Abweichung		Planwert
			Absol.	%	
Besuche Bürgerhäuser	<b>372.021</b>	347.800	24.221	6,96	695.600
Besuche Kultur- u. Veranstaltungszentren	<b>164.942</b>	211.705	-46.763	-22,09	423.410
Besuche Theater	<b>109.528</b>	108.548	980	0,90	197.097
Besuche Orchester	<b>52.904</b>	48.500	4.404	9,08	96.000
Besuche stadt- und kulturhistorische Museen	<b>73.500</b>	103.148	-29.648	-28,74	206.300
Besuche Deutsches Schiffahrtsmuseum	<b>38.707</b>	36.000	2.707	7,52	50.000
Besuche kunst- und kunstgeschichtliche Einrichtungen	<b>143.534</b>	117.500	26.034	22,16	238.000
Besuche Stadtbibliothek	<b>547.855</b>	587.000	-39.145	-6,67	1.180.000
Besuche Volkshochschule	<b>27.189</b>	29.000	-1.811	-6,24	57.500
Schülerbelegung Musikschule	<b>2.587</b>	2.450	137	5,59	2.450

**3. Analyse / Bewertung****Hervorgehoben werden folgende Punkte:****Besuche Bürgerhäuser:**

Innerhalb der Produktgruppe kommt es bei einzelnen Bürgerhäusern zu geringfügigen Abweichungen von den Planwerten. Insgesamt liegen die Besuchszahlen der Bürgerhäuser jedoch über dem Planwert.

**Besuche Kultur- u. Veranstaltungszentren:**

Da bei der Planaufstellung nur Besuche von bereits bewilligten Projekten veranschlagt werden dürfen, weichen die Ist-Zahlen besonders bei den projektorientierten Veranstaltungszentren generell von der Planung ab.

Die Veranstaltungszentren der Stadtkultur liegen bei Besuchen unter Plan.

Das Kultur Büro Bremen Nord konnte die optimistische Planung aufgrund der Verschiebung der Wiedereröffnung nach der Umbauphase nicht erfüllen. Die Besuchszahlen bewegen sich jedoch im Bereich des Vorjahreswertes.

Im Lagerhaus gibt es unterjährige Verschiebungen durch Open-Air-Veranstaltungen in der zweiten Jahreshälfte. Bis zum Jahresende erwartet die Kultureinrichtung eine Planerreicherung.

**Besuche Theater:**

Mit der künstlerischen Ausrichtung der neuen Intendanz ist ein deutlicher Wandel der Publika erfolgt. Nachdem in den ersten Monaten des Geschäftsjahres 2012/2013 die Besuchszahlen hinter den Erwartungen zurück blieben, haben die hervorragenden Rezensionen und die überregionale Wahrnehmung der aktuellen Produktionen sowie dispositionelle Anpassungen dazu geführt, dass sich die Besuchszahlen von Januar bis Juni 2013 verbessert haben und der Planwert erreicht wurde.

Aufgrund des Umbaus des Theaters am Leibnitzplatz musste die Bremer Shakespeare Company bis zum Beginn des Jahres auf andere Spielstätten mit einem deutlich geringeren Platzangebot ausweichen. Mit einem erweiterten Veranstaltungsangebot erreichte die Shakespeare Company dennoch positive Einspielergebnisse.

Nach der Neueröffnung des Theaters am Leibnitzplatz im März 2013 wurden die geplanten Besuchszahlen im zweiten Quartal überschritten und in den Monaten April bis Juni wieder der Stand vor dem Umbau erreicht.

#### **Besuche Orchester:**

Bei den Klangkörpern liegen die Besucherzahlen über Plan – verbunden mit insgesamt positiven wirtschaftlichen Daten (Eigenfinanzierungsquote, Zuschuss je Besuch). Die Planzahl für Gastspiele im Controlling-Bericht spiegelt den Stand von vor zwei Jahren. Der Plan jedoch, der der Zuwendung zugrunde liegt, entspricht hier genau den Ist-Zahlen.

#### **Besuche stadt- und kulturhistorische Museen:**

Das Focke-Museum und das Übersee-Museum haben die geplanten Besucherzahlen nicht erreicht. Dies liegt unter anderem daran, dass die Sonderausstellung „Graben für Germanien. Archäologie unterm Hakenkreuz“ des Focke-Museums und die Sonderausstellung „Abenteurer, Entdecker, Forscher“ des Übersee-Museum weniger Besucher angezogen haben als geplant.

Ab Oktober wird das Focke-Museum die Sonderausstellung „Unterwegs fürs Seelenheil?! Pilgerreisen gestern und heute“ zeigen. Das Übersee-Museum wird im Oktober 2013 die neue Dauerausstellung „Afrika“ eröffnen. Es wird davon ausgegangen, dass die Besucherzahlen im 2. Halbjahr 2013 steigen werden.

#### **Besuche Deutsches Schifffahrtsmuseum:**

Das Deutsche Schifffahrtsmuseum hat die geplanten Besucherzahlen erreicht. Durch die Sonderausstellung „Frank Rödel. Terra Incognita – Bilder einer Polarsterneexpedition“ konnten die geplanten Besucherzahlen trotz anstehender Modernisierung erzielt werden.

#### **Besuche kunst- und kunstgeschichtliche Einrichtungen:**

Die Leistungsdaten liegen deutlich über den Planzahlen.

Hervorzuheben ist dabei die Kunsthalle, die durch die Sonderausstellung „Wols: Die Retrospektive“ ihre Besucherzahlen erheblich steigern konnte. Aber auch bei der Gerhard-Marcks- sowie bei der Wilhelm-Wagenfeld-Stiftung konnten durch die Sonderausstellungen „Eveline van Duyl – Denkinseln“ sowie „Vom Stand der Dinge“ ein Anstieg der Besucherzahlen erreicht werden.

#### **Besuche Stadtbibliothek:**

Bei der Stadtbibliothek zeigt die steigende Anzahl der Ausleihen ggü. der Planung, dass das Angebot in 2013 gut angenommen worden ist.

Generell ist der Trend zu beobachten, dass die Anzahl der physischen Besuche tendenziell leicht rückläufig ist, während gleichzeitig die Anzahl der virtuellen Homepagebesuche deutlich ansteigt und die Besuchszahl insgesamt zunimmt.

#### **Besuche Volkshochschule:**

Bei der Bremer Volkshochschule werden die Plandaten im Bereich der Belegungen und Veranstaltungen nicht erreicht werden können, da die Einschränkungen des Angebots in der Zweigstelle Nord aufgrund der anhaltenden Umbauarbeiten im Gustav-Heinemann-Bürgerhaus weiterhin die Erreichung der Leistungsziele erschweren.

#### **Schülerbelegungen Musikschule:**

Die Plandaten der Musikschule Bremen liegen innerhalb der Planung und erfüllen somit die Erwartungen. Die Musikschule konnte mit der Umsetzung neuer Kooperationsmodelle mit Schulen dem Trend sinkender Schülerzahlen entgegenwirken.

<b>Produktplan: Kultur</b>	<b>22</b>	<b>Controlling 01-06/13 05.08.2013</b>	
<b>Verantwortlich:</b>	<b>Senator Böhrnsen</b>	<b>Version: 86</b>	<b>Seite 2</b>
<b>3. Analyse/Bewertung</b>			
1. Abweichungen voraussichtliches HH-Soll- voraussichtliches Ist (Jahrsplanung 2013)			
Im Controllingbericht Juni 2013 werden die Aussagen des Controllingberichtes Mai 2013 bestätigt.			
Zwei wesentliche Aufgabenstellungen ergeben sich bis zum Jahresende für das Kulturressort: Im konsumtiven Bereich sind Einnahmen aus Rückforderungen von Zuwendungen zu erzielen. Unter Berücksichtigung der bereits eingeplanten konsumtiven und investiven Minderausgaben sind dies ca. 200 TEUR. Eine Konkretion hierzu erfolgt mit dem September Controlling 2013.			
Im Personalbereich wird der Bedarf mit 233 TEUR geschätzt. Auch hier ist noch eine Lösung im weiteren Jahresverlauf zu erarbeiten.			
Im Bereich der investiven Mittel ist darauf hinzuweisen, dass die für die Sanierung des Deutschen Schiffahrtsmuseum (DSM) derzeit gesperrten Mittel in Höhe von 5.914 TEUR auch in 2013 voraussichtlich nicht zur Auszahlung kommen werden.			
Zu den Abweichungen im einzelnen:			
a) Konsumtive Einnahmen (Abweichung -382 TEUR): Die Einnahmen aus Rückzahlungen von Zuwendungsempfängern werden dieses Jahr vorraussichtlich nicht erzielt (-350 TEUR) und begründen den Hauptteil der Abweichung. Eine Gegenfinanzierung kann durch geringere konsumtive und investive Ausgaben erfolgen. Der Rest von ca. 200 TEUR muss noch im Haushaltsvollzug 2013 erwirtschaftet werden.			
b) Investive Einnahmen (Abweichung -733 TEUR): Die im Zusammenhang mit der Sanierung des DSM stehenden investiven Einnahmen werden im Jahr 2013 nicht erzielt, da auch die investiven Ausgaben nicht in diesem Jahr anfallen. Im Rahmen der Jahresabschlussarbeiten wird die Rücklage für das DSM im gleichen Umfang nicht zusätzlich gebildet.			
c) Personalausgaben (Abweichung +233 TEUR) Die Personalausgaben können vorraussichtlich nicht eingehalten werden. Dabei sind bereits verminderte Personalausgaben durch verzögerte Wiederbesetzungen und weitere Maßnahmen im Volumen von ca. 110 TEUR einbezogen. Grund für die Mehrausgaben im Kernbereich ist die Überschreitung der Zielzahlen bei den zugeordneten kleinen Dienststellen : Landesamt für Denkmalpflege und Landesarchäologie Bremen.			
d) Konsumtive Ausgaben (-151 TEUR) Das Kulturressort geht von einer Unterschreitung der konsumtiven Ausgaben zur Gegenfinanzierung der o.g. Mindereinnahmen aus. Eine dritte Tranche an Projektmitteln kann nach derzeitigem Stand daher nicht vergeben werden.			
e) Investive Ausgaben (-60 TEUR) Ausgewiesen wird eine geringe Abweichung. Hinzuweisen ist, dass für die Sanierung des DSM derzeit Mittel in Höhe von 5.914 TEUR gesperrt sind, die voraussichtlich auch in 2013 nicht zur Auszahlung kommen werden. Ein Betrag von 733 TEUR wird in Rahmen der Jahresabschlussarbeiten zur Deckung der investiven Mindereinnahmen (siehe b) herangezogen.			
2. Einhaltung des Finanzierungssaldos (Anschlag - voraussichtliches Ist (Jahrsplanung 2013)) Für das Kulturressort ist ein Finanzierungssaldo von -82.741 TEUR veranschlagt. Insbesondere durch Verlagerung zusätzlicher Tarifmittel für Theater Bremen, Eigenbetriebe und Museumsstiftungen ö.R. erhöht sich der zulässige Finanzierungssaldo um 1.312 TEUR auf -84.053 TEUR. Reduziert wird der zulässige Finanzierungssaldo insbesondere durch die vereinbarungsgemäße Verlagerung von 733 TEUR an den SfWAH und die Reduzierung um 360 TEUR aufgrund des Bürgerschaftsbeschlusses zur Citytax. In Summe ergibt sich ein zulässiger Finanzierungssaldo von -82.956 TEUR. Derzeit prognostiziert das Kulturressort einen Finanzierungssaldo von -80.656 TEUR und damit eine Unterschreitung in Höhe von 2.300 TEUR. Die Unterschreitung soll vereinbarungsgemäß durch den SfBWG (733 TEUR) in Anspruch genommen werden. Der Rest wird einer Rücklage für das DSM zugeführt.			
3. Unterjährige Abweichung Januar - Juni 2013 (Ist-Planwert-Abweichung).			
a) Die konsumtiven Einnahmen liegen unterjährig über Plan, da zusätzliche durchlaufende Einnahmen beim Musikfest erzielt wurden.			
b) Zu den Begründungen der Abweichungen bei den Personalausgaben siehe oben. Vorraussichtliches HH-Soll (4.292 TEUR) und HH-Soll (4.141 TEUR) weichen derzeit ab, da noch Rechnungen für abgeordnetes Personal gestellt wird.			
c) Die konsumtiven Ausgaben liegen aufgrund von vorgezogenen Auszahlungszeitpunkten unterjährig über Plan. Dies wird sich bis zum Jahresende ausgleichen.			

<b>Produktplan:</b> <b>Kultur</b>	<b>22</b>	<b>Controlling 01-06/13</b> <b>05.08.2013</b>	
<b>Verantwortlich:</b>	<b>Senator Böhrnsen</b>	<b>Version: 86</b>	<b>Seite 3</b>
<p>d) Bei den investiven Ausgaben gab es keine Abweichungen.</p> <p>4. City-Tax Es ist eine Reduzierung des Haushaltssolls in Höhe von 360 TEUR durch Streichung von investiven Anschlägen erfolgt.</p> <p>5. Investive Minderausgabe Der Anteil des Kulturressorts an der globalen investiven Minderausgabe 2013 ist noch nicht abgebildet. Falls notwendig, wird er in der Produktgruppe 22.02.01 Theater erbracht.</p>			

Controlling Produktgruppenhaushalt	<b>01 – 06 / 2013</b>
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 21, 01.08.2013

<b>PRODUKTPLAN 24</b> <b>Hochschulen und Forschung</b>	<b>Kurzeinschätzung zur Zielerreichung</b>	
		Nicht erreicht erreicht
<b>Finanzen</b>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
<b>Personal:</b>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
<b>Leistungen:</b>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
<b>Kommentar:</b>		
<p><b><u>Finanzdaten</u></b>            Der PPL 24 wird trotz einer voraussichtlichen Überschreitung bei den Personalausgaben sein Budget insgesamt einhalten bzw. nach gegenwärtigem Stand sogar um rd. 4,4 Mio. € unterschreiten.            Der veranschlagte produktplanbezogene Finanzierungssaldo (-301.061 Tsd. €) wird nach dem voraussichtlichen Ist zum Jahresende 2013 um 10.148 Tsd. € überschritten.            Diese Überschreitung wird durch voraussichtliche Nachbewilligungen im Rahmen des EFRE-Programms (3.329 Tsd. €), durch die Inanspruchnahme nicht ausgegebener Anschlagsmittel im PPL 22 "Kultur" (733 Tsd. € für DSM-Sanierung) sowie durch bereits vollzogene Solländerungen (5.979 Tsd. €) nahezu vollständig kompensiert.            Hinsichtlich der sodann rechnerisch noch verbleibenden Überschreitung i.H.v. 107 Tsd. € bleibt der weitere Haushaltsvollzug 2013 zunächst abzuwarten. Fehlbeträge in dieser relativ geringen Größenordnung können bis zum Jahresende i.d.R. ausgeglichen werden. Entscheidend wird dabei sein, ob sich der Mittelabfluss bei den BAföG-Ausgaben im Rahmen der Prognosen hält.</p> <p><b><u>Personaldaten</u></b>            Bei den Personalausgaben im Kernbereich werden unter Berücksichtigung der vollständigen Abschöpfung der Fluktuation, der noch zu zahlenden Altersteilzeitrückstellungen und einer noch zu erfolgenden Nachbewilligung zur Kompensation der Mehrausgaben durch den TVL Tarifabschluss und der Anpassung der Beamtenversorgung Mehrausgaben in Höhe von rd. 260 Tsd. € erwartet.            Die Mehrausgaben beim refinanzierten Personal sollten sich im Laufe des Jahres durch Einnahmeverfügungsmittel ausgleichen.            Als Grund für die Mehrausgaben im Kernbereich ist die jahresdurchschnittliche Überschreitung der Zielzahlen um 3,4 VZE zu nennen.            Das Ressort wird das Defizit durch konsumtive Mittel decken können.</p> <p><b><u>Leistungsdaten</u></b>            Die Leistungsziele werden überwiegend eingehalten.</p>		
<b>Maßnahmen-/Steuerungsvorschlag:</b>		
Ein restriktives personalwirtschaftliches Handeln ist erforderlich.		

**ANLAGE: Produktplan-Bericht**

Produktplan: <b>24</b> Hochschulen und Forschung					Controlling 01-06/13 05.08.2013					
Verantwortlich: <b>Sen. Quante-Brandt</b>					Version: <b>86</b>		Seite <b>1</b>			
Einhaltung Finanzdaten:			Einhaltung Personaldaten:			Einhaltung Leistungsziele in den zugehörigen Produktbereichen:				
										
<b>1. Ressourceneinsatz</b>										
Kamerale Finanzdaten	Januar - Juni 2013					Jahresplanung 2013				
	Ist	Planwert	Ist-Planwert-Abweichung	HH-Soll		vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag	
	Tsd. EUR		%			Tsd. EUR				
konsumtive Einnahmen	24.024	12.893	11.131	86,3	28.939	48.890	49.602	712	26.384	
investive Einnahmen	6.603	6.562	41	0,6	12.958	13.494	13.494	0	13.360	
relevante Verrech./Erstatt.	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0	
<b>Gesamteinnahmen</b>	<b>30.627</b>	<b>19.455</b>	<b>11.172</b>	<b>57,4</b>	<b>41.897</b>	<b>62.384</b>	<b>63.096</b>	<b>712</b>	<b>39.744</b>	
Personalausgaben	1.256	1.100	156	14,2	2.200	2.401	2.528	127	2.217	
konsumtive Ausgaben	155.094	143.584	11.510	8,0	302.830	327.027	323.622	-3.405	294.045	
Zinsausgaben	1.374	1.375	-1	-0,1	1.781	1.782	1.782	0	1.781	
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0	
investive Ausgaben	14.672	15.117	-445	-2,9	45.596	46.827	46.373	-454	42.762	
relevante Verrech./Erstatt.	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0	
<b>Gesamtausgaben</b>	<b>172.396</b>	<b>161.176</b>	<b>11.220</b>	<b>7,0</b>	<b>352.407</b>	<b>378.037</b>	<b>374.305</b>	<b>-3.732</b>	<b>340.804</b>	
<b>Saldo</b>	<b>-141.769</b>	<b>-141.721</b>	<b>-48</b>	<b>0,0</b>	<b>-310.510</b>	<b>-315.653</b>	<b>-311.209</b>	<b>4.444</b>	<b>-301.061</b>	
<b>Verpflichtungsermächtigungen</b>	Abdeckung im Jahr					Budgetrücklagenbestand	Stand des Verlustvorr.			
	2013	2014	2015	2016	2017ff			Tsd. EUR		
	Tsd. EUR					Tsd. EUR				
- konsumtiv	1.966	5.207	5.186	4.359	8.249	611	0			
- investiv	10.547	7.722	5.704	4.054	26.666					
- Zins-/Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0					
<b>Personaldaten</b>	Juni 2013			kumuliert Januar - Juni 2013			voraussichtl. Jahresergebnis			
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	
Tsd. EUR										
Kernbereich	179	163	16	1.065	984	81	2.168	1.987	181	
Personalverstärkung	2	2	0	12	11	1	24	22	2	
Ausbildung	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
<b>Zwischensumme</b>	<b>181</b>	<b>165</b>	<b>16</b>	<b>1.077</b>	<b>995</b>	<b>82</b>	<b>2.192</b>	<b>2.009</b>	<b>183</b>	
Refinanzierte	20	10	10	159	61	98	283	128	155	
Nebentitel	6	3	3	20	44	-24	52	63	-11	
<b>Insgesamt</b>	<b>207</b>	<b>178</b>	<b>29</b>	<b>1.256</b>	<b>1.100</b>	<b>156</b>	<b>2.527</b>	<b>2.200</b>	<b>327</b>	
- dar.: Beihilfe/Nachvers	6	3	3	20	44	-24	52	63	-11	
Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)										
Kernbereich	35,6	32,0	3,6	35,1	32,2	2,9	35,4	32,0	3,4	
Personalverstärkung	0,5	0,5	0,0	0,5	0,5	0,0	0,5	0,5	0,0	
Ausbildung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	
<b>Zusammen</b>	<b>36,1</b>	<b>32,5</b>	<b>3,6</b>	<b>35,6</b>	<b>32,7</b>	<b>2,9</b>	<b>35,9</b>	<b>32,5</b>	<b>3,4</b>	
Refinanzierte	3,5	-	-	4,4	-	-	4,0	-	-	
Abwesende	2,0	-	-	2,7	-	-	2,3	-	-	
<b>Personalstruktur</b>	Jun 2013	2013	2012							
	Ist	Planwert	Ist							
	Bezugsgröße: Kopffzahl der Beschäftigten			%						
	Verwaltungspersonalquote	0,0	4,8	0,0						
	Beschäftigte bis 35 Jahre	4,3	22,5	4,2						
	Beschäftigte über 55 Jahre	48,9	17,5	52,1						
	Frauenquote	72,3	50,0	68,8						
Teilzeitquote	34,0	35,0	29,2							
Schwerbehindertenquote	3,6	6,0	3,8							

<b>Produktplan: 24</b> <b>Hochschulen und Forschung</b>	<b>Controlling 01-06/13</b> <b>05.08.2013</b>	
<b>Verantwortlich: Sen. Quante-Brandt</b>	<b>Version: 86</b>	<b>Seite 2</b>
<p><b>3. Analyse/Bewertung</b></p> <p>1. Kamerale Finanzdaten</p> <p>A) Planwertabweichungen  Aufgrund der Mehreinnahmen aus dem Hochschulpakt liegen die konsumtiven Einnahmen und korrespondierenden Ausgaben um ca. 11 Mio. Euro über dem Planwert.</p> <p>B) Budgeteinhaltung 2013  Der PPL 24 wird sein Budget einhalten bzw. nach gegenwärtigem Stand sogar um 4,4 Mio. Euro unterschreiten.</p> <p>C) Einhaltung des produktplanbezogenen Finanzierungssaldos 2013  Der produktplanbezogene Finanzierungssaldo beträgt im Anschlag -301.061 TEUR. Nach dem voraussichtlichem Ist wird mit einem Saldo von -311.209 TEUR, also einer Überschreitung von 10.148 TEUR zum Jahresende gerechnet.  Diese Überschreitung wird durch schon vollzogene Solländerungen i.H.v. 5.979 TEUR, voraussichtliche Nachbewilligungen im Rahmen des EFRE-Programms i.H.v. 3.329 TEUR sowie durch die Inanspruchnahme nicht ausgegebener Anschlagsmittel im Produktplan Kultur (DSM-Sanierung) i.H.v. 733 TEUR fast vollständig kompensiert. Es verbleibt dann noch eine Überschreitung des produktplanbezogenen Finanzierungssaldos von ca. 107 TEUR.  Hier ist der weitere Haushaltsvollzug abzuwarten. Fehlbeträge in dieser Größenordnung können bis zum Jahresende i.d.R. ausgeglichen werden. Entscheidend wird dabei sein, ob sich der Abfluss der BAFÖG-Mittel im Rahmen der Prognosen hält.</p> <p>2. Leistungsziele  Die Leistungsziele werden überwiegend eingehalten.</p>		

Controlling Produktgruppenhaushalt	<b>01 – 06 / 2013</b>
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 22, 01.08.2013

PRODUKTPLAN 31 Arbeit	Kurzeinschätzung zur Zielerreichung	
	Nicht erreicht	erreicht
Finanzen	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
Personal:	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Leistungen:	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

**Kommentar:****Finanzdaten****Voraussichtliches Jahresergebnis (Budgeteinhaltung)**

Das Jahresbudget wird im Saldo von Mehreinnahmen/Minder-/Mehrausgaben voraussichtlich um 24,6 Mio. € unterschritten werden. Dies resultiert im Wesentlichen aus der Nicht-Inanspruchnahme von Ausgaberesten im ESF-Bereich in Höhe von rd. 20,0 Mio. € sowie bis zum Jahresende erwarteter Mehreinnahmen im ESF-Bereich in Höhe von rd. 4,9 Mio. €.

**Finanzierungssaldo**

Der Finanzierungssaldo wird nach jetzt vorliegendem Stand um rd. 5,2 Mio. € unterschritten und somit eingehalten.

**Verlustvorträge (Stand 06/2013)**

Die Verlustvorträge haben sich in den letzten Jahren aus nicht realisierten Einnahmen bei den EU-Programmen EFRE und ESF ergeben. Die weitere Entwicklung ist u. a. abhängig von den Prüfergebnissen der EU-Behörde sowie Zahlungsanträgen der ESF-Verwaltungsbehörde.

Die Erstattung durch die EU für das EFRE-Programm (Förderphase 2007-2013) wird für das Arbeitsressort beim Wirtschaftsressort vereinnahmt (PBR 71.01 Hst. 0709/272 84-5). Einnahmen wurden im ersten Halbjahr 2013 noch nicht erzielt.

**ESF (alte Förderphase 2000-2006)**

Der Verlustvortrag beläuft sich auf rd. 4,4 Mio. €. Das Programm ist beendet und wird zzt. seitens der EU schlussabgerechnet. Aussagen, ob und in welcher Höhe Mehreinnahmen zu realisieren sind, die den Verlustvortrag reduzieren könnten, können zzt. nicht gemacht werden.

**ESF (Förderphase 2007-2013)**

Der Verlustvortrag beläuft sich auf rd. 36,0 Mio. €. Erwartet werden bis zum Jahresende aufgrund eines Zahlungsantrages an die EU rd. 4,9 Mio. € an Mehreinnahmen, die den Verlustvortrag entsprechend reduzieren würden.

**EFRE (Förderphase 2007-2013)**

Der Verlustvortrag beläuft sich auf rd. 8,1 Mio. €. Eine Aussage über zu erwartende Einnahmen kann seitens der EFRE-Bescheinigungsbehörde nicht gemacht werden.

Controlling Produktgruppenhaushalt	<b>01 – 06 / 2013</b>
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 22, 01.08.2013

### **Personaldaten**

Die ausgewiesenen Mehrausgaben in Höhe von rd. 1,86 Mio. € sind größtenteils auf die noch ausstehende Finanzierung der Personalausgaben der Produktgruppe 31.01.02 zurückzuführen. In dieser Produktgruppe wird das Personal der ehemaligen Bremer und Bremerhavener Arbeit GmbH geführt.

Das Defizit soll durch Mehreinnahmen in der Produktgruppe 31.01.02 ausgeglichen werden. Ein Beschluss hierzu wird in der 2. Jahreshälfte herbeigeführt.

Unter Berücksichtigung der notwendigen Soll Verlagerungen werden die Personalausgaben zum Jahresende voraussichtlich eingehalten.

### **Leistungsdaten**

Das Ressort zieht eine positive Bilanz in Bezug auf die Erfüllung der Leistungsziele im Bereich des Beschäftigungspolitischen Aktionsprogramms.

Hinsichtlich der stationären Kosten für pflege- und/oder betreuungsbedürftige Leistungsberechtigte wurde die Annahme, dass mehr Leistungen notwendig sein würden und damit einhergehend höhere Kosten entstehen würden, nicht bestätigt.

### **Maßnahmen-/Steuerungsvorschlag:**

Die seit längerem zu beobachtende stetige Entwicklung steigender Minderausgaben aufgrund der Nicht-Inanspruchnahme von Resten bei den ESF-Mitteln zur Einhaltung des Finanzierungssaldos führt in den kommenden Jahren zu einem erheblichen Liquiditätsmehrabbedarf im Produktplan 31.

Der Senat bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, ihm bis zum Dezember 2013

- über die Höhe des zu erwartenden Mittelabflusses in den Jahren 2014 und 2015 und
- über mögliche Rückzahlungen eingemommener EU-Mittel im Falle der Nichtinanspruchnahme

zu berichten.

## **ANLAGE: Produktplan-Bericht**

<b>Produktplan: Arbeit</b>	<b>31</b>	<b>Controlling 01-06/13 05.08.2013</b>	
<b>Verantwortlich:</b>	<b>Senator Günthner</b>	<b>Version: 86</b>	<b>Seite 1</b>
<b>Einhaltung Finanzdaten:</b>	<b>Einhaltung Personaldaten:</b>	<b>Einhaltung Leistungsziele in den zugehörigen Produktbereichen:</b>	
			

## 1. Ressourceneinsatz

Kamerale Finanzdaten	Januar - Juni 2013				Jahresplanung 2013				
	Ist	Planwert	Ist-Planwert-Abweichung	HH-Soll	vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag	
	Tsd. EUR		%		Tsd. EUR				
konsumtive Einnahmen	19.685	21.213	-1.528	-7,2	24.424	25.005	31.319	6.314	23.859
investive Einnahmen	34	0	34	0,0	0	0	34	34	0
relevante Verrech./Erstatt.	0	0	0	0,0	0	0	14	14	0
<b>Gesamteinnahmen</b>	<b>19.719</b>	<b>21.213</b>	<b>-1.494</b>	<b>-7,0</b>	<b>24.424</b>	<b>25.005</b>	<b>31.367</b>	<b>6.362</b>	<b>23.859</b>
Personalausgaben	4.316	3.283	1.033	31,5	6.724	7.029	8.892	1.863	6.724
konsumtive Ausgaben	19.801	17.308	2.493	14,4	53.243	53.645	33.930	-19.715	33.690
Zinsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
investive Ausgaben	416	476	-60	-12,5	1.279	1.279	872	-407	951
relevante Verrech./Erstatt.	151	0	151	0,0	269	270	270	0	6
<b>Gesamtausgaben</b>	<b>24.684</b>	<b>21.067</b>	<b>3.617</b>	<b>17,2</b>	<b>61.516</b>	<b>62.223</b>	<b>43.964</b>	<b>-18.259</b>	<b>41.370</b>
<b>Saldo</b>	<b>-4.964</b>	<b>146</b>	<b>-5.110</b>	<b>-3.500,2</b>	<b>-37.092</b>	<b>-37.218</b>	<b>-12.597</b>	<b>24.621</b>	<b>-17.512</b>

Verpflichtungs- ermächtigungen	Abdeckung im Jahr					Budgetrück- lagenbestand	Stand des Verlustvorr.
	2013	2014	2015	2016	2017ff		
	Tsd. EUR					Tsd. EUR	
- konsumtiv	0	0	0	0	0	556	48.431
- investiv	0	0	0	0	0		
- Zins-/Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0		

Personaldaten	Juni 2013			kumuliert Januar - Juni 2013			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
	Tsd. EUR								
Kernbereich	641	522	119	3.980	3.143	837	8.145	6.443	1.702
Personalverstärkung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ausbildung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
<b>Zwischensumme</b>	<b>641</b>	<b>522</b>	<b>119</b>	<b>3.980</b>	<b>3.143</b>	<b>837</b>	<b>8.145</b>	<b>6.443</b>	<b>1.702</b>
Refinanzierte	39	0	39	238	0	238	488	0	488
Nebentitel	8	23	-15	98	140	-42	214	281	-67
<b>Insgesamt</b>	<b>688</b>	<b>545</b>	<b>143</b>	<b>4.316</b>	<b>3.283</b>	<b>1.033</b>	<b>8.847</b>	<b>6.724</b>	<b>2.123</b>
- dar.: Beihilfe/Nachvers	8	19	-11	93	116	-23	182	232	-50
	Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)								
Kernbereich	150,4	125,9	24,5	153,8	126,4	27,4	152,1	125,8	26,3
Personalverstärkung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Ausbildung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
<b>Zusammen</b>	<b>150,4</b>	<b>125,9</b>	<b>24,5</b>	<b>153,8</b>	<b>126,4</b>	<b>27,4</b>	<b>152,1</b>	<b>125,8</b>	<b>26,3</b>
Refinanzierte	6,8	-	-	6,8	-	-	6,8	-	-
Abwesende	14,6	-	-	12,5	-	-	13,6	-	-

Personalstruktur	Jun 2013	2013	2012
	Ist	Planwert	Ist
Bezugsgröße: Kopffzahl der Beschäftigten	%		
Verwaltungspersonalquote	0,0	4,8	0,0
Beschäftigte bis 35 Jahre	6,5	22,5	5,5
Beschäftigte über 55 Jahre	33,5	17,5	33,7
Frauenquote	70,5	50,0	69,3
Teilzeitquote	37,0	35,0	36,6
Schwerbehindertenquote	12,3	6,0	11,7

<b>Produktplan: Arbeit</b>	<b>31</b>	<b>Controlling 01-06/13 05.08.2013</b>	
<b>Verantwortlich:</b>	Senator Günthner	<b>Version: 86</b>	<b>Seite 2</b>
<p><b>3. Analyse/Bewertung</b></p> <p><b>Kamerale Finanzdaten</b> Ist-Planwertabweichungen Die für den Berichtszeitraum ausgewiesenen Ist-Planwertabweichungen ergeben sich aus unterjährigen Veränderungen gegenüber den Anschlägen (die Planwerte werden nur aus den Anschlägen entwickelt und berücksichtigen solche Veränderungen nicht). Die nachstehenden Erläuterungen beziehen sich jeweils auf die Jahresplanung.</p> <p><b>Einnahmen</b> Zum Jahresende werden Mehreinnahmen von 6,4 Mio. Euro erwartet. Für das aktuelle ESF-Programm wurde Ende letzten Jahres ein Zahlungsantrag in Höhe von rd. 11,3 Mio. Euro gestellt. Die Einnahme erfolgte im Mai diesen Jahres. In diesem Jahr wird voraussichtlich ein weiterer Zahlungsantrag gestellt, mit deren Einnahme noch in diesem Jahr gerechnet wird. Dadurch ergibt sich für den EU-Bereich eine Mehreinnahme von rd. 4,9 Mio. Euro (PGR 31.01.01). Für die PGR 31.01.02 (bba) werden Einnahmen von rd. 1,9 Mio. Euro prognostiziert. Diese werden benötigt, um entstehende Ausgaben zu decken. Der erforderliche Haushaltsbeschluss wird in der zweiten Jahreshälfte herbeigeführt. Im Bereich der Kriegsopferfürsorge (PGR 31.02.01) wird eine Mindereinnahme von rd. 0,4 Mio. Euro prognostiziert, die teilweise durch korrespondierende Minderausgaben ausgeglichen werden kann.</p> <p><b>Personalausgaben</b> In der Hochrechnung des Ressorts wird zum Jahresende mit Mehrausgaben von rd. 1,9 Mio. Euro gerechnet. Diese resultieren aus Personalausgaben der PGR 31.01.02 (bba), die durch o.g. Mehreinnahmen ausgeglichen werden können.</p> <p><b>konsumtive und investive Ausgaben</b> Zum Jahresende wird mit Minderausgaben von rd. 20,8 Mio. Euro gerechnet. Diese Differenz ergibt sich größtenteils aus der Begrenzung der Ausgaben auf den Finanzierungssaldo. Für die PGR 31.01.02 (bba) werden Ausgaben von rd. 1,5 Mio. Euro prognostiziert. Entsprechende Mittel stehen in der PGR 31.01.01 (BAP) zum Ausgleich zur Verfügung. Im Bereich der Ausgleichsabgabe (PGR 31.02.01) kommt es voraussichtlich zum Jahresende zu Minderausgaben von r. 1,2 Mio. Euro, die der entsprechenden Sonderrücklage zuzuführen sind.</p> <p><b>Produktplanbezogener Finanzierungssaldo</b> Der negative Finanzierungssaldo in Höhe von 17,5 Mio. Euro wird eingehalten.</p> <p><b>Verlustvortrag</b> Der Verlustvortrag hat sich in den Vorjahren aus nicht realisierten Einnahmen bei den EU-Einnahmen ergeben. Ein Ausgleich erfolgt im Rahmen der Programmlaufzeit. In diesem Jahr werden Mehreinnahmen von rd. 4,9 Mio. Euro prognostiziert, die den bestehenden Verlustvortrag reduzieren werden.</p>			

Controlling Produktgruppenhaushalt	<b>01 – 06 / 2013</b>
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 22, 01.08.2013

<b>PRODUKTPLAN 41</b> <b>Jugend und Soziales</b>	<b>Kurzeinschätzung zur Zielerreichung</b>		
		<b>Nicht erreicht</b>	<b>erreicht</b>
	<b>Finanzen</b>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	<b>Personal:</b>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
	<b>Leistungen:</b>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

**Kommentar:****Finanzdaten**

Das **Budget** wurde im Betrachtungszeitraum um 14,5 Mio. Euro überschritten. Zum Jahresende prognostiziert das Ressort im Saldo eine **Budgetüberschreitung** von **7,9 Mio. Euro**, unterstellt hierbei jedoch die vollständige Heranziehung der nicht veranschlagten Mehreinnahmen der Grundsicherung in Höhe von knapp 29 Mio. € zur Abdeckung der prognostizierten Mehrausgaben bei den Sozialleistungen in etwa gleicher Größenordnung.

Die verbleibende Budgetüberschreitung in Höhe von 7,9 Mio. € setzt sich zusammen aus:

<b>Mehrbedarf</b>	<b>Begründung</b>	<b>Finanzierung</b>
3,9 Mio. €	Vom Senat 11/2012 Beschlossener investiver Mehrbedarf KTH	Investive Umlage
2,3 Mio. €	vom Senat 11/2012 beschlossener konsumtiver Mehrbedarf für den KTH-Ausbau	Risikovorsorge
1,2 Mio. €	verbleibender Mehrbedarf fehlende Synergieeffekte Hort/ Ganztagschulen (Anmeldung im Rahmen der HH-Beratungen 2012/2013 bis zu 1,7 Mio. €)	Risikovorsorge
0,6 Mio. €	Kommunaler Finanzierungsanteil Jobcenter	Anmeldung Risikovorsorge; ggf. Deckung durch noch nicht in der Hochschätzung enthaltene Mehreinnahmen möglich
- 0,1 Mio. €	Saldo aus Mehreinnahmen Grundsicherung 28,9 Mio. € zu prognostizierten Mehrausgaben Sozialleistungen 28,8 Mio. €	
<b>= 7,9 Mio. €</b>	<b>Budgetüberschreitung</b>	

Unter Berücksichtigung der produktplanübergreifenden Verlagerungen (rd. 6,3 Mio. Euro) ergibt sich beim produktplanbezogenen **Finanzierungssaldo** zum Jahresende eine Überschreitung von **7,8 Mio. Euro**.

**Zu den Sozialleistungen:**

Das Fachressort legt eine Hochschätzung (Stand Juni 2013) über die Entwicklung der Sozialleistungen vor. Danach werden Mehreinnahmen in Höhe von 28,9 Mio. Euro erwartet, verursacht im Wesentlichen durch die Mehreinnahmen aus der erhöhten

Controlling Produktgruppenhaushalt	<b>01 – 06 / 2013</b>
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 22, 01.08.2013

Bundeserstattung aus der Grundsicherung. Gleichzeitig werden 28,8 Mio. Euro Mehrausgaben geschätzt.

Diese begründen sich im wesentlichen aus:

- rd. 15 Mio. Euro Mehrausgaben im Bereich der Produktgruppen der Erziehungshilfe (41.01.03 und 41.01.04) durch Maßnahmen zur Beschleunigung des Zahlungsverkehrs OK.Jug sowie geringe Fallzahlsteigerungen
- rd. 10 Mio. Euro Fallzahlsteigerungen in den Produktgruppen 41.01.06 (Hilfen zur Erziehung, unbegleitete minderjährige Flüchtlinge), 41.03.01 (Hilfen für Asylbewerber und Flüchtlinge) sowie
- rd. 10 Mio. Euro bei 41.05.03 (Leistungen zur Existenzsicherung nach SGB XII (Grundsicherung im Alter) und durch die erhöhte Weiterleitung von Bundesmitteln an Bremerhaven erwartet.
- Demgegenüber können von den geschätzten mögliche Minderausgaben rd. 5 Mio. € als Deckungsbeitrag herangezogen werden.

Das Fachressort geht somit davon aus, dass die geschätzten Mehrausgaben bei den Sozialleistungen im Rahmen der Mehreinnahmen Grundsicherung gedeckt werden können. Da die Entlastungsbeträge, die sich aus der schrittweisen Übernahme der Grundsicherung durch den Bund ergeben, als Risikovorsorge für den Gesamthaushalt vorzuhalten sind, schlägt das Fachressort vor, den Lösungsvorschlag noch zu prüfen und später durch Beschlüsse der Gremien (Senat und HaFA) abzusichern. **Insofern steht eine Entscheidung über die Verwendung der Mehreinnahmen aus der Grundsicherung noch aus.**

Ein weiteres Risiko (noch nicht bezifferbar) könnte durch die steigenden Zugangszahlen im Bereich Asyl entstehen, da zukünftige geeignete Unterbringungsmöglichkeiten geschaffen werden müssen.

Im Bereich der Bundesbeteiligung Bildung und Teilhabe können sich aus der Neufestsetzung des Beteiligungssatzes noch weitere Mehreinnahmen von bis zu 1,2 Mio. Euro ergeben, die bisher in der Hochschätzung noch nicht enthalten sind. Die entsprechende Verordnung tritt im September/ Oktober diesen Jahres in Kraft.

#### **Zu Risiken außerhalb der Sozialleistungen:**

Neben den Sozialleistungen macht das Fachressort einen Mehrbedarf in den konsumtiven Ausgaben im Bereich der Tagesbetreuung von rd. 3,5 Mio. € geltend, resultierend aus 2,3 Mio. Euro für bereits vom Senat am 27.11.2012 zur Sicherung des Rechtsanspruchs beschlossenen weiteren KTH-Plätzen für u3, 0,04 Mio. Euro weiterzuleitende Bundesmittel an Bremerhaven sowie 1,2 Mio. Euro aus nicht realisierbaren Synergieeffekten Hort/ Ganztagschule. Darüber hinaus werden Mehrbedarfe von rd. 3,9 Mio. Euro im Bereich der Investitionen erwartet, die gemäß Beschlusslage des Senats vom 27.11.2012 zentral durch (Umlage) gedeckt werden sollen.

#### **Personaldaten**

Die Personalausgaben und Zielzahlen werden eingehalten.

#### **Leistungsdaten**

Die Abweichungen der Kennzahlen „Ausgaben Regelleistungen“ sowie „Plätze Gemeinschaftsunterkunft Asylbewerber Stadt Bremen + ZAST“ begründet sich durch die Steigerung der Asylozugangszahlen. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum wurde ein Zuwachs von 102 % bzw. 221 Personen neu zugewiesen.

Controlling Produktgruppenhaushalt	<b>01 – 06 / 2013</b>
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 22, 01.08.2013

Die Leistungen entwickelten sich ansonsten weitgehend plangemäß.

**Maßnahmen-/Steuerungsvorschlag:**

Das Fachressort hat bereits eine ressortinterne Haushaltssperre verhängt. Hinsichtlich der Steuerung der Sozialleistungsausgaben wird auf den Bericht über die Entwicklung der Sozialleistungen (der zeitgleich dem HaFA vorgelegt wird) verwiesen.

In der Sitzung der Staatsräte-Arbeitsgruppe Sozialleistungen am 18.06.2013 wurden die Einnahme- und Ausgabeentwicklung der Sozialleistungen insgesamt dargestellt, was auch zukünftig fortgeführt werden soll. Insbesondere wurden die Hilfen zur Erziehung und die Problematik der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge betrachtet. Die nächste Sitzung wurde auf den 17.09.2013 terminiert.

Dann sollen hierzu Steuerungsmaßnahmen bei den Hilfen zur Erziehung sowie Benchmarking-Ergebnisse dargestellt werden.

**ANLAGE: Produktplan-Bericht**

<b>Produktplan:</b> <b>Jugend und Soziales</b>	<b>41</b>	<b>Controlling 01-06/13</b> <b>05.08.2013</b>	
<b>Verantwortlich:</b> Sen. Stahmann		<b>Version: 86</b>	<b>Seite 1</b>
<b>Einhaltung Finanzdaten:</b>	<b>Einhaltung Personaldaten:</b>	<b>Einhaltung Leistungsziele in den zugehörigen Produktbereichen:</b>	
			

## 1. Ressourceneinsatz

Kamerale Finanzdaten	Januar - Juni 2013				Jahresplanung 2013				
	Ist	Planwert	Ist-Planwert-Abweichung	HH-Soll	vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag	
	Tsd. EUR			%	Tsd. EUR				
konsumtive Einnahmen	85.462	76.036	9.426	12,4	111.864	161.977	190.853	28.876	160.176
investive Einnahmen	2.676	803	1.873	233,2	2.676	5.285	5.285	0	2.610
relevante Verrech./Erstatt.	354	0	354	0,0	354	372	372	0	0
<b>Gesamteinnahmen</b>	<b>88.492</b>	<b>76.839</b>	<b>11.653</b>	<b>15,2</b>	<b>114.894</b>	<b>167.634</b>	<b>196.510</b>	<b>28.876</b>	<b>162.786</b>
Personalausgaben	26.808	24.484	2.324	9,5	50.223	57.392	57.363	-29	57.014
konsumtive Ausgaben	498.969	475.811	23.158	4,9	886.155	903.718	936.629	32.911	895.472
Zinsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
investive Ausgaben	6.101	5.342	759	14,2	14.992	17.601	21.501	3.900	14.926
relevante Verrech./Erstatt.	4.552	4.608	-56	-1,2	6.614	9.076	9.076	0	8.891
<b>Gesamtausgaben</b>	<b>536.431</b>	<b>510.245</b>	<b>26.186</b>	<b>5,1</b>	<b>957.983</b>	<b>987.787</b>	<b>1.024.569</b>	<b>36.782</b>	<b>976.302</b>
<b>Saldo</b>	<b>-447.939</b>	<b>-433.406</b>	<b>-14.533</b>	<b>3,4</b>	<b>-843.090</b>	<b>-820.153</b>	<b>-828.059</b>	<b>-7.906</b>	<b>-813.517</b>

Verpflichtungsermächtigungen	Abdeckung im Jahr					Budgetrücklagenbestand	Stand des Verlustvortr.
	2013	2014	2015	2016	2017ff		
	Tsd. EUR					Tsd. EUR	
- konsumtiv	0	1.551	1.110	0	0	48	3.719
- investiv	0	0	0	0	0		
- Zins-/Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0		

Personaldaten	Juni 2013			kumuliert Januar - Juni 2013			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
	Tsd. EUR								
Kernbereich	3.141	3.250	-109	19.086	19.573	-487	39.989	40.495	-506
Personalverstärkung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ausbildung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
<b>Zwischensumme</b>	<b>3.141</b>	<b>3.250</b>	<b>-109</b>	<b>19.086</b>	<b>19.573</b>	<b>-487</b>	<b>39.989</b>	<b>40.495</b>	<b>-506</b>
Refinanzierte	1.221	693	528	7.139	4.153	2.986	15.023	8.669	6.354
Nebentitel	61	50	11	583	758	-175	895	1.059	-164
<b>Insgesamt</b>	<b>4.423</b>	<b>3.993</b>	<b>430</b>	<b>26.808</b>	<b>24.484</b>	<b>2.324</b>	<b>55.907</b>	<b>50.223</b>	<b>5.684</b>
- dar.: Beihilfe/Nachvers	41	38	3	443	660	-217	634	889	-255
	Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)								
Kernbereich	748,7	766,1	-17,4	740,4	768,9	-28,5	744,5	765,5	-21,0
Personalverstärkung	0,0	0,0	0,0	0,2	0,0	0,2	0,1	0,0	0,1
Ausbildung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
<b>Zusammen</b>	<b>748,7</b>	<b>766,1</b>	<b>-17,4</b>	<b>740,6</b>	<b>768,9</b>	<b>-28,3</b>	<b>744,6</b>	<b>765,5</b>	<b>-20,9</b>
Refinanzierte	323,6	-	-	322,0	-	-	322,8	-	-
Abwesende	71,8	-	-	73,8	-	-	72,8	-	-

Personalstruktur	Jun 2013	2013	2012
	Ist	Planwert	Ist
Bezugsgröße: Kopffzahl der Beschäftigten	%		
Verwaltungspersonalquote	0,0	4,8	0,0
Beschäftigte bis 35 Jahre	17,3	22,5	16,6
Beschäftigte über 55 Jahre	29,5	17,5	29,4
Frauenquote	67,0	50,0	67,0
Teilzeitquote	32,1	35,0	32,7
Schwerbehindertenquote	8,4	6,0	8,3

<b>Produktplan: 41</b> <b>Jugend und Soziales</b>	<b>Controlling 01-06/2013</b>
Verantwortlich: <b>Sen. Stahmann</b>	17.07.2013
	Seite 1a

## 2. Strategische Leistungsziele/-kennzahlen

### A. (nicht durch Kennzahlen abgebildete) strategische Leistungsziele

**Im Produktplan Jugend und Soziales werden die Hilfen und Leistungen für Menschen und Familien in den verschiedensten Lebenslagen in Bremen und Bremerhaven dargestellt.**

Der Produktplan nimmt insgesamt gesehen seine sich aus i. W. verschiedenen Sozialgesetzbüchern, anderen Gesetzen und politischen Beschlusslagen ergebenden Versorgungsaufträge, wie z. B. Kindertagesbetreuung und Gewährung von Hilfen zur Existenzsicherung und bei besonderen Lebenslagen für viele betroffenen Menschen sowie der Kindeswohl-Sicherung, wahr.

Dabei kommt u. a. den drei folgenden Punkten besondere Bedeutung zu:

#### **Den sozialen Zusammenhalt stärken**

##### **Sachstand/Analyse/Bewertung**

Der Senatsbericht „Lebenslagen im Land Bremen 2009“ zeigt, dass im Land Bremen im Städte- und Ländervergleich eine hohe Armutsrisikoquote zu verzeichnen ist. Der Senat hat auch daher die Förderung des sozialen Zusammenhalts zu einem vorrangigen Ziel erklärt. Die Maßnahmen im Produktplan 41 dienen diesem Ziel, indem sie

- in Form von Transferleistungen eine menschenwürdige Existenz absichern helfen,
- durch die Finanzierung von Einrichtungen, Diensten, Maßnahmen und Beratungsangeboten die soziale Sicherung, Versorgung, Integration und Teilhabe auch durch die fortschreitende qualitative Entwicklung im Kinderschutz verbessern und
- durch präventive Maßnahmen sowie der Förderung von Selbsthilfe und Bürgerengagement den sozialen Zusammenhalt stärken.

Hinsichtlich der konkreten Entwicklung der Finanzdaten wird auf den Produktbereichscontrollingbericht und den Bericht Sozialleistungen verwiesen.

#### **Sicherstellung eines nachfragegerechten Tagesbetreuungsangebotes**

##### **Sachstand/Analyse/Bewertung**

Die Kindertagesbetreuung ist und bleibt ein Handlungsschwerpunkt des Senats. Das Ziel der Sicherstellung eines nachfragegerechten Angebots im Elementarbereich sowie des Ausbaus zur Erfüllung des Rechtsanspruches auf Betreuung für Kinder unter 3 Jahren wird in 2013 schrittweise erreicht. Weiter Ausbauschnitte werden jedoch durch die kontinuierlich steigende Nachfrageentwicklung notwendig sein.

Das Ressort berichtet kontinuierlich den Gremien zur Kindertagesbetreuung.

#### **Stärkung von frühkindlichen Bildungsangeboten für alle Kinder**

##### **Sachstand/Analyse/Bewertung**

Finanziert aus Mitteln, die vom Senat für die frühkindliche Bildung zur Verfügung gestellt wurden, wird ein entsprechendes Programm durchgeführt. Der Schwerpunkt liegt u. a. in der Sprachförderung von Kindern, bei denen ein entsprechender Sprachförderbedarf festgestellt wurde. Darüber hinaus werden modellhaft Projekte, Fortbildungsveranstaltungen und Fachveranstaltungen durchgeführt und Instrumente für die pädagogische Arbeit entwickelt (z. B. Handbuch zum Übergang Kita – Schule, individuelle Lern- und Entwicklungsdokumentation, Handbuch Sprachförderung u. a.). Die etablierten und erprobten Maßnahmen werden fortgeführt und weiter qualifiziert.

## B. Leistungskennzahlen

Kennzahlen	Berichtszeitraum				2013
	IST	Planwert	IST-Planwert-Abweichung*		Planwert
			abs.	%	
<b>Jugend</b>					
1.1 Tagesbetreuung für Kinder zwischen 3 bis unter 6 Jahren	14.153	14.506	-353	-2%	14.506
1.2 Tagesbetreuungsplätze für Kinder unter 3 Jahren	3.027	3.015	12	0%	3.015
<b>Soziales</b>					
1.3 Fallzahl Stationäres Wohnen von Menschen mit geistiger und mehrfacher Behinderung (Land)	1.390	1.434	-44	-3%	1.434
1.4 Fallzahl Betreutes Wohnen von Menschen mit geistiger und mehrfacher Behinderung (Land)	465	385	80	21%	385
1.5 Fallzahl Menschen mit geistiger und mehrfacher Behinderung in Werkstätten (Land)	1.627	1.672	-45	-3%	1.672
1.6 Fallzahl Menschen mit geistiger und mehrfacher Behinderung in Tagesförderstätten (Land)	439	552	-113	-20%	552
2.1 Personen im Leistungsbezug nach dem AsylbLG (Stadt HB)	3.384	3.200	184	6%	3.200
3.1 Anzahl Personen mit stationären Pflegeleistungen (Land)	2.795	2.810	-15	-1%	2.810
3.2 Anzahl Personen mit ambulanten Pflegeleistungen (Land)	1.586	1.630	-44	-3%	1.630
3.3 Anzahl Personen mit Landespflegegeld (Land)	680	723	-43	-6%	723
4.1 Anzahl Personen mit Grundsicherung und Hilfe zum Lebensunterhalt (Stadt Bremen)	11.892	10.760	1.132	11%	10.760
4.2 Fälle mit Leistungen nach SGB II	39.921	40.400	-479	-1%	40.400
4.3 Durchschnittlich anerkannte Unterkunftskosten pro Monat und Leistungsempfänger in Euro (Stadt Bremen)	265	198	67	34%	198
5.1 Anzahl der Krankenhilfeberechtigten nach dem SGB XII (Land)	1.550	1.628	-78	-5%	1.628

\* bei Einheit "%" in Prozentpunkten

### Analyse/Bewertung/Anmerkung zu den Leistungskennzahlen

Im Berichtszeitraum sind im Bereich Soziales Zu- und Abnahmen meistens im Bereich der üblichen Schwankungsbreiten zu verzeichnen. Auf die Leistungsdaten wirken verschiedene fachliche und demographische Entwicklungen. In manchen Fällen sind Brüche durch die Umstellung von Zählweisen (manuell/automatisiert) festzustellen. Bei den Leistungskennzahlen zum SGB II (Nrn. 4.2 und 4.3) werden aus technisch-inhaltlichen Gründen die Ist-Werte des Vorquartals angegeben. Die durchschnittlichen Unterkunftskosten (Nr. 4.3) sind durch überdurchschnittliche Werte im Jan./Febr. verzerrt.

Bei den Leistungskennzahlen zum AsylbLG ist aufgrund der hohen Zugangszahlen eine relevante Steigerung zu verzeichnen, die sich auch weiter fortsetzen wird.

Weitergehende Erläuterungen zu den Sozialleistungen insgesamt ergeben sich aus dem Bericht zur Entwicklung der Sozialleistungen – 1. Halbjahr 2013.

Produktplan: Jugend und Soziales		41	Controlling 01-06/13 05.08.2013	
Verantwortlich:		Sen. Stahmann	Version: 86	Seite 2
<b>3. Analyse/Bewertung</b>				
Sozialleistungen:				
Einnahmen:				
<p>Im Zeitraum bis einschl. Juni 2013 i. W. liegen Mehreinnahmen von rd. 8,6 Mio. Euro gegenüber dem Planwert vor. Begründung: Im April ist zum ersten Mal die auf 75% erhöhte Bundesbeteiligung für das 4. Kapitel SGB XII gebucht worden, die nur mit 45% im Anschlag enthalten ist. In Mai und Juni selbst sind keine maßgeblichen Veränderungen festzustellen, da die nächste Tranche an Bundesmitteln noch nicht vereinnahmt worden ist; dieses wird erst im Juli geschehen. Zur Hochschätzung: siehe unten.</p>				
Ausgaben:				
<p>Nachdem die Ausgaben im letzten Jahr bereits rd. 3% ggü. dem Vorjahr 2011 angewachsen sind, setzt sich dieser Trend deutlich fort. 2013 sind fachlich gesehen grundsätzlich dieselben Produktgruppen von den nicht steuerbaren / nicht ausgleichbaren Mehrausgaben betroffen wie auch im Vorjahr: 41.01.06 - Hilfen zur Erziehung (HzE, unbegl. minderj. Flüchtlinge), 41.03.01 - Asyl und 41.05.03 - Grundsicherung im Alter.</p>				
<p>Zu diesen bereits aus 2012 bekannten und nicht steuerbaren Risikobereichen ist folgender Umstand getreten: Im Bereich der HzE-Produktgruppen 41.01.03 und 04 sind Maßnahmen zur Beschleunigung des Zahlungsverkehrs im Fachverfahren OK.Jug ergriffen worden, um Rückstände - wie in 2012 letztlich festgestellt - zu vermeiden. Das bedeutet, dass nicht nur Zahlungen für die Vergangenheit geleistet werden, sondern dass auch die aktuellen Fälle laufend zeitnäher gezahlt werden. Dazu treten geringe Fallzahlsteigerungen, insbesondere im kostenintensiven Bereich der Heimunterbringung. Diese Faktoren verursachen einen Ausgabenanstieg. Es handelt sich dabei i. W. nicht um "neue" Ausgaben, sondern um Leistungen für bereits erfolgte bzw. laufende gesetzliche Verpflichtungen nach dem SGB VIII.</p>				
<p>Die aktuelle Planwert-Abweichung beträgt 18,3 Mio. Euro. Sie wird i. W. durch die vorgenannten Darstellungen verursacht.</p>				
Hochschätzung 2013 (Stand Juni) in Mio. Euro:				
	Anschlag	vor.HHSoll	vor.IST	Saldo
Einnahmen	139,1	139,9	168,8	28,9
Ausgaben	725,3	727,3	756,1	28,8
<p>Ziel bei der Gesamtjahresbetrachtung ist es u.a., Mehrbelastungen in erster Linie ohne Zugriff auf den Gesamthaushalt auszugleichen. Dieses bedeutet konkret, dass die vorhandenen Mehreinnahmen vorrangig vor der bestehenden Risikovorsorge herangezogen werden müssen. Die hier vorliegende Schätzung geht bei günstiger Entwicklung davon aus, dass die Mehrausgaben im Rahmen der Mehreinnahmen gedeckt werden können und so auch 2013 ein bisher ungedeckter Mehrbedarf für den Gesamthaushalt vermieden werden kann. Die bisherige Gesamtplanung des Senats geht allerdings davon aus, dass die Mehreinnahmen aus der Grundsicherung der allgemeinen Risikovorsorge zuzuführen sind. Insofern ist der hier angedachte Lösungsvorschlag noch zu prüfen und später durch Beschlüsse des Senats und des Haushalts- und Finanzausschusses abzusichern.</p>				
<p>Insgesamt gesehen ist die Hochschätzung noch in höchstem Maße risikobehaftet und muss unter Beobachtung des weiteren Zahlungsverlaufes ggf. angepasst werden. Abweichungen von +/- 1% sind immer möglich.</p>				
Neuregelung Bundesanteil Bildung und Teilhabe:				
<p>Gem. den gesetzlichen Regelungen nach dem SGB II setzt das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) den für 2013 geltenden Beteiligungssatz per Rechtsverordnung fest. Bisher beträgt er 5,4%. Nach dem noch nicht in Kraft getretenen Verordnungsentwurf soll er auf 5,9% steigen. Das BMAS hat bei der Festsetzung die regionalen Verhältnisse berücksichtigt, so dass sich in ganz Deutschland unterschiedliche Beteiligungssätze ergeben werden. Die konkreten Auswirkungen auf die kommunale Ebene im Land Bremen werden derzeit von der Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen geprüft.</p>				
<p>Unabhängig davon können sich aus der Neufestsetzung weitere Mehreinnahmen auf Landesebene von bis zu 1,2 Mio. Euro ergeben, die noch nicht in der Hochschätzung berücksichtigt sind.</p>				
<p>Details zur Entwicklung der Sozialleistungen sowie zur Hochschätzung sind dem Bericht Sozialleistungen 2013 zu entnehmen, der zeitlich vorgelegt wird.</p>				
Außerhalb Sozialleistungen:				
Konsumtive Einnahmen:				
<p>Im Berichtszeitraum ist es zu einer Überschreitung des Planwertes in Höhe von rd. 0,9 Mio. Euro</p>				

Produktplan: Jugend und Soziales	41	Controlling 01-06/13 05.08.2013	
Verantwortlich:	Sen. Stahmann	Version: 86	Seite 3
<p>gekommen, die i. W. auf eine nicht veranschlagte Erstattung im Bereich Jobcenter zurückzuführen ist. Sie wird vollständig für Mehrausgaben im Bereich des KFA zu Deckungszwecken herangezogen werden.</p> <p>Konsumtive Ausgaben:</p> <p>Im Berichtszeitraum kommt es bei den konsumtiven Ausgaben zu einer Überschreitung des Planwertes in Höhe von rd. 4,9 Mio. Euro. Dies ist neben unterschiedlichen Zahlungsterminen bei verschiedenen Zuwendungen u.a. der Tarifsteigerung in der Kindertagesbetreuung geschuldet, da die hierfür benötigten Mittel nicht in den Anschlägen enthalten sind (4,8 Mio. Euro), die der Planwertbildung zugrunde lagen. Hinzu kommen noch fehlende Umbuchungen für das kostenlose Mittagessen. Die hierfür aus der Produktgruppe 41.01.02 geleisteten Zahlungen müssen noch dem Bildungs- und Teilhabepaket zugeordnet werden. Dieses geschieht - wie in den Vorjahren - im Dezember. Die Planwertüberschreitung im Juni hat keine präjudizierende Wirkung auf das Jahresende, d.h. ein Ausgleich erfolgt im weiteren Jahresverlauf bis einschl. Dezember.</p> <p>Aufhebung einer Sperre in den konsumtiven Ausgaben:</p> <p>Im Haushaltsplan ist im Kapitel 3432 (Kindertagesbetreuung) noch ein Betrag von 1,25 Mio. Euro gesperrt. Die Mittel sind Bestandteil der Bedarfsplanung der Kindertagesbetreuung und werden zur Darstellung der u3-Versorgung benötigt. Eine Aufhebung der Sperre durch die Senatorin für Finanzen ist nach der Deputationsbefassung über das Controlling geplant.</p> <p>Mehrbedarfe in den konsumtiven Ausgaben:</p> <p>41.05.04: Mit Beschluss des Senats vom 14. Februar 2012 wurde dem Ressort für den gesetzlich geregelten kommunalen Finanzierungsanteil der gemeinsamen Einrichtung "Jobcenter" ein Mehrbedarf in Höhe von damals 6 Mio. Euro anerkannt. 2012 wurde ein Mehrbedarf von 0,6 Mio. Euro aus der bestehenden Risikovorsorge gedeckt. Nach der aktuellen Einschätzung besteht 2013 ein Mehrbedarf für die Aufgabenwahrnehmung nach dem SGB II in ca. derselben Höhe. Dementsprechend muss hier ein Risiko festgestellt werden. Allerdings besteht die Möglichkeit, eine Deckungsmöglichkeit durch Mehreinnahmen im Produktplan zu realisieren, wenn sich die Hochschätzung der Sozialleistungen als valide erweist und weitere Mehreinnahmen eintreten (siehe oben).</p> <p>41.01.02: Ggü. den Budgets 2013 bestehen folgende bereits bekannte Mehrbedarfe, die aus bereits beschlossenen Ausbausritten u3 (Senat 27.11.2012) und in Teilen analog des Mehrbedarfs aus 2012 (ausbleibende Synergieeffekte Hortbetreuung i.H.v ursprünglich 1,7 Mio. Euro) resultieren. Bereits 2012 waren hier Mittel nachbewilligt worden. Der Mehrbedarf beträgt rd. 3,5 Mio. Euro und setzt sich wie folgt zusammen:</p> <p>Beschlossener Ausbau u3 (Senat 27.11.2012): 2,3 Mio. Euro  Weiterzuleitende Bundesmittel an Bremerhaven: 0,04 Mio. Euro  Restbetrag ausgebliebener Synergieeffekte: 1,2 Mio. Euro</p> <p>Weitere Mehrbedarfe in geringem Umfang können bei den Erstattungen an Bremerhaven für gesetzliche Aufgabenwahrnehmungen auftreten. Diese werden derzeit geprüft.</p> <p>Investitionen:</p> <p>Es liegen aktuell periodische Schwankungen im Mittelabfluss vor. Insbesondere bei den Bundesmitteln für den u3-Ausbau entsprechen die Zahlungstermine oft nicht den Planungen. Auch sind die 2013 vereinnahmten KizufüG-Bundesmittel nicht veranschlagt gewesen. Die Abweichungen ggü. den Planwerten entstehen i. W. daraus.</p> <p>Im Bereich der Investitionen werden zum Jahresende Mehrausgaben von rd. 3,9 Mio. Euro erwartet, die dem u3-Ausbau dienen und gem. Beschlusslage (27.11.2012) zentral gedeckt werden sollen. Das Ressort berichtet dazu periodisch dem Haushalts- und Finanzausschuss.</p> <p>Im Zuge der steigenden Zugangszahlen Asyl müssen zukünftige geeignete Unterbringungsmöglichkeiten geschaffen werden. Das Ressort prüft derzeit den Bedarf. Es ist mit einem weiteren Risiko zu rechnen.</p> <p>Personaldaten:</p> <p>Die Ist-Planwert-Abweichung für die Zeit von Januar bis Juni 2013 ist darauf zurückzuführen, dass zwar die Ausgaben für refinanziertes Personal ab Januar des Jahres fällig werden, die Einnahmen jedoch erst später verzeichnet werden können. Der Planwert Juni ist deshalb zu niedrig. Da die Abweichungen sich im Jahresverlauf entsprechend reduzieren werden, wurden in der Jahresplanung 2013 das voraussichtliche Soll und das voraussichtliche Ist für refinanziertes Personal an die tatsächlich erwarteten Einnahmen und Ausgaben angepasst.</p> <p>Das Budget und die Zielzahlen des Produktplans 41 -Jugend und Soziales- werden zum Jahresende voraussichtlich geringfügig unterschritten werden. Für 2013 zu leistende Altersteilzeitrückstellungen</p>			

<b>Produktplan:</b> 41 <b>Jugend und Soziales</b>	<b>Controlling 01-06/13</b> <b>05.08.2013</b>	
<b>Verantwortlich:</b> Sen. Stahmann	<b>Version:</b> 86	<b>Seite</b> 4
<p>wurden hierbei berücksichtigt.  Bei dieser Prognose ist das Ressort davon ausgegangen, dass die Kosten der Tariferhöhungen aus zentralen Mitteln vollständig kompensiert werden.</p> <p>Verrechnungen und Erstattungen:</p> <p>Die Planwertabweichung bei den Einnahmen aus V+E resultiert weitestgehend aus nicht veranschlagten WIN-Mitteln und wird entsprechend wieder verausgabt.</p> <p>Formale Feststellungen:</p> <p>Der vorgegebene Finanzierungsaldo wird sich vorauss. um 14,7 Mio. Euro verschlechtern. Dieser Verschlechterung stehen saldierte Nachbewilligungen u.a. von SUBV und SF in Höhe von 6,3 Mio. Euro gegenüber, die liquiditätsmäßig hinterlegt sind. Es verbleibt somit eine Liquiditätsüberschreitung in Höhe von rd. 8,4 Mio. Euro und setzt sich i. W. aus den bekannten Mehrbedarfen Kindertagesbetreuung und KFA zusammen (siehe oben). Die Mehreinnahmen und -ausgaben bei den Sozialleistungen sind Bestandteil dieser Berechnung.</p> <p>Der Verlustvortrag aus Vorjahren der Sozialleistungen kann nach aktuellem Kenntnisstand 2013 nicht reduziert werden.</p> <p>Bezogen auf das Gesamtjahr wird aktuell nicht mit investiven Minderausgaben größer als 1 Mio. Euro gerechnet.</p> <p>Für den PPL 41 wurde eine interne Haushaltssperre erlassen.</p> <p>Gesamtbetrachtung:</p> <p>Für den größten Ressortbereich der Sozialleistungen besteht definitiv ein Risiko, dass nicht im Rahmen des Anschlags - aber möglicherweise im Rahmen von Mehreinnahmen - gedeckt werden kann. Insofern könnte an dieser Stelle ein Rückgriff auf die bestehende Risikovorsorge vermieden werden.</p> <p>Für die übrigen Bereiche entstehen Mehrbedarfe für den kommunalen Finanzierungsanteil am Jobcenter in Höhe von rd. 0,6 Mio. Euro und für die Kindertagesbetreuung von rd. 3,5 Mio. Euro konsumtiv bzw. 3,9 Mio. Euro investiv, die nicht innerhalb des Produktplans 41 darstellbar sind. Weitere Mehrbedarfe - aber auch anteilige Deckungsmöglichkeiten - sind möglich.</p> <p>Im Personalbereich entstehen keine Mehrbedarfe.</p>		

Controlling Produktgruppenhaushalt	<b>01 – 06 / 2013</b>
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 22, 01.08.2013

<b>PRODUKTPLAN 51</b> <b>Gesundheit</b>	<b>Kurzeinschätzung zur Zielerreichung</b>	
		<b>Nicht erreicht</b>
<b>Finanzen</b>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
<b>Personal:</b>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
<b>Leistungen:</b>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
<b>Kommentar:</b>		
<p><b><u>Finanzdaten</u></b>  Das Ressort erwartet Mindereinnahmen beim LMTVet i. H. v. ca. 693 Tsd. € resultierend aus einer rückläufigen Entwicklung der Einfuhren an den Grenzkontrollstellen. Zudem werden Personalmehrausgaben durch die Ressortumbildung i. H. v. ca. 550 Tsd. € erwartet.  Das Budget wird voraussichtlich um ca. 683 Tsd. € überschritten.  Unter Berücksichtigung produktplanübergreifender Verlagerungen wird der eckwertrelevante Finanzierungssaldo voraussichtlich um ca. 1.556 Tsd. € überschritten.</p> <p><b><u>Personaldaten</u></b>  Das Ressort gibt voraussichtliche Mehrausgaben zum Jahresende in Höhe von rd. 200 Tsd. € an. Im Personalbudget sind die Mittel für die Einrichtung des neuen/eigenständigen Ressorts Gesundheit noch nicht enthalten.  Es ist beabsichtigt zum Controlling 3. Quartal 2013 gemeinsam mit der Senatorin für Finanzen ein abgestimmtes Lösungskonzept zur Finanzierung der Mehrausgaben vorzulegen.</p> <p><b><u>Leistungsdaten</u></b>  Die Leistungsziele wurden im Wesentlichen erreicht. Erhöhte Zuwanderung bedingte einen Anstieg der Untersuchung und Behandlung ausländischer Zuwanderer um 109 %. Aufgrund der regen Bautätigkeit im Land Bremen stiegen zudem die Außendienstgeschäfte auf Baustellen um 108 %.</p>		
<b>Maßnahmen-/Steuerungsvorschlag:</b>		
<p>Das Ressort hat eine Änderung der Gebührenordnung des LMTVet eingeleitet. Ob und in welcher Höhe die prognostizierten Mindereinnahmen hierdurch verringert werden können, kann derzeit nicht beurteilt werden.  Es ist beabsichtigt zum Controlling 3. Quartal 2013 gemeinsam mit der Senatorin für Finanzen ein abgestimmtes Lösungskonzept zur Finanzierung der Personalmehrausgaben vorzulegen.</p>		

**ANLAGE: Produktplan-Bericht**

Produktplan: Gesundheit					Controlling 01-06/13 05.08.2013					
Verantwortlich: Dr. Schulte-Sasse					Version: 86		Seite 1			
Einhaltung Finanzdaten:			Einhaltung Personaldaten:			Einhaltung Leistungsziele in den zugehörigen Produktbereichen:				
										
<b>1. Ressourceneinsatz</b>										
Kamerale Finanzdaten	Januar - Juni 2013					Jahresplanung 2013				
	Ist	Planwert	Ist-Planwert-Abweichung	HH-Soll		vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag	
	Tsd. EUR		%			Tsd. EUR				
konsumtive Einnahmen	5.762	6.043	-281	-4,7	10.057	12.425	11.732	-693	12.441	
investive Einnahmen	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0	
relevante Verrech./Erstatt.	93	0	93	0,0	93	325	325	0	0	
<b>Gesamteinnahmen</b>	<b>5.854</b>	<b>6.043</b>	<b>-189</b>	<b>-3,1</b>	<b>10.150</b>	<b>12.750</b>	<b>12.057</b>	<b>-693</b>	<b>12.441</b>	
Personalausgaben	10.510	9.441	1.069	11,3	19.700	22.401	22.601	200	21.322	
konsumtive Ausgaben	6.745	7.117	-372	-5,2	13.449	13.931	13.819	-112	13.205	
Zinsausgaben	169	225	-56	-24,8	262	262	169	-93	225	
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0	
investive Ausgaben	3.973	9.203	-5.230	-56,8	27.229	27.230	27.225	-5	27.123	
relevante Verrech./Erstatt.	8	7	1	16,5	17	17	17	0	15	
<b>Gesamtausgaben</b>	<b>21.405</b>	<b>25.993</b>	<b>-4.588</b>	<b>-17,7</b>	<b>60.658</b>	<b>63.841</b>	<b>63.831</b>	<b>-10</b>	<b>61.889</b>	
<b>Saldo</b>	<b>-15.551</b>	<b>-19.950</b>	<b>4.399</b>	<b>-22,1</b>	<b>-50.508</b>	<b>-51.091</b>	<b>-51.774</b>	<b>-683</b>	<b>-49.448</b>	
<b>Verpflichtungsermächtigungen</b>	Abdeckung im Jahr					Budgetrücklagenbestand	Stand des Verlustvortr.			
	2013	2014	2015	2016	2017ff	Tsd. EUR				
	Tsd. EUR					Tsd. EUR				
- konsumtiv	0	0	0	0	0	660	0			
- investiv	0	737	737	737	7.174					
- Zins-/Tilgungsausgaben	0	158	147	135	693					
<b>Personaldaten</b>	Juni 2013			kumuliert Januar - Juni 2013			voraussichtl. Jahresergebnis			
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	
	Tsd. EUR									
Kernbereich	1.367	1.303	64	7.732	7.852	-120	15.993	16.304	-311	
Personalverstärkung	30	28	2	184	170	14	389	361	28	
Ausbildung	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
<b>Zwischensumme</b>	<b>1.397</b>	<b>1.331</b>	<b>66</b>	<b>7.916</b>	<b>8.022</b>	<b>-106</b>	<b>16.382</b>	<b>16.665</b>	<b>-283</b>	
Refinanzierte	274	111	163	1.512	668	844	3.213	1.413	1.800	
Nebentitel	182	119	63	1.082	751	331	2.113	1.622	491	
<b>Insgesamt</b>	<b>1.853</b>	<b>1.561</b>	<b>292</b>	<b>10.510</b>	<b>9.441</b>	<b>1.069</b>	<b>21.708</b>	<b>19.700</b>	<b>2.008</b>	
- dar.: Beihilfe/Nachvers	11	15	-4	86	90	-4	220	180	40	
	Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)									
Kernbereich	264,5	275,5	-11,0	265,3	276,8	-11,5	264,9	275,4	-10,5	
Personalverstärkung	7,8	8,3	-0,5	8,2	8,3	-0,1	8,0	8,3	-0,3	
Ausbildung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	
<b>Zusammen</b>	<b>272,3</b>	<b>283,8</b>	<b>-11,5</b>	<b>273,5</b>	<b>285,1</b>	<b>-11,6</b>	<b>272,9</b>	<b>283,7</b>	<b>-10,8</b>	
Refinanzierte	61,0	-	-	58,2	-	-	59,6	-	-	
Abwesende	20,0	-	-	18,5	-	-	19,3	-	-	
<b>Personalstruktur</b>	Jun 2013	2013	2012							
	Ist	Planwert	Ist							
	Bezugsgröße: Kopffzahl der Beschäftigten			%						
	Verwaltungspersonalquote	0,0	4,8	0,0						
	Beschäftigte bis 35 Jahre	7,0	22,5	6,8						
Beschäftigte über 55 Jahre	28,2	17,5	29,2							
Frauenquote	63,1	50,0	61,8							
Teilzeitquote	42,4	35,0	43,1							
Schwerbehindertenquote	9,4	6,0	10,8							

<b>Produktplan:</b> 51	<b>Controlling 01-6/2013</b>
<b>Gesundheit</b>	31.07.2013
Verantwortlich: Sen. Dr. Schulte-Sasse	Seite 1a

## 2. Strategische Leistungsziele/-kennzahlen

### A. (nicht durch Kennzahlen abgebildete) strategische Leistungsziele

#### Krankenhausversorgung

##### Sachstand/Analyse/Bewertung

Zur Sicherstellung der stationären Versorgung hat die Bremische Bürgerschaft ein neues Krankenhausgesetz für das Land Bremen verabschiedet. Neben einer erhöhten Flexibilität für Krankenhäuser bei der Investitionsplanung stehen abgesicherte Patientenrechte und die Gewährleistung guter Qualität der Bremer Krankenhäuser durch verbindliche Regelungen im Vordergrund. Die über die Haushaltsbeschlüsse zur Verfügung gestellten Krankenhausfördermittel werden über Pauschalen in voller Höhe ausbezahlt.

#### Gesundheitliches Kindeswohl

##### Sachstand/Analyse/Bewertung

Zur Verbesserung des Kindeswohls hat die Bremische Bürgerschaft 2011 ein verändertes Obduktionsrecht beschlossen, mit dem insbesondere zum Geschwisterwohl ungeklärte Todesursachen von Kindern unter 6 Jahren aufgeklärt werden sollen. Die verpflichtende Evaluation der Wirksamkeit des Gesetzes sollte bis Ende 2013 erfolgen. Sie konnte bisher jedoch wegen fehlender Anwendungsfälle nicht durchgeführt werden. Daher soll die Pflicht zur Evaluation bis 2018 verlängert werden.

#### Psychiatrische Versorgung

##### Sachstand/Analyse/Bewertung

Die Steuerungselemente in Bezug auf Begutachtungsmaßnahmen der Eingliederungshilfe wurden gemeinsam mit dem Gesundheitsamt und der Gesundheit Nord weiterentwickelt. So ist weiterhin geplant, für den Bereich der Leistungen der Eingliederungshilfe für psychisch Kranke und Suchtkranke das bestehende Begutachtungsverfahren im Bereich der Stadtgemeinde Bremen mit dem Ziel zu optimieren, einheitliche Qualitätsstandards und Bewertungsgrundlagen zu erhalten. Nach wie vor wird an der Umsetzung gearbeitet. Das Gesundheitsamt und die GeNo haben dazu Strukturen zum Einsatz gutachterlich tätigen ärztlichen Personals entwickelt und das Gesundheitsamt die zur Übernahme der Aufgaben notwendigen ärztlichen Stellen ausgeschrieben. Die Stellen ließen sich trotz intensiver Suche nicht besetzen, was möglicherweise auch mit an dem bundesweit bestehendem Fachkräftemangel liegen könnte. Im Ergebnis prüfen das Gesundheitsamt und die GeNo jetzt erweiterte Kooperationsbezüge, um zu einer Optimierung des Begutachtungsverfahrens zu gelangen.

#### Arbeitnehmer- und Verbraucherschutz

##### Sachstand/Analyse/Bewertung

Die Einführung einer risikoorientierten Kontroll- und Überwachungstätigkeit im Bereich des Arbeitnehmer- und Verbraucherschutzes wurde weiter vorangetrieben. Im Bereich des gesundheitlichen Verbraucherschutzes wird es eine Revision des einschlägigen Gemeinschaftsrechts geben. Neben dem risikoorientierten Kontrollansatz zeichnet sich eine Intensivierung interdisziplinärer Kontrollen ab. In Bezug auf die Gebührenregelungen wird es künftig keine EU-weite Regelung von Mindestgebühren geben, sondern lediglich eine Rahmenvorgabe für die Ermittlung kostendeckender Gebühren. Letzteres könnte negative Auswirkungen im Bereich der Einfuhrkontrollen in Bremen und Bremerhaven haben und zu einem deutlichen Einnahmerückgang führen.

Bremen hat während seiner Vorsitzzeit im Länderausschuss für Arbeitsschutz und Sicherheitstechnik (2010-2012) für eine länderübergreifend gleichartige Überwachung eingesetzt und hier maßgeblich zu entsprechenden Beschlüssen der Arbeits- und Sozialministerkonferenz bezüglich der risikoorientierten Überwachungstätigkeit beigetragen. Diese Beschlüsse sind nun in der Praxis umzusetzen.

#### Gesundheitswirtschaft

**Sachstand/Analyse/Bewertung**

Die Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales hatte in 2010 der Deputation für Arbeit und Gesundheit das Gutachten ‚Zukünftige Perspektiven der Gesundheitswirtschaft im Land Bremen‘ vorgelegt. Das bisherige Engagement des Ressorts wurde durch das Gutachten vom ‚Institut für Arbeit und Technologie‘ bestätigt und empfohlen u. a. das Förderziel ‚Projekt „Wohnen, Alter und Technik für das Land Bremen“‘ weiterzuentwickeln.

Im Jahr 2012 wurden weitere Projekte zum Themengebiet Wohnen, Alter, Gesundheit und Technik vergeben.

Ebenso wurde das Thema ‚Fachkräftemängel in der Pflege‘ durch eine Jobmesse der Gesundheitsbranche und einem Fachsymposium zum Thema Personalbindung fokussiert.

**B. Leistungskennzahlen**

Kennzahlen	Berichtszeitraum 1-6				2013
	IST	Planwert	IST-Planwert-Abweichung		Planwert
			abs.	%	
Kontrollen i. d. amtlichen Lebensmittelüberwachung	3.355	3.750	646	8,6%	7.500
Planbetten im Land Bremen gesamt					5.775

Eine unterjährige Ermittlung der Planbetten erfolgt nicht.

<b>Produktplan: Gesundheit</b>	<b>51</b>	<b>Controlling 01-06/13 05.08.2013</b>	
<b>Verantwortlich:</b>	<b>Dr. Schulte-Sasse</b>	<b>Version: 86</b>	<b>Seite 2</b>
<b>3. Analyse/Bewertung</b>			
<p><b>Kamerale Finanzdaten:</b>  Im Saldo ergibt sich eine positive Planwertabweichung von 4.399 T. Euro die überwiegend auf investive Minderausgaben zurückzuführen ist. Zum Jahresende wird ein Defizit von 683 T Euro erwartet. Das Defizit resultiert hauptsächlich aus Mindernahmen die überwiegend beim LMTVet entstehen und Personalmehrausgaben, die durch die Ressortneubildung entstanden sind.  Ein vollständiger Ausgleich innerhalb des PPL 51 ist nicht möglich.</p> <p><b>Konsumtive Einnahmen:</b>  Die IST Einnahmen betragen per 30.06.2013 5.762 T. Euro.  Im Berichtszeitraum wird der Planwert um 281 T. Euro unterschritten.  Die Mindereinnahmen sind überwiegend beim LMTVet entstanden, bedingt durch eine rückläufige Entwicklung der Einfuhren an den Grenzkontrollstellen.  Zum Jahresende werden voraussichtlich Mindereinnahmen in Höhe von 693 Tsd. Euro erwartet.</p> <p><b>Konsumtive Ausgaben:</b>  Im Berichtszeitraum wird der Planwert um 372 T. Euro geringfügig unterschritten. Die IST- Ausgaben betragen per 30.06.2013 6.745 T. Euro.  Zum Jahresende werden Minderausgaben in Höhe von ca. 112 T. Euro erwartet. Es handelt sich hier um Haushaltsreste.  Die Minderausgaben werden zur Deckung der Mindereinnahmen benötigt.</p> <p><b>Investitionen:</b>  Im Berichtszeitraum wird der Planwert um 5.230 T. Euro unterschritten. Die IST-Ausgaben betragen per 30.06.2013 3.973 T. Euro.  Die Minderausgaben sind überwiegend im PB 51.03 entstanden -Sicherstellung der Krankenhausversorgung- (5.121 T. Euro).  Die Zahlungen der KHG-Förderung werden -außer der Förderung von Mieten- über Pauschalen, wobei die Fördermittel für kurzfristige Anlagegüter in der Regel vierteljährlich und die Baupauschalen für die mittel- und langfristigen Anlagegüter- einmal jährlich an die Krankenhäuser im Land Bremen überwiesen.  Zum Jahresende werden geringfügige Minderausgaben von 5 T. Euro erwartet. Es handelt sich hier um Haushaltsreste.</p> <p><b>Personalausgaben:</b>  Insgesamt besteht ein Personalausgabenrisiko von rd. 200 T. Euro. Im Wesentlichen ist dies auf die Einrichtung des neuen Ressorts zurückzuführen. Durch die Gründung des neuen Ressorts werden in 2013 Personalmehrausgaben von rd. 550 T. Euro erwartet, die nicht im Personalbudget enthalten sind. Diese Mehrausgaben können durch die derzeitige Zielzahlunterschreitungen in anderen Produktgruppen teilweise kompensiert werden.</p> <p>Es ist beabsichtigt, gemeinsam mit der Senatorin für Finanzen zum Controlling 3. Quartal 2013 ein abgestimmtes Lösungskonzept zur Finanzierung der Mehrausgaben vorzulegen.</p> <p>Das Ressort ist im Rahmen dieser Prognose davon ausgegangen, dass die Kosten der Besoldungs- und Tarifierhöhungen von rd. 344 T. Euro vollständig aus zentralen Mitteln nachbewilligt werden.</p> <p><b>Einhaltung des Finanzierungssaldos:</b>  Der Anschlag hat sich durch Nachbewilligungen aufgrund der Ressortneubildung erhöht.</p> <p>Unter Berücksichtigung der Einschätzung zum voraussichtlichen IST wird sich der produktplanbezogene Finanzierungssaldo in Höhe von -50.414 T. Euro um 1.668 -52.082 T Euro verschlechtern.  Ursache des Defizits ist die im Text beschriebene Einnahmesituation des LMTVet, sowie die Personalmehrausgaben im PPL 51.</p>			

Controlling Produktgruppenhaushalt	<b>01 – 06 / 2013</b>
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 22, 05.08.2013

PRODUKTPLAN 68 Umwelt, Bau und Verkehr	Kurzeinschätzung zur Zielerreichung	
	Nicht erreicht	erreicht
Finanzen	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
Personal:	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
Leistungen:	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

**Kommentar:****Finanzdaten****Budgeteinhaltung**

Das Budget wird voraussichtlich um rd. 9,5 Mio. € unterschritten werden, resultierend aus dem Saldo von Mindereinnahmen (3,1 Mio. € bei Werberechten), Personalmehrausgaben (0,5 Mio. €) konsumtive Minderausgaben (3,1 Mio. €, i. W. Wohngeld – 2,4 Mio. € -) sowie Minderausgaben bei den Investitionen (10,1 Mio. €).

Das Ressort verweist auf noch zu führende Gespräche mit der SF wegen der Auflösung der Mindereinnahmen bei den Werberechten.

**Finanzierungssaldo**

Der Finanzierungssaldo wird nach derzeitigem Stand um rd. 13,2 Mio. € überschritten. Dies ergibt sich aus rückläufigen Einnahmen (4,7 Mio. €), Anstieg der Personalausgaben (4,9 Mio. €), der konsumtiven Ausgaben (0,4 Mio. €) sowie der Investitionsausgaben (3,2 Mio. € aus Ausgaberesten).

**Erlös aus dem Verkauf des Bahnhofsvorplatzes**

Die Erlöse aus dem Verkauf des Bahnhofsvorplatzes im Sondervermögen Infrastruktur sollen nach Verabredungen zwischen dem SUBV und der SF an die SF abgeführt werden, soweit der Planansatz des Sondervermögens für Grundstückserlöse in 2012 und 2013 erreicht wird.

**Personaldaten**

Unter Berücksichtigung der vollständigen Abschöpfung der Fluktuation, noch zu zahlender Altersteilzeitrückstellungen und einer noch zu erfolgenden Nachbewilligung zur Kompensation der Mehrausgaben durch den TVL Tarifabschluss und der Anpassung der Beamtenversorgung Mehrausgaben in Höhe von rd. 0,826 Mio. € sowie des Ausgleichs bei den refinanziert Beschäftigten durch weitere Einnahmeverfügungsmittel wird der Produktplan zum Jahresende voraussichtlich leichte Mehrausgaben ausweisen.

**Leistungsdaten**

Die Leistungsdaten werden im Wesentlichen eingehalten bzw. überschritten.

**nachrichtlich:**

Risiken bei Eigenbetrieben oder Sondervermögen mit möglicher Auswirkung auf das PPL-Ergebnis sind derzeit nicht bekannt.

Controlling Produktgruppenhaushalt	<b>01 – 06 / 2013</b>
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 22, 05.08.2013

**Maßnahmen-/Steuerungsvorschlag:**

Das Ressort sollte aufgefordert werden, die Überschreitung des Finanzierungssaldos weitestgehend zu vermeiden.

Das Ressort wird gebeten, die Erlöse aus dem Verkauf des Bahnhofsvorplatzes an die SF abzuführen.

**ANLAGE: Produktplan-Bericht**

<b>Produktplan:</b> <b>Umwelt, Bau und Verkehr</b>	<b>68</b>	<b>Controlling 01-06/13</b> <b>05.08.2013</b>	
<b>Verantwortlich:</b> Senator Dr. Lohse		<b>Version: 86</b>	<b>Seite 1</b>
<b>Einhaltung Finanzdaten:</b>	<b>Einhaltung Personaldaten:</b>	<b>Einhaltung Leistungsziele in den zugehörigen Produktbereichen:</b>	
			

## 1. Ressourceneinsatz

Kamerale Finanzdaten	Januar - Juni 2013					Jahresplanung 2013			
	Ist	Planwert	Ist-Planwert-Abweichung	HH-Soll		vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag
	Tsd. EUR		%			Tsd. EUR			
konsumtive Einnahmen	19.966	18.940	1.026	5,4	29.757	36.490	33.380	-3.110	39.103
investive Einnahmen	18.331	14.625	3.706	25,3	18.331	35.719	35.719	0	34.666
relevante Verrech./Erstatt.	58	0	58	0,0	3.126	3.159	3.159	0	3.068
<b>Gesamteinnahmen</b>	<b>38.354</b>	<b>33.565</b>	<b>4.789</b>	<b>14,3</b>	<b>51.213</b>	<b>75.368</b>	<b>72.258</b>	<b>-3.110</b>	<b>76.837</b>
Personalausgaben	23.820	21.977	1.843	8,4	45.280	50.925	51.426	501	46.164
konsumtive Ausgaben	49.488	49.009	479	1,0	120.952	111.498	108.454	-3.044	151.591
Zinsausgaben	1.327	1.637	-310	-18,9	1.633	2.057	2.057	0	2.057
Tilgungsausgaben	2.606	5.000	-2.394	-47,9	5.481	5.000	5.000	0	5.000
investive Ausgaben	19.257	20.770	-1.513	-7,3	90.292	108.408	98.350	-10.058	106.449
relevante Verrech./Erstatt.	45.823	44.017	1.806	4,1	45.718	55.835	55.842	7	32
<b>Gesamtausgaben</b>	<b>142.320</b>	<b>142.410</b>	<b>-90</b>	<b>-0,1</b>	<b>309.357</b>	<b>333.723</b>	<b>321.129</b>	<b>-12.594</b>	<b>311.294</b>
<b>Saldo</b>	<b>-103.966</b>	<b>-108.845</b>	<b>4.879</b>	<b>-4,5</b>	<b>-258.144</b>	<b>-258.355</b>	<b>-248.871</b>	<b>9.484</b>	<b>-234.457</b>

Verpflichtungsermächtigungen	Abdeckung im Jahr					Budgetrücklagenbestand	Stand des Verlustvorr.
	2013	2014	2015	2016	2017ff		
	Tsd. EUR					Tsd. EUR	
- konsumtiv	23.159	10.670	10.373	10.468	123.930	1.461	4.489
- investiv	41.167	46.138	38.233	32.971	145.320		
- Zins-/Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0		

Personaldaten	Juni 2013			kumuliert Januar - Juni 2013			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
	Tsd. EUR								
Kernbereich	3.345	3.317	28	19.934	19.987	-53	41.365	41.420	-55
Personalverstärkung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ausbildung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
<b>Zwischensumme</b>	<b>3.345</b>	<b>3.317</b>	<b>28</b>	<b>19.934</b>	<b>19.987</b>	<b>-53</b>	<b>41.365</b>	<b>41.420</b>	<b>-55</b>
Refinanzierte	583	227	356	3.529	1.361	2.168	7.383	2.871	4.512
Nebentitel	45	50	-5	357	629	-272	852	989	-137
<b>Insgesamt</b>	<b>3.973</b>	<b>3.594</b>	<b>379</b>	<b>23.820</b>	<b>21.977</b>	<b>1.843</b>	<b>49.600</b>	<b>45.280</b>	<b>4.320</b>
- dar.: Beihilfe/Nachvers	41	39	2	334	565	-231	757	844	-87
	Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)								
Kernbereich	709,9	718,1	-8,2	712,0	721,2	-9,2	711,0	717,5	-6,5
Personalverstärkung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Ausbildung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
<b>Zusammen</b>	<b>709,9</b>	<b>718,1</b>	<b>-8,2</b>	<b>712,0</b>	<b>721,2</b>	<b>-9,2</b>	<b>711,0</b>	<b>717,5</b>	<b>-6,5</b>
Refinanzierte	115,5	-	-	116,2	-	-	115,8	-	-
Abwesende	38,0	-	-	38,6	-	-	38,3	-	-

Personalstruktur	Jun 2013	2013	2012
	Ist	Planwert	Ist
Bezugsgröße: Kopffzahl der Beschäftigten	%		
Verwaltungspersonalquote	0,0	4,8	0,0
Beschäftigte bis 35 Jahre	5,7	22,5	5,2
Beschäftigte über 55 Jahre	28,5	17,5	29,4
Frauenquote	44,7	50,0	44,4
Teilzeitquote	25,1	35,0	25,9
Schwerbehindertenquote	8,9	6,0	9,3

<b>Produktplan: 68</b> <b>Umwelt, Bau und Verkehr</b>	<b>Controlling 01-06/2013</b> 30.06.2013
Verantwortlich: Senator Dr. Lohse	Seite 1a

## 2. Strategische Leistungsziele/-kennzahlen

Leistungskennzahlen					
Kennzahlen	Berichtszeitraum				2013
	IST	Planwert	IST-Planwert-Abweichung*		Planwert
			abs.	%	
Anzahl beförderter Personen im VBN (Stk.)	71.100.000	69.800.000	1.300.000	1,9	139.600.000
Empfänger Wohngeldzahlungen (Stk.)	6.723	7.740	-1.017	-13,1	7.740
Zu bearbeitende WiN-Anträge bewilligtes Volumen (€)	1.348.614	1.000.000	348.614	34,9	1.750.000
C02-Reduktion durch energiepolitische Breitenförderprogramme (to)	45.859	50.000	-4.141	-8,3	115.000
Car-Sharing-Nutzer/innen pro 10.000 Einwohner im Land Bremen (Stk.)	120,00	130,00	-10,00	-7,7	140,00

<b>Produktplan: 68</b> <b>Umwelt, Bau und Verkehr</b>	<b>Controlling 01-06/13</b> <b>05.08.2013</b>	
<b>Verantwortlich: Senator Dr. Lohse</b>	<b>Version: 86</b>	<b>Seite 2</b>
<p><b>3. Analyse/Bewertung</b></p> <p><b>Konsumtive Einnahmen:</b>  Im unterjährig Ist - Planwertvergleich werden die konsumtiven Einnahmen um rd. EUR 1 Mio. überschritten, was sich vor allem aus den Produktbereich Bau und Stadtentwicklung ergibt, der von der positiven Baukonjunktur profitiert. Im Jahresergebnis wird mit einer Mindereinnahme von rd. EUR 3,1 Mio. bei den Werberechtekonzessionen gerechnet.</p> <p><b>Investive Einnahmen:</b>  Unterjährig werden die investiven Einnahmen um rd. EUR 3,7 Mio. überschritten. Diese zeitliche Verschiebung ohne Auswirkung auf das Jahresergebnis ist bei den Bundesmittel nach dem BremÖPNVG und bei Bundesmitteln für den Generalplan Küstenschutz entstanden.</p> <p><b>Personalausgaben:</b>  Die Personalausgaben werden unterjährig um rd. EUR 1,8 Mio. überschritten. Die Überschreitung ergibt sich überwiegend durch in den Sollzahlen noch nicht berücksichtigte Mittel für die Tariferhöhung und für refinanziertes Personal. Mit einem Beschäftigungsvolumen von 710 liegt die Personalstärke des Produktplans zum Halbjahr 2013 8 Stellen unter den Sollvorgaben. Der Umweltbereich ist strukturell defizitär. In der Jahresplanung wird derzeit wie im Vorjahr eine Überschreitung um TEUR 501 aufgrund von Altersteilzeitausgaben prognostiziert.</p> <p><b>Konsumtive Ausgaben:</b>  Die unterjährige Überschreitung von TEUR 479 ergibt aus allen zugeordneten Produktbereichen. Die Jahresplanung zeigt hier Minderausgaben von rd. EUR 3 Mio., da insbesondere die Ausgaben für Wohngeld nach neuesten Prognosen voraussichtlich nicht in der veranschlagten Höhe anfallen.</p> <p><b>Zins-/ Tilgungsausgaben:</b>  Die Abweichung bei den Zins- und Tilgungsausgaben resultiert aus einer Verschiebung der Auszahlung auf den 01.07.13 (3. Quartal), da der 30.06.13 auf einen Sonntag fiel und Auszahlungen erst an einem Werktag getätigt werden (BGB).</p> <p><b>Investive Ausgaben:</b>  Unterjährig werden die investiven Ausgaben um rd. EUR 1,5 Mio. unterschritten. Diese Unterschreitung beruht unter anderem auf der A281 sowie WiN und Soziale Stadt, die investiv veranschlagt, aber konsumtiv verausgabt werden. In der Jahresplanung wird nach derzeitigem Kenntnisstand das HH-Soll um rd. EUR 10,1 Mio. unterschritten, da übertragene Reste in den Bereichen Stadtumbau/ Städtebauförderung und Soziale Stadt zum Großteil nicht in Anspruch genommen werden und sich in der Produktgruppe des BBN der Umbau des Bremer-Woll-Kämmerei-Geländes verzögert. Im Verkehrsbereich wird pauschal von EUR 2 Mio. Ausgaberesten ausgegangen.</p> <p><b>Relevante Verrechnungen / Erstattungen Ausgaben:</b>  Die Ausgaben für Verrechnungen / Erstattungen liegen unterjährig rd. EUR 1,8 Mio. über dem Planwert, was sich im Wesentlichen durch Zahlungen für das Programm Soziale Stadt, Städtebauförderungsmaßnahmen und WiN an andere Ressorts (Ausgabe als Verrechnung, Veranschlagung investiv) begründet.</p> <p><b>Fazit:</b>  Das Ist liegt nach Abschluss des ersten Halbjahres 2013 um rd. EUR 4,9 Mio. besser als der Plan, da der Saldo Ist rd. EUR -104 Mio. beträgt und der Saldo Plan rd. EUR -108,9 Mio.. Das Jahresergebnis zeigt in der Prognose Mindereinnahmen von rd. EUR 3,1 Mio. und Minderausgaben von rd. EUR 12,6 Mio., die sich insbesondere durch investive Reste ergeben. Bezüglich der Mindereinnahmen sind Gespräche mit SF aufzunehmen, unter Einbezug der Wohngeldreste.</p> <p><b>Finanzierungssaldo:</b>  Nach aktueller Prognose wird der Finanzierungssaldo zum Jahresende um rd. EUR 13,7 Mio. überschritten. Die Überschreitung ergibt sich i.W. aus Personalausgaben (refinanziertes Personal und Kosten Altersteilzeit), konsumtiven Mindereinnahmen (EUR 3,1 Mio. Werberechtekonzessionen), investiven Vorjahres-Resten (EUR 3,2 Mio.) und Einnahmeverfügungsmitteln (Abwasserabgabe und Wasserentnahmegebühr EUR 2,7 Mio.). Hier ist eine genaue Steuerung im zweiten Halbjahr erforderlich.</p>		

Controlling Produktgruppenhaushalt	<b>01 – 06 / 2013</b>
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 20, 01.08.2013

PRODUKTPLAN 71 Wirtschaft	Kurzeinschätzung zur Zielerreichung	
	Nicht erreicht	erreicht
Finanzen	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Personal:	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Leistungen:	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

**Kommentar:****Finanzdaten**

Die EU-Kommission hat mit Schreiben vom 13.06.2013 aufgrund von Mängeln im Verwaltungs- und Kontrollsystem des EFRE-Programms im Land Bremen eine Zahlungsunterbrechung ausgesprochen. Als Folge ist mit Einnahmeausfällen in 2013 i. H. v. 15,274 Mio. Euro zu rechnen. Die eingeplanten EU-Einnahmen werden durch diese zeitliche Verzögerung voraussichtlich erst in den Folgejahren in den bremischen Haushalt eingehen. Mit der Senatorin für Finanzen wurde dieses Problem erörtert. Zur Kompensation der Einnahmeausfälle in 2013 sagte das Ressort Wirtschaft, Arbeit und Häfen die Prüfung eines adäquaten Ausgleichs unter Einbeziehung aller Produktpläne und der Liquidität in den Sondervermögen zu. Es ist beabsichtigt, der Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen sowie dem Haushalts- und Finanzausschuss einen Sonderbericht im November 2013 vorzulegen, weil zu diesem Zeitpunkt auch eine Bewertung der EU-Kommission zu dem Antwortschreiben Bremens erwartet wird.

Die Einnahme von Bremerhaven für die Kostenerstattung i. H. v. 4,0 Mio. Euro ist bereits vollständig erzielt.

Zusätzlich zu den in Puma hinterlegten Personalmehrausgaben erwartet das Ressort weiteren 0,3 Mio. Euro Personalmehrausgaben. Die demzufolge auszugleichenden zusätzlichen Ausgaben betragen danach rd. 1,4 Mio. € und sollen über investive Minderausgaben des Wirtschaftshaushalts ausgeglichen werden. Die dazu erforderliche Zustimmung der Haushalts- und Finanzausschüsse wird vorbereitet.

Das Ressort weist darauf hin, dass die im Verlauf des Haushaltsjahres noch zu erfolgende Auflösung von anteiligen Ressortumlagen noch zu quantifizieren ist, und daher noch nicht im Halbjahrescontrolling berücksichtigt werden konnte.

Folgende Zahlungen von/an andere Ressorts werden erwartet:

- 0,53 Mio. Euro Zahlungen an andere Ressorts im Wege der Verrechnung
- vom Senator für Kultur für das Deutsche Schiffahrtsmuseum in Bremerhaven (0,73 Mio. Euro).
- 2,2 Mio. Euro an die Senatorin für Bildung, Wissenschaft und Gesundheit im Wege der Nachbewilligung für die Projekte MeVis Research (1,8 Mio. Euro) und DFKI (0,4 Mio. Euro)
- Für die Botanika sollen dem Senator für Umwelt, Bau und Verkehr Mittel i. H. v. 0,4 Mio. Euro zur Verfügung gestellt werden.

Weitere Minderausgaben i. H. v. 0,4 Mio. Euro resultieren aus erwarteten Mindereinnahmen.

Controlling Produktgruppenhaushalt	<b>01 – 06 / 2013</b>
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 20, 01.08.2013

Unter Berücksichtigung der Einnahmeausfälle wir das Budget und das Finanzierungsdefizit derzeit nicht eingehalten.

### **Personaldaten**

Im Kernbereich werden unter der Berücksichtigung der vollständigen Abschöpfung der Fluktuation, noch zu zahlender Altersteilzeitrückstellungen und einer noch zu erfolgenden Nachbewilligung zur Kompensation der Mehrausgaben durch den TVL Tarifabschluss und der Anpassung der Beamtenversorgung Mehrausgaben in Höhe von rd. 1,1 Mio. € entstehen. Das Defizit bei den refinanziert Beschäftigten sollte durch noch zu generierende Einnahmeverfügungsmittel bis zum Jahresende ausgeglichen werden.

Ursächlich für die Mehrausgaben ist eine deutliche Überschreitung der jahresdurchschnittlichen Beschäftigungszielzahl um rd. 13 VZE.

Das Ressort beabsichtigt zur Deckung des Defizits Minderausgaben aus dem Investitionshaushalt heranzuziehen, ein Beschluss hierzu wird in der 2. Jahreshälfte herbeigeführt.

Aus Sicht des zentralen Controllings ist es notwendig, die zukünftige Personalplanung entsprechend des Personalkonzeptes restriktiv umzusetzen.

### **Leistungsdaten**

Die Erschließung und Vermarktung von Gewerbeflächen verläuft unter Planwert. Das Ressort erwartet jedoch, dass die Planwerte bis zum Ende des Jahres erreicht werden.

### **Maßnahmen-/Steuerungsvorschlag:**

Zeitnahe Vorlage eines Berichts zur Kompensation der Einnahmeausfälle und die restriktive Umsetzung des Personalkonzeptes bei der zukünftigen Personalplanung.

## **ANLAGE: Produktplan-Bericht**

<b>Produktplan: Wirtschaft</b>	<b>71</b>	<b>Controlling 01-06/13 05.08.2013</b>	
<b>Verantwortlich:</b>	<b>Senator Günthner</b>	<b>Version: 86</b>	<b>Seite 1</b>
<b>Einhaltung Finanzdaten:</b>	<b>Einhaltung Personaldaten:</b>	<b>Einhaltung Leistungsziele in den zugehörigen Produktbereichen:</b>	
			

## 1. Ressourceneinsatz

Kamerale Finanzdaten	Januar - Juni 2013				Jahresplanung 2013				
	Ist	Planwert	Ist-Planwert-Abweichung	HH-Soll	vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag	
	Tsd. EUR		%		Tsd. EUR				
konsumtive Einnahmen	895	516	379	73,5	3.497	4.036	1.864	-2.172	3.495
investive Einnahmen	4.885	4.900	-15	-0,3	18.491	20.435	7.508	-12.927	20.806
relevante Verrech./Erstatt.	60	0	60	0,0	60	203	203	0	0
<b>Gesamteinnahmen</b>	<b>5.840</b>	<b>5.416</b>	<b>424</b>	<b>7,8</b>	<b>22.048</b>	<b>24.674</b>	<b>9.575</b>	<b>-15.099</b>	<b>24.301</b>
Personalausgaben	3.645	2.986	659	22,1	5.962	6.384	7.785	1.401	5.634
konsumtive Ausgaben	11.030	12.600	-1.570	-12,5	31.164	30.441	29.710	-731	30.388
Zinsausgaben	408	800	-392	-49,0	1.663	1.663	1.663	0	1.663
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
investive Ausgaben	19.305	28.610	-9.305	-32,5	97.913	96.347	81.410	-14.937	85.430
relevante Verrech./Erstatt.	24	0	24	0,0	31	530	530	0	0
<b>Gesamtausgaben</b>	<b>34.412</b>	<b>44.996</b>	<b>-10.584</b>	<b>-23,5</b>	<b>136.733</b>	<b>135.365</b>	<b>121.098</b>	<b>-14.267</b>	<b>123.115</b>
<b>Saldo</b>	<b>-28.572</b>	<b>-39.580</b>	<b>11.008</b>	<b>-27,8</b>	<b>-114.685</b>	<b>-110.691</b>	<b>-111.523</b>	<b>-832</b>	<b>-98.815</b>

Verpflichtungsermächtigungen	Abdeckung im Jahr					Budgetrücklagenbestand	Stand des Verlustvotr.
	2013	2014	2015	2016	2017ff		
	Tsd. EUR					Tsd. EUR	
- konsumtiv	12.225	8.595	2.422	1.034	2.075	679	12.246
- investiv	40.699	40.732	22.765	7.123	25.215		
- Zins-/Tilgungsausgaben	13	1.226	705	556	827		

Personaldaten	Juni 2013			kumuliert Januar - Juni 2013			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
	Tsd. EUR								
Kernbereich	448	415	33	2.977	2.499	478	6.075	5.099	976
Personalverstärkung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ausbildung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
<b>Zwischensumme</b>	<b>448</b>	<b>415</b>	<b>33</b>	<b>2.977</b>	<b>2.499</b>	<b>478</b>	<b>6.075</b>	<b>5.099</b>	<b>976</b>
Refinanzierte	97	58	39	591	346	245	1.194	708	486
Nebentitel	9	30	-21	77	141	-64	92	155	-63
<b>Insgesamt</b>	<b>554</b>	<b>503</b>	<b>51</b>	<b>3.645</b>	<b>2.986</b>	<b>659</b>	<b>7.361</b>	<b>5.962</b>	<b>1.399</b>
- dar.: Beihilfe/Nachvers	8	29	-21	69	129	-60	76	136	-60
	Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)								
Kernbereich	100,1	87,0	13,1	100,3	87,5	12,8	100,2	87,0	13,2
Personalverstärkung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Ausbildung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
<b>Zusammen</b>	<b>100,1</b>	<b>87,0</b>	<b>13,1</b>	<b>100,3</b>	<b>87,5</b>	<b>12,8</b>	<b>100,2</b>	<b>87,0</b>	<b>13,2</b>
Refinanzierte	20,0	-	-	20,0	-	-	20,0	-	-
Abwesende	6,4	-	-	7,2	-	-	6,8	-	-

Personalstruktur	Jun 2013	2013	2012
	Ist	Planwert	Ist
Bezugsgröße: Kopffzahl der Beschäftigten	%		
Verwaltungspersonalquote	0,0	4,8	0,0
Beschäftigte bis 35 Jahre	2,8	22,5	6,3
Beschäftigte über 55 Jahre	26,8	17,5	25,7
Frauenquote	54,9	50,0	54,9
Teilzeitquote	30,3	35,0	29,9
Schwerbehindertenquote	6,5	6,0	9,2

<b>Produktplan: Wirtschaft</b>	<b>71</b>	<b>Controlling 01-06/13 05.08.2013</b>	
<b>Verantwortlich:</b>	<b>Senator Günthner</b>	<b>Version: 86</b>	<b>Seite 2</b>
<b>3. Analyse/Bewertung</b>			
Ist-Planabweichungen:			
<p>Die für den Berichtszeitraum ausgewiesenen Ist-Planwertabweichungen ergeben sich aus unterjährigen Veränderungen gegenüber den Anschlägen (die Planwerte werden nur aus den Anschlägen entwickelt und berücksichtigen solche Veränderungen nicht). Die nachstehenden Erläuterungen beziehen sich jeweils auf die Jahresplanung.</p>			
Konsumtive und investive Einnahmen:			
<p>Neben den Einnahmen zum EU-Programm EFRE für den Bereich Wirtschaft wurden auch die Einnahmen für andere Ressorts nach Vorgabe der EU zentral im Bereich 71.01 veranschlagt. Entstehende Mehr- oder Mindereinnahmen bei dem EU-Programm werden im Haushalt des Bereiches Wirtschaft bzw. den Haushalten der anderen Ressorts im Rahmen des Jahresabschlusses als Rücklage oder Verlustvortrag gebucht.</p> <p>Die EU-Kommission hat mit Schreiben vom 13.06.2013 aufgrund von Mängeln im Verwaltungs- und Kontrollsystem des EFRE-Programms im Land Bremen eine Zahlungsunterbrechung ausgesprochen. Als Folge ist mit Einnahmeausfällen in 2013 i.H.v. 15,274 Mio. Euro zu rechnen. Ein bereits im Dezember 2012 gestellter Zahlungsantrag i.H.v. 13,3 Mio. Euro wurde von der EU-Kommission vor diesem Hintergrund noch nicht ausgezahlt. In einem Antwortschreiben des Wirtschaftsressorts bis Mitte August kann u.a. mitgeteilt werden, dass die ausstehenden Prüfungen 2012 abgeschlossen werden konnten und dass im Weiteren organisatorische Maßnahmen eingeleitet werden, die die Mängel abstellen und im weiteren Programmablauf nicht wieder auftreten lassen. Vor diesem Hintergrund sind für das Gesamtprogramm keine Auswirkungen zu erwarten, und letztlich werden die eingeplanten EU-Einnahmen vollständig erzielt werden können. Allerdings werden die EU-Einnahmen durch diese zeitliche Verzögerung voraussichtlich erst in den Folgejahren in den bremischen Haushalt eingehen. Mit der Senatorin für Finanzen wurde dieses Problem erörtert. Zur Kompensation der Einnahmeausfälle in 2013 sagte das Ressort Wirtschaft, Arbeit und Häfen die Prüfung eines adäquaten Ausgleichs unter Einbeziehung aller Produktpläne und der Liquidität in den Sondervermögen zu. Es ist beabsichtigt, der Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen sowie dem Haushalts- und Finanzausschuss einen Sonderbericht im November 2013 vorzulegen, weil zu diesem Zeitpunkt auch eine Bewertung der EU-Kommission zu dem Antwortschreiben Bremens erwartet wird.</p> <p>Bei dem EU-Programm Ziel-2 sind aufgrund einer Restzahlung Mehreinnahmen i. H. v. 0,18 Mio. Euro eingegangen.</p> <p>Die Einnahme von Bremerhaven für die Kostenerstattung i.H.v. 4,0 Mio. Euro ist bereits vollständig erzielt.</p>			
Personalausgaben:			
<p>In der Hochrechnung des Ressorts wird bis zum Jahresende mit Mehrausgaben für den Kernbereich i.H.v. 1,4 Mio. Euro gerechnet, weil die vorgesehenen Stelleneinsparungen aufgrund zu geringer Fluktuation voraussichtlich nicht erbracht werden können. Der Ausgleich der Mehrausgaben soll durch Minderausgaben bei den Investitionsmitteln erfolgen. Der erforderliche Haushaltsbeschluss wird in der zweiten Jahreshälfte herbeigeführt.</p>			
Konsumtive und investive Ausgaben:			
<p>Die Differenz zwischen dem voraussichtlichen Soll und dem voraussichtlichen Ist ergibt sich aus der Begrenzung der Ausgaben auf den Finanzierungssaldo.</p>			
Verrechnungen:			
<p>Bei Projekten mit einer Gemeinschaftsfinanzierung durch mehrere Ressorts werden die benötigten Mittel zu Lasten der Ausgabeanschlätze als Verrechnung gebucht. Dies kann bei der Aufstellung der Haushalte grundsätzlich nicht berücksichtigt werden.</p>			
Produktplanbezogener Finanzierungssaldo:			
<p>Der negative Finanzierungssaldo i. H. v. 98,8 Mio. Euro wird zum Jahresende aus haushaltstechnischen Gründen voraussichtlich im Umfang von insgesamt 2,5 Mio. Euro unterschritten. Dieser Betrag setzt sich aus den nachfolgenden Mehr- und Minderausgaben zusammen:</p>			

<b>Produktplan: Wirtschaft</b>	<b>71</b>	<b>Controlling 01-06/13 05.08.2013</b>	
<b>Verantwortlich:</b>	<b>Senator Günthner</b>	<b>Version: 86</b>	<b>Seite 3</b>
<p>In Höhe von voraussichtlich insgesamt 2,5 Mio. Euro sollen Ausgaben über den Finanzierungssaldo hinaus geleistet werden.</p> <p>Es handelt sich um Mehrausgaben aus Mitteln, die das Wirtschaftsressort vom Senator für Kultur für das Deutsche Schiffahrtsmuseum in Bremerhaven erhält (0,73 Mio. Euro). Aus der Vereinnahmung von Mehreinnahmen sollen Mehrausgaben i. H. v. voraussichtlich 0,72 Mio. Euro, insbesondere für die BID-Innovationsbereiche, getätigt werden. Personalmehrausgaben i.H.v. 0,8 Mio. Euro werden durch Drittmittel ausgeglichen. Weitere Ausgaben im Umfang von 0,2 Mio. Euro sollen aufgrund von Minderausgaben bei anderen Ressorts geleistet werden.</p> <p>Die Mindereinnahmen bei dem EU-Programm EFRE 2007-2013 i.H. v. insgesamt 15,3 Mio. Euro für den Bereich Wirtschaft und die anderen beteiligten Ressorts sind bei den kameralen Daten berücksichtigt und führen momentan ebenfalls zu einer Überschreitung des Finanzierungssaldos. Bis zum Jahresende wird dafür ein Ausgleich geschaffen.</p> <p>Die Minderausgaben, zusammengefasst 4,9 Mio. Euro, resultieren im Umfang von rd. 0,53 Mio. Euro aus Zahlungen an andere Ressorts, die im Wege der Verrechnung geleistet werden sollen. In Höhe von 1,4 Mio. Euro stehen konsumtive Mittel i.S. Citytax aufgrund des Urteils des Bundesverwaltungsgerichts nicht zur Verfügung. Weiterhin ist die Unterschreitung i. H. v. 2,2 Mio. Euro darauf zurückzuführen, dass der Senatorin für Bildung, Wissenschaft und Gesundheit im Wege der Nachbewilligung Mittel für die Projekte MeVis Research (1,8 Mio. Euro) und DFKI (0,4 Mio. Euro) bereitgestellt werden sollen. Für die Botanika sollen dem Senator für Umwelt, Bau und Verkehr Mittel i.H.v. 0,4 Mio. Euro zur Verfügung gestellt werden. Weitere Minderausgaben i.H.v. 0,4 Mio. Euro resultieren aus erwarteten Mindereinnahmen sowie mehreren geplanten Einsparungen für andere Ressorts.</p> <p>Im Verlaufe des weiteren Haushaltsjahres wird der Finanzierungssaldo aus folgenden Gründen noch weiter unterschritten:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Auflösung einer bei der Senatorin für Finanzen veranschlagten investiven Minderausgabe i.H.v. 5,381 Mio. Euro,</li> <li>2. Auflösung einer Umlage für den Kommunalen Klinikverbund Gesundheit Nord (GeNo Bremen), Finanzierung von Optimierungsmaßnahmen - Senat 18.06.2013 i.H.v. 12 Mio. Euro,</li> <li>3. Auflösung einer Umlage für GeNo Bremen, Finanzierung von Planungskosten Klinikum Bremen-Ost - Senat 18.06.2013 i.H.v. 3 Mio. Euro.</li> </ol> <p>Die jeweiligen genauen Ressortanteile werden von der Senatorin für Finanzen noch ermittelt und schließlich dem Haushalts- und Finanzausschuss zur Befassung vorgelegt. Die erforderlichen Haushaltsbeschlüsse werden im 2. Halbjahr 2013 herbeigeführt, sind daher noch nicht im Controllingssystem des Produktgruppenhaushalts erfasst. Im Hinblick auf diese Umschichtungen wird das Ressort diese investiven Bedarfe durch geeignete Umsteuerungsmaßnahmen auffangen.</p> <p><b>Verlustvortrag:</b></p> <p>Der Verlustvortrag hat sich in den Vorjahren aus nicht realisierten Einnahmen bei den EU-Einnahmen ergeben. Ein Ausgleich erfolgt im Rahmen der Programmlaufzeit.</p>			

Controlling Produktgruppenhaushalt	<b>01 – 06 / 2013</b>
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 20, 01.08.2013

<b>PRODUKTPLAN 81</b> <b>Häfen</b>	<b>Kurzeinschätzung zur Zielerreichung</b>		
		Nicht erreicht	erreicht
	<b>Finanzen</b>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
	<b>Personal:</b>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	<b>Leistungen:</b>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
<b>Kommentar:</b>			
<p><b><u>Finanzdaten</u></b>  Das Budget des Produktplans Häfen wird voraussichtlich eingehalten. Es werden Personalmehrausgaben i. H. v. 0,59 Mio. € erwartet, die über investive Minderausgaben im Häfenhaushalt ausgeglichen werden sollen. Die dazu erforderliche Zustimmung der Haushalts- und Finanzausschüsse wird vorbereitet.  Der produktplanbezogene Finanzierungssaldo wird bis zum Jahresende nicht eingehalten. Das Ressort beabsichtigt die in Höhe von rd. 0,36 Mio. € erwartete Überschreitung - größtenteils hervorgerufen durch weitere Personalmehrausgaben - aus erwarteten Drittmitteln (0,32 Mio. €) sowie aus Minderausgaben des Produktplans 71 auszugleichen. Das Ressort weist darauf hin, dass die im Verlauf des Haushaltsjahres noch zu erfolgende Auflösung von anteiligen Ressortumlagen noch zu quantifizieren ist, und daher noch nicht im Halbjahrescontrolling berücksichtigt werden konnte.</p> <p><b><u>Personaldaten</u></b>  Im Kernbereich werden unter der Berücksichtigung der vollständigen Abschöpfung der Fluktuation, noch zu zahlender Altersteilzeitrückstellungen und einer noch zu erfolgenden Nachbewilligung zur Kompensation der Mehrausgaben durch den TVL Tarifabschluss und der Anpassung der Beamtenversorgung Mehrausgaben in Höhe von rd. 0,59 Mio. € entstehen. Das Defizit bei den refinanziert Beschäftigten sollte durch noch zu generierende Einnahmeverfügungsmittel bis zum Jahresende ausgeglichen werden.  Ursächlich für die Mehrausgaben ist eine deutliche Überschreitung der jahresdurchschnittlichen Beschäftigungszielzahl um rd. 6 VZE.  Das Ressort beabsichtigt zur Deckung des Defizits Minderausgaben aus dem Investitionshaushalt heranzuziehen, ein Beschluss hierzu wird in der 2. Jahreshälfte herbeigeführt.  Aus Sicht des zentralen Controllings ist es notwendig, die zukünftige Personalplanung entsprechend des Personalkonzeptes restriktiv umzusetzen.</p> <p><b><u>Leistungsdaten</u></b>  Der Planwert zum Hafenumschlag in Bremen und Bremerhaven konnte nach Aussage des Ressorts konjunkturbedingt nicht erreicht werden. Demgegenüber wurden die Erwartungen bei den Einnahmen aus Raumgebühren übertroffen. Diese Einnahmen, die direkt von bremenports erhoben werden, liegen rd. 14 v. H. über dem Planwert.</p>			
<b>Maßnahmen-/Steuerungsvorschlag:</b>			
Die zukünftige Personalplanung ist entsprechend des Personalkonzeptes restriktiv umzusetzen.			

<b>Produktplan: Häfen</b>	<b>81</b>	<b>Controlling 01-06/13 05.08.2013</b>	
<b>Verantwortlich:</b>	<b>Senator Günthner</b>	<b>Version: 86</b>	<b>Seite 1</b>
<b>Einhaltung Finanzdaten:</b>	<b>Einhaltung Personaldaten:</b>	<b>Einhaltung Leistungsziele in den zugehörigen Produktbereichen:</b>	
			

## 1. Ressourceneinsatz

Kamerale Finanzdaten	Januar - Juni 2013					Jahresplanung 2013			
	Ist	Planwert	Ist-Planwert-Abweichung	HH-Soll		vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag
	Tsd. EUR		%		Tsd. EUR				
konsumtive Einnahmen	838	810	28	3,5	1.068	2.257	2.222	-35	2.257
investive Einnahmen	7.000	5.600	1.400	25,0	10.737	10.737	10.737	0	10.737
relevante Verrech./Erstatt.	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
<b>Gesamteinnahmen</b>	<b>7.838</b>	<b>6.410</b>	<b>1.428</b>	<b>22,3</b>	<b>11.805</b>	<b>12.994</b>	<b>12.959</b>	<b>-35</b>	<b>12.994</b>
Personalausgaben	3.760	3.087	673	21,8	6.393	7.162	7.752	590	6.834
konsumtive Ausgaben	15.986	14.150	1.836	13,0	31.671	32.296	31.417	-879	31.408
Zinsausgaben	15.101	11.100	4.001	36,0	27.771	27.771	27.771	0	27.771
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
investive Ausgaben	38.972	31.317	7.655	24,4	82.858	82.162	77.782	-4.380	78.380
relevante Verrech./Erstatt.	36	19	17	86,9	36	36	36	0	19
<b>Gesamtausgaben</b>	<b>73.855</b>	<b>59.673</b>	<b>14.182</b>	<b>23,8</b>	<b>148.728</b>	<b>149.427</b>	<b>144.758</b>	<b>-4.669</b>	<b>144.412</b>
<b>Saldo</b>	<b>-66.016</b>	<b>-53.263</b>	<b>-12.753</b>	<b>23,9</b>	<b>-136.922</b>	<b>-136.433</b>	<b>-131.799</b>	<b>4.634</b>	<b>-131.418</b>

Verpflichtungs- ermächtigungen	Abdeckung im Jahr					Budgetrück- lagenbestand	Stand des Verlustvorr.
	2013	2014	2015	2016	2017ff		
	Tsd. EUR					Tsd. EUR	
- konsumtiv	25	0	0	0	0	2.463	0
- investiv	37.845	74.317	65.691	50.248	505.096		
- Zins-/Tilgungsausgaben	0	16.940	16.219	15.387	83.661		

Personaldaten	Juni 2013			kumuliert Januar - Juni 2013			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
	Tsd. EUR								
Kernbereich	510	471	39	3.143	2.838	305	6.413	5.887	526
Personalverstärkung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ausbildung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
<b>Zwischensumme</b>	<b>510</b>	<b>471</b>	<b>39</b>	<b>3.143</b>	<b>2.838</b>	<b>305</b>	<b>6.413</b>	<b>5.887</b>	<b>526</b>
Refinanzierte	23	22	1	309	131	178	620	284	336
Nebentitel	46	14	32	308	118	190	655	222	433
<b>Insgesamt</b>	<b>579</b>	<b>507</b>	<b>72</b>	<b>3.760</b>	<b>3.087</b>	<b>673</b>	<b>7.688</b>	<b>6.393</b>	<b>1.295</b>
- dar.: Beihilfe/Nachvers	9	14	-5	78	118	-40	194	210	-16
	Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)								
Kernbereich	109,6	104,5	5,1	111,1	105,0	6,1	110,4	104,3	6,1
Personalverstärkung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Ausbildung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
<b>Zusammen</b>	<b>109,6</b>	<b>104,5</b>	<b>5,1</b>	<b>111,1</b>	<b>105,0</b>	<b>6,1</b>	<b>110,4</b>	<b>104,3</b>	<b>6,1</b>
Refinanzierte	9,9	-	-	10,3	-	-	10,1	-	-
Abwesende	2,0	-	-	2,3	-	-	2,2	-	-

Personalstruktur	Jun 2013	2013	2012
	Ist	Planwert	Ist
Bezugsgröße: Kopffzahl der Beschäftigten	%		
Verwaltungspersonalquote	0,0	4,8	0,0
Beschäftigte bis 35 Jahre	6,2	22,5	6,7
Beschäftigte über 55 Jahre	34,1	17,5	31,1
Frauenquote	21,7	50,0	22,2
Teilzeitquote	15,5	35,0	14,1
Schwerbehindertenquote	10,3	6,0	9,1

<b>Produktplan: Häfen</b>	<b>81</b>	<b>Controlling 01-06/13 05.08.2013</b>	
<b>Verantwortlich:</b>	<b>Senator Günthner</b>	<b>Version: 86</b>	<b>Seite 2</b>
<b>3. Analyse/Bewertung</b>			
Ist-Planabweichungen:			
<p>Die für den Berichtszeitraum ausgewiesenen Ist-Planwertabweichungen ergeben sich aus unterjährigen Veränderungen gegenüber den Anschlägen (die Planwerte werden nur aus den Anschlägen entwickelt und berücksichtigen solche Veränderungen nicht). Die nachstehenden Erläuterungen beziehen sich jeweils auf die Jahresplanung.</p>			
Personalausgaben:			
<p>In der Hochrechnung des Ressorts wird bis zum Jahresende mit Mehrausgaben für den Kernbereich i. H. v. 0,6 Mio. Euro gerechnet, weil die vorgesehenen Stelleneinsparungen aufgrund zu geringer Fluktuation voraussichtlich nicht erbracht werden können. Der Ausgleich der Mehrausgaben soll durch Minderausgaben bei den Investitionsmitteln erfolgen. Der erforderliche Haushaltsbeschluss wird in der zweiten Jahreshälfte herbeigeführt.</p>			
Konsumtive und investive Ausgaben:			
<p>Die Differenz zwischen dem voraussichtlichen Soll und dem voraussichtlichen Ist ergibt sich aus der Begrenzung der Ausgaben auf den Finanzierungssaldo.</p>			
Produktplanbezogener Finanzierungssaldo:			
<p>Der negative Finanzierungssaldo i. H. v. 131,4 Mio. Euro wird zum Jahresende voraussichtlich im Umfang von insgesamt 0,36 Mio. Euro überschritten. Dieser Betrag setzt sich aus den nachfolgenden Mehr- und Minderausgaben zusammen:</p>			
<p>In Höhe von 0,38 Mio. Euro sollen Ausgaben über den Finanzierungssaldo hinaus geleistet werden, davon 0,32 Mio. Euro für Personalmehrausgaben, finanziert aus Drittmitteln. Weitere Ausgaben i.H.v. 0,06 Mio. Euro werden insbesondere durch Minderausgaben im Produktplan 71 ausgeglichen. Die Minderausgaben, 0,02 Mio. Euro, resultieren aus Zahlungen an andere Ressorts, die im Wege der Verrechnung geleistet werden.</p>			
<p>Im Verlaufe des weiteren Haushaltsjahres wird der Finanzierungssaldo aus folgenden Gründen unterschritten:</p>			
<ol style="list-style-type: none"> <li>1. Auflösung einer bei der Senatorin für Finanzen veranschlagten investiven Minderausgabe i.H.v. 5,381 Mio. Euro,</li> <li>2. Auflösung einer Umlage für den Kommunalen Klinikverbund Gesundheit Nord (GeNo Bremen), Finanzierung von Optimierungsmaßnahmen - Senat 18.06.2013 i.H.v. 12 Mio. Euro,</li> <li>3. Auflösung einer Umlage für GeNo Bremen, Finanzierung von Planungskosten Klinikum Bremen-Ost - Senat 18.06.2013 i.H.v. 3 Mio. Euro.</li> </ol>			
<p>Die jeweiligen genauen Ressortanteile werden von der Senatorin für Finanzen noch ermittelt und schließlich dem Haushalts- und Finanzausschuss zur Befassung vorgelegt. Die erforderlichen Haushaltsbeschlüsse werden im 2. Halbjahr 2013 herbeigeführt, sind daher noch nicht im Controllingssystem des Produktgruppenhaushalts erfasst. Im Hinblick auf diese Umschichtungen wird das Ressort diese investiven Bedarfe durch geeignete Umsteuerungsmaßnahmen auffangen.</p>			

Controlling Produktgruppenhaushalt	<b>01 – 06 / 2013</b>
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 21, 01.08.2013

<b>PRODUKTPLAN 91</b> <b>Finanzen/Personal</b>	<b>Kurzeinschätzung zur Zielerreichung</b>		
		Nicht erreicht	erreicht
	<b>Finanzen</b>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
	<b>Personal:</b>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
	<b>Leistungen:</b>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
<b>Kommentar:</b>			
<p><b><u>Finanzdaten</u></b>  Der PPL 91 wird sein Budget einhalten bzw. nach gegenwärtigem Stand um rd. 3,1 Mio. € unterschreiten, wobei die Budgetunterschreitung hauptsächlich bei den Personalausgaben zu verzeichnen sein wird.  Zu Lasten des PPL 91 besteht im PPL 96 ein finanzielles Risiko i. H. v. 1,287 Mio. € (VE-Abdeckung) bei den an Dataport zu zahlenden Entgelten für IT-Verfahren im Steuerbereich.  Der veranschlagte produktplanbezogene Finanzierungssaldo (75,7 Mio. €) hat sich nach diversen Mittelverlagerungen auf aktuell 80,9 Mio. € erhöht und wird voraussichtlich eingehalten.</p> <p><b><u>Personaldaten</u></b>  Die Personalausgaben und Zielzahlen werden eingehalten.</p> <p><b><u>Leistungsdaten</u></b>  Die Leistungsziele wurden nur eingeschränkt erreicht.</p>			
<b>Maßnahmen-/Steuerungsvorschlag:</b>			
Es besteht kein aktueller Handlungsbedarf.			

**ANLAGE: Produktplan-Bericht**

Produktplan: 91 Finanzen / Personal						Controlling 01-06/13 05.08.2013				
Verantwortlich: Senatorin Linnert						Version: 86		Seite 1		
Einhaltung Finanzdaten:			Einhaltung Personaldaten:			Einhaltung Leistungsziele in den zugehörigen Produktbereichen:				
										
<b>1. Ressourceneinsatz</b>										
Kamerale Finanzdaten	Januar - Juni 2013					Jahresplanung 2013				
	Ist	Planwert	Ist-Planwert-Abweichung		HH-Soll	vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag	
	Tsd. EUR		%			Tsd. EUR				
konsumtive Einnahmen	8.823	5.458	3.365	61,7	10.135	16.342	17.029	687	10.061	
investive Einnahmen	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0	
relevante Verrech./Erstatt.	4	0	4	0,0	4	0	0	0	0	
<b>Gesamteinnahmen</b>	<b>8.828</b>	<b>5.458</b>	<b>3.370</b>	<b>61,7</b>	<b>10.139</b>	<b>16.342</b>	<b>17.029</b>	<b>687</b>	<b>10.061</b>	
Personalausgaben	36.049	38.446	-2.397	-6,2	76.493	75.833	73.290	-2.543	69.563	
konsumtive Ausgaben	10.803	9.015	1.788	19,8	16.802	20.077	20.329	252	15.676	
Zinsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0	
investive Ausgaben	182	203	-21	-10,4	560	560	400	-160	480	
relevante Verrech./Erstatt.	75	5	70	1.392,0	50	75	75	0	6	
<b>Gesamtausgaben</b>	<b>47.108</b>	<b>47.669</b>	<b>-561</b>	<b>-1,2</b>	<b>93.905</b>	<b>96.545</b>	<b>94.094</b>	<b>-2.451</b>	<b>85.725</b>	
<b>Saldo</b>	<b>-38.281</b>	<b>-42.211</b>	<b>3.930</b>	<b>-9,3</b>	<b>-83.766</b>	<b>-80.203</b>	<b>-77.065</b>	<b>3.138</b>	<b>-75.664</b>	
<b>Verpflichtungs- ermächtigungen</b>	Abdeckung im Jahr					Budgetrück- lagenbestand	Stand des Verlustvorr.			
	2013	2014	2015	2016	2017ff			Tsd. EUR		
	Tsd. EUR						Tsd. EUR			
	- konsumtiv	0	0	0	0	0	3.509	0		
	- investiv	109	83	83	83	581				
- Zins-/Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0					
<b>Personaldaten</b>	Juni 2013			kumuliert Januar - Juni 2013			voraussichtl. Jahresergebnis			
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	
Tsd. EUR										
Kernbereich	4.376	4.520	-144	26.672	27.236	-564	54.484	55.233	-749	
Personalverstärkung	5	5	0	32	28	4	67	59	8	
Ausbildung	769	987	-218	4.803	5.949	-1.146	9.814	11.297	-1.483	
<b>Zwischensumme</b>	<b>5.150</b>	<b>5.512</b>	<b>-362</b>	<b>31.507</b>	<b>33.213</b>	<b>-1.706</b>	<b>64.365</b>	<b>66.589</b>	<b>-2.224</b>	
Refinanzierte	468	522	-54	2.814	3.132	-318	5.750	6.350	-600	
Nebentitel	275	292	-17	1.727	2.101	-374	3.176	3.555	-379	
<b>Insgesamt</b>	<b>5.893</b>	<b>6.326</b>	<b>-433</b>	<b>36.048</b>	<b>38.446</b>	<b>-2.398</b>	<b>73.291</b>	<b>76.494</b>	<b>-3.203</b>	
- dar.: Beihilfe/Nachvers	221	202	19	1.413	1.714	-301	2.489	2.750	-261	
Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)										
Kernbereich	1.162,8	1.190,7	-27,9	1.172,3	1.195,8	-23,5	1.167,6	1.190,0	-22,4	
Personalverstärkung	1,0	1,0	0,0	1,0	1,0	0,0	1,0	1,0	0,0	
Ausbildung	669,4	769,1	-99,7	676,0	745,8	-69,8	672,7	845,2	-172,5	
<b>Zusammen</b>	<b>1.833,2</b>	<b>1.960,8</b>	<b>-127,6</b>	<b>1.849,3</b>	<b>1.942,6</b>	<b>-93,3</b>	<b>1.841,3</b>	<b>2.036,2</b>	<b>-194,9</b>	
Refinanzierte	108,6	-	-	109,4	-	-	109,0	-	-	
Abwesende	68,8	-	-	66,4	-	-	67,6	-	-	
<b>Personalstruktur</b>	Jun 2013	2013	2012							
	Ist	Planwert	Ist	%						
Bezugsgröße: Kopffzahl der Beschäftigten										
Verwaltungspersonalquote	0,0	4,8	0,0							
Beschäftigte bis 35 Jahre	9,3	22,5	9,0							
Beschäftigte über 55 Jahre	32,8	17,5	31,3							
Frauenquote	54,4	50,0	54,3							
Teilzeitquote	30,8	35,0	30,9							
Schwerbehindertenquote	10,2	6,0	12,5							

<b>Produktplan: 91</b>	<b>Controlling 01-06/2013</b>
<b>Finanzen / Personal</b>	30.07.2013
Verantwortlich: Frau Senatorin Linnert	Seite 1a

## 2. Strategische Leistungsziele/-kennzahlen

### A. (nicht durch Kennzahlen abgebildete) strategische Leistungsziele

#### Vorausschauende Planung über den gesamten Konsolidierungszeitraum bis 2020

##### Sachstand/Analyse/Bewertung

Die Einhaltung des Konsolidierungspfades bis 2020 erfordert jährliche Abbauschritte des strukturellen Finanzierungssaldos in Höhe von 125 Mio. € (bezogen auf den Stadtstaat Bremen).

Nach den bisherigen Ist-Ergebnissen, dem aktuellen Haushaltsanschlag sowie den Finanzplan-Ansätzen werden die zulässigen Obergrenzen der haushaltmäßigen Nettokreditaufnahme bis 2017 eingehalten; allerdings verringern sich die rechnerischen (Sicherheits-) Abstände zum zulässigen strukturellen Defizit im Planungszeitraum bis 2017 deutlich. Trotz relativ optimistischer Annahmen zur Steuerentwicklung und weiterhin entlastender Zinseffekte stehen am Ende der aktuellen Finanzplanperiode (2017) praktisch keinerlei Spielräume zur Kompensation rahmenverschlechternder Einflüsse zur Verfügung. Trotz anhaltend restriktiver Ausgabenplanung und optimistischer Einnahmeerwartungen werden spätestens mit der Aufstellung der Haushalte 2016 / 2017 zusätzliche Sanierungsanstrengungen (des Stadtstaates) dringend erforderlich.

#### Sicherstellung der Personalhaushalte

##### Sachstand/Analyse/Bewertung

Die Einhaltung der Personalhaushalte wird über das Produktbereichscontrolling sichergestellt. Dabei werden die Resorts auf Risiken hingewiesen und ggf. Maßnahmen eingeleitet.

### B. Leistungskennzahlen

Kennzahlen	IST (Tsd. EUR)	Planwert (Tsd. EUR)	IST-Planwert-Abweichung*		Planwert (Tsd. EUR)
			abs. (Tsd. EUR)	%	
Finanzierungssaldo** [Tsd. €]	-426.765	-417.354	-9.411	2,3%	-711.587
Zinsausgabenanschläge [Tsd. €]	372.330	386.000	-13.670	-3,5%	644.400
Durchschnittliche Verzinsung Schuldenstand* **** [%]			0		
Steuerklärungs-Eingang Est-Vorjahr * [%]	41,9%	42,0%	-0,10	-0,2%	77,00%
Veranlagungsstand Est-Vorjahr * *** [%]	18,7%	25,0%	-6,30	-25,2%	68,00%
			0		
			0		
			0		
			0		
			0		

\* bei Einheit "%" in Prozentpunkten \*\*bereinigt um die Konsolidierungshilfen \*\*\* Erläuterung siehe Planblatt Seite 2 \*\*\*\*Auswertung nach Jahresabschluss

<b>Produktplan:</b> 91 <b>Finanzen / Personal</b>	<b>Controlling 01-06/13</b> <b>05.08.2013</b>	
<b>Verantwortlich:</b> Senatorin Linnert	<b>Version: 86</b>	<b>Seite 2</b>
<p><b>3. Analyse/Bewertung</b></p> <p>3.1 Kamerale Finanzdaten  Zum Jahresende ist mit Mehreinnahmen von rd. 687 T Euro zu rechnen, die zum Teil zur Deckung zwingend notwendiger Mehrausgaben bei den konsumtiven Sachausgaben herangezogen werden müssen. Die zur Verfügung stehenden investiven Ausgabemittel werden voraussichtlich ausreichen, um zwingend notwendige Maßnahmen zu finanzieren.</p> <p>3.2 Personaldaten  Nach dem Controlling-Bericht wird zum Jahresende die Personalzielzahl für den Kernbereich (ohne Ausbildung) um voraussichtlich 22,4 Vollzeitkräfte (VK) unterschritten.</p> <p>3.3) Einhaltung des produktplanbezogenen Finanzierungssaldos 2013  Der Finanzierungssaldo für den PPL 91 ist nach diversen Mittelverlagerungen von 75,7 Mio Euro auf 81,0 Mio Euro erhöht worden und wird voraussichtlich eingehalten.</p> <p>Ein finanzielles Gesamtrisiko von 1.287 T Euro besteht im PPL 96 zu Lasten des PPL 91 bei den an Dataport zu zahlenden Entgelten für die IT-Verfahren im Steuerbereich.</p> <p>Zum Halbjahr fiel das Finanzierungsdefizit mit 427 Mio. Euro um 9 Mio. Euro höher als geplant aus. Die Abweichung resultiert aus rd. 7 Mio. Euro Mindereinnahmen und etwa 2 Mio. Euro Mehrausgaben gegenüber den - für den Zeitpunkt des Controllings rechnerisch ermittelten - Planwerten. Unterjährige Differenzen zur Saisonfigur der Planwerte sind in der Regel das Resultat einer Vielzahl von Einzelabweichungen (aktuell u. a. auch Mindereinnahmen beim LFA und der Umsatzsteuer), die in dieser Größenordnung allein schon aufgrund von Verschiebungen bei den Zahlungsterminen üblich sind und noch keine verlässlichen Rückschlüsse auf das Jahresergebnis zulassen.</p> <p>Bei den Zinsausgaben wird das vereinbarte Haushaltssoll zum Ende des Jahres mit hoher Sicherheit eingehalten. Über die weitere Entwicklung wird die Senatorin für Finanzen dem Haushalts- und Finanzausschuss berichten.</p> <p>Das strategische Ziel einer zeitnahen Erhebung der Steuer wurde hinsichtlich der KöSt für den VZ 2011 weitgehend, hinsichtlich der Einkommensteuer jedoch nur eingeschränkt erreicht. Ebenso wurden andere Ziele (u.a. Sicherstellung und Verbesserung der Einnahmesituation) nur eingeschränkt erreicht.</p>		

Controlling Produktgruppenhaushalt	<b>01 – 06 / 2013</b>
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 21, 01.08.2013

<b>PRODUKTPLAN 92</b> <b>Allgemeine Finanzen</b>	<b>Kurzeinschätzung zur Zielerreichung</b>	
		Nicht erreicht erreicht
<b>Finanzen</b>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
<b>Personal:</b>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
<b>Leistungen:</b>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
<b>Kommentar:</b>		
<p><b><u>Finanzdaten</u></b></p> <p>Der PPL 92 wird sein Budget einhalten bzw. nach gegenwärtigem Stand um rd. 12,8 Mio. € unterschreiten. In diesem Betrag sind die aus 2012 übertragenen Rücklagen und Ausgabereste (zusammen rd. 11,6 Mio. €) rechnerisch enthalten.</p> <p>Der veranschlagte produktplanbezogene Finanzierungssaldo (-414.791 Tsd. €) wird nach dem voraussichtlichen Ist zum Jahresende 2013 um 35.091 Tsd. € überschritten. Unter Berücksichtigung insbesondere</p> <p>a) der mit der Dezentralisierung global/zentral veranschlagter Personalausgaben und Personalkostenzuschüsse einhergehenden Verlagerung entsprechender Liquidität zu Gunsten anderer Produktpläne</p> <p>b) der beabsichtigten Nachbewilligung von Minderausgaben bei den dezentral veranschlagten Beihilfen, Nachversicherungen und Ausbildungsmitteln zu Gunsten des PPL 92</p> <p>c) der vom PPL 68 „Umwelt, Bau und Verkehr“ in Höhe des Verlustes der BSAG für den Verlustausgleich der BVG mbH zur Verfügung zu stellenden Liquidität</p> <p>d) sonstiger produktplanübergreifender Mittelverlagerungen (+/-)</p> <p>wird der PPL 92 den für ihn zulässigen Finanzierungssaldo jedoch voraussichtlich einhalten.</p> <p><b><u>Personaldaten</u></b></p> <p>Bei den Personalausgaben werden Minderausgaben in Höhe von rd. 3,2 Mio. € ausgewiesen. Bereinigt um die im Haushaltssoll enthaltenen Reste werden sich Mehrausgaben in Höhe von rd. 4,1 Mio. € ergeben.</p> <p>Das Ressort plant, das Defizit durch Minderausgaben bei den dezentral veranschlagten Mitteln für Beihilfe / Nachversicherung sowie durch Minderausgaben im Produktbereich 92.03 auszugleichen.</p> <p><b><u>Leistungsdaten</u></b></p> <p>Es gibt derzeit keine Anzeichen, dass Leistungsziele nicht erfüllt werden.</p>		
<b>Maßnahmen-/Steuerungsvorschlag:</b>		
Es besteht kein aktueller Handlungsbedarf.		

**ANLAGE: Produktplan-Bericht**

<b>Produktplan:</b> <b>Allgemeine Finanzen</b>	<b>92</b>	<b>Controlling 01-06/13</b> <b>12.08.2013</b>		
<b>Verantwortlich:</b>	<b>Lühr</b>	<b>Version: 86</b>	<b>Seite 1</b>	
<b>Einhaltung Finanzdaten:</b>	<b>Einhaltung Personaldaten:</b>	<b>Einhaltung Leistungsziele in den zugehörigen Produktbereichen:</b>		
				

**1. Ressourceneinsatz**

<b>Kamerale Finanzdaten</b>	<b>Januar - Juni 2013</b>					<b>Jahresplanung 2013</b>			
	Ist	Planwert	Ist-Planwert-Abweichung	HH-Soll		vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag
	Tsd. EUR		%			Tsd. EUR			
konsumtive Einnahmen	87.638	64.663	22.975	35,5	115.824	141.293	148.104	6.811	120.090
investive Einnahmen	2	0	2	0,0	0	0	0	0	0
relevante Verrech./Erstatt.	44.901	44.080	821	1,9	44.901	56.659	56.659	0	240
<b>Gesamteinnahmen</b>	<b>132.540</b>	<b>108.743</b>	<b>23.797</b>	<b>21,9</b>	<b>160.725</b>	<b>197.952</b>	<b>204.763</b>	<b>6.811</b>	<b>120.330</b>
Personalausgaben	204.615	211.700	-7.085	-3,4	420.134	419.779	416.270	-3.509	430.768
konsumtive Ausgaben	60.353	67.776	-7.423	-11,0	112.225	134.778	133.319	-1.459	78.252
Zinsausgaben	0	0	0	0,0	38	38	38	0	38
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
investive Ausgaben	33.845	25.504	8.341	32,7	49.371	49.389	48.358	-1.031	25.822
relevante Verrech./Erstatt.	0	0	0	0,0	3.068	3.068	3.068	0	3.068
<b>Gesamtausgaben</b>	<b>298.813</b>	<b>304.980</b>	<b>-6.168</b>	<b>-2,0</b>	<b>584.836</b>	<b>607.052</b>	<b>601.053</b>	<b>-5.999</b>	<b>537.948</b>
<b>Saldo</b>	<b>-166.272</b>	<b>-196.237</b>	<b>29.965</b>	<b>-15,3</b>	<b>-424.112</b>	<b>-409.100</b>	<b>-396.290</b>	<b>12.810</b>	<b>-417.618</b>

<b>Verpflichtungsermächtigungen</b>	Abdeckung im Jahr					Budgetrücklagenbestand	Stand des Verlustvorr.
	2013	2014	2015	2016	2017ff		
	Tsd. EUR					Tsd. EUR	
- konsumtiv	0	0	0	0	0	324	0
- investiv	13.874	25.083	13.241	13.161	4.505		
- Zins-/Tilgungsausgaben	0	38	38	38	520		

<b>Personaldaten</b>	<b>Juni 2013</b>			<b>kumuliert Januar - Juni 2013</b>			<b>voraussichtl. Jahresergebnis</b>		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
	Tsd. EUR								
Kernbereich	597	609	-12	3.272	3.664	-392	6.793	7.599	-806
Personalverstärkung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ausbildung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
<b>Zwischensumme</b>	<b>597</b>	<b>609</b>	<b>-12</b>	<b>3.272</b>	<b>3.664</b>	<b>-392</b>	<b>6.793</b>	<b>7.599</b>	<b>-806</b>
Refinanzierte	1	2	-1	4	12	-8	9	26	-17
Nebentitel	33.048	33.779	-731	201.339	208.024	-6.685	405.638	412.509	-6.871
<b>Insgesamt</b>	<b>33.646</b>	<b>34.390</b>	<b>-744</b>	<b>204.615</b>	<b>211.700</b>	<b>-7.085</b>	<b>412.440</b>	<b>420.134</b>	<b>-7.694</b>
- dar.: Beihilfe/Nachvers	18	219	-201	142	1.316	-1.174	161	2.633	-2.472
	Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)								
Kernbereich	159,7	181,8	-22,1	162,0	182,5	-20,5	160,8	181,7	-20,9
Personalverstärkung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Ausbildung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
<b>Zusammen</b>	<b>159,7</b>	<b>181,8</b>	<b>-22,1</b>	<b>162,0</b>	<b>182,5</b>	<b>-20,5</b>	<b>160,8</b>	<b>181,7</b>	<b>-20,9</b>
Refinanzierte	0,2	-	-	0,4	-	-	0,3	-	-
Abwesende	17,9	-	-	17,9	-	-	17,9	-	-

<b>Personalstruktur</b>	Jun 2013	2013	2012
	Ist	Planwert	Ist
Bezugsgröße: Kopffzahl der Beschäftigten	%		
Verwaltungspersonalquote	-	-	-
Beschäftigte bis 35 Jahre	-	-	-
Beschäftigte über 55 Jahre	-	-	-
Frauenquote	-	-	-
Teilzeitquote	-	-	-
Schwerbehindertenquote	-	-	-

<b>Produktplan: 92</b> <b>Allgemeine Finanzen</b>	<b>Controlling 01-06/2013</b>
Verantwortlich: Lühr	Seite 1a

## 2. Strategische Leistungsziele/-kennzahlen

### A. (nicht durch Kennzahlen abgebildete) strategische Leistungsziele

#### Absicherung der Versorgungslasten durch Aufbau einer Rücklage für Versorgungsvorsorge (Anstalt für Versorgungsvorsorge)

##### Sachstand/Analyse/Bewertung

Der Kapitalstock der Anstalt für Versorgungsvorsorge beträgt zum 30.06.2013 inkl. liquider Mittel rd. 338 Mio. €. Aus dem Haushalt 2013 sind zum 30.06.2013 noch keine Mittel an die Anstalt für Versorgungsvorsorge abgeführt worden. Bis zum Jahresende wird mit Zuführungen aus dem Haushalt i.H.v. rd. 33,8 Mio. € gerechnet -davon rd. 31,4 Mio. € aus dem PPL 92.

Die Zuführungen setzen sich zusammen aus Verbeamtungseffekten, der Versorgungsumlage von ausgegliederten Einrichtungen und den Versorgungszuschlägen für refinanziertes Personal.

#### Finanzielle Absicherung von Tarif- und Struktureffekten sowie künftiger Ausbildungsjahrgänge

##### Sachstand/Analyse/Bewertung

Die beschlossenen Tarif- und Besoldungserhöhungen für aktives Personal sowie für Versorgungsempfänger sind noch in den zentral veranschlagten Personalmitteln enthalten. Eine Dezentralisierung dieser Mittel erfolgt voraussichtlich im III. Quartal 2013.

Im I. Quartal wurden die Mittel für die beschlossenen Ausbildungsplanungen 2012 und 2013 für bedarfsbezogene Ausbildungsberufe aus den zentral veranschlagten Personalmitteln in die Ressortbudgets verlagert.

### B. Leistungskennzahlen

Kennzahlen	Berichtszeitraum				2013
	IST	Planwert	IST-Planwert-Abweichung*		Planwert
			abs.	%	
Einnahmen aus Konzessionsabgaben (T€)	18.941	18.895	46	0,2	37.790
Vom SVIT, Eigenkapitalverzinsung (T€)	15.000	15.000	0	0,0	31.694
Gewinne aus Beteiligungen (T€)	9.885	2.488	7.397	297,3	12.488
Versorgungsbezüge (OGrp. 43) -T€	179.874	179.884	-10	0,0	365.380
Beihilfen Versorgungsempfänger (Grp. 446) -T€	20.169	21.288	-1.119	-5,3	33.796
Globale Mehrausgaben für (konsumtive) Personalkostenzuschüsse (Tarifeffekte) -T€	0	0	0	0,0	7.951
An SVIT für Sanierungsinvestitionen	11.132	13.600	-2.468	0,0	25.200

\* bei Einheit "%" in Prozentpunkten

Analyse/Bewertung der Leistungskennzahlen auf Seite 2

<b>Produktplan: Allgemeine Finanzen</b>	<b>92</b>	<b>Controlling 01-06/13 12.08.2013</b>	
<b>Verantwortlich:</b>	<b>Lühr</b>	<b>Version: 86</b>	<b>Seite 2</b>
<b>3. Analyse/Bewertung</b>			
A) Einhaltung des Budgets 2013			
<p>Der PPL 92 wird sein Budget einhalten bzw. nach gegenwärtigem Stand um rd. 12,8 Mio. Euro unterschreiten. In diesem Betrag sind die aus 2012 übertragenen Rücklagen und Ausgabereste (zusammen rd. 11,6 Mio. Euro) rechnerisch enthalten.</p> <p>Bei den Personalausgaben werden im voraussichtlichen Haushaltssoll und voraussichtlichen Ist rd. 2,7 Mio. Euro für andere Produktpläne vorgehalten.</p>			
<p>Hinweis zu Seite 1a:</p> <p>Für Tarifeffekte bei den Personalkostenzuschüssen sind zentral im Produktbereich 92.01 des PPL 92 für Land und Stadt globale Mehrausgaben i.H.v. insgesamt 7.951 Tsd. Euro veranschlagt. Die haushaltstechnische Umsetzung dieser Mittel durch Nachbewilligung auf die betroffenen Produktpläne einhergehend mit einer entsprechenden Liquiditätsverlagerung wurde vollzogen. Im PPL 92 selbst sind aus diesen Mitteln keine Ist-Ausgaben angefallen.</p>			
B) Einhaltung des produktplanbezogenen Finanzierungssaldos 2013			
<p>Für den Produktplan 92 ist ein Finanzierungssaldo i.H.v. -414.790,5 Tsd. Euro veranschlagt. Gemäß dem voraussichtlichen Ist beträgt der Finanzierungssaldo -449.881 Tsd. Euro, so dass der veranschlagte Finanzierungssaldo um rd. 35.091 Tsd. Euro überschritten wird. Unter Berücksichtigung insbesondere</p>			
<p>a) der mit der Dezentralisierung global/zentral veranschlagter Personalausgaben und Personalkostenzuschüsse einhergehenden Verlagerung entsprechender Liquidität zu Gunsten anderer Produktpläne</p> <p>b) der beabsichtigten Nachbewilligung von Minderausgaben bei den dezentral veranschlagten Beihilfen, Nachversicherungen und Ausbildungsmitteln zu Gunsten des PPL 92</p> <p>c) der vom Produktplan 68 "Umwelt, Bau und Verkehr" in Höhe des Verlustes der BSAG für den Verlustausgleich der BVG mbH zur Verfügung zur stellenden Liquidität</p> <p>d) sonstiger produktplanübergreifender Mittelverlagerungen (+/-)</p>			
wird der PPL 92 den für ihn zulässigen Finanzierungssaldo jedoch voraussichtlich einhalten.			
C) Leistungskennzahlen			
Es gibt derzeit keine Anzeichen, dass Leistungsziele nicht erfüllt werden.			
<p>Einzelheiten zu den kameralen Finanzdaten und zu den Leistungsdaten ergeben sich aus der Analyse/Bewertung zu den Produktbereichen 92.01, 92.02 und 92.03.</p>			

Controlling Produktgruppenhaushalt	<b>01 – 06 / 2013</b>
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 20, 01.08.2013

<b>PRODUKTPLAN 93</b> <b>Zentrale Finanzen</b>	<b>Kurzeinschätzung zur Zielerreichung</b>		
		Nicht erreicht	erreicht
	<b>Finanzen</b>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
	<b>Personal:</b>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	<b>Leistungen:</b>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
<b>Kommentar:</b>			
<p><b><u>Finanzdaten</u></b></p> <p>Im Berichtszeitraum sind konsumtive Mehreinnahmen (8,1 Mio. Euro) aus Agio-Beträgen entstanden. Diese Mittel werden durch Umbuchung sachbezogen ausgabeseitig bei der Durchführung von Zinsgeschäften wieder eingesetzt. Demgegenüber stehen vorr. Mindereinnahmen aus Spielbankabgabe und den weiteren Leistungen von ca. 4,0 Mio. Euro, die im Ressortbudget auszugleichen sind.</p> <p>Bei den Zinsausgaben am Kreditmarkt, deren Planwertabweichungen wird davon ausgegangen, dass rd. 48 Mio. Euro nicht verausgabt werden. Die tatsächliche Verbesserung kann bis zum Jahresende hiervon abweichen. Über die weitere Entwicklung der Zinsminderausgaben und deren Verwendung wird die Senatorin für Finanzen dem Haushalts- und Finanzausschuss gesondert berichten.</p> <p>Der Finanzierungssaldo wird voraussichtlich eingehalten. Das Budget wird nicht überschritten.</p>			
<b>Maßnahmen-/Steuerungsvorschlag:</b>			
Derzeit kein Handlungsbedarf.			

**ANLAGE: Produktplan-Bericht**

<b>Produktplan:</b> <b>Zentrale Finanzen</b>	<b>93</b>	<b>Controlling 01-06/13</b> <b>05.08.2013</b>		
<b>Verantwortlich:</b>	<b>Lühr</b>	<b>Version: 86</b>	<b>Seite 1</b>	
<b>Einhaltung Finanzdaten:</b>	<b>Einhaltung Personaldaten:</b>	<b>Einhaltung Leistungsziele in den zugehörigen Produktbereichen:</b>		
				

**1. Ressourceneinsatz**

<b>Kamerale Finanzdaten</b>	<b>Januar - Juni 2013</b>					<b>Jahresplanung 2013</b>			
	Ist	Planwert	Ist-Planwert-Abweichung	HH-Soll		vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag
	Tsd. EUR		%			Tsd. EUR			
konsumtive Einnahmen	45.804	38.280	7.524	19,7	89.968	89.927	84.366	-5.561	81.726
investive Einnahmen	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
relevante Verrech./Erstatt.	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
<b>Gesamteinnahmen</b>	<b>45.804</b>	<b>38.280</b>	<b>7.524</b>	<b>19,7</b>	<b>89.968</b>	<b>89.927</b>	<b>84.366</b>	<b>-5.561</b>	<b>81.726</b>
Personalausgaben	268	122	146	119,3	255	0	0	0	0
konsumtive Ausgaben	59.876	60.930	-1.054	-1,7	166.147	156.289	155.429	-860	164.863
Zinsausgaben	353.788	378.000	-24.212	-6,4	601.009	561.645	561.645	0	609.645
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
investive Ausgaben	6.062	5.081	981	19,3	12.995	20.365	20.365	0	10.908
relevante Verrech./Erstatt.	0	0	0	0,0	1.983	1.770	1.770	0	1.770
<b>Gesamtausgaben</b>	<b>419.993</b>	<b>444.133</b>	<b>-24.140</b>	<b>-5,4</b>	<b>782.390</b>	<b>740.069</b>	<b>739.209</b>	<b>-860</b>	<b>787.186</b>
<b>Saldo</b>	<b>-374.189</b>	<b>-405.853</b>	<b>31.664</b>	<b>-7,8</b>	<b>-692.422</b>	<b>-650.142</b>	<b>-654.843</b>	<b>-4.701</b>	<b>-705.460</b>

<b>Verpflichtungsermächtigungen</b>	Abdeckung im Jahr					Budgetrücklagenbestand	Stand des Verlustvorr.
	2013	2014	2015	2016	2017ff		
	Tsd. EUR					Tsd. EUR	
- konsumtiv	8.894	86	0	0	0	0	0
- investiv	41.080	1.100	0	0	0	0	0
- Zins-/Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0	0	0

<b>Personaldaten</b>	<b>Juni 2013</b>			<b>kumuliert Januar - Juni 2013</b>			<b>voraussichtl. Jahresergebnis</b>		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
	Tsd. EUR								
Kernbereich	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Personalverstärkung	79	20	59	268	122	146	497	255	242
Ausbildung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
<b>Zwischensumme</b>	<b>79</b>	<b>20</b>	<b>59</b>	<b>268</b>	<b>122</b>	<b>146</b>	<b>497</b>	<b>255</b>	<b>242</b>
Refinanzierte	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Nebentitel	0	0	0	0	0	0	0	0	0
<b>Insgesamt</b>	<b>79</b>	<b>20</b>	<b>59</b>	<b>268</b>	<b>122</b>	<b>146</b>	<b>497</b>	<b>255</b>	<b>242</b>
- dar.: Beihilfe/Nachvers	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)								
Kernbereich	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Personalverstärkung	8,4	0,0	8,4	10,1	0,0	10,1	9,2	0,0	9,2
Ausbildung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
<b>Zusammen</b>	<b>8,4</b>	<b>0,0</b>	<b>8,4</b>	<b>10,1</b>	<b>0,0</b>	<b>10,1</b>	<b>9,2</b>	<b>0,0</b>	<b>9,2</b>
Refinanzierte	0,0	-	-	0,0	-	-	0,0	-	-
Abwesende	0,0	-	-	0,0	-	-	0,0	-	-

<b>Personalstruktur</b>	Jun 2013	2013	2012
	Ist	Planwert	Ist
Bezugsgröße: Kopffzahl der Beschäftigten	%		
Verwaltungspersonalquote	0,0	4,8	0,0
Beschäftigte bis 35 Jahre	35,7	22,5	7,7
Beschäftigte über 55 Jahre	21,4	17,5	23,1
Frauenquote	42,9	50,0	46,2
Teilzeitquote	35,7	35,0	53,9
Schwerbehindertenquote	8,3	6,0	0,0



<b>Produktplan: 93</b> <b>Zentrale Finanzen</b>	<b>Controlling 01-06/13</b> <b>05.08.2013</b>	
<b>Verantwortlich: Lühr</b>	<b>Version: 86</b>	<b>Seite 2</b>
<p><b>3. Analyse/Bewertung</b></p> <p>3. Analyse/Bewertung Allgemeine Vorbemerkungen.</p> <p><b>Umbau/Verwaltung und Infrastruktur</b> Die Mittel zur Umsetzung des Programms sind in der dafür neu eingerichteten Produktgruppe 93.01.07 berücksichtigt. Aus diesen Mitteln werden Maßnahmen im Land Bremen und seinen beiden Gemeinden gefördert. Über die entsprechenden Projekte und deren Mittelabfluss wird dem Haushalts- und Finanzausschuss jeweils gesondert berichtet.</p> <p><b>Konsumtive Einnahmen</b> Im Berichtszeitraum sind konsumtive Mehreinnahmen (8,1 Mio. Euro) aus Agio-Beträgen entstanden, die bei Aufstellung der Haushalte nicht vorhersehbar waren. Diese Mittel werden durch Umbuchung sachbezogen ausgabeseitig bei der Durchführung von Zinsgeschäften wieder eingesetzt. Dem gegenüber liegen die Einnahmen aus Spielbankabgabe und den weiteren Leistungen nur bei rd. 14 v.H. gegenüber Anschlag. Die Einnahmeerwartungen, deren Verschlechterung u.a. auf die per Erlass herabgesetzte Spielbankabgabe zurückzuführen sind, werden voraussichtlich nicht eingehalten. Insgesamt werden dadurch Mindereinnahmen von rd. 4,0 Mio. Euro erwartet (aufgrund des sachlichen Zusammenhangs können diese Mindereinnahmen rechnerisch durch steuerabhängige Mehreinnahmen ausgeglichen werden).</p> <p><b>Konsumtive und investive Ausgaben, Zinsausgaben</b> Die konsumtiven Ausgaben umfassen im wesentlichen die Schlüssel- und Ergänzungszuweisungen an Bremerhaven gemäß Finanzzuweisungsgesetz sowie den Anteil der Konsolidierungshilfen (31,109 Mio. Euro) an Bremerhaven.</p> <p>Bei den Zinsausgaben handelt es sich um Zinsausgaben am Kreditmarkt, deren Planwertabweichungen sich aus der Steuerung der Mittel an der aktuellen Zinsentwicklung orientieren. Derzeit wird davon ausgegangen, dass bis zum Ende des Jahres der Anschlag nicht ausgeschöpft wird. Die tatsächliche Entwicklung bis zum Jahresende kann von der derzeitigen Prognose abweichen. Über die weitere Entwicklung der Zinsausgaben wird die Senatorin für Finanzen dem Haushalts- und Finanzausschuss gesondert berichten.</p> <p>Das investive Ausgabebudget beinhaltet schwerpunktmäßig die Mittel der Produktgruppe 93.01.07 Umbau der Verwaltung und Infrastruktur (14,7 Mio. Euro). Im Berichtszeitraum wurde rd. 65 v.H. des Planwertes nicht abgerufen. Bezüglich der Mittelfreigabe und des Liquiditätsabflusses wird in diesem Zusammenhang auf die Vorlage 18/283 L für die Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses vom 12.04.2013 verwiesen.</p> <p>Die im PPL 93 eingestellte Globale Minderausgabe von insgesamt -5,4 Mio. Euro ist bis zum Jahresende durch Ressortumlage aufzulösen.</p> <p><b>Einhaltung des Finanzierungssaldo</b> Derzeit wird davon ausgegangen, dass die Einnahmever schlechterung innerhalb des Ressortbudgets ausgeglichen werden kann und somit eingehalten wird. Der produktplanbezogene Finanzierungssaldo wird voraussichtlich nicht überschritten.</p>		

Controlling Produktgruppenhaushalt	<b>01 – 06 / 2013</b>
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 21, 01.08.2013

<b>PRODUKTPLAN 96</b> <b>IT-Budget der Freien Hansestadt Bremen</b>	<b>Kurzeinschätzung zur Zielerreichung</b>		
		<b>Nicht erreicht</b>	<b>erreicht</b>
	<b>Finanzen</b>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	<b>Personal:</b>	<b>n.e.</b>	<b>n.e.</b>
	<b>Leistungen:</b>	<b>s.u.</b>	<b>s.u.</b>

**Kommentar:****Finanzdaten****Budgeteinhaltung:**

Lt. Ressort wird der PPL 96 sein Budget einhalten bzw. nach gegenwärtigem Stand zum Jahresende um rd. 6,57 Mio. € unterschreiten. Die Budgetunterschreitung wird dadurch entstehen, dass die aus 2012 übertragenen Rücklagen und Ausgabereste (zusammen rd. 9,8 Mio. €) nicht vollständig in Anspruch genommen werden müssen.

**Finanzierungssaldo:**

Der zulässige produktplanbezogene Finanzierungssaldo wird nach Ressortangaben am Jahresende unter Berücksichtigung produktplanübergreifender Verlagerungen um 3,188 Mio. € überschritten. Diese Überschreitung ist auf erwartete Rücklageninanspruchnahmen für die Projekte Digitalfunk und SEPA zurückzuführen.

Die Angaben zu den erwarteten Rücklageninanspruchnahmen sind derzeit nicht hinreichend belastbar, so dass davon ausgegangen werden kann, dass sich die prognostizierte Überschreitung des Finanzierungssaldos im weiteren Haushaltsverlauf 2013 reduzieren wird.

**Leistungsdaten**

Leistungsdaten werden unterjährig nicht erhoben.

**Maßnahmen-/Steuerungsvorschlag:**

Sofern Rücklagen in Anspruch genommen werden, sind zwischen den betreffenden Ressorts Lösungsmöglichkeiten hinsichtlich der Bereitstellung der Liquidität zu entwickeln, so dass der produktplanbezogene Finanzierungssaldo des PPL 96 zum Jahresende eingehalten werden kann.

**ANLAGE: Produktplan-Bericht**

<b>Produktplan:</b> <b>IT-Budget der FHB</b>	<b>96</b>	<b>Controlling 01-06/13</b> <b>05.08.2013</b>	
<b>Verantwortlich:</b>	<b>Lühr</b>	<b>Version: 86</b>	<b>Seite 1</b>
<b>Einhaltung Finanzdaten:</b>	<b>Einhaltung Personaldaten:</b>	<b>Einhaltung Leistungsziele in den zugehörigen Produktbereichen:</b>	
			

**1. Ressourceneinsatz**

<b>Kamerale Finanzdaten</b>	<b>Januar - Juni 2013</b>					<b>Jahresplanung 2013</b>			
	Ist	Planwert	Ist-Planwert-Abweichung	HH-Soll		vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag
	Tsd. EUR		%			Tsd. EUR			
konsumtive Einnahmen	240	0	240	0,0	233	600	600	0	0
investive Einnahmen	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
relevante Verrech./Erstatt.	77	40	37	92,6	77	100	100	0	67
<b>Gesamteinnahmen</b>	<b>317</b>	<b>40</b>	<b>277</b>	<b>692,2</b>	<b>310</b>	<b>700</b>	<b>700</b>	<b>0</b>	<b>67</b>
Personalausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
konsumtive Ausgaben	11.296	11.546	-250	-2,2	33.325	33.677	29.595	-4.082	29.953
Zinsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
investive Ausgaben	1.200	936	264	28,2	10.177	10.796	8.308	-2.488	4.567
relevante Verrech./Erstatt.	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
<b>Gesamtausgaben</b>	<b>12.496</b>	<b>12.482</b>	<b>14</b>	<b>0,1</b>	<b>43.502</b>	<b>44.473</b>	<b>37.903</b>	<b>-6.570</b>	<b>34.520</b>
<b>Saldo</b>	<b>-12.179</b>	<b>-12.442</b>	<b>263</b>	<b>-2,1</b>	<b>-43.193</b>	<b>-43.773</b>	<b>-37.203</b>	<b>6.570</b>	<b>-34.453</b>

<b>Verpflichtungsermächtigungen</b>	Abdeckung im Jahr					Budgetrücklagenbestand	Stand des Verlustvotr.
	2013	2014	2015	2016	2017ff		
	Tsd. EUR					Tsd. EUR	
- konsumtiv	1.287	0	0	0	0	0	0
- investiv	0	0	0	0	0	0	0
- Zins-/Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0	0	0

<b>Personaldaten</b>	<b>Juni 2013</b>			<b>kumuliert Januar - Juni 2013</b>			<b>voraussichtl. Jahresergebnis</b>		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
	Tsd. EUR								
Kernbereich	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Personalverstärkung	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Ausbildung	-	-	-	-	-	-	-	-	-
<b>Zwischensumme</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
Refinanzierte Nebentitel	-	-	-	-	-	-	-	-	-
<b>Insgesamt</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
- dar.: Beihilfe/Nachvers	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)								
Kernbereich	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Personalverstärkung	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Ausbildung	-	-	-	-	-	-	-	-	-
<b>Zusammen</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>
Refinanzierte Abwesende	-	-	-	-	-	-	-	-	-

<b>Personalstruktur</b>	Jun 2013	2013	2012
	Ist	Planwert	Ist
Bezugsgröße: Kopffzahl der Beschäftigten	%		
Verwaltungspersonalquote	-	-	-
Beschäftigte bis 35 Jahre	-	-	-
Beschäftigte über 55 Jahre	-	-	-
Frauenquote	-	-	-
Teilzeitquote	-	-	-
Schwerbehindertenquote	-	-	-

<b>Produktplan: IT-Budget der FHB</b>	<b>96</b>	<b>Controlling 01-06/13 05.08.2013</b>	
<b>Verantwortlich:</b>	<b>Lühr</b>	<b>Version: 86</b>	<b>Seite 2</b>
<b>3. Analyse/Bewertung</b>			
<b>A. Einnahmen</b>			
Im Zeitraum Januar bis Juni 2013 wurden konsumtive Einnahmen u. a. im Zusammenhang mit SAP-Lizenzen in Höhe von 240 Tsd. Euro gebucht, die im Wesentlichen zur Refinanzierung von IT-Maßnahmen herangezogen werden.			
Die Gesamteinnahmen überschreiten Ende Juni 2013 im Ist um rd. 277 Tsd. Euro den Einnahmeplanwert.			
<b>B. Ausgaben</b>			
Die Gesamtausgaben im Produktplan 96 IT-Budget der FHB bewegen sich nach der ersten Jahreshälfte in Höhe von 12,496 Mio. Euro im Ist auf Höhe des zeitanteilig gebildeten Planwertes.			
<b>C. Budgeteinhaltung 2013</b>			
Der Produktplan 96 wird sein Budget 2013 einhalten. Nach aktuellem Stand wird das Budget um 6,571 Mio. Euro unterschritten. Die Begründung hierfür ist, dass voraussichtlich nicht alle übertragenen Reste aus 2012 in 2013 in Anspruch genommen werden.			
<b>D. Finanzierungssaldo</b>			
Der produktplanbezogene Finanzierungssaldo wird unter Berücksichtigung von produktplanübergreifenden Verlagerungen nach aktuellem Stand zum Jahresende um rd. 3,20 Mio. Euro überschritten.			
Diese Überschreitung setzt sich aus geplanten Rücklageninanspruchnahmen für das Projekt Digitalfunk i.H.v. 2,40 Mio. Euro und für das Projekt SEPA i.H.v. rd 0,80 Mio. Euro zusammen.			
Derzeit werden keine Lösungsmöglichkeiten innerhalb des PPL 96 gesehen, um diese vorauss. Überschreitung auszugleichen.			
<b>E. Leistungsdaten</b>			
Leistungsdaten werden im Produktplan 96 "IT-Budget der FHB" unterjährig nicht erhoben.			

	Anschlag 2013			Anschlagsbereinigungen		vor IST 2013 (Stand: 01-06/2013)			Abweichung Anschlag / vorIST		Abweichung im Finanzierungssaldo Anschl./vorIST ***
	bereinigte Einnahmen	bereinigte Ausgaben	eckwert- relevanter Finanzierungs- saldo Tsd. €	Sonstiges (Verlänger. etc.- Schätz. 03.07.)	bereinigter Finanzierungs- saldo (incl. Sonstiges)	bereinigte Einnahmen	bereinigte Ausgaben	eckwertrel. Finanzierungs- saldo	bereinigte Einnahmen	bereinigte Ausgaben	
01 Bürgerschaft	92,9	20.317,6	-20.224,7	9,7	-20.234,4	93,0	20.144,0	-20.051,0	-0,1	-173,6	183,4
02 Rechnungshof	2,5	2.938,9	-2.936,4	-0,4	-2.936,1	3,0	2.618,0	-2.615,0	-0,5	-320,6	321,1
03 Senatskanzlei, Kirchl. Angelegenh.	161,8	14.984,5	-14.822,7	-111,8	-14.711,0	317,0	15.467,0	-15.150,0	-155,3	594,3	-439,0
05 Bundesangelegenheiten	389,9	5.224,3	-4.834,4	2,6	-4.837,0	390,0	5.582,0	-5.192,0	-0,1	355,1	-355,0
06 Datenschutz	0,0	776,1	-776,1	39,8	-815,9	1,0	953,0	-952,0	-1,0	137,1	-136,1
07 Inneres	31.357,7	230.691,6	-199.333,9	4.757,2	-204.091,1	35.789,0	242.935,0	-207.146,0	-4.431,3	7.486,1	-3.054,9
08 Gleichberechtigung der Frau	69,0	912,1	-843,1	9,7	-852,8	69,0	916,0	-847,0	0,0	-5,8	5,8
09 Staatsgerichtshof	0,0	43,5	-43,5		-43,5	0,0	45,0	-45,0	0,0	1,5	-1,5
11 Justiz	36.841,4	114.774,3	-77.932,9	308,7	-78.241,7	37.674,0	117.142,0	-79.468,0	-832,7	2.059,0	-1.226,3
12 Sport	405,7	14.373,0	-13.967,4	17,8	-13.985,1	238,0	14.884,0	-14.646,0	167,7	493,2	-660,9
21 Bildung	16.292,5	574.210,0	-557.917,4	-489,9	-557.427,5	16.495,0	578.159,0	-561.664,0	-202,5	4.438,9	-4.236,5
22 Kultur	1.602,7	84.343,1	-82.740,4	-454,4	-82.286,0	743,0	81.399,0	-80.656,0	859,7	-2.489,7	1.630,0
24 Hochschulen, Forschung	39.743,6	340.804,4	-301.060,8	15.466,0	-316.526,8	63.096,0	374.305,0	-311.209,0	-23.352,4	18.034,5	5.317,8
31 Arbeit	23.858,6	41.364,8	-17.506,2	-1,1	-17.505,1	31.353,0	43.694,0	-12.341,0	-7.494,4	2.330,3	5.164,1
41 Jugend u. Soziales	162.785,7	967.411,5	-804.625,8	6.297,6	-810.923,3	196.138,0	1.015.493,0	-819.355,0	-33.352,3	41.784,0	-8.431,7
51 Gesundheit	12.441,2	61.874,6	-49.433,4	1.091,6	-50.524,9	11.732,0	63.814,0	-52.082,0	709,2	847,9	-1.557,1
68 Umwelt, Bau, Verkehr	73.769,0	311.261,7	-237.492,7	-54.058,8	-183.433,9	69.099,0	265.287,0	-196.188,0	4.670,0	8.084,1	-12.754,1
71 Wirtschaft	24.300,5	123.115,5	-98.815,0	-10.929,4	-87.885,6	9.372,0	120.568,0	-111.196,0	14.928,5	8.381,9	-23.310,4
81 Häfen	12.994,2	144.393,5	-131.399,3	120,9	-131.520,2	12.959,0	144.722,0	-131.763,0	35,2	207,6	-242,8
91 Finanzen / Personal	10.061,1	85.718,6	-75.657,6	4.085,2	-79.742,7	17.029,0	94.019,0	-76.990,0	-6.968,0	4.215,2	2.752,7
92 Allg. Finanzen	120.089,8	534.880,3	-414.790,5	45.484,0	-460.274,4	148.104,0	597.985,0	-449.881,0	-28.014,2	17.620,8	10.393,4
93 Zentrale Finanzen	81.725,9	785.416,1	-703.690,2	-13.350,8	-690.339,3	84.366,0	737.439,0	-653.073,0	-2.640,1	-34.626,2	37.266,3
96 IT-Ausgaben der FHB	0,0	34.519,6	-34.519,6	-54,3	-34.465,3	600,0	37.903,0	-37.303,0	-600,0	3.437,7	-2.837,7
<b>INSGESAMT</b>	<b>648.985,6</b>	<b>4.494.349,5</b>	<b>-3.845.363,8</b>	<b>-1.760,0</b>	<b>-3.843.603,8</b>	<b>735.660,0</b>	<b>4.575.473,0</b>	<b>-3.839.813,0</b>	<b>-86.674,4</b>	<b>82.893,3</b>	<b>3.790,8</b>

\*\*\* positiver Wert = Unterschreitung

Ausgleich für nicht realisierbare Citytax

Controllingbericht Produktgruppenhaushalt	Senatorin für Finanzen (Ref. 21), 01.08.2013
<b>Ausgabereste/Rücklagen/Verlustvorträge</b>	<b>01 – 06 / 2013</b>

### Ausgabereste/Rücklagen

Im Berichtszeitraum sind Rücklagen in Höhe von Resten und Rücklagen in Höhe von rd. 50,1 Mio. € entnommen worden.

Die Veränderungen im Berichtszeitraum lassen sich der nachfolgenden Tabelle entnehmen:

<b>Reste-/Rücklagenentwicklung im Haushaltsjahr 2013</b>					
	Jahresanfangs- bestand 2013	Veränderung im Berichtszeitraum (01-6/2013)			Bestand zum 30.06.2013
		Entnahmen		Zuführungen	
		veranschlagt	nicht veranschlagt		
Tsd. €					
<b>allg. Budgetrücklage</b>	13.192,6	0,0	-185,5	0,0	13.007,1
<b>Altersteilzeitrücklage</b>	849,4	-139,7	0,0	---	709,7
<b>investive Rücklage (ohne KPII)</b>	49.733,0	0,0	-49.325,5	0,0	407,5
<b>Sonderrücklagen</b>	104.467,4	0,0	-410,8	0,5	104.057,1
<b>INSGESAMT</b>	<b>168.242,5</b>	<b>-139,7</b>	<b>-49.921,8</b>	<b>0,5</b>	<b>118.181,4</b>

<b>Ausgabereste</b> (einschl. Verrechn./Erstatt.)	55.390,0
---	----------

Die jeweiligen Produktplanergebnisse sind - unterschieden nach Rücklagearten - in den Tabellen auf der nächsten Seite ausgewiesen.

### Verlustvorträge

Die bestehenden Verlustvorträge in Höhe von 89,60 Mio. €, die insbesondere aus Mindereinnahmen bei der Durchführung von EU-finanzierten Programmen (EFRE, ESF, EFF) zusammen hängen, haben sich im Berichtszeitraum nicht verändert.

Controllingbericht Produktgruppenhaushalt	Senatorin für Finanzen (Ref. 21), 01.08.2013
<b>Ausgabereise/Rücklagen/Verlustvorträge</b>	<b>01 – 06 / 2013</b>

## II. Quartalsbericht 2013 - PPL-bezogene Rücklagen

PPL Bezeichnung	ATZ-Rücklage		allg. Budgetrücklage		Investive Rücklage		JAB insgesamt	akt. Rücklagenbestand insgesamt	Veränderung insgesamt
	JAB	aktuell	JAB	aktuell	JAB	aktuell			
01 Bürgerschaft	55.002,78	0,00	1.866.298,82	1.680.751,60	152.576,18	0,00	2.073.877,78	1.680.751,60	-393.126,18
02 Rechnungshof	119.309,39	119.309,39	753.067,67	753.067,67	77.131,29	0,00	949.508,35	872.377,06	-77.131,29
03 Senat, Senatskanzlei, Kirchl. Angelegenh.	50.115,12	50.115,12	14.830,90	14.830,90	2.284.246,53	0,00	2.349.192,55	64.046,02	-2.284.246,53
05 Bundes- und Europaangelegenheiten	229.245,49	144.545,49	547.033,53	547.033,53	9.967,07	0,01	786.246,09	691.579,03	-94.667,06
06 Datenschutz und Informationstfreiheit	0,00	0,00	29.996,36	29.996,36	34.694,52	0,00	64.690,88	29.996,36	-34.694,52
07 Inneres	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
08 Gleichberechtigung der Frau	79.134,47	79.134,47	118.944,77	118.944,77	10.968,50	0,00	209.047,74	198.079,24	-10.968,50
09 Staatsgerichtshof			9.092,66	9.092,66			9.092,66	9.092,66	0,00
11 Justiz					0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12 Sport			0,00	0,00	500.000,00	0,00	500.000,00	0,00	-500.000,00
21 Bildung	0,00	0,00	20.209,61	20.209,61	1.608.037,93	0,00	1.628.247,54	20.209,61	-1.608.037,93
22 Kultur	0,00	0,00	0,00	0,00	2.447.000,00	0,00	2.447.000,00	0,00	-2.447.000,00
24 Hochschulen und Forschung			611.135,98	611.135,98	2.144.611,90	0,00	2.755.747,88	611.135,98	-2.144.611,90
31 Arbeit	0,00	0,00	537.774,76	537.774,76	22.026,57	17.979,67	559.801,33	555.754,43	-4.046,90
41 Jugend und Soziales	0,00	0,00	23.978,95	23.978,95	24.000,09	24.000,09	47.979,04	47.979,04	0,00
51 Gesundheit	0,00	0,00	651.537,97	651.537,97	44.844,93	8.177,60	696.382,90	659.715,57	-36.667,33
68 Umwelt, Bau, Verkehr	0,00	0,00	1.460.546,39	1.460.546,39	13.840.728,29	0,00	15.301.274,68	1.460.546,39	-13.840.728,29
71 Wirtschaft	0,00	0,00	671.465,18	671.465,18	14.944.004,09	7.821,73	15.615.469,27	679.286,91	-14.936.182,36
81 Häfen	127.510,99	127.510,99	2.335.004,33	2.335.004,33	4.478.136,69	636,89	6.940.652,01	2.463.152,21	-4.477.499,80
91 Finanzen / Personal	189.117,96	189.117,96	3.295.558,94	3.295.558,94	110.830,28	24.735,18	3.595.507,18	3.509.412,08	-86.095,10
92 Allgemeine Finanzen / Zentrale Finanzen	0,00	0,00			1.324.162,74	324.162,74	1.324.162,74	324.162,74	-1.000.000,00
96 IT-Budget der FHB			246.145,74	246.145,74	5.675.033,05	0,00	5.921.178,79	246.145,74	-5.675.033,05
<b>Gesamtsumme</b>	<b>849.436,20</b>	<b>709.733,42</b>	<b>13.192.622,56</b>	<b>13.007.075,34</b>	<b>49.733.000,65</b>	<b>407.513,91</b>	<b>63.775.059,41</b>	<b>14.124.322,67</b>	<b>-49.650.736,74</b>

Controllingbericht Produktgruppenhaushalt	Senatorin für Finanzen (Ref. 21), 01.08.2013
<b>Ausgabestelle/Rücklagen/Verlustvorträge</b>	<b>01 – 06 / 2013</b>

### Monatsbericht 06/2013

<i>Sonderrücklage</i>	<i>JAB</i>	<i>aktuell</i>	<i>Veränderung</i>
ABFALLABGABE-RUECKLAGE	0,00	0,00	0,00
ABWASSERABGABE-RUECKLAGE	8.486.671,35	8.486.671,35	0,00
ARBEITNEHMERBEITRAEGE NACH DEM BREMISCHEN RUHELOHNGESETZ	10.885.414,39	10.885.414,39	0,00
AUSGLEICHABGABEN-RUECKLAGE FUER EINGRIFFE IN NATUR UND LANDSCHAFT	1.343,42	1.343,42	0,00
AUSGLEICHABGABEN-RUECKLAGE NACH DEM SCHWERBEHINDERTENGESETZ	9.724.668,10	9.724.668,10	0,00
Budgetrücklage Allgemeine Finanzen	152.183,87	152.183,87	0,00
BUDGETRUECKLAGE HANSESTADT BREMISCHES HAFENAMT, BREMERHAVEN (BAGGERGUTENTSORGUNG)	234.000,01	234.000,01	0,00
Entwicklungsagentur West	410.000,00	0,00	-410.000,00
ERNEUERUNGSRUECKLAGE FISCHEREIHAFEN- BETRIEBS- UND ENTWICKLUNGSGES. BRHV.	293.445,67	293.445,67	0,00
KASSENVERSTAERKUNGS- UND ALLGEMEINE AUSGLEICHSRUECKLAGE	16.340.452,11	16.340.452,11	0,00
Mehreinnahmen EFRE-Programm 2007-2013 (Wissenschaft)	808.733,52	808.733,52	0,00
RUECKLAGE ALLGEMEINE FINANZEN (INCL. ZENTRAL- PERSONALRUECKLAGE)	12.638.106,06	12.638.106,06	0,00
RUECKLAGE 'FOLGEKOSTEN DER BEB- VERAEUSSERUNG'	0,00	0,00	0,00
RUECKLAGE FUER DIE GASTSCHULGELDPAUSCHALE VOM LAND NIEDERSACHSEN	0,00	0,00	0,00
RUECKLAGE FUER DISKONTKREDITE	436.250,00	436.250,00	0,00
RUECKLAGE KRIEGSOPFERFUERSORGE	360.573,10	360.633,10	60,00
RUECKLAGE 'SAUBERE STADT'	24.210,72	24.210,72	0,00
RUECKLAGE 'SCHAFFUNG VON GARAGEN UND EINSTELLPLAETZEN'	155.566,67	155.566,67	0,00
RUECKLAGE SOZIALLEISTUNGEN (ALLGEMEIN)	0,00	0,00	0,00
Sonderrücklage "Deichschutz Bremerhaven"	3.479.822,42	3.480.254,09	431,67
Sonderrücklage "Jüdischer Friedhof"	0,00	0,00	0,00
Sonderrücklage "ReSoSta"	662.259,77	662.259,77	0,00
Sonderrücklage A 281	0,00	0,00	0,00
Sonderrücklage EFRE 2007-2013 - Beschäftigungsstelle -	27.961.116,39	27.961.116,39	0,00
Sonderrücklage Fischereiprogramm EFF	0,00	0,00	0,00
Sonderrücklage für Zuschüsse an die Bürgerstiftung	93.245,00	93.245,00	0,00
Sonderrücklage Kajen Fischerelhafen	1.676.000,00	1.676.000,00	0,00
WASSERENTNAHMEGEBUEHR-RUECKLAGE	9.642.522,01	9.642.522,01	0,00
Zweckgebundene Rücklage aus Sozialleistungen	813,80	0,00	-813,80
Zweckrücklage Unterhaltungsfonds Naturschutz	0,00	0,00	0,00
<b>Gesamtsumme</b>	<b>104.467.398,38</b>	<b>104.057.076,25</b>	<b>-410.322,13</b>

Controllingbericht Produktgruppenhaushalt	Senatorin für Finanzen (Ref. 21), 01.08.2013
<b>Ausgabereste/Rücklagen/Verlustvorträge</b>	<b>01 – 06 / 2013</b>

### *Monatsbericht 06/2013 - PPL-bezogene Verlustvorträge*

<i>Bezeichnung</i>	<i>JAB</i>	<i>aktuell</i>	<i>Veränderung</i>
VERLUSTVORTRAG (INNERES PPL 07)	-12.300.750,83	-12.300.750,83	0,00
VERLUSTVORTRAG (JUSTIZ PPL11)	-7.512.041,10	-7.512.041,10	0,00
Verlustvortrag Sport	-897.576,63	-897.576,63	0,00
Verlustvortrag (Hochschulen und Forschung PPL 24 - EFRE 2007-2013)	0,00	0,00	0,00
VERLUSTVORTRAG (ARBEIT PPL31)	-4.361.461,28	-4.361.461,28	0,00
Verlustvortrag (Arbeit PPL 31 - EFRE 2007-2013)	-8.109.176,35	-8.109.176,35	0,00
Verlustvortrag (Arbeit PPL 31 -ESF 2007-2013)	-35.960.644,71	-35.960.644,71	0,00
VERLUSTVORTRAG (JUGEND UND SOZIALES - SOZIALLEISTUNGEN PPL41)	-3.718.993,10	-3.718.993,10	0,00
Verlustvortrag (Umwelt, Bau, Verkehr, Europa PPL 68 EFRE 2007-2013)	-4.489.110,57	-4.489.110,57	0,00
VERLUSTVORTRAG (WIRTSCHAFT-WAP PPL71)	0,00	0,00	0,00
Verlustvortrag (Wirtschaft PPL 71 - EFRE 2007-2013)	-9.641.825,47	-9.641.825,47	0,00
Verlustvortrag Europäischer Fischereifonds (EFF)	-2.534.215,40	-2.534.215,40	0,00
Verlustvortrag (Wirtschaft PPL 71 - EFRE 2007-2013 in Bremerhaven)	-70.000,00	-70.000,00	0,00
Verlustvortrag (KP II Mindereinnahmen)	0,00	0,00	0,00
<b>Gesamtsumme</b>	<b>-89.595.795,44</b>	<b>-89.595.795,44</b>	<b>0,00</b>

Controllingbericht Produktgruppenhaushalt	Senatorin für Finanzen (Ref. 21), 05.08.2013
<b>Zuwendungen(Testate) / globale Minderausgaben</b>	<b>01 – 06 / 2013</b>

### Zuwendungen (institutionelle Förderung) ab 100 Tsd. €

Über den Sachstand der Vorlage ausstehender Testate wird regelmäßig im Rahmen des Controllings berichtet. **Die zum Zeitpunkt des Haushaltsentwurfs ausstehenden Testate der Fachressorts liegen zwischenzeitlich ausnahmslos vor.** In Fällen, in denen das Wirtschaftsplanjahr (z.B. wegen der Spielzeiten) vom Haushaltsjahr abweicht liegen z. T. noch keine Testate für die Zeit ab August dieses Jahres vor. In diesen Fällen darf bis einschl. Oktober 2013 monatl. maximal 1/14 des veranschlagten Zuwendungsbetrages gezahlt werden. Über deren Vorlage wird im Rahmen der nächsten Controllings berichtet.

Nachstehend die Zuwendungen, die aufgrund fehlender Testate noch gesperrt sind:

PPL	PGR	Finanzposition	Zweckbestimmung	Anschlag

- Keine -

### Globale Minderausgaben / Umlagebeschlüsse

Im Haushalt 2013 wurden im PPL 93 im Haushaltsaufstellungsverfahren investive globale Minderausgaben eingestellt. 5,381 Mio.-€

Weiterhin bestehen noch die folgenden Umlagebeschlüsse:

Umlage für Ausbau Kinderbetreuung

3,900 Mio.-€

Umlage für Investitionen GeNo

12,000 Mio.-€

Summe der Umlagen

21,281 Mio.-€

Über die Auflösung dieser Beträge wird der Senat voraussichtlich Anfang Oktober 2013 entscheiden.

Controllingbericht Produktgruppenhaushalt	Senatorin für Finanzen (Ref. 21), 05.08.2013
<b>Investive Minderausgaben</b>	<b>01 – 06 / 2013</b>

### Meldung zu investiven Minderausgaben von mehr als 1 Mio. €

Der Haushalts- und Finanzausschuss hat in seiner Sitzung am 20. August 2010 gebeten, mit dem Controllingbericht Produktgruppenhaushalt Übersichten zu Ausgabereduzierungen bei den Investitionen vorzulegen.

Von den Ressorts sind der Beschlusslage entsprechend die zum Stichtag 30.06.2013 bekannt gewordenen investiven Ausgabereduzierungen von mehr als 1 Mio. € zu melden. Dabei sind insbesondere investive Minderausgaben, die aus einer Reduzierung der ursprünglich geplanten (veranschlagten) Baukosten resultieren, anzugeben.

Die Ressorts haben mit Ausnahme des Produktplans 22 Kultur Fehlanzeige gemeldet.

#### Meldung zu investiven Minderausgaben per 30.06.2013

##### Hinweise:

- In Teil I sind Baukostenreduzierungen von mehr als 1 Mio. € (z.B. aufgrund Standardabsenkung, günstigerer Submissionsergebnisse etc.) gegenüber der bisherigen Planung (bzw. Veranschlagung) anzugeben.
- In Teil II sind - bezogen auf das Haushaltsjahr - ausschließlich Ausgabereduzierungen von mehr als 1 Mio. €, die aus aufgeschobenen bzw. aufgehobenen und bisher geplanten (veranschlagten) Maßnahmen entstehen
- Eintragungen sind zum Zeitpunkt des Bekanntwerdens der Baukosten-/Ausgabereduzierung vorzunehmen
- Eintragungen sind maßnahmebezogen vorzunehmen.
- Diese Meldung ist der Senatorin für Finanzen quartalsweise je Produktplan zuzusenden (Fehlanzeige ist erforderlich).

TEIL I - maßnahmebezogene Baukostenreduzierungen							
PGR	Hst.	Zweckbestimmung	ggf. Maßnahme	bisher geplante Gesamtkosten der Maßnahme	Veränderung	neue geplante Gesamtkosten der Maßnahme	Anmerkung / Begründung
				EUR			
							- Keine Meldungen-
				0,00	0,00	0,00	

TEIL II - maßnahmebezogene Ausgabereduzierungen						
PGR	Hst.	Zweckbestimmung	ggf. Maßnahme	Anschlag Haushaltsjahr	Anmerkung / Begründung	
				EUR		
22.03.02	0251/893 30-6	Zuschuss für die Erweiterung/Sanierung des Deutschen Schifffahrtsmuseum		4.200.000,00	Die gesamte Baumaßnahme verschiebt sich in die Folgejahre. Die Bereitstellung der Mittel erfolgt analog dem Bund. Die Mittel werden zum Teil anderen Ressorts im Rahmen des Liquiditätsaustausches zur Verfügung gestellt, bzw auf einem SB-Konto vorgehalten.	
				4.200.000,00		